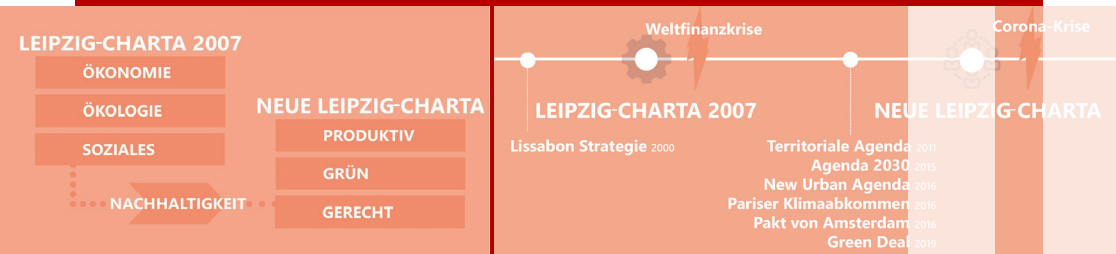


STADTMANAGEMENT - AKTEURE, PROZESSE, INSTRUMENTE



DIE NEUE LEIPZIG-CHARTA UND DIE STADT NACH DER PANDEMIE LANGFRISTIG DENKEN IN ZEITEN VON ZUNEHMENDEN UNSICHERHEITEN?

Tihomir Viderman, Silke Weidner (Hrsg.)

Editorial

Brandenburgische Technische Universität Cottbus–Senftenberg

Fachgebiet Stadtmanagement

ISSN 2702-6892

DOI 10.26127/BTUOpen-5825

Cottbus, 2022

Herausgeber*innen: Tihomir Viderman, Silke Weidner

Gestaltung und Korrektorat: Mareike Timpe

Beiträge von:

**Anna Susann Both, Alexandra Carolin Heßmann, Janina Alexandra Jungblut,
Josephine Kühnel, Merle Sophie Lack, Alina Nadine Odörfer, Vanessa Pohl,
Mareike Timpe, Thanh Hai Tran**

Titelbild und Rückseite:

Mareike Timpe

Für den Inhalt und die Richtigkeit der Quellenangaben sind die jeweiligen Studierenden verantwortlich. Es kann kein Anspruch auf Vollständigkeit übernommen werden.

The New Leipzig Charter and the city after pandemic: Long-term thinking in times of increasing uncertainties?

This publication compiles the results of research that nine Master's students carried out in the winter semester 2021 within the course „Urban Management“ at BTU Cottbus-Senftenberg.

In 2020, under Germany's Presidency of the EU Council, a policy framework strategic document for urban development in Europe, titled the New Leipzig Charter, was adopted. The document highlights the transformative power of cities, putting the focus on their capacity for action and commitment to the provision of services and infrastructures for the common good. At the same time, planning and design face a growing disconnect between such normative conceptualizations of a city and the sober everyday experiences of urban life under Covid-19 prevention measures. In this course the students explored the meanings and implications of these new everyday experiences and connected structural conditions for urban planning; and ask to what extent the New Leipzig Charter addresses these matters of concern. Their work sheds a new light on normative planning principles and concepts, while reflecting on the meaning and role of long-term strategic thinking in the times of increasing uncertainty.

Die Neue Leipzig-Charta und die Stadt nach der Pandemie: Langfristig denken in Zeiten von zunehmenden Unsicherheiten?

Die vorliegende Publikation stellt die Ergebnisse von neun Studierendenarbeiten aus dem Mastermodul „Prozess und Steuerung“ zusammen, welches im Wintersemester 2021 am Fachgebiet Stadtmanagement der BTU Cottbus-Senftenberg angeboten wurde.

Unter der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurde Ende November 2020 die Neue Leipzig-Charta als politisches und strategisches Dokument der Stadtentwicklung verabschiedet. Der Fokus liegt auf der transformativen Kraft handlungsfähiger Städte und fordert eine integrierte Stadtentwicklung, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Zeitgleich stehen unter Covid-19 Präventionsmaßnahmen Akteur*innen und Instrumente der Stadtplanung einer wachsenden Diskrepanz zwischen normativen Konzepten einer Stadt und den nüchternen Alltagserfahrungen des urbanen Lebens gegenüber. In diesem Mastermodul untersuchten die Studierenden, welche Bedeutung und Auswirkungen die neuen Bedingungen und Alltagserfahrungen auf die Stadtplanung haben, außerdem inwieweit die Neue Leipzig-Charta diese Zustände adressiert. Ihre Arbeiten werfen ein verändertes Licht auf stadtplanerische Prinzipien und Konzepte, und diskutieren, was das langfristige strategische Denken in Zeiten von zunehmenden Unsicherheiten machen kann.

Die Neue Leipzig-Charta und die Stadt nach der Pandemie: Langfristig denken in Zeiten von zunehmenden Unsicherheiten?

Hintergrund und Entstehungsprozess	7
Vorgehensweise	8
Winterschule der Nationalen Stadtentwicklungspolitik (NSP)	15
Wissenschaftlicher Rahmen	17
Theoretische Debatten	17
„Die europäische Stadt“ von Walter Siebel	27
Mediendebatten	37
Essays - Die Neue Leipzig-Charta und die Stadt nach der Pandemie	47
Eine gerechte Stadt ohne Zugang zum Arbeitsmarkt?	48
Die neue Produktivität der Städte. Was kennzeichnet die produktive Stadt in der <i>Neuen Leipzig-Charta</i> ?	64
Abfallwirtschaft als Ausgangspunkt für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft	78
Der öffentliche Raum aus sozialer und räumlicher Konstruktion	96
Die vielfältigen Dimensionen der Zugänglichkeit	110
Zukunft der Innenstadt aus Akteur*innensicht	128
Dimensionen der Digitalisierung in der Neuen Leipzig-Charta	142
Polyzentralität durch Umwandlung der Industrieflächen in der Lausitz	154
Die Interpretation des Begriffes der Lebensqualität in den LEIPZIG CHARTAS	160

Hintergrund und Entstehungsprozess

Vorgehensweise

Tihomir Viderman, Mareike Timpe, Merle Sophie Lack

Im November 2020 wurde die *„Neue Leipzig-Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl“* verabschiedet. Das Dokument strebt eine Neuausrichtung der europäischen Stadtpolitik an. Die Verabschiedung fällt jedoch in eine Zeit, die von Restriktionen und Freiheitsbeschnidungen der Covid-19-Pandemie geprägt ist. In dem Modul *Prozess und Steuerung* sollte die Frage beantwortet werden, inwiefern langfristiges Denken in Zeiten von zunehmenden Unsicherheiten möglich ist. Auf Basis des Inhalts der *Neuen Leipzig-Charta* und den strukturierten Reflexionen über Alltagserfahrungen in der pandemischen Stadt formulierten die neun teilnehmenden Studierende eigene Fragestellungen, die sie methodisch aufarbeiteten. Die Ergebnisse weisen auf die transformative Kraft urbaner Notstände hin. Durch die Pandemie wurden aktuelle städtische Herausforderungen hervorgehoben und neu sortiert. Inwieweit sind die strategischen Dokumente flexibel und umfassend genug, um auf die Brüche in der Stadtentwicklung reagieren zu können? Themen der Fairness, Vielfalt, Multifunktionalität und das Einbeziehen institutioneller Akteur*innen sowie der breiten Öffentlichkeit spielen eine wichtige Rolle.

Die Entstehung der *Neuen Leipzig-Charta* in Verknüpfung mit der Covid-19-Pandemie

In dem politisch-strategischen Dokument der Stadtentwicklung *„Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“* von 2007 wurde der europäische Rahmen für eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung abgesteckt. Kernziele waren die Stärkung einer kompakten, multifunktionalen und vielfältigen europäischen Stadt, der Einsatz integrierter Stadtentwicklungsinstrumente insbesondere in benachteiligten Quartieren und die Umsetzung der Stadtentwicklungspolitiken im Sinne einer breit angelegten Good Urban Governance durch die Nationalstaaten.

Unter der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurde am 30. November 2020 die *Neue Leipzig-Charta* als politisches und strategisches Leitdokument für eine zeitgemäße Stadtpolitik verabschiedet. In einem vorausgegangenen Dialogprozess wurden veränderte Rahmenbedingungen und künftige Herausforderungen berücksichtigt und diskutiert, wodurch ein neues strategisches Dokument entstanden ist. Neben dem Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung sowie dem European Urban Knowledge Network (EGTC) war das Fachgebiet Stadtmanagement der BTU Cottbus-Senftenberg an der Erarbeitung der *Neuen Leipzig-Charta*, im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, beteiligt. Das

Dokument verlässt sich auf die transformative Kraft handlungsfähiger Städte und fordert eine integrierte Stadtentwicklung, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Dabei werden drei Kerndimensionen der europäischen Stadt in den Fokus gestellt: Sie soll *grün, gerecht* und *produktiv* sein. Hinzukommt die fortschreitende Vernetzung und Digitalisierung als Handlungsfeld der Politik. Die erarbeiteten Prinzipien guter Stadtentwicklung sollen in allen Bereichen der Governance und in allen räumlichen Ebenen umgesetzt werden.

Zeitgleich mit der Erstellung und Verabschiedung der *Neuen Leipzig-Charta* erfuhr das öffentliche Leben seit März 2020 in ganz Europa massive Einschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie. Das Leben war geprägt von Restriktionen und Freiheitsbeschnidungen, die mit dem Ziel der Eindämmung der Pandemie eingeführt wurden. Die Covid-19-Pandemie hat die Sichtbarkeit von sozialen Differenzen wie Ethnizität, Sexualität, Haushaltsformen, Alter, Körper und Klasse im Stadtbild erhöht. Ein möglicher Grund dafür liegt darin, dass die Covid-19-Präventionsmaßnahmen und -politiken auf einem funktionalistischen Gesellschaftsbild aufbauen, in dessen Mittelpunkt das traditionelle Modell der Kernfamilie und die etablierten strukturellen Hierarchien stehen. Dies hat zu einer Spaltung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen geführt und Ungleichheiten verschärft. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass Akteur*innen und Instrumente der Stadtplanung aktuell einer wachsenden Diskrepanz zwischen solchen normativen Konzepten einer Stadt, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind, und den nüchternen Alltagserfahrungen des urbanen Lebens unter COVID-19-Rahmenbedingungen gegenüberstehen. Die unmittelbare Reaktion, sowie die steigende Anzahl an Projekten und Debatten, führen Maßnahmen ein und lösen Prozesse aus, welche der vorgesehenen Konzeption einer Stadt in der Neuen Leipzig-Charta zu widersprechen scheinen. Dazu gehört unter anderem: die Flucht aus Städten, die Verstärkung von sozialen Disparitäten, eine negative Wahrnehmung von Dichte, ein verändertes Alltagsverhalten mit räumlichen Auswirkungen bezüglich der Arbeit, Einkauf oder Mobilität und das wachsende Misstrauen mit den Auswirkungen auf die Intensität der Teilhabe am öffentlichen Leben. Die neuen Erfahrungen werfen ein verändertes Licht auf die stadtplanerischen Prinzipien und Konzepte. Ihnen werden neue Bedeutungen zugeschrieben und sie gewinnen eine neue Relevanz in der Öffentlichkeit.

Diese Publikation problematisiert, inwiefern die Alltagserfahrungen stadtplanerische Konzepte und Prinzipien infrage stellen, aufwerten oder überflüssig machen. Folgenden Fragen wird nachgegangen:

- Was kann aus den Umständen für eine postpandemische Stadt erlernt werden und inwieweit spricht die *Neue Leipzig-Charta* diese an?
- Welche Bedeutung haben die aktuellen Bedingungen und Alltagserfahrungen für das Verständnis der Konzepte, Prinzipien und Strategien der *Neuen Leipzig-Charta*?
- Was wünschen wir uns für eine *Stadt nach der Pandemie*?
- Wie können unsere Bedarfe und Wünsche in einem definierten strategischen Rahmen erfüllt werden?

Die zentrale Frage ist:

Was ist die Bedeutung des langfristigen Denkens in Zeiten von zunehmenden Unsicherheiten?

Während die tatsächlichen Bedingungen und Dringlichkeiten sofortige Reaktionen erfordern, bietet die Stadtplanung nicht nur langfristig orientierte Strategien, sondern auch Kenntnisse und Fähigkeiten an, die aktuellen Herausforderungen mit fundierten Repräsentationen eines konzipierten Raums anzugehen. Ziel dieser Publikation ist die Spannung zwischen unmittelbaren Reaktionen und Maßnahmen angesichts der laufenden Prozesse und dem langfristigen Denken über die Stadt auf der Grundlage der *Neuen Leipzig-Charta* analytisch zu betrachten.

Thematische Untersuchung der *Neuen Leipzig-Charta* in Bezug auf die neuen Alltagssituationen

Wie im Alltagsleben machte sich die Covid-19-Pandemie auch im Unialltag bemerkbar - so auch in dem Modul *Prozess und Steuerung*. Die Vorlesungen, Seminare und Konsultationen fanden vollständig digital statt. Dies änderte jedoch nichts am Wissensaustausch untereinander. Durch die Vorlesungen bekamen die Studierenden Hintergrundwissen zur *Neuen Leipzig-Charta*, beschäftigten sich mit einzelnen Aspekten aus dieser und lernten wichtige Perspektiven und Prozesse der Stadtentwicklung sowie des Stadtmanagments vertiefend kennen. Im Fokus der Betrachtung standen verschiedene Akteur*innen mit deren Zielen und Handlungslogiken, wie der europäischen und deutschen Stadtpolitik, der Stadtverwaltung, den Eigentümer*innen und der Zivilgesellschaft.

Im Seminar wurde analysiert inwieweit die *Neue Leipzig-Charta* aktuelle Zustände adressiert und welche Bedeutungen ihre normativen Positionen und Prinzipien für die Zukunft einer *Stadt nach der Pandemie* haben können. Zu selbstständig ausgewählten Themenschwerpunkten aus der *Neuen Leipzig-Charta* haben die Studierenden eine Literaturrecherche und Exploration des Alltagsraums und Medien durchgeführt. Basierend auf diesen Einblicken wurde diskutiert was wir uns für eine *Stadt nach der Pandemie* wünschen, sowie mögliche Umsetzungsschritte der *Neuen Leipzig-Charta* skizziert, hinsichtlich der Governance-Strukturen und ihrer Handlungslogiken. Im Laufe des Semesters entstanden drei Poster auf Basis von Literatur- und Medienrecherchen. Jeweils ein Poster zu einer Literaturrecherche, zu einem Kapitel aus dem Buch „Die europäische Stadt“ von Walter Siebel und zur themenbezogenen Medienrecherche. Ziel war es: die Texte analytisch zu lesen, für das eigene Thema relevante Botschaften zu artikulieren und verständlich auf einem Poster grafisch aufzuarbeiten. Zudem sollte der Alltag anhand der neu gewonnen Einblicke reflektiert, Einzelpositionen zum Thema vermittelt und neues Wissen in die eigene wissenschaftliche Arbeit eingebaut werden. Die Poster dienten somit als Vorarbeit für das wissenschaftliche Essay zu dem selbst ausgewählten Themenschwerpunkt.

Diese Publikation stellt die Sammlung der wissenschaftlichen Beiträge dar, welche im Format eines wissenschaftlichen Artikels, Essays oder Leitbilds zu dem gewählten Begriff oder Konzept erarbeitet wurden. Dafür gab es drei Herangehensweisen, die sich auch überschneiden konnten. Erstens das (nicht-)Verstehen des Begriffs oder Konzepts und die daraus resultierende tiefere Beschäftigung. Zweitens ein Dissens mit dessen grafischer Darstellung und drittens das Fehlen von den als wichtig empfundenen Inhalten. Die auf dieser Basis formulierte Forschungsfrage konnte wiederum methodisch differenziert angegangen und beantwortet werden, um die Verbindung zum Alltag herzustellen. Genutzt wurden beispielsweise Beobachtungen, räumliche Analysen, Tagebucheinträge, Umfragen, qualitative Inhaltsanalysen aktueller Medien oder auch Interviews.

Die Umsetzung der einzelnen Leistungen erfolgte stets in regem Austausch mit der Seminargruppe und dem Lehrenden Tihomir Viderman. In Gruppen-, wie in Einzelkonsultationen konnte das Thema und das methodische Vorgehen abgestimmt werden. Durch den stetigen Theorie- und Praxisbezug sowie den lebhaften Seminaren entstanden konstruktive Diskussionen, wobei kaum bemerkbar war, dass das Modul im Onlinesemester stattfinden musste.

Bausteine der Forschungsaufgabe:

1. Kontextualisierung der Inhalte der Neuen Leipzig-Charta innerhalb der breiteren theoretischen Debatten:

Auswahl eines Konzeptes/Begriffes/Themas aus der *Neuen Leipzig-Charta*, Auseinandersetzung mit der Literatur sowie Inhaltsanalyse der *Neuen Leipzig-Charta* und des Prozesses ihrer Erstellung (dazugehörigen Dokumentation) um normative Positionen und Konzepte zu artikulieren und verstehen. Diese Analyse ermöglichte, zu begreifen, wie das ausgewählte Thema fachlich und politisch gerahmt wird, wie es sich auf andere Ziele und Prinzipien bezieht und welche Maßnahmen zu seiner Umsetzung vorgeschlagen werden.

2. Reflexion über normativen Positionen und Konzepten der Neuen Leipzig-Charta anhand der empirischen Einblicke in die Alltagsräume ggf. aktuellen öffentliche Debatten:

Exploration des Alltagsraums zu ausgewählten Ansprüchen der *Neuen Leipzig-Charta* um Transformationen und neuentstehende Konfigurationen des Alltags zu erfassen. Die aktuellen urbanen Zustände zu dokumentieren und zu breiteren fachlichen Debatten in Beziehung setzen.

3. Einblicke in die stadtplanerischen Texte (Punkt 1) und die Alltagsräume (Punkt 2) dialektisch betrachten, um stadtplanerische methodische Zugänge zur Produktion des Raums zu reflektieren:

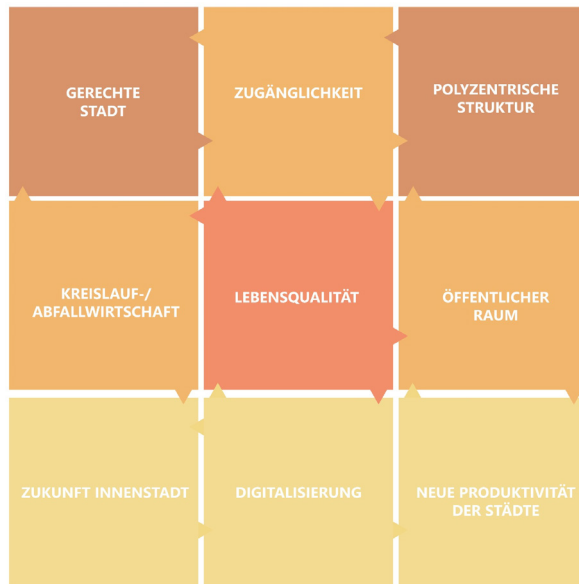
Diskutieren wie der aktuelle Moment die eigene Einstellung zu städtischen Themen verändert hat, sowie die Art und Weise wie die Gesellschaft über die Stadt denkt. Was kann man über die Herausforderungen und Vorteile der Verfolgung langfristiger Visionen und Ziele in Zeiten von zunehmenden Unsicherheiten lernen?

4. Diskutieren welche Bedeutungen normativen Positionen und Konzepte der Neuen Leipzig-Charta für die Zukunft einer Stadt nach der Pandemie haben können bzw. sollen:

Basierend auf Forschungsergebnissen diskutieren welche Art von *Stadt nach der Pandemie* wir uns wünschen, sowie Skizzierung möglicher Umsetzungsschritte hinsichtlich der Governance-Strukturen und ihrer Handlungslogiken.

Themenschwerpunkte

Insgesamt entstanden neun Fragestellungen/Themen unterschiedlichster Begrifflichkeiten, die von den Studierenden formuliert, bearbeitet und in Bezug zu den



Überblick der einzelnen Themen der Studierenden (Eigene Darstellung)

aktuellen Rahmenbedingungen der Covid-19-Pandemie gesetzt wurden. Alle Themen wurden zum Ende des Semesters in einen gemeinsamen Bezug gesetzt. Dabei wurde die Frage nach der Betrachtung und Bedeutungsbeimessung der Lebensqualität in beiden *Leipzig-Chartas* als zentral identifiziert. Es konnten Zusammenhänge zu verschiedenen Themenkomplexen wie der Digitalisierung und der Kreislaufwirtschaft als Aspekte der nachhaltigen Stadtentwicklung hergestellt werden sowie der Untersuchung der Zugänglichkeit und des öffentlichen Raums in der Covid-19-Pandemie.

Neue Rahmenbedingungen erfordern Flexibilität und Anpassbarkeit

Die Ergebnisse des Moduls stellen dar, dass durch die Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen die antagonistischen und synergistischen Dimensionen des Alltagslebens hervorgehoben werden, die mit den ändernden Verhältnissen zwischen Wohnen, Arbeiten und der Freizeitgestaltung gekoppelt sind. Außerdem hebt die Corona-Pandemie die Bedeutung der Nutzung und Gestaltung des (öffentlichen) Raums in der Stadt hervor, welche zur Gewährleistung der Zugänglichkeit und Teilhabe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen am (städtischen) Leben beitragen.

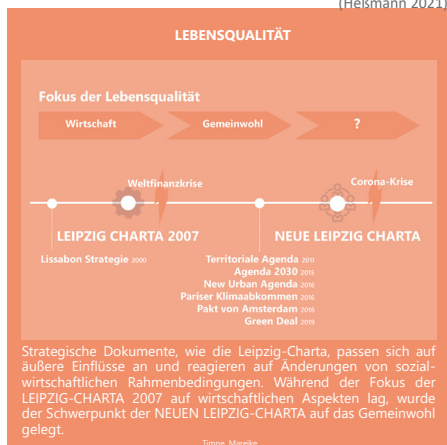
Die Ergebnisse weisen zudem auf die transformative Kraft urbaner Notstände hin, die sich in den ändernden normativen Konzepten und strategischen Dokumenten widerspiegeln. Durch die Pandemie und den daraus resultierenden Einschränkungen wurden die aktuellen Herausforderungen hervorgehoben und neu sortiert. Strategische Dokumente müssen somit künftig, flexibel und anpassbar sein, um auf Brüche in der Stadtentwicklung reagieren zu können. Fairness, Vielfalt, Weiterentwicklung und Angemessenheit spielen dabei eine wichtige Rolle, wenn neue Formen der Multifunktionalität geplant und die städtischen Flächen neu bespielt werden.



(Heßmann 2021)



(Lack 2021)



(Timppe 2021)



(Odofer 2021)

Ausgewählte Botschaften für die Winterschule der Nationalen Stadtentwicklungspolitik 2021

Winterschule der Nationalen Stadtentwicklungspolitik (NSP):

Die Post-Pandemische Stadt

Mareike Timpe, Merle Sophie Lack

Vom 05.-12. März 2021 fand die Winterschule zum Themenschwerpunkt: *Die Post-Pandemische Stadt* digital statt. Die Winterschule wurde aus Mitteln der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Rahmen des Projektes *Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft* gefördert. Zu aktuellen Themen beschäftigen sich, in einer Blockwoche, angehende Planer*innen verschiedener deutscher Universitäten und Hochschulen in interdisziplinären Gruppen.

An der diesjährigen Winterschule nahmen 11 verschiedene Hochschulen mit insgesamt 34 Studierenden teil. An Praxisbeispielen sechs verschiedener Kommunen im Ruhrgebiet wurde in den interdisziplinären Gruppen die *Stadt nach der Pandemie* und die positiven oder auch negativen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie diskutiert - der Fokus lag dabei auf dem Wohnen und Arbeiten.

Zu Beginn der Woche stellte alle Teilnehmenden ihre Semesterergebnisse vor. Danach ging es in die Kleingruppenarbeit, bei der es tägliche Konsultationen mit Expert*innen gab. Zu Beginn des Tages, oder auch abends, gab es Vorträge zu aktuellen Forschungen oder stadtplanerischen Entwürfen. Nach einer arbeitsintensiven, aber auch sehr lehrreichen Woche wurden die Ergebnisse gegenseitig präsentiert und werden von der NSP ebenfalls in einer Broschüre und einem Film zusammengefasst.

In der Woche entstanden diverse Ideen, Aussagen und Strategien für eine *Stadt nach der Pandemie*. Die Themenfelder reichten dabei von Veränderungen der Mobilität, des Freiraums und der Nachbarschaft bis zum Wohnen und Arbeiten.

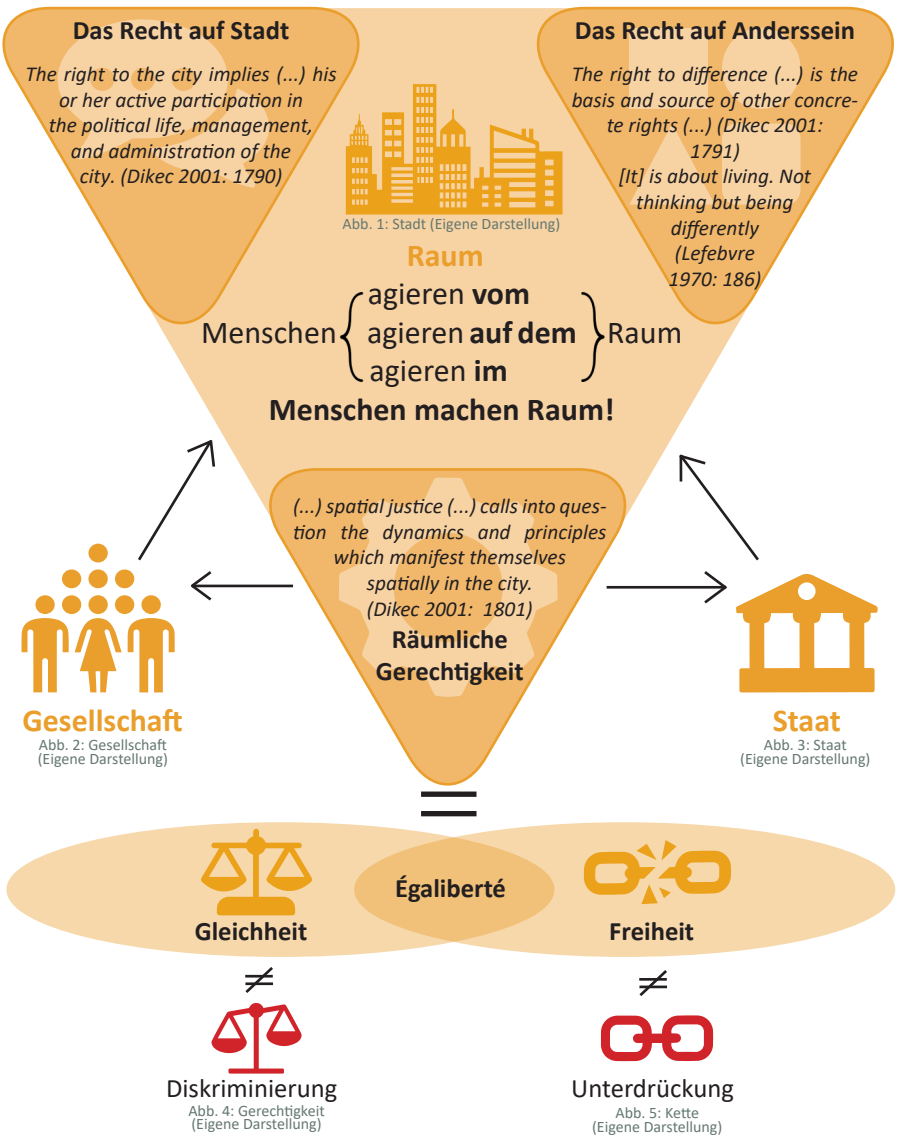
Die Ergebnisse decken sich teilweise mit den erarbeiteten Aussagen des Moduls *Prozess und Steuerung*. Die Städte müssen immer mehr Funktionen vereinbaren und breiten sich dabei, in ihren Funktionen, über den Stadtrand hinaus aus. Die Stadt und das Umland müssen somit miteinander verknüpft werden, beispielsweise durch den ÖPNV. Immer wichtiger wird jedoch auch die Stadt der kurzen Wege, denn der Fokus liegt ebenfalls auf dem Quartier und der direkten Nachbarschaft. Für den (sozialen) Austausch von innen und außen, spielt der eine bedeutende Rolle.

In der *Postpandemischen Stadt* werden alle Punkte der *Neuen Leipzig-Charta* miteinander vereint. Die Stadt muss *grün, gerecht, produktiv und digital* sein und die Prinzipien einer guten Stadtentwicklung sollen dabei in allen Bereichen der Governance und in allen räumlichen Ebenen umgesetzt werden.

Wissenschaftlicher Rahmen

Theoretische Debatten

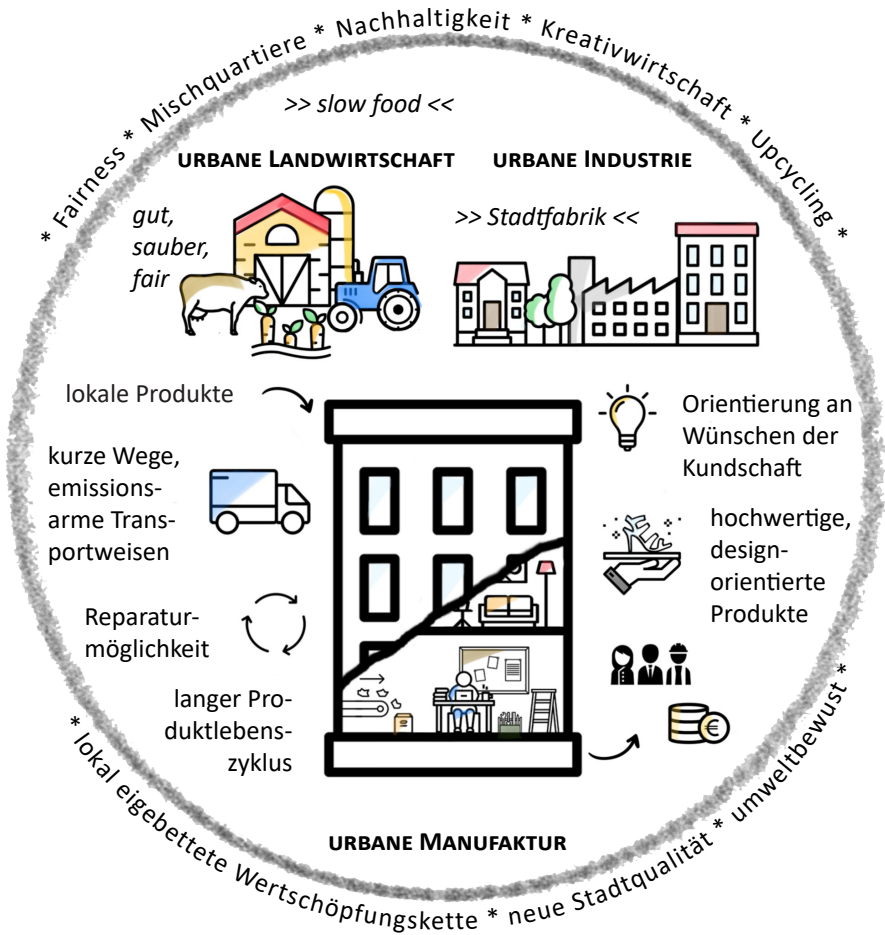
Eine Transformation zur emanzipatorischen Politik



Dikec, Mustafa (2001) Justice and the spatial Imagination. In: *Environment and Planning* 33, 1785-1805.

Urbane Produktion - eine Begriffsbestimmung

Alexandra Carolin Heßmann



Urbane Produktion - eine Begriffsbestimmung (Eigene Darstellung)

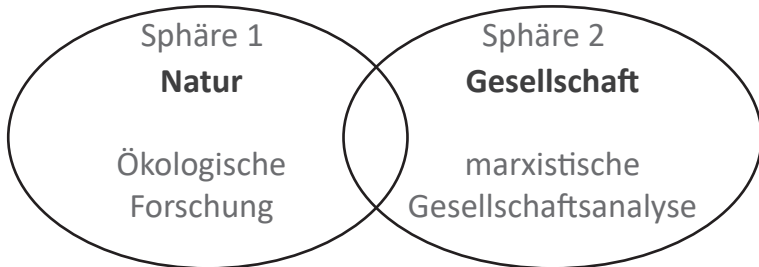
BRANDT ET AL. beschreiben die *urbane Produktion* als einen Sammelbegriff aus *urbaner Landwirtschaft*, *urbaner Industrie* und *urbaner Manufaktur*. Der Wertewandel der Gesellschaft begünstigt die Nachfrage nach fairen, lokal produzierten und hochwertigen Produkten, die an die Wünsche der Kundschaft ausgerichtet sind.

Brandt, Martina et al. (2017) Urbane Produktion - ein Versuch einer Begriffsdefinition. *FORSCHUNG AKTUELL* 08-2017.

Zwischen Umweltzerstörung und Kapitalismus

Janina Alexandra Jungblut

Womit beschäftigt sich die politische Ökologie?



Welchen Stellenwert hat die Natur?

marxistische Ansicht

Neil Smith's These
„Soziale Produktion der Natur,,

„Rolle eines gestalteten Resultats gesellschaftlicher Prozesse..“

(Becker/ Otto 2016)



Abb. 1: Mensch und Natur (Eigene Darstellung)

heutige Ansicht

„gesellschaftliche Naturaneignung“

„...Eigenwirkung von natürlichen Elementen und Prozessen...“

(Becker/ Otto 2016)

„...Inwertsetzung natürlicher Ressourcen durch kapitalistische Produktion...“

(Becker/ Otto 2016)



Abb. 2: Zwischen Umweltzerstörung und Kapitalismus (Eigene Darstellung)

Becker, Sören; Otto, Antje (2017) Natur, Gesellschaft, Materialität: aktuelle Herausforderungen der Politischen Ökologie. *Geographica Helvetica*. Coperhicus Publications for the Geographisch-Ethnographische Gesellschaft Zürich & Association Suisse de Geographie 71: 221-227.

Natürliche und/oder soziale Materialität

Josephine Kühnel

Politische Ökologie

Definition: Befassung vom menschlichen Handeln in Verbindung mit deren Auswirkungen auf die Natur

Themenfelder: Anthropologie, Gender Studies, Geographie, Kulturwissenschaften, Politikwissenschaften und Umweltsoziologie

Forschungsfokus: Geographische Entwicklungsländerforschung, Verwundbarkeitsforschung, geographische Konfliktforschung

Anwendungsbereich: Geographisch: Globaler Norden und Süden, ländliche Regionen und Städte, Empirisch: Klimawandel, Feminismus, Diskurstheorie, Nachhaltigkeit und Stadt-Natur Analysen

Konzeptionelle Ansätze:

- neo- und postmarxistischer Ansatz
- handlungstheoretischer Ansatz
- diskurstheoretischer Ansatz
- feministischer Ansatz
- neo-materialistischer Ansatz
- postkolonialer Ansatz
- Ansatz der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

Frage der Materialität: Forschung ist sich nicht einzig über

Definition der Materialität, 2 Auffassungen:

- Natürliche & soziale Materialität bestehen eigenständig
- Natürliche & soziale Materialität bestehen zusammen

Materialität

Auffassungen von Materialität:

Marxistisch-geprägte Auffassung:

- soziale (institutionelle) Materialitäten (z. B. Herrschaftsverhältnisse, Beziehungen)
- Natur als Materialität sowohl ein eigenständiges Element als auch ein Produkt menschlichen Handelns
- Variationen von natürlichen Materialitäten nicht unendlich (Beständigkeit gegen Transformation und Ausbeutung)
- sieht die Natur und die Gesellschaft als zwei einzelne Milieus an

Diskurstheoretische Auffassung:

- relationaler Standpunkt
- Trennung zwischen Gesellschaft und Natur wird aufgelöst
- materielle Dinge können ebenso wie soziale Wesen Entwicklungen beeinflussen
- fordert eine stärkere Thematisierung der „physisch-materielle[n] Raumdimension in Gestalt von Natur und gebauter Umwelt als Materialisierung sozialer Verhältnisse“ (Becker/Otto 2016: 223)

Herausforderungen der Politischen Ökologie

Wirkungsfrage der Materialität

Sybille Bauriedl

„Dem stellt sie eine Konzeption von Politischer Ökologie als herrschaftskritischer Wissenschaft gegenüber - eine Position, die betont, wie gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse in natürliche Phänomene und in die Beziehungen zwischen Menschen und Natur eingewoben sind.“ (Becker/Otto 2016: 224)

Tobias Schmitt

„Er versteht Wasser dabei als „emblematische Materialität“, als durch Machtverhältnisse konstruiertes Element, dessen Eigenlogik sich jedoch nie gänzlich durch technische Beherrschung und gesellschaftliche Herrschaft einfangen lassen kann.“ (Becker/Otto 2016: 224)

Alina Brad

„Ihr Beitrag verknüpft dabei der Diskussion um die Produktion von Natur mit Fragen gesellschaftlicher Naturverhältnisse und des State Rescaling.“ (Becker/Otto 2016: 224)

Daniel Münster & Julia Poerting

„Sie stellen dabei ein relationales Verhältnis zwischen Mensch und Natur heraus und plädieren dafür, agrarwirtschaftliches Land als gleichermaßen diskursiv und materiell zu betrachten.“ (Becker/Otto 2016: 224)

Erik Bertram

„Auf verschiedenen Streifzügen hat sich der Autor Sperrmüllsammungen und den sie umgebenden Handlungen genähert und begreift den von ihm beobachteten Ausschnitt von Beziehungen zwischen Mensch und Dingen als Gefüge nach Deleuze und Guattari.“ (Becker/Otto 2016: 224)

Matthias Schmid

„Der Beitrag zeigt zudem auf, dass somit nicht nur post-sozialistische Mensch-Umwelt-Verhältnisse besser verstanden und Ansätze für eine gerechtere Entwicklung aufgezeigt werden könnten, sondern die Politische Ökologie auf eigene Schwachstellen wie den Fokus auf kapitalistische Prozesse als hauptsächliche Ursache von Umweltdegradationen oder der Romantisierung lokaler und dörflicher Gemeinschaften hingewiesen werden.“ (Becker/Otto 2016: 225)

Dimensionen der Materialität

Vielfalt von Materialität:

- Natur
- menschliche Strukturen
- gesellschaftliche Praktiken
- gesellschaftliche Institutionen

Soziale Materialität als Dialektik & Gefüge:

- relationale Zugänge vs. dialektischer Ansatz
- Schlüsselfrage: Zusammenhang von natürlichen und gesellschaftlichen Elementen

Eigenlogik von Elementen gegen die Funktionalität der Gesamtheit:

- Eigenschaften von natürlich vorkommenden Ressourcen (Bodenbeschaffenheit, Aggregatzustände von Wasser, Palmpflanzen)
- soziale Aneignungen (Landlose, Kulturaktive)

Materialität und Raumproduktion:

- Diversität des Raums
- Gesellschaft formt Räume - Räume formen Gesellschaft
- Materialitäten besitzen soziale Prägung
- Räume besitzen materielle Wirkung

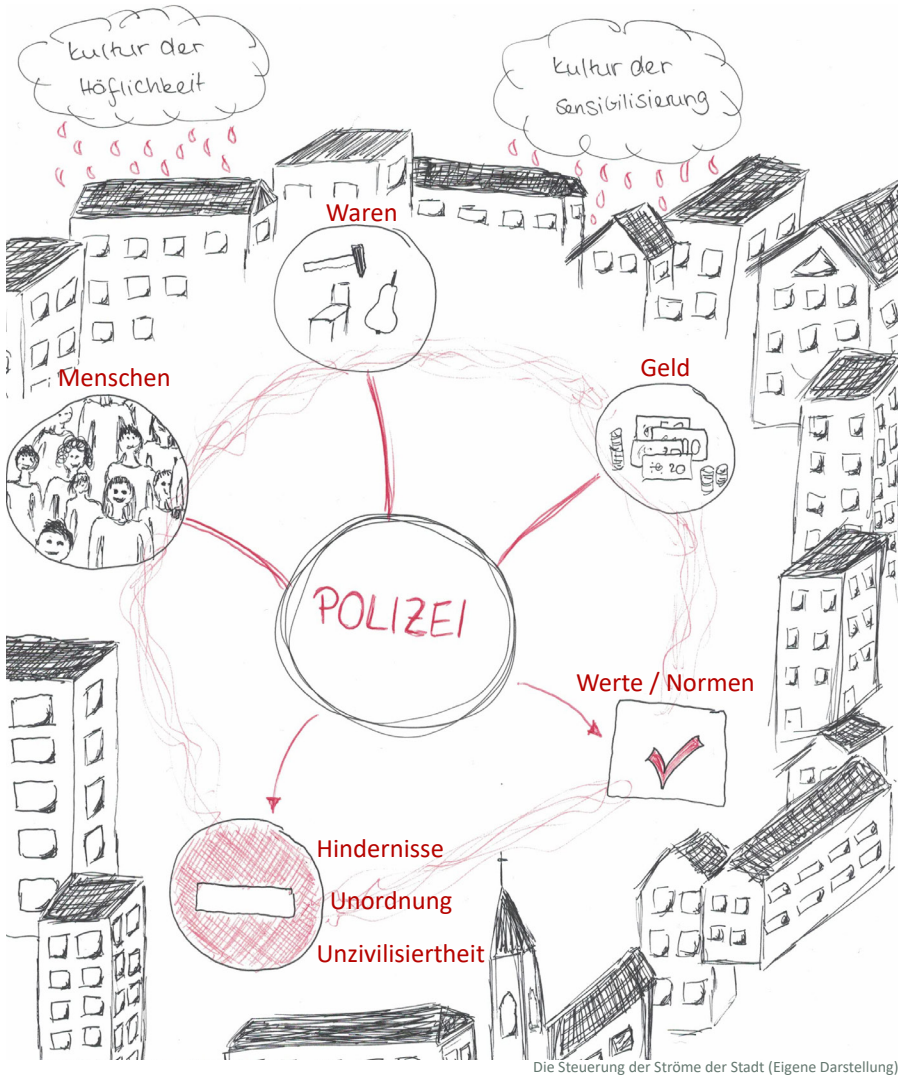
Materialität und Macht:

- unterschiedliche Machtverhältnisse je nach Ansatz
- Wirkung und Macht haben Einfluss aufeinander

Becker, Sören/Otto, Antje (2016) Editorial: Natur, Gesellschaft, Materialität: aktuelle Herausforderungen der Politischen Ökologie. *Geographica Helvetica* 71: 221-227.

Die Steuerung der Ströme in der Stadt

Merle Sophie Lack



Die Steuerung der Ströme der Stadt (Eigene Darstellung)

Der Text handelt von dem Einfluss der Polizei auf städtische Ströme im 18. und 19. Jahrhundert und die damit verbundene Gestaltung der modernen Stadt. Die Grafik illustriert die im Text dargestellte Argumentation Mitchell Deans (1999) zu den Aufgaben der Polizei und Barker-Benfields (1992) zu den unterstützenden Prozessen einer Zivilisierung der Gesellschaft zusammenfassend.

Bridge, Gary; Watson, Sophie (2011) *The New Blackwell Companion to the City*. Malden, MA: Wiley-Blackwell.

Online goes offline, offline goes online?

Alina Odörfer

„Die Zukunft des Einzelhandels liegt in der Überbrückung der Kluft zwischen online und offline, und zwar durch die nahtlose Zusammenführung eines fantastischen physischen Erlebnisses mit einer leistungs-starken, aber subtilen Techno-logie. Beide Seiten müssen neb-eneinander existieren, um sich gegenseitig zu stärken.“

Heinemann 2017: 183.

**Synergie
aus
ONLINE
OFFLINE**

*Einzelhandel
wo und wie
weiterhin
rentabel?*

„Deswegen sollten Städte durchaus auch darüber nachdenken, vielleicht das stärkere Mittelzentrum in der Nähe zu unterstützen und als Trabant zu ergänzen, als sich in einem aussichtslosen Kampf aufzureiben.“

Heinemann 2017: 134.

**EINZEL-
HÄNDLER**

*Wie
Produkte
erlebbar
machen?*

**OFFLINE
präsent
werden!**

**ONLINE-
HÄNDLER**

Abb. 1: Onlinehändler (Eigene Darstellung)

Stationäre Verkaufsflächen nutzen:

- Kleinere Läden für Showrooms
- Zum Ausprobieren und Testen der Ware

Digitale Verkaufsflächen nutzen:

- Online-Marktplätze wie Ebay
- Online-Offline-Händlerkooperationen

**ONLINE
präsent
werden!**

und/oder?

**Nur an
Standorten
mit hoher
Kaufkraft!**

Abb. 2: Einzelhändler (Eigene Darstellung)

Folgen für räumliche Verteilung des Einzelhandels?

Einzelhandelssterben je nach Standort und Größe der Stadt:

- betrifft vor allem Kleinstädte
- Umliegende Mittelstädte profitieren, da durch Umland größerer Einzugsbereich
- Kooperation zwischen Mittel- und Kleinstädten?

Heinemann, Gerrit (2017) *Die Neuerfindung des stationären Einzelhandels*. Mönchengladbach: Springer Gabler.

Lieber Datenlieferant, als allein sein.

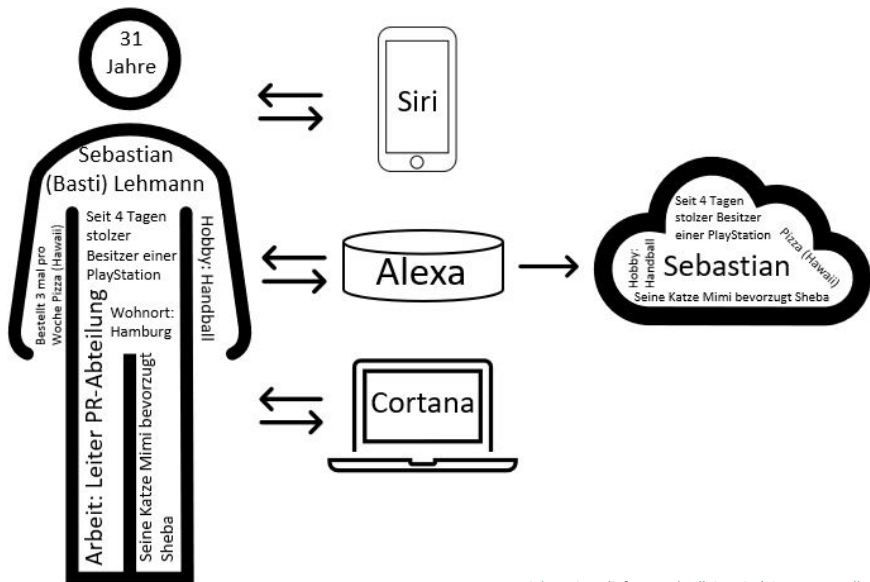
Vanessa Pohl

„Manchmal habe ich das Gefühl, dass die Menschen durchaus gerne bereit sind, ihre Privatheit aufzugeben und sich der Industrie als Datensatz zur Verfügung zu stellen. Man kann es auch so sehen: Das Leben in der Stadt wird immer einsamer, und so haben wir zumindest einen Zeugen.“ (Czaja 2017:12)

*„Je stärker wir uns digitalisieren, desto mehr leidet die zwischenmenschliche Kommunikation.“
(Czaja 2017:12)*

*„[...] lassen uns sogar ins Wohn- und Schlafzimmer hineinblicken.“
(Czaja 2017:12)*

*„Datenschutz?
Die Alexa-Daten werden von Amazon langfristig gespeichert.“
(Czaja 2017:12)*



Lieber Dienstlieferant, als allein sein (Eigene Darstellung)

„Amazon hat seinen denkenden Lautsprecher Echo bewusst auf den Frauennamen Alexa getauft und dieser Alexa ebenso bewusst eine angenehme, menschlich klingende Stimme verpasst. Studien zeigen, dass sich Männer wie Frauen überaus gerne mit Alexa unterhalten.“ (Czaja 2017:12)

Czaja, Wojciech (2017) Die Smart City ist eine technokratische Vision. *Der Standard*, 06.09.2017: 12.

Polyzentralität in Pandemiezeiten

Thanh Hai Tran

Medizinische Versorgung



Abb. 1: Medizin (Eigene Darstellung)

Landwirtschaft



Abb. 2: Landwirtschaft (Eigene Darstellung)

Stadtzentrum



Abb. 3: Stadtzentrum (Eigene Darstellung)



Abb. 4: Industrie (Eigene Darstellung)

Industrie



Abb. 5: Infrastruktur (Eigene Darstellung)

Infrastruktur

„Der Regionalist versucht, ein solches Gebiet so zu planen, dass alle seine Standorte und Ressourcen, vom Wald bis zur Stadt, vom Hochland bis zum Wasserspiegel, solide entwickelt werden und die Bevölkerung so verteilt wird, dass sie es nutzt, anstatt seine natürlichen Vorteile zu annullieren oder zerstören. Sie sieht Menschen, Industrie und Land als eine Einheit.“ **Lewis Mumford**

Hall, Peter (2014) *Cities of Tomorrow*. Chichester, West Sussex: Wiley-Blackwell.

Grundbausteine von Lebensqualität

Mareike Timpe



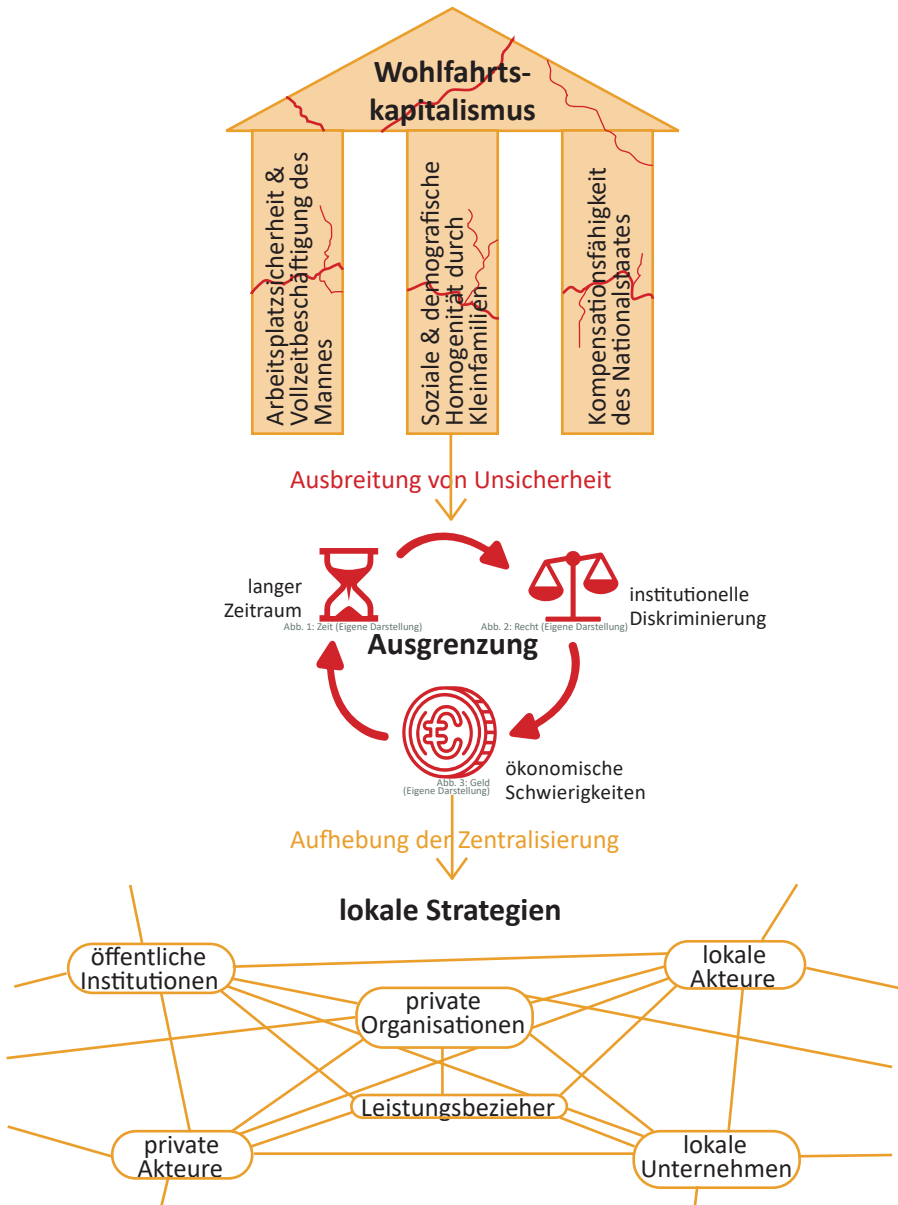
Sim, David (2019) *Soft City. Building Density for Everyday Life*. Washington D.C.: Island Press.

Wissenschaftlicher Rahmen

„Die europäische Stadt“ von Walter Siebel

Entwicklung lokaler Strategien für Integration

Anna Susann Both



Mingione, Enzo (2004) Soziale Ausgrenzung und lokale Fürsorge in europäischen Städten. In: Siebel, Walter (Hg.) *Die europäische Stadt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 321-313.

Umgang mit Industriearealen im Stadtbild

Alexandra Carolin Heßmann

„Industrialisierung greift [...] in die Gestalt vieler bestehender Städte [...] ein.“
(Hauser 2010: 146)

- >> Verdichtung
- >> neue Strukturierung
- >> Veränderung des Umlandes
- >> neue Organisation der Daseinsvorsorge



Abb. 1: Areale in der Stadt (Eigene Darstellung)

„Industrielle Prozesse und ihre sozialen Begleiterscheinungen sind randständige und angstbesetzte Themen [...]“
(Hauser 2010: 148)

WIE SOLL MAN MIT DIESEN INDUSTRIEAREALEN UMGEHEN?

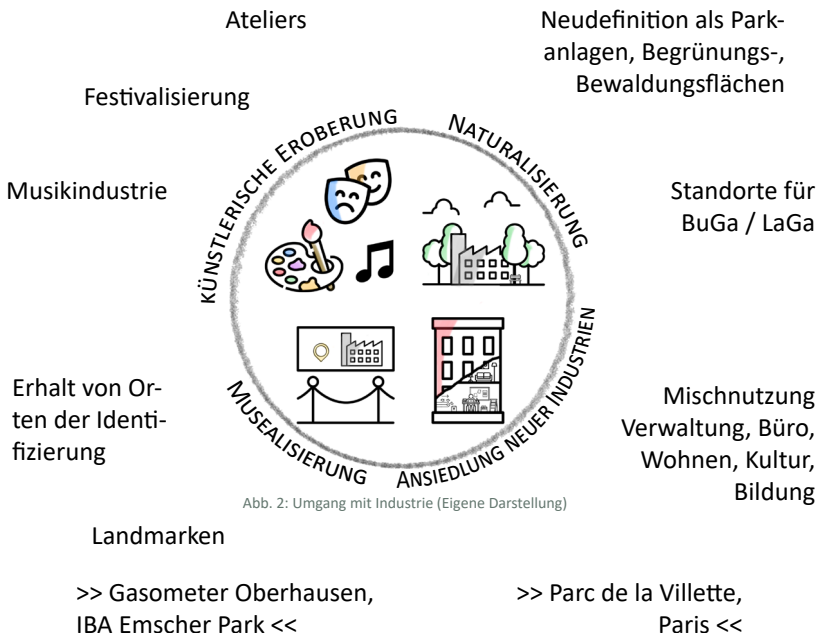


Abb. 2: Umgang mit Industrie (Eigene Darstellung)

„[...] das Vorhandene akzeptierend [wahrnehmen] und die Sichtbarkeit der Eigenart [...] inszenieren.“ (Hauser 2010: 155)

Hauser, Susanne (2010) Industrieareale als urbane Räume. In: Siebel, Walter (Hg.) *Die europäische Stadt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 146–157.

Konsum wandelt den öffentlichen Raum

Janina Alexandra Jungblut

„Stadtleben ist heute Konsumentendasein.“

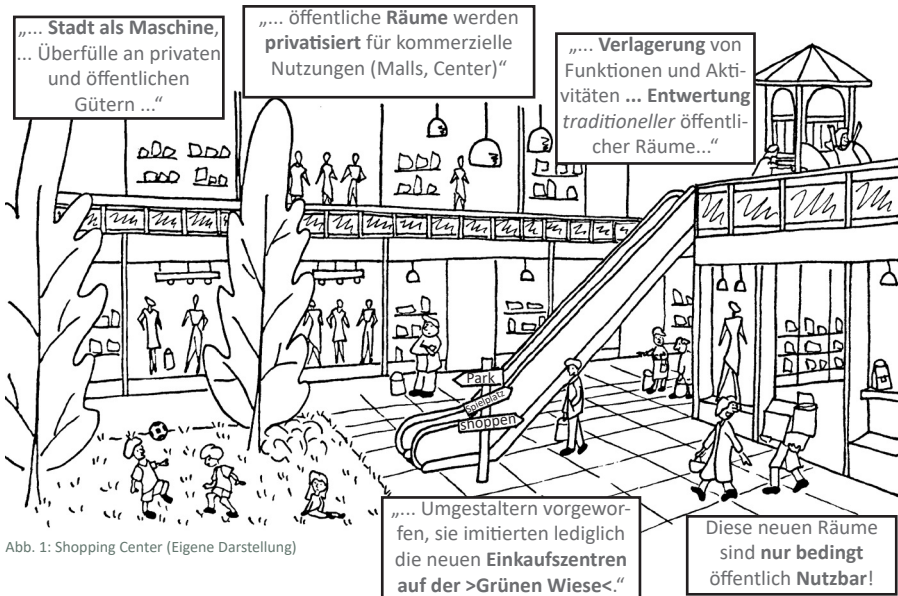


Abb. 1: Shopping Center (Eigene Darstellung)

„... Unser Zukunftsproblem ist der **leere Raum**, der nicht mehr benötigte öffentliche Raum ...“



Abb. 2: Drohne (Eigene Darstellung)

„... Beschlagnahme öffentlichen Raums für private Zwecke.“

„Lärm und Abgase erweitern die Inanspruchnahme auch auf angrenzende Räume“

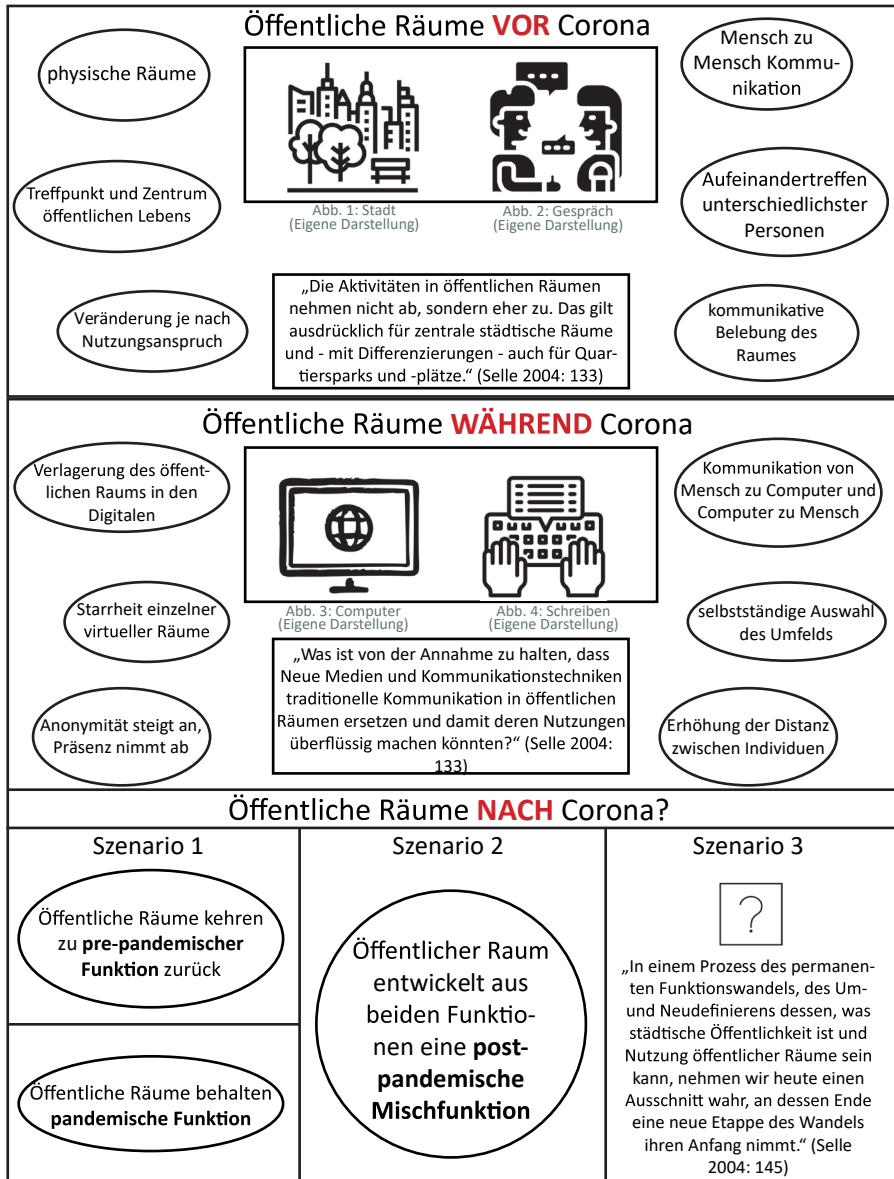


Abb. 3: Post (Eigene Darstellung)

Selle, Klaus (2014) Öffentliche Räume in der europäischen Stadt - Verfall und Ende oder Wandel und Belebung. Reden und Gegenreden. In: Siebel, Walter (Hg.) *Die europäische Stadt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 131- 145.

Öffentliche Räume zwischen Belegung und Entleerung

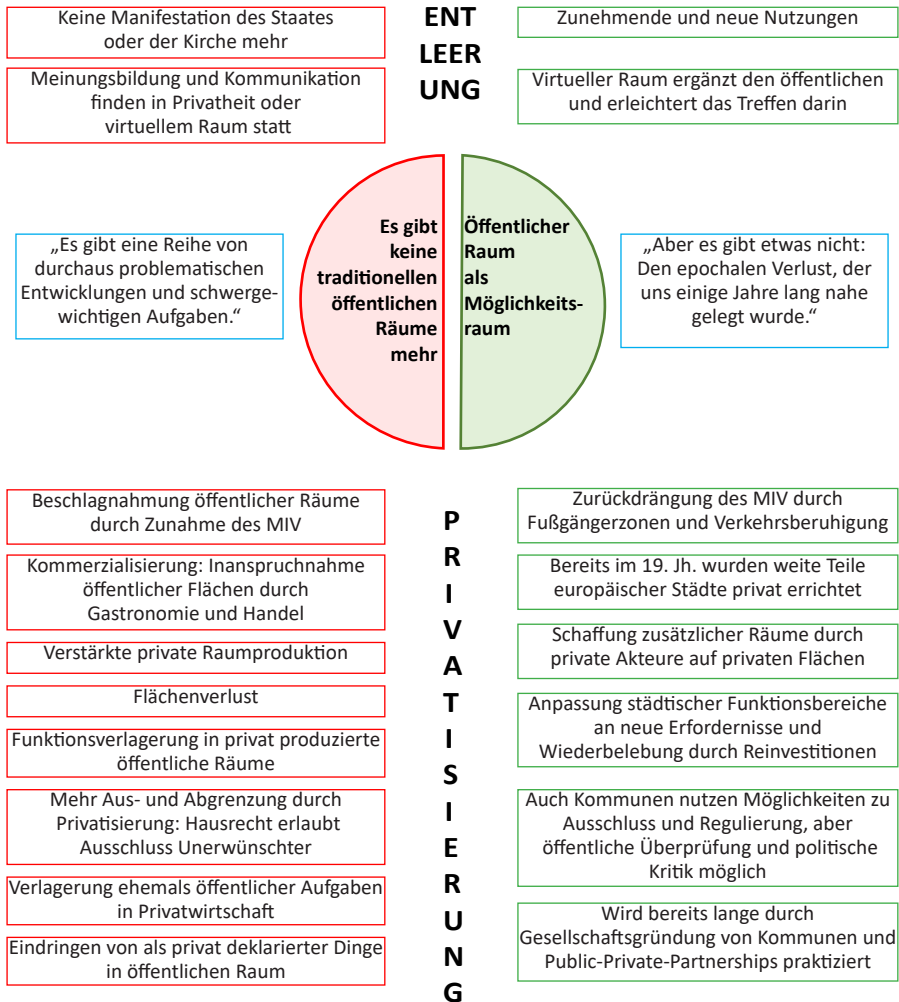
Josephine Kühnel



Selle, Klaus (2004) Öffentliche Räume in der europäischen Stadt - Verfall und Ende oder Wandel und Belegung? Reden und Gegenreden. In: Siebel, Walter (Hg.) *Die europäische Stadt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 139-145.

Die Entwicklung öffentlicher Räume in der Stadt

Merle Sophie Lack



„Verfall, Ende, Belebung, Renaissance – alles das geschieht gleichzeitig. In einem Prozess des permanenten Funktionswandels, des Um- und Neudefinierens dessen, was städtische Öffentlichkeit ist und Nutzung öffentlicher Räume sein kann, nehmen wir heute einen Ausschnitt wahr, an dessen Ende eine neue Etappe des Wandels ihren Anfang nimmt.“

Selle, Klaus (2004) Öffentliche Räume in der europäischen Stadt - Verfall und Ende oder Wandel und Belebung? Reden und Gegenreden. In: Siebel, Walter (Hg.) *Die europäische Stadt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 139-145.

Privatisierung der Innenstadt - (gefühlte) Wahrheit?

Alina Odörfer

1. Europäische Stadt und ihr öffentlicher Raum in der Krise?

„[...] nichts bestimmt das Bild der europäischen Stadt mehr als das seiner öffentlich nutzbaren Räume. Flanieren, kommunizieren, weltoffen die Stadt durchstreifen, dem pulsierenden Leben entspannt zuschauen [...]“ Selle 2004: 131.

„Die Ausdehnung des Privaten sei als Zeichen, wenn nicht als Ursache einer Krise der europäischen Stadt zu verstehen.“ Selle 2004: 138.

2. Streitgespräch: Privatisierung des öffentlichen Raumes?

Thesen aus der Fachwelt

„Es kommt zu einer Ausdehnung des privaten Raumes auf Kosten der öffentlichen Räume [...]“

Herlyn 2002: 139 f.

Kritik Fachwelt: Inanspruchnahme öffentlicher Flächen für private Zwecke (z.B. Handel)

Thesen aus der Fachwelt

„Mit dem privaten Angebot von Konsum- und Erlebniswelten gehen [...] Verlagerungen von Funktionen und Aktivitäten einher.“

Selle 2004: 141.

Kritik Fachwelt: Klassische öffentliche Räume verlieren (z.B. Innenstadt) durch privates Angebot (z.B. Malls) an Bedeutung (= Konkurrenz); Räume nicht für jedermann zugänglich (= Ausgrenzung)

▼Gegenthese Klaus Selle

„Konkurrenz [durch z.B. Malls führt] nicht [...] zum Verfall der klassischen Standorte, sondern [...]kann] zu deren Wiederbelebung beitragen. [...] Auch die Kommunen machen von ihren Möglichkeiten zu Anschluss und Regulierungen Gebrauch.“

Selle 2004: 141, 143.

Selles Beobachtungen: Konkurrenz fördert Weiterentwicklung, z.B. innerstädtische Modernisierungs- und Aufwertungsmaßnahmen als Reaktion auf Bedeutungsverlust der Innenstädte

➡ Gegenthese Klaus Selle

„Trifft das zu - und ist das neu? [...] Viele scheinen beim Stichwort >Privatisierung< davon auszugehen, dass ehemals öffentlich nutzbare Räume privat angeeignet und reguliert würden. [...] Die Regel ist vielmehr, dass von privaten Akteuren auf privatem Grund zusätzliche Räume produziert werden. [...]Und:] Ist die Stadtentwicklung nicht schon immer Aufgabe privater Akteure?“

Selle 2004: 138 f.

Selles Beobachtungen: Keine Reduktion, sondern zusätzliche Produktion öffentlicher Räume; Öffentliche Räume wurden auch in der Vergangenheit privat hergestellt und reguliert (z.B. Arbeitersiedlungen im 19. Jhr. durch Unternehmer)

Fazit: Selle nimmt in der Privatisierungsdiskussion eine beobachtende Perspektive ein und betont: Probleme bezüglich öffentlicher Räume bestehen, aber die verbreiteten Annahmen über Privatisierung treffen nicht immer zu. Denn Stadtentwicklung stellt eine Koproduktion unterschiedlicher Akteure dar, inklusive privater Beteiligten. Ungeklärt bleibt: Wie kann eine allgemeinwohlorientierte Zusammenarbeit aussehen? Aber auch: Wird bei Werbung nicht auch öffentlicher Raum privat genutzt? Ist das gerechtfertigt?

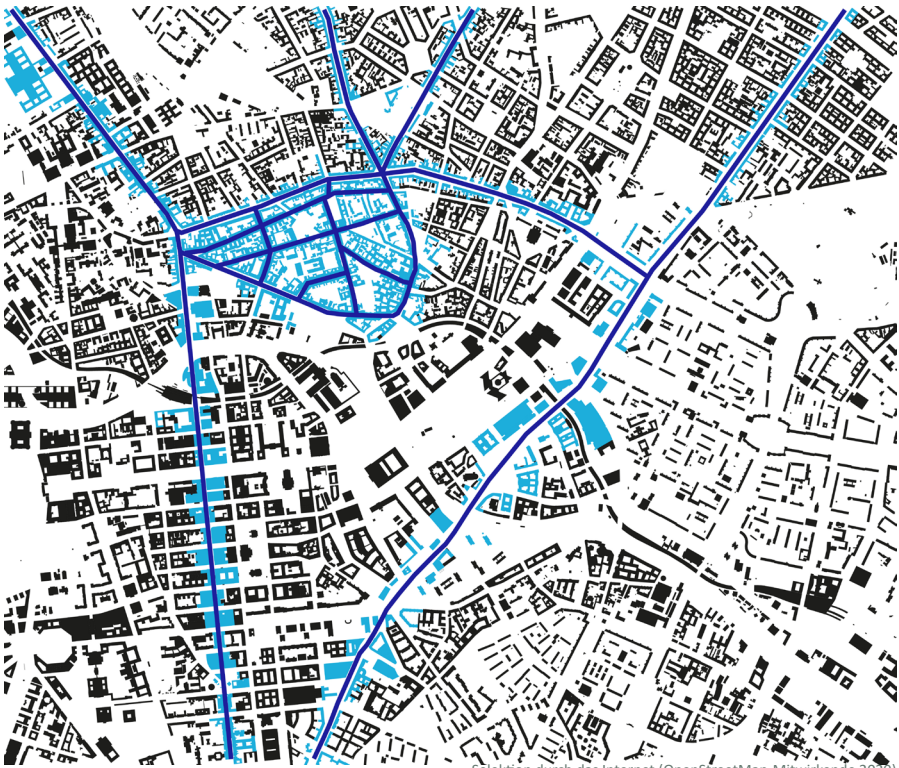
Herlyn, Ulfert (2002) Zur Bedeutung öffentlicher Räume in Wohnquartieren. In: Selle, Klaus (Hg.) (2002) *Was ist los mit den öffentlichen Räumen?* Aachen/Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, 117-122.

Selle, Klaus (2004) Öffentliche Räume in der europäischen Stadt - Verfall und Ende oder Wandel und Belebung? Reden und Gegenreden. In: Siebel, Walter (Hg.) *Die europäische Stadt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 139-145.

Die Selektion durch Internet

Vanessa Pohl

„Da mit der > letzten Meile < überproportional hohe Kosten verbunden sind, erfolgt der Ausbau von Hochleistungs-Glasfaser-Netzwerken im städtischen Raum nicht in der Fläche, sondern in Form von strategischen Knoten und zentralen Achsen. Die durch das Problem der > letzten Meile < geprägte räumliche Selektivität der Telekommunikations-Infrastruktur wird wesentlich verschärft durch die Investitionsstrategien der globalen Netzanbieter, die sich als > Rosinenpicken < charakterisieren lässt.“ (Läpple 2004: 408-410)



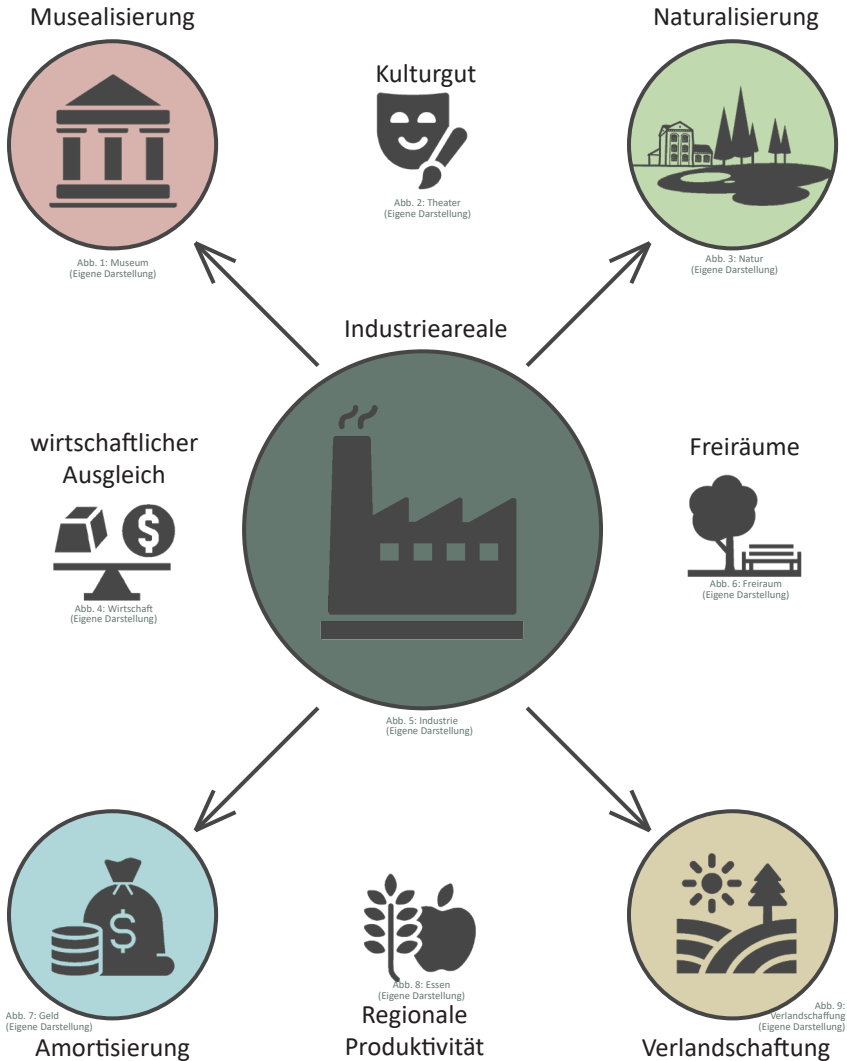
Selektion durch das Internet (OpenStreetMap-Mitwirkende 2020)

„Es ist jedoch wahrscheinlich, dass sich die bereits bestehende räumliche Selektivität der digitalen Netzwerke weiter verstärken und sich damit die Gefahr einer digitalen Exklusion innerhalb der Städte erhöhen wird.“ (Läpple 2004: 408-410)

Läpple, Dieter (2004) Das Internet und die Stadt - Visualisierung oder Revitalisierung städtischer Arbeits- und Lebensverhältnisse? In: Siebel, Walter (Hg.) *Die europäische Stadt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 408-410.

Festivalisierung der Industrieareale

Thanh Hai Tran



„Die Reaktionen auf aufgegebenen Industrieareale reichen dementsprechend von ihrer Auffassung als Chance und Reichtum bis hin zur Auffassung als Krisen- und Armutssymptom, von ihrem Verständnis als wertvoller Teil der Stadt bis zu ihrer Sicht als exterritoriale Gebiete zweifelhafter Qualität, als periphere Situation mitten in als städtisch begriffener Umgebung, die weder Stadt noch Land noch Landschaft sind.“

Susanne Hauser

Hauser, Susanne (2010) Industrieareale als urbane Räume. In: Siebel, Walter (Hg.) *Die europäische Stadt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 146–157.

Festigung und Erweiterung der Grundbausteine der Lebensqualität

Mareike Timpe



Person (Eigene Darstellung)

Zur Lebensqualität „[...] kann der Städtebauer beitragen, indem er öffentliche und private Räume richtig baut, genauer: indem er **Räume** baut, in denen sich **öffentliches und privates Leben entfalten kann.**“
(Bahrtdt 1998)

WARUM SPIELEN EUROPÄISCHE STÄDTE EINE WICHTIGE ROLLE BEI DER LEBENSQUALITÄT?

"Die urbane **Qualität der europäischen Stadt** liegt in ihrer **Widersprüchlichkeit und Ambivalenz**, in ihrer **Unübersichtlichkeit** und ihrem **chaotischen Überschuss, den Dichte, Größe und Heterogenität** produzieren können."
(Häußermann/Siebel 1997)



Person (Eigene Darstellung)

ÖFFENTLICHKEIT - EIN WEITERER GRUNDBAUSTEIN DER LEBENSQUALITÄT

"**Städtische Öffentlichkeit** stellt sich nicht als eine Konstante dar, sondern **wandelt sich** je nach den dominanten gesellschaftlichen Entwicklungen und den mit ihnen verbundenen konkreten Veränderungen in den Städten."
(Herlyn 2004)



Person (Eigene Darstellung)

"Trotz vielfältigen Wandels und mannigfacher Einbußen ist der **öffentliche Raum auch heute noch das Grundgesetz der Stadt.**"
(Sievers 1996)



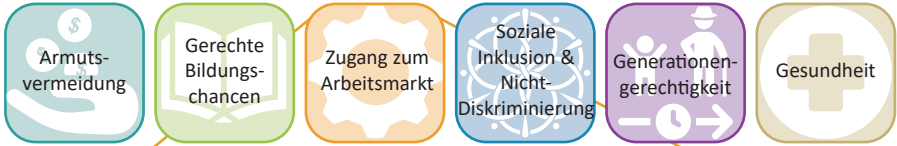
Person (Eigene Darstellung)

Herlyn, Ulfert (2004) Zum Bedeutungswandel der öffentlichen Sphäre - Anmerkungen zur Urbanitätstheorie von H.P. Bahrtdt. In: Siebel, Walter (Hg.) *Die europäische Stadt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 121-130.

Wissenschaftlicher Rahmen

Mediendebatten

41 untersuchte EU- & OECD-Staaten in
6 Dimensionen sozialer Gerechtigkeit



Rang: 1 Island 10 Deutschland ~~EU/OECD zwischen~~ 21 & 22

Zugang zum Arbeitsmarkt

Ungleichheit in Einkommensverteilung nimmt ab

Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt

=
Verhältnis von Frauen & Männern konnte teilweise ausgeglichen werden

Ungleichheit nimmt in Vorbildnationen zu

ABER
Ungleichheit bei Einkommen nimmt zu
Anstieg von unfreiwilliger Teilzeitarbeit & befristeter Beschäftigung

≠
Mangelnde Geschlechtergleichstellung bei Lohn für gleiche Arbeit



Abb. 1: guter Zugang
(Eigene Darstellung)



Abb. 2: neutraler Zugang
(Eigene Darstellung)



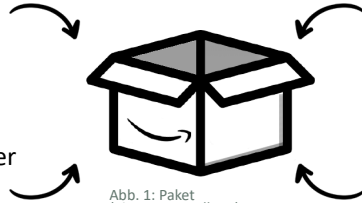
Abb. 3: schlechter Zugang
(Eigene Darstellung)

Hellmann, Thorsten; Schmidt, Pia; Heller, Sascha Matthias (2019) Soziale Gerechtigkeit in der EU und OECD. Index Report 2019. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/SJI_Das_Wichtigste_in_Kuerze_DE.pdf. [Zugriff am: 11.12.2020].

Der stationäre Einzelhandel in einer amazonierten Welt

Alexandra Carolin Heßmann

62 % der Deutschen
kaufen online (00:14)



40 % aller Waren (Klei-
dung, Elektronik) werden
online gekauft (07:29)

Amazon als Marktführer
(00:18)

55 Mio. Amazon-Kunden
(06:48)

Abb. 1: Paket
(Eigene Darstellung)

AMAZON

28 Mrd. € Umsatz 2019 (06:30)

2020: Umsatzsteigerung
20-30 % (08:26)

dynamic pricing

reiche Produktauswahl,
etwa 720 Mio. Artikel (13:04)

hoher Zeitaufwand bei
Rücksendungen

Bequemlichkeit

Verpackungsmaterial

20 Mio. retournierte Artikel
werden aus Kostengründen
entsorgt (33:20)

Stundenlohn ab 11,30 €/h (38:10)



Abb. 2: Blitz
(Eigene Darstellung)



Abb. 3: Geld
(Eigene Darstellung)



Abb. 4: Uhr
(Eigene Darstellung)



Abb. 5: Nachhaltigkeit
(Eigene Darstellung)

STATIONÄRER EINZELHANDEL

300 Mrd. € Umsatz 2019 (07:15)
kumuliert // ohne Lebensmittel

2020: 35 Mrd. €
Umsatzeinbußen (08:32)

drohende Insolvenzen (08:01)

Preise = Produkt + Beratung

sofortige Verfügbarkeit

Anfahrtswege

hoher Energiebedarf der
Geschäfte

+ Emissionen bei der Lieferung
+ Emissionen über individuelle
Wege

Stundenlohn ab 14,39 €/h (38:10)

STRATEGIEN ZUR STÄRKUNG DES LOKALEN EINZELHANDELS

- >> Eventisierung und Erlebnisökonomie
- >> Teil der Plattform werden
- >> selbst zur Plattform werden
- >> lokale Plattformen anbieten

Folkens, Sören (2020) Amazon gegen Einzelhandel. Billiger, bequemer - besser? [Film]. ZDFzeit.

Lob und Kritik - Richtlinien der EU Abfallwirtschaft

Janina Alexandra Jungblut



Abb. 1: gut (Eigene Darstellung)

trennen und sortieren



Abb. 2: Müll (Eigene Darstellung)

alle Mitgliedsstaaten müssen: Papier, Metall, Kunststoffe, Glas **getrennt sammeln** (ab 2025 auch Alttextilien)

Trennung Metalle und Aluminium - **Aluminium-Recycling fördern**

recyclen und reparieren



Abb. 3: Recycling (Eigene Darstellung)

alle Mitgliedsstaaten müssen: **Maßnahmen** treffen, um **Wiederverwendung** zu **stärken**, Systeme schaffen um **Reparatur** zu **fördern** (**Verfügbarkeit** von Ersatzteilen, Bedienungsanleitungen und **technischen Informationen fördern**), Stärkung **Wiederverwendung** von **Verpackungen**

Recyclingziele für Siedlungsabfälle:

Bis 2035 - **65% der Abfälle** recycelt

Kontrolle und Verantwortung



Abb. 4: Suche (Eigene Darstellung)

Erfolgskontrolle der Abfallvermeidungsmaßnahmen und **neue Berechnungsmethode** für Recyclingquote, **Maßnahmen Produktverantwortung** (**Hersteller** stärker an **Entsorgungskosten** ihrer Produkte beteiligt)

Umweltbundesamt (2018) *Neuer Umgang mit Abfall in Europa*. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/neuer-umgang-abfall-in-europa> [Zugriff am: 11. Dezember 2020].



Abb. 5: schlecht (Eigene Darstellung)



Abb. 6: Kompostierung (Eigene Darstellung)

Kompostierung von neuen **biologisch abbaubaren Verpackungen** werden **zur Recyclingquote gezählt**

keine Anreize und Maßnahmen zur Vermeidung und Reduzierung



Abb. 7: Elektroaltgeräte (Eigene Darstellung)

Erfolgskontrolle vieler Mitgliedsstaaten **große Herausforderung** (fehlende Datengrundlagen, wenig Zeit für neue Berechnungsmethode)

Elektroaltgeräte und Altfahrzeuge von den **Entsorgungskosten** der Hersteller **ausgenommen**

Recyclingziele für Mitgliedsstaaten mit aktuell geringem Recyclinganteil **sehr anspruchsvoll**

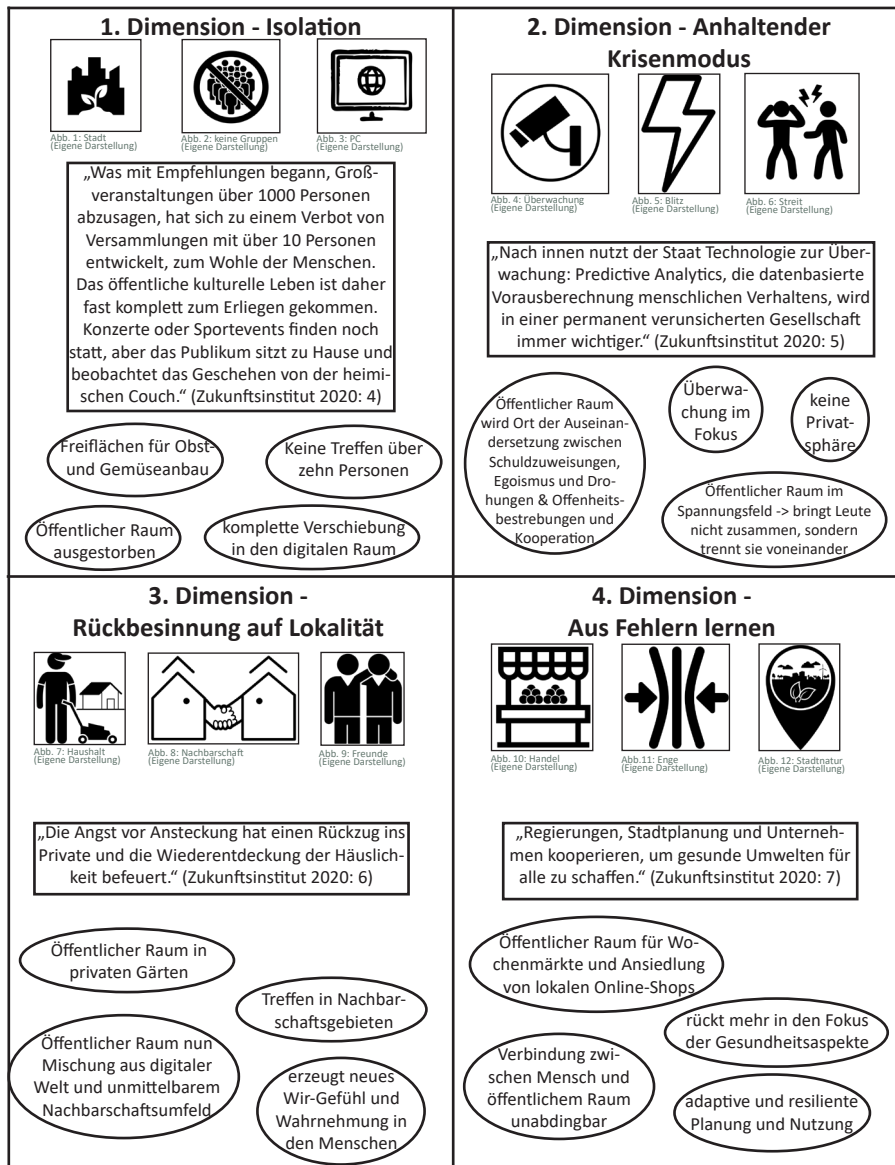
keine Maßnahmen zur Berücksichtigung gesamtem **Lebensweg der Verpackungen** geschaffen

Steigerung des **Recyclings** von Verpackungsabfällen = verstärkter **Einsatz** bzw. Maßnahmen von **Rezyklaten notwendig**

Mitgliedsstaaten können die **Recyclingquoten** ohne Angaben von Gründen **aussetzen**

Vier Zukunftsdimensionen des öffentlichen Raums

Josephine Kühnel



Vier Zukunftsdimensionen des öffentlichen Raums (Eigene Darstellung)

Zukunftsinstitut GmbH (2020) *Der Corona-Effekt. Vier Zukunftsszenarien*. Frankfurt am Main: zukunftsInstitut.

Die Entwicklung öffentlicher Räume in der Stadt

Merle Sophie Lack

Der Text behandelt neun Kriterien für Lebensqualität und Nachhaltigkeit in einer dicht bebauten Umwelt. Im Folgenden werden Aspekte aus dem Kriterium der Fußläufigkeit im Kontext der Gebäudestruktur aufgegriffen, dargestellt und kommentiert.

„The goal is quick-and-easy access, convenience, spontaneous participation, and being able to get from one situation to another quickly and easily.” (S. 222)

FENSTER

=Verbindung zur Außenwelt durch Beobachtung von Leben und Klima, essenziell für natürliches Licht

TÜR

=physische Verbindung zur Außenwelt; Schlüssel zur einfachen spontanen Bewegung zwischen innen und außen, privat und öffentlich

TREPPE

=Erschließung innerhalb des Gebäudes, lässt Wahrnehmung von Aktivitäten auf verschiedenen Etagen zu

Durch besondere Elemente wie Balkon, Dachterasse, Veranda, etc. wird Wahrscheinlichkeit für mehr Bewegung zwischen drinnen und draußen erhöht

Die Fußläufigkeit scheint exklusiv gedacht zu sein, schließlich gibt es viele Menschen, die nicht fußläufig mobil werden können

Fenster: Vertikale Form nimmt weniger Platz ein, ermöglicht aber ein größeres Betrachtungsspektrum und mehr Licht

Fußläufigkeit ist beim heutigen Stand der Technik nicht zwingend erforderlich oder am besten und schnellsten

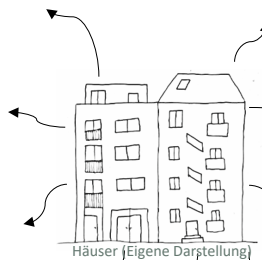
Erdgeschosszone: innen-außen-Mobilität

Vorder- und Hintertür gleichsam wichtig für Übergang von Öffentlichkeit zu Privatheit

Max. 6 Geschosse für Fußläufigkeit ohne Aufzug

Treppen am besten an Außenwand mit Fenstern für Licht und Luft

Fußläufigkeit ist auch Frage der baulichen Voraussetzungen: niedrige Decken mit Stoßgefahr?



Mieten für Einzelhandelsflächen: Weiterhin Spitzenpreise?

Alina Odörfer



Abb. 1: Pfeile (Eigene Darstellung)

PROBLEM: Mietpreisentwicklung in der Innenstadt

Hohe Mieten als zusätzliche Belastung für den Einzelhandel: „Bisher haben sich die Mieten in den guten Lagen immer nur aufwärts bewegt, obwohl der Onlinehandel schon seit einigen Jahren den Läden in den Innenstädten hart zusetzt.“

Beispiel Berliner Innenstadt: „Das können sich ohnehin nur die Vorzeigeshops der großen Marken und Ketten leisten, die nicht vom reinen Umsatz der Filiale abhängig sind, sondern meist querfinanziert werden.“

REAKTIONEN & FORDERUNGEN: Mietpreise senken

Einzelhändler Innenstadt



Abb. 2: Einzelhändler (Eigene Darstellung)



Abb. 3: Onlinehändler (Eigene Darstellung)

weniger Miete = weniger Rendite

IDEE: Innenstadtfonds als Maßnahme, um Mietpreise zu senken

Vorschlag: Öffentliche Hand greift selbst in den Markt ein, um „relevante Schlüsselimmobilien in der Innenstadt vorübergehend zu erwerben. [...] Das heißt, ein [...] Innenstadtfonds würde als öffentlicher Käufer dem Markt zentrale Immobilien entziehen, bevor [...] ein privater zum Zug kommt. Die Städten hätten so die Möglichkeit, viel niedrigere Mieten für das entsprechende Objekt festzulegen.“

Folge: „wenn einmal ein Abwärtstrend bei den Mieten ausgelöst sei, zum Beispiel durch eine wichtige Immobilie wie eben einen früheren Kaufhof, hätten es umliegende Eigentümer schwer, hohe Forderung aufrechtzuerhalten.“

Chance: „Niedrige Mieten könnten die Innenstadtlagen wieder zugänglich für Konzepte mit niedrigen Margen machen.“

FAZIT: Auswirkungen & Folgen durch Covid-19?

Durch Schließungen bzw. Insolvenzen stationärer Einzelhändler entsteht „ein Überangebot an Fläche bei gleichzeitig gebremster Nachfrage“, d.h. auch Vermieter stehen zunehmend unter Druck

Daraus ergibt sich Folgendes:

- 1) Wenn die Mietpreise nicht sinken, welche Nutzungen kommen in den teuren Innenstadtlagen zukünftig noch in Frage?
- 2) Die Senkung der Mietpreise stellt eine entscheidende Stellschraube dar, Innenstadt in Nutzungsdurchmischte, multifunktionale Räume zu transformieren.

Zacharakis, Zacharias (2020) Das Sterben der Shoppingmeilen. <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-10/einkaufsstrassen-staedte-einzelhandel-negativtrend-umsaetze-mieten> [Zugriff am: 10.12.2020].

Was akzeptieren wir?

Vanessa Pohl

„Es wird darauf ankommen, welche gesellschaftlichen Regeln sich für das Internet der Dinge entwickeln.
So oder so: Aufhalten lässt sich die Technik nicht.“
(Schultz 2012)

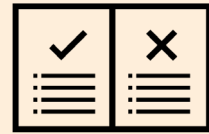


Abb. 1: Pro und Contra
(Eigene Darstellung)



Abb. 2: Onlineshopping
(Eigene Darstellung)

„Bislang sind wir es meist selbst, die persönliche Daten in sozialen Netzen veröffentlichen. Künftig muss ich womöglich meinem Schuh oder Pullover verbieten, sich mit Diensten wie Facebook oder Foursquare zu verbinden.“

(Schultz 2012)

„Es wird entweder Regeln geben, die Technik zu begrenzen, um die Möglichkeit des Lügens zu erhalten. Oder Wertesysteme wie die Ehe werden mit der Zeit toleranter gegenüber menschlichem Fehlverhalten.“
(Schultz 2012)

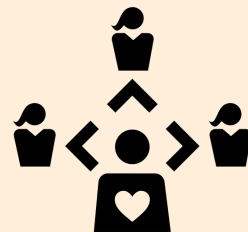
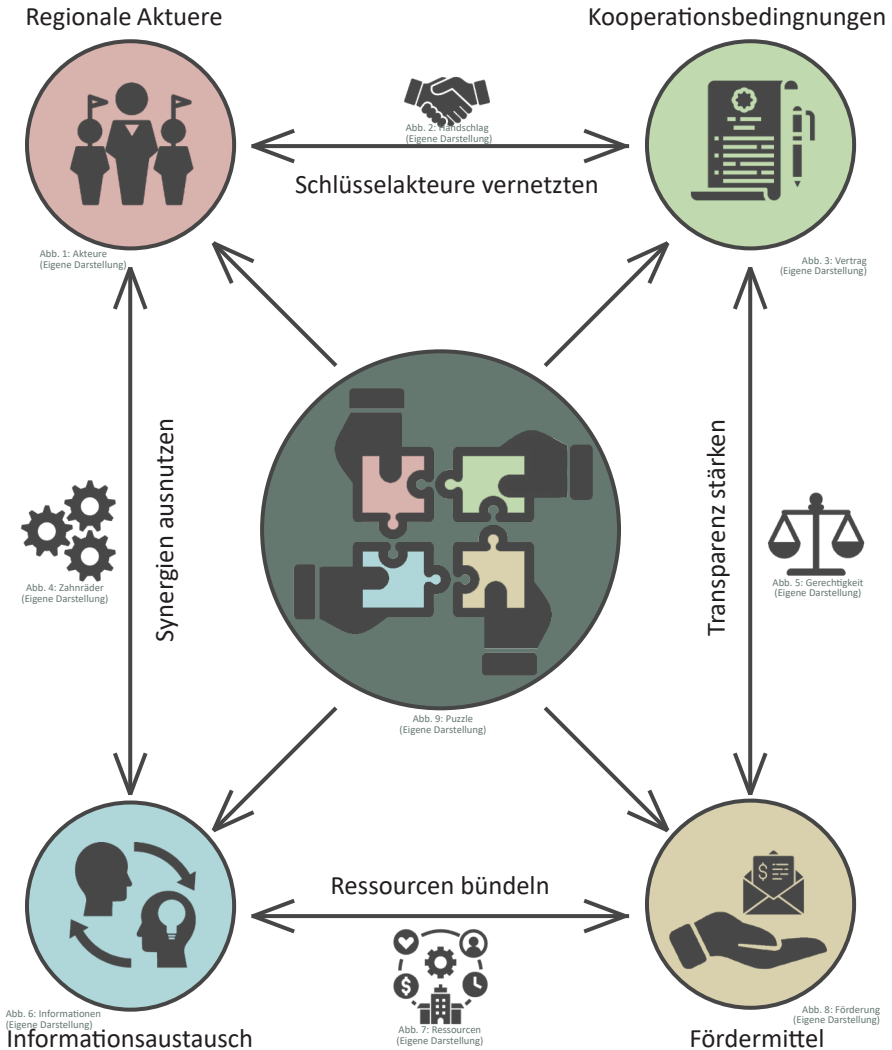


Abb. 3: Was akzeptieren wir?
(Eigene Darstellung)

„Werden Konsumenten das akzeptieren?“

Regionale Kooperationen als zentraler Baustein

Thanh Hai Tran



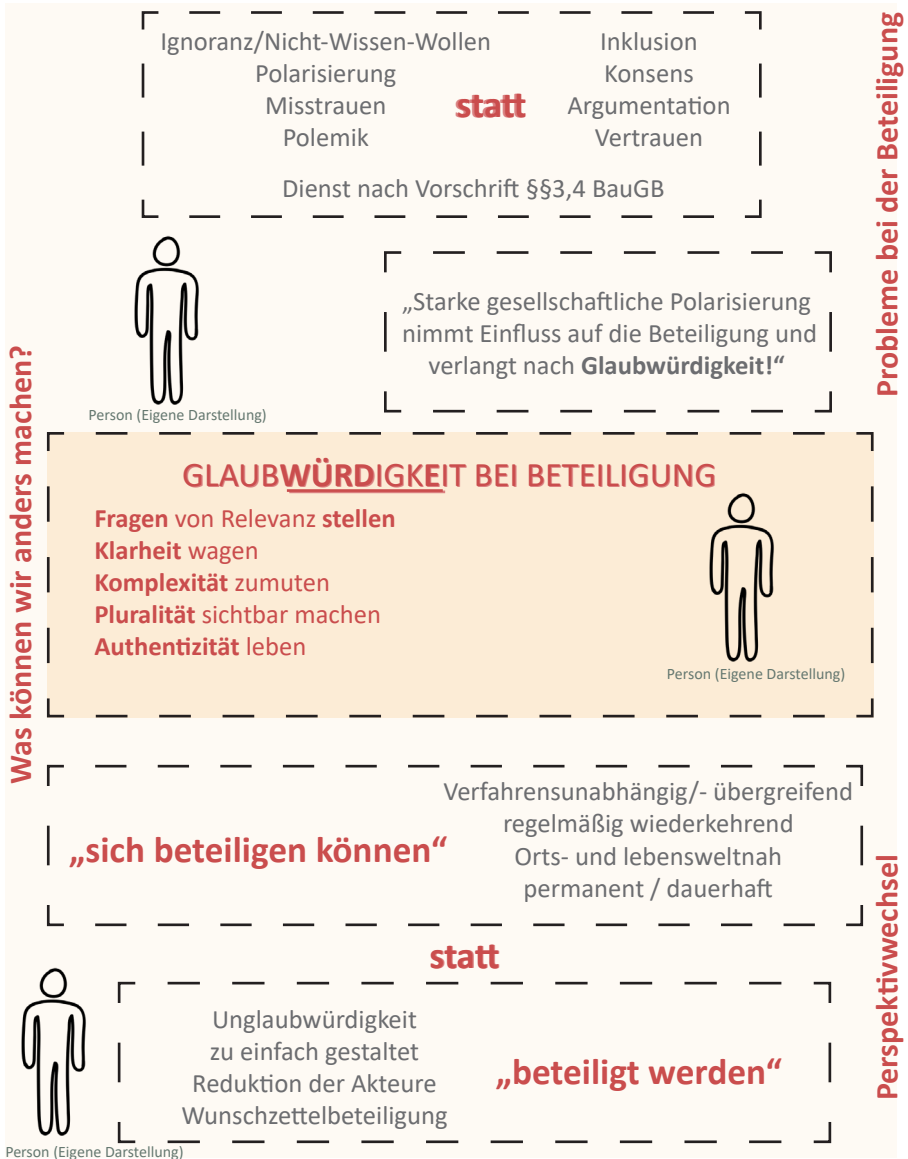
„Erfolgreiche interkommunale Kooperation kann Fehlentwicklungen vermeiden, die in polyzentralen Räumen aufgrund der fehlenden Übereinstimmung der Gemeindegröße mit der Reichweite und optimalen Größe von Maßnahmen entstehen. Sie kann damit dazu beitragen, die regionale Handlungsfähigkeit zu gewährleisten und zu verbessern wie das Beispiel der Stadt-UmlandKooperation Elmshorn zeigt.“

Lutke-Anselm Blecken

Flex Florian; Lamker Christian (2011) Polyzentrale Stadtregionen – Die Region als planerischer Handlungsraum. In: Growe, A.; Heider, K.; Lamker, C.; Paßlick, S.; Terfrüchte, T.(Hg.) Verantwortung, Versorgung, Entwicklung - Daseinsvorsorge zwischen Kooperation und Wettbewerb. Hannover, 75-85.

Glaubwürdigkeit von Beteiligung

Mareike Timpe



Klaus, Selle (2020) *Glaubwürdig beteiligen – Kommunikative Herausforderungen in Prozessen der Stadtentwicklung: Wie werden Spielräume genutzt?* <https://www.buergergesellschaft.de/mitteilen/nuetzliches/videospraechen/> [Zugriff am: 13.12.2020].

Essays

die Neue Leipzig-Charta und
die Stadt nach der Pandemie

Eine gerechte Stadt ohne Zugang zum Arbeitsmarkt?

Anna Susann Both

Die NEUE LEIPZIG CHARTA definiert den, in der Literatur bisher wenig verwendeten, Begriff GERECHTE STADT v. a. im Hinblick auf soziale Aspekte, während wirtschaftliche Themen ausgelassen werden. Dieser Artikel diskutiert die Frage, welchen Einfluss der Arbeitsmarkt auf die gerechte Stadt hat. Dazu wird als Vergleich die LEIPZIG CHARTA 2007 herangezogen und Definitionen zur gerechten Stadt in der Literatur und in acht verschiedenen Studien politisch unterschiedlich ausgerichteter Stiftungen untersucht. Die Ergebnisse daraus und der Bezug zur aktuellen Corona-Pandemie zeigen sehr unterschiedliche Ansichten zur gerechten Stadt und der sozialen Gerechtigkeit. Ein Vorschlag ist die Aufnahme des Arbeitsmarktes in eine künftige Leipzig Charta.

Wer legt Gerechtigkeit fest?

Wenig ist in unserer Gesellschaft so umstritten und unklar wie der Begriff der Gerechtigkeit, obwohl wir ihn fast täglich verwenden. Meistens beziehen wir das auf eine, in unseren Augen ungleiche oder nicht gerechtfertigte Behandlung zwischen Personen oder Personengruppen. Wir verstehen es eher im zwischenmenschlichen Zusammenhang als aus einer räumlichen Perspektive heraus.

2020 wurde die NEUE LEIPZIG CHARTA (NLC) vom Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) veröffentlicht. Die NLC definiert den, bisher in der Fachliteratur wenig verwendeten, Begriff „gerechte Stadt“ als eine Dimension der europäischen Städte (BMI 2020: 5). Da die Charta gemäß ihrem Untertitel „Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl“ ihren Fokus vermehrt auf soziale Aspekte legt, fällt beim Lesen auf, dass wirtschaftliche Themen an vielen Stellen ausgelassen werden. So ist es auch bei der gerechten Stadt.

Dieser Artikel konzentriert sich deshalb auf die Frage, welchen Einfluss die wirtschaftlichen Aspekte des Arbeitsmarktes auf die gerechte Stadt haben. Im speziellen wird dabei der Bezug zur NLC hergestellt. Die Arbeit ist in fünf Abschnitten organisiert. Der erste Abschnitt beinhaltet die Definition der gerechten Stadt in der Charta von 2020 und zeigt das Fehlen des Arbeitsmarktes auf. Als Vergleich dazu wird die Charta von 2007 herangezogen, welche sehr stark auf die Wirtschaft und den Wettbewerb ausgerichtet ist (BMUB 2007: 3). Der zweite Abschnitt gibt einen kurzen Einblick in die Literatur zur gerechten Stadt, so beispielsweise über Texte von Mustafa Dikec (2001) und Susan S. Fainstein (2010). Als dritter Teil folgt ein Vergleich zwischen acht Studien zu den Themen sozialer Gerechtigkeit und gerechter Stadt deutscher und europäischer Stiftungen unterschiedlicher politischer Ausrichtungen. Anschließend erfolgt eine Auswertung von Umfragen zur aktuellen Covid-19-Pandemie in der deutschen Bevölkerung nach parteipolitischer Präferenz.

Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst und miteinander unter dem Aspekt des Arbeitsmarktes miteinander verglichen. Ziel dieser Arbeit ist es, herauszufinden, wie unterschiedlich die gerechte Stadt definiert und betrachtet wird. Insbesondere soll der Fokus auf den Arbeitsmarkt gelegt und untersucht werden, ob es eine gemeinsame Position gibt, welche in die nächste Leipzig Charta aufgenommen werden sollte.

Die gerechte Stadt in den Leipzig Chartas 2020 und 2007

In der NLC werden drei Dimensionen europäischer Städte genannt, eine davon ist die gerechte Stadt. Laut der Charta sollten europäische Städte Chancengleichheit und Umweltgerechtigkeit, unabhängig des Geschlechtes, des sozioökonomischen Status, des Alters und der Herkunft gewährleisten, so dass sich jeder in die Gesellschaft integrieren kann (BMI 2020: 5). „Alle gesellschaftlichen Gruppen, einschließlich der besonders benachteiligten, sollten einen gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen der Daseinsvorsorge haben: zu Bildung, sozialen Dienstleistungen, Gesundheitsversorgung und zu Kultur.“ (BMI 2020: 5). Hier wird sehr deutlich, dass Themen wie Arbeit, Arbeitsmarkt oder Beschäftigung in der Definition nicht berücksichtigt werden.

Im weiteren Textverlauf wird explizit der Zugang zu angemessener, sicherer und bezahlbarer Wohnraum- und Energieversorgung genannt, welche auf die Bedürfnisse der Bewohner*innen abgestimmt sein sollte. Zum Thema der Bildung wird auf die Möglichkeit zur Aus- und Weiterbildung für alle Bürger*innen hingewiesen, indem ein Zugang zu bezahlbaren und gut ausgestatteten Kitas und Schulen, zu Aus- und Fortbildung und zu Weiterbildungsangeboten vorhanden ist (BMI 2020: 5). Die nötigen Grundlagen für den Berufseinstieg werden demnach in der Charta ausführlich benannt, während der Zugang zum Arbeitsmarkt selbst, ausgelassen wird.

Dem gegenüber ist die Leipzig Charta 2007 anders strukturiert, d. h. es gibt keine Dimensionen der europäischen Stadt und demnach auch keine Definition des Begriffs gerechte Stadt. Es gibt jedoch einen ganzen Absatz zu benachteiligten Stadtquartieren, welcher sich auf die Strategien Städtebauliche Aufwertung, aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik für Kinder und Jugendliche, leistungsstarker und preisgünstiger Stadtverkehr sowie die Stärkung lokaler Wirtschaft und lokaler Arbeitsmarktpolitik fokussiert (BMUB 2007: 5-7). Es wird nicht nur die Gesamtwirtschaft genannt, sondern ein konkretes Augenmerk auf den Arbeitsmarkt gelegt.

Als Ziel dieser Strategie wird die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Erleichterung von Existenzgründungen benannt. Es wird direkt auf die Verbes-

serung der Zugangschancen zum lokalen Arbeitsmarkt durch nachfrageorientierte Qualifikationsangebote hingewiesen (BMUB 2007: 7). Schließlich werden die EU, die Mitgliedstaaten und die Städte direkt aufgefordert „(...) verbesserte Bedingungen und Instrumente zur Stärkung der lokalen Wirtschaft und damit der lokalen Arbeitsmärkte zu schaffen, insbesondere durch die Förderung sozialwirtschaftlicher Einrichtungen und bürgernaher Dienstleistungen.“ (BMUB 2007: 7). Als Instrumente werden gebietsbezogene Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik genannt (BMUB 2007: 7).

Ganz offensichtlich wurden in der Charta von 2007 Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes als wichtiger Bestandteil für die Aufwertung benachteiligter Stadtquartiere gesehen, während in der Charta von 2020 das gleiche Thema nicht als Teil einer gerechten Stadt bezeichnet wird. Auch wenn die Dokumente aufgrund ihrer unterschiedlichen Struktur und Thematiken nicht direkt miteinander vergleichbar sind, so zeigen sie doch einen Wandel von einer mehr wirtschaftsbezogenen Herangehensweise zum Ausgleich von Nachteilen hin zu einer eher sozial betrachteten gerechten Stadt. Dennoch ist fraglich, ob diese Bereiche klar voneinander abgegrenzt werden können.

Die gerechte Stadt in der Literatur

In seinem Text „Justice and the spatial imagination“ schreibt MUSTAFA DIKEC über räumliche Gerechtigkeit, welche laut ihm mit dem Recht auf Stadt und auf Vielfalt verstanden werden kann. Dabei bezieht er sich auf die Wortneuschöpfung „Égaliberté“, welche als richtungsweisend in einen kollektiven Prozess im Kampf um die Abschaffung von Diskriminierung und Unterdrückung gesehen wird. Das Recht der Stadt beinhaltet dabei auch das Überdenken der räumlichen Dynamik, welche die Stadt und dessen Raum erzeugt (Dikec 2001: 1799-1801).

Je nachdem, wie sehr die Stadtbevölkerung von klaren und starren Beschränkungen geprägt ist, hängt dies allerdings sehr stark von der Gesellschaft ab (Dikec 2001: 1801-1802). Damit alle Stadtbewohner*innen das Recht auf eine Teilnahme im politischen Leben der Stadt besitzen, fordert DIKEC eine Transformation der Politik selbst (Dikec 2001: 1800) hin zu einer emanzipatorischen Politik (Dikec 2001: 1794). Diese soll sich aus den drei Begriffen räumliche Gerechtigkeit, Recht auf Stadt und Recht auf Vielfalt zusammensetzen (Dikec 2001: 1794), wobei die Wechselbeziehungen zwischen Ungerechtigkeit und Räumlichkeit als sich gegenseitig produzierend, reproduzierend und erhaltend verstanden werden sollten (Dikec 2001: 1793).

Der Text von DIKEC bezieht sich demnach sehr stark auf die räumliche Gerechtigkeit, wobei das Thema der gerechten Stadt eher auf die Beteiligung der Bürger*innen im

politischen Prozess und in der Produktion von Raum bezogen wird. Daher ist er im Hinblick auf den Arbeitsmarkt nicht besonders relevant, aber verdeutlicht die unterschiedlichen Bezüge und Ansichten zum Begriff gerechte Stadt in der Literatur.

SUSAN S. FAINSTEIN bezeichnet dagegen die vier Themen „Die Beziehung von demokratischen Prozessen zu gerechten Resultaten“, „Das Kriterium der Fairness“, „Das Kriterium der Anerkennung“ und „Die Spannung zwischen Demokratie, Fairness und Vielfalt“ als relevant im Hinblick auf eine gerechte Stadt. In ihrem Buch „The Just City“ sieht sie, ebenfalls wie DIKEC, demokratische Prozesse als Schlüssel zur Gerechtigkeit. Sie fordert mehr Transparenz sowie die Einbeziehung und Vermittlung der Bürger*innen in öffentliche Entscheidungen (Fainstein 2010: 23-24). Zusammen mit einem unverzerrten Diskurs und der Anerkennung von Vielfalt scheint Demokratie größere Fairness mit der Konsequenz zu bringen, dass die Interessen von Nicht-Elitegruppen stärker repräsentiert werden. Das basiert jedoch auf dem Ansatz, dass eine durchdachte Diskussion auch gerechte Ergebnisse erzeugt (Fainstein 2010: 29).

Das Kriterium der Fairness bezieht die Autorin auf die Verteilung materieller und nicht-materieller Vorteile, abgeleitet von der öffentlichen Politik, welche keine Personen mit Vorteilen bevorzugt. Sie schreibt deutlich, dass jede Person so behandelt werden sollte, wie es angemessen ist und nicht gleich, wie es beim Konzept der Gleichheit wäre. Bei der Verteilung materieller und nicht-materieller Vorteile fügt sie hinzu, dass auch die Verteilungen einbezogen sind, welche aus Marktaktivitäten resultieren. Sie nimmt an, dass diese auch zum Bereich der öffentlichen Politik gehören, da die Entscheidung, die Verteilung dem Markt zu überlassen, auch eine politische ist (Fainstein 2010: 36).

Durch diese Anmerkung wird dem Kriterium der Fairness auch der Zugang zu Arbeit hinzugefügt und macht es somit zu einem Bestandteil der gerechten Stadt. Am Ende ihrer Arbeit nennt FAINSTEIN sogar einen Ansatz zu steigender Zugangs-fairness in Arbeit, öffentlichem Raum, Wohnen und anderen sozial produzierten Gütern und Dienstleistungen (Fainstein 2010: 176). Im Gegensatz zur NLC schließt sie also das Thema Arbeit explizit mit in die sozialen Dienstleistungen ein, während die Charta diese auslässt. Außerdem ist die Auflistung der Autorin nicht abschließend, wodurch auch Dienstleistungen wie Bildung oder Gesundheitsversorgung eingeschlossen werden könnten. Allerdings ist in ihrer Arbeit hervorzuheben, dass die Kriterien Fairness, Demokratie und Vielfalt manchmal miteinander oder innerhalb in Konflikt sein können (Fainstein 2010: 165) und alle drei sehr schwer in der realen Welt der Politik zu erreichen sind (Fainstein 2010: 48).

Gerechte Stadt und Soziale Gerechtigkeit in Studien von Stiftungen verschiedener politischer Ausrichtungen

In diesem Absatz findet sich eine Auswahl verschiedener Studien möglichst unterschiedlich politischer Ausrichtungen, um eine diversifizierte Darstellung der gerechten Stadt zu erhalten. Aufgrund der Seltenheit des Begriffs Gerechte Stadt wurden auch Studien zur sozialen Gerechtigkeit untersucht. Die Informationsmenge der Stiftungen zu diesen beiden Themen haben sich je nach politischer Ausrichtung stark unterschieden. Ebenso variieren auch Länge, Informationsgehalt und wissenschaftlicher Hintergrund der Studien und Artikel selbst. Tabelle 1 bietet eine Übersicht zu den untersuchten Studien.

Stiftung/Institution	Politische Ausrichtung	Art des Textes	Geografische Betrachtung
Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)	Neutral (vom BMI beaufsichtigt)	Artikel	Deutschland
Hans-Böckler-Stiftung	Neutral	Zusammenfassung einer Studie	Deutschland
Bertelsmann-Stiftung	Wird als wirtschaftsliberal angesehen (s. Erklärung im Text)	Zusammenfassung einer Studie	EU- und OECD-Länder
Stiftung Marktwirtschaft	Wirtschaftsliberal	Tagungsbericht	Deutschland
Heinrich-Böll-Stiftung	Die Grünen	Kurzstudien	EU
Konrad-Adenauer-Stiftung	CDU	Definition im eigenen Lexikon	Deutschland
Friedrich-Ebert-Stiftung	SPD	Studie	EU
Rosa-Luxemburg-Stiftung	Die Linke	Studie	Deutschland

Tab. 1: Untersuchte Studien und Texte der Stiftungen (Eigene Darstellung)

Als politisch neutral ausgerichtete Stiftungen und Institutionen wurden die BUNDESZENTRAL FÜR POLITISCHE BILDUNG (bpb) als einzige Nicht-Stiftung sowie die HANS-BÖCKLER-STIFTUNG ausgewählt. Die bpb ist eine der wenigen Institutionen, welche keine Studien zu diesem Thema aufweisen. Daher erfolgt hierzu eine Auswertung eines Internetartikels zum Thema Ungleichheit in den Städten.

Der Autor definiert Ungleichheit als gesellschaftlich bedingte Verteilung von knappen, aber lebensrelevanten und begehrten Ressourcen. Diese wiederum führen zu

ungleichen (Klassen-)Lagen und positionieren den Einzelnen in einer hierarchisch gegliederten Sozialstruktur der Gesellschaft. Als Hauptursache für diese ungleiche Entwicklung sieht Kemper den ökonomischen Strukturwandel der letzten Jahrzehnte und bezieht sich damit auf den transformierten Arbeitsmarkt, welcher die zentralen gesellschaftlichen Institutionen in der Verteilung von Ressourcen und der Zuweisung sozialer Lebenslagen restrukturierte. Als Beispiel des Zusammenhangs zwischen ökonomischem Wandel und sozialer Ungleichheit führt er die dauerhafte soziale Ausgrenzung von Erwerbslosen an, welche keine Teilhabe mehr an politischen, kulturellen und sozialen Aspekten besitzen (Kemper 2018).

Da hier nur die Rede von Ungleichheit ist, bleibt unklar, ob der Autor das mit dem Begriff der Gerechtigkeit gleichsetzt. Allerdings wird sichtbar, dass Beschäftigung offenbar als ein grundlegender Teil von Gleichheit bzw. Ungleichheit gesehen wird und der Verlust dessen auch zum Verlust der anderen Verteilungsgüter führen kann.

Die HANS-BÖCKLER-STIFTUNG, ebenfalls politisch neutral ausgerichtet, definiert soziale Gerechtigkeit konkret mit den vier Dimensionen Chancen-, Leistungs-, Bedarfs- und Generationengerechtigkeit sowie weiteren Querschnittsaufgaben. Unter Chancengerechtigkeit wird verstanden, dass ungleiche Startchancen ausgeglichen werden, was in Deutschland laut dieser Studie jedoch nur wenig vorhanden ist. Die Leistungsgerechtigkeit ist gegeben, wenn das Markteinkommen von den Arbeitsanforderungen, der Arbeitsbelastung, der Verantwortung und der Einsatzbereitschaft abhängt. Auch das ist in Deutschland nur bedingt vorhanden, da hier die Leistung nicht das entscheidende Lohnkriterium ist und sich der Bezug dazu sogar immer weiter entfernt, aufgrund eines größer werdenden Niedriglohnssektors und steigenden Top-Einkommen. (Hans-Böckler-Stiftung 2009: 4-5)

Bei der HANS-BÖCKLER-STIFTUNG werden demnach der Arbeitsmarkt und die Arbeit selbst als fester Bestandteil von sozialer Gerechtigkeit definiert. Gleichzeitig ergibt sich, dass die Leistungsgerechtigkeit und damit auch ein gerechter Arbeitsmarkt unzureichend in Deutschland eingeschätzt werden.

Als dritte Dimension sozialer Gerechtigkeit wird die Bedarfsgerechtigkeit erklärt. Sie besteht, wenn genügend Mittel vorhanden sind, um die Grundbedürfnisse unabhängig von Gegenleistungen befriedigt werden können. Auch davon entfernt sich Deutschland immer weiter, da es eine Zunahme an Armut gibt und der Rechtsanspruch auf Mindestsicherung nicht erfüllt ist. Die Generationengerechtigkeit ist als Frage zu verstehen: Einerseits, ob eine der lebenden Generationen gegenüber anderen systematisch benachteiligt werden und andererseits, ob auf Kosten der

Nachfahren gelebt wird. Aktuell sieht die Studie eine Benachteiligung der Jüngeren. Zur zweiten Frage können die Autoren keine Auskunft geben (Hans-Böckler-Stiftung 2009: 5).

Zu den wirtschaftsliberal ausgerichteten Stiftungen gehören die BERTELSMANN-STIFTUNG und die STIFTUNG MARKTWIRTSCHAFT, wobei erstere in dieses Feld zugeordnet wurde, obwohl sie laut eigener Aussage politisch neutral sei, in der Presse jedoch ihr Wirtschaftsliberalismus in vielen Studien kritisiert wird (Siebenhaar 2007).

Die BERTELSMANN-STIFTUNG hat ebenfalls wie die HANS-BÖCKLER-STIFTUNG Dimensionen für die Definition von sozialer Gerechtigkeit aufgestellt, diese sind jedoch etwas anders aufgeteilt. Es gibt insgesamt sechs Dimensionen: Armutsvermeidung, gerechte Bildungschancen, Zugang zum Arbeitsmarkt, soziale Inklusion und Nicht-Diskriminierung, Generationengerechtigkeit und Gesundheit (Hellmann et al. 2019: 19). Deutschland wird bei dieser Studie zu den EU- und OECD-Ländern insgesamt auf Rang zehn von 41 platziert und befindet sich bei allen Dimensionen im oberen Mittelfeld (Hellmann et al. 2019: 8). Die Stiftung geht sogar noch weiter und nennt bei den einzelnen Dimensionen die jeweiligen Indikatoren, die bei den Ländern betrachtet wurden. Beim Zugang zum Arbeitsmarkt sind diese: Beschäftigung (gesamt und ausgewählter Bevölkerungsgruppen), Arbeitslosigkeit (gesamt und ausgewählter Bevölkerungsgruppen), Langzeitarbeitslosigkeit, unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung und Niedriglohnsektor (Hellmann et al. 2019: 19).

Aus den Ergebnissen der Studie schlussfolgern die Autoren auch, dass, obwohl es einen Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt im Sinne der Beschäftigung gibt, davon nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen profitieren. Als Grund dafür wird die zunehmende Dualisierung der Arbeitsmärkte genannt, welche für eine zunehmende Ungleichheit bei Einkommen und Arbeitsplatzqualität sorgt und zu einem Anstieg von unfreiwilliger Teilzeitarbeit und befristeter Beschäftigung und mehr Menschen im Niedriglohnsektor führt (Hellmann et al. 2019: 14).

Bei dem ausgewählten Artikel der STIFTUNG MARKTWIRTSCHAFT handelt es sich nicht um eine Studie, sondern einen Tagungsbericht. Als Position der Stiftung werden in diesem Abschnitt daher nur die Ansichten der Stiftungsvertreter*innen und weiterer wirtschaftsliberal orientierter Akteure zusammengefasst. Als Tagungsbericht gibt es hier keine Definition von gerechter Stadt oder sozialer Gerechtigkeit, allerdings wird darauf eingegangen, dass es durch Steuerprogressionen und einem hohen Umverteilungsvolumen ein hohes Maß an sozialem Frieden gäbe (Stiftung Marktwirtschaft 2017: 3). Als verbesserungswürdig werden hier lediglich die ak-

tuelle begrenzte Durchlässigkeit der Gesellschaft und die Chancengerechtigkeit bezeichnet (Stiftung Marktwirtschaft 2017: 3). Um die Chancengerechtigkeit zu verbessern, wird der Bildungsbereich mit lebenslangem Lernen und Weiterbildungsmöglichkeiten als wichtigster Faktor genannt (Stiftung Marktwirtschaft 2017: 8). Es zeigt sich, dass Themen wie Arbeit oder Arbeitsmarkt laut des Berichtes bei der Stiftung keine Ursachen oder Teil von sozialer Gerechtigkeit bzw. inklusivem Wachstum seien. Insgesamt wird die Gerechtigkeit in der Gesellschaft nur am Rande angeschnitten. Dieses Problem war im Bereich wirtschaftsliberaler Stiftungen auch bei der Recherche vorhanden: Zur sozialen Gerechtigkeit oder der gerechten Stadt wurden keine weiteren Studien gefunden. Es scheint in dieser politischen Ausrichtung keine größere Rolle zu spielen.

Als konservativ ausgerichtete Stiftung wird in diesem Artikel eine Definition im Lexikon der KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG zu sozialer Gerechtigkeit behandelt. Auch bei dieser politischen Ausrichtung hat die Recherche keine Studien zum Thema hervorgebracht.

Laut KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG entspricht soziale Gerechtigkeit den Prinzipien der Humanität und der Gemeinwohlorientierung, denen zufolge alle Mitglieder der Gesellschaft am Wohlstand der Gesellschaft teilhaben und mitwirken sollen. Die Verwirklichung dessen ist auf ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Wirkungen der Gerechtigkeit, der Kommutativ- oder Tauschgerechtigkeit und der Verteilungsgerechtigkeit ausgerichtet. Unter Tauschgerechtigkeit ist dabei eine dem Leistungsprinzip entsprechende Gerechtigkeitsnorm der Verteilung zu verstehen. Allerdings funktioniert dies nur, wenn bei einem gegenseitigen Tausch äquivalenter Werte auf dem Markt keiner der beiden Tauschpartner*innen übervorteilt wird. Bei Personen, welche durch die Lebensumstände nicht zu den Leistungsfähigen zählen, wird die Bedarfsgerechtigkeit ergänzt, wobei materielle Mittel, Anrecht und Chancen vom Staat umverteilt werden. (Konrad-Adenauer-Stiftung o.J.)

Die Stiftung bezieht zwar durch die Tauschgerechtigkeit auch die Arbeit mit in die soziale Gerechtigkeit ein, geht allerdings davon aus, dass der Markt die Gerechtigkeit selbst reguliert und der Staat nur eingreifen muss, wenn die Person nicht dazu fähig ist. Demnach würde der gerechte Zugang zum Arbeitsmarkt nicht zu einer Dienstleistung des Staates zählen und außerhalb dessen Kontrolle liegen.

Als zu den Grünen angehörige Studie wurde eine Kurzstudie der HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG zur gerechten Stadt untersucht. Diese versteht eine gerechte Stadt, ähnlich wie DIKEC in seinem wissenschaftlichen Text, eher unter räumlicher Gerechtig-

keit. In der Studie werden acht Kurzgeschichten mit verschiedenen Nutzergruppen der Bevölkerung dargestellt, welche durch eine räumliche Gestaltung nicht gleichberechtigt am städtischen Leben teilhaben können. Anschließend werden Lösungen präsentiert, wie ein durchdachtes Design die Qualität von städtischem Leben für alle verbessern kann. (Sidorová et al. 2016: 1)

Das ist ebenfalls eine interessante Facette von gerechter Stadt, welche auch nicht in der NLC in dieser Form erwähnt wird. Allerdings werden dadurch auch keine weiteren Bereiche von Gerechtigkeit angesprochen, darunter auch nicht der Zugang zum Arbeitsmarkt.

Die Recherche hat im Bereich der politisch eher linksausgerichteten Stiftungen die meisten Studien ergeben, welche auch den größten Umfang aufweisen. Dazu gehört eine Umfrage der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (SPD) zu gerechtem Europa und eine Studie der ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG (Die Linke) zu sozialer Spaltung in Deutschland.

Die Befragung aller Wahlberechtigten in Deutschland zur Wahrnehmung der und den Erwartungen an die EU der SPD-Stiftung bezieht keine Definition von (sozialer) Gerechtigkeit mit ein, sondern stellt lediglich die Umfrageergebnisse dar. Allerdings zeigen diese den Stellenwert von Gerechtigkeit in der deutschen Bevölkerung dar und bestehende Defizite auf. Laut Befragung steht die EU nur für 13% der Teilnehmenden für Gerechtigkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse bzw. Lebenschancen, während jedoch 33% von der EU Gerechtigkeit erwarten (Schmid, Posthofen 2019: 11). Das zeigt ein deutliches Gerechtigkeitsdefizit der EU bei diesen Themen (Schmid, Posthofen 2019: 11), obwohl es unter der deutschen Bevölkerung sogar eine hohe Zustimmung für Maßnahmen für die Verringerung wirtschaftlicher Ungleichheiten zwischen den EU-Staaten und für mehr sozialen Ausgleich innerhalb Deutschlands und Europas gibt (Schmid, Posthofen 2019: 18). Wenn es um die Relevanz politischer Themenfelder geht, ist Arbeit oder Arbeitsmarkt allerdings nicht einer der wichtigsten Punkte, sondern befindet sich mit der Arbeitslosigkeit nur auf Platz acht bei den Befragten (Schmid, Posthofen 2019: 14). Bei der abschließenden Frage, welcher Partei die Teilnehmenden Bereiche wie Arbeitnehmerrechte oder soziale Gerechtigkeit auf europäischer oder deutscher Ebene zuordnen würden, ergibt sich das Bild, dass keines von beiden parteipolitisch klar zuordenbar ist (Schmid, Posthofen 2019: 20).

Diese Studie zeigt deutlich, dass der deutschen Bevölkerung das Thema Gerechtigkeit sehr wichtig ist, jedoch auf politischer Ebene nicht ausreichend vertreten wird.

Möglicherweise war dies auch einer der Gründe, die gerechte Stadt in die NLC mit aufzunehmen, um diesem Defizit entgegenzuwirken. Überraschenderweise nehmen die Themen Arbeit oder Arbeitsmarkt einen eher geringen Stellenwert auf EU-Ebene bei den Befragten ein. Das könnte aber auch bedeuten, dass dies eher auf der nationalen Ebene gesehen wird.

Die ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG schreibt in der Studie sehr ausführlich über soziale Spaltung und soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Ihr Ziel ist ein Maß an sozialverträglicher Ungleichheit durch einen Einsatz aller für Verteilungsgerechtigkeit, gerechte Teilhabe und bessere Lebenschancen zu erreichen (Foss o.J.: 1-3). Allerdings sieht die Stiftung, dass soziale Gerechtigkeit auch unterschiedlich bewertet werden kann und es keine verallgemeinerte Definition gibt (Foss o.J.: 1). Das verdeutlicht auch die Recherche, sowohl in der Literatur als auch bei den Stiftungen. Als mögliche Felder, in denen soziale Ungleichheit auftreten kann benennt die Studie Einkommen, Bildungschancen, soziale Sicherung und Gesundheitsversorgung sowie Generationengerechtigkeit (Foss o.J.: 1), während es in Deutschland v. a. Probleme bei ungleich verteilten Chancen und Ressourcen beim Zugang zur Bildung, zum Arbeitsmarkt, zu politischer Partizipation und zu angemessenem Wohnraum gibt (Foss o.J.: 3-4). Weitere Bestandteile, ohne die eine soziale Gerechtigkeit nicht möglich sei, sind Antidiskriminierung, Chancengleichheit, Gleichberechtigung, Diversity (Foss o.J.: 20) und soziale Aufstiegschancen (Foss o.J.: 10). Dabei sollte die Chancengleichheit unbedingt auch ökonomisch verstanden werden (Foss o.J.: 27). Es sollte in Deutschland ein Gleichgewicht zwischen der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, soliden öffentlichen Haushalten und der fairen Behandlung von Bürger*innen hergestellt werden, da als Ursachen für die Spaltung der Gesellschaft v. a. Niedriglöhne, Arbeitslosigkeit und schrumpfende Sozialleistungen gesehen werden (Foss o.J.: 10-11).

Zwar gibt auch die ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG an, dass eine gute Ausbildung einen Schutz vor Arbeitslosigkeit und Armut bieten kann (Foss o.J.: 13), fordert aber dennoch eine Neuordnung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik selbst, da sie zum Ausgleich von Nachteilen beitragen kann (Foss o.J.: 25). Sie weist außerdem ganz konkret darauf hin, dass soziale Benachteiligung arbeitsmarkt- und integrationspolitisch sowie wohlfahrtsstaatlich steuerbar ist (Foss o.J.: 7) und nimmt damit den Staat in die Verantwortung.

Die ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ist die einzige Stiftung, welche in ihrer Studie deutlich auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktpolitik eingeht und sogar eine Umstrukturierung fordert. Für sie ist der Zugang zum Arbeitsmarkt ein wichtiger Teil von sozialer Gerechtigkeit.

Die Vielfalt an Studien hat u. a. gezeigt, dass es unterschiedliche Ansichten zu sozialer Gerechtigkeit oder gerechter Stadt gibt, die teilweise auch von der politischen Ausrichtung abhängig sein können. Das hat auch der Tagungsbericht der STIFTUNG MARKTWIRTSCHAFT gezeigt, bei der viele Akteure unterschiedlicher politischer Orientierung aufeinandergetroffen sind. In dem Bericht sehen wirtschaftsliberale und konservative Akteure soziale Ungerechtigkeit eher weniger als Problem in Deutschland und thematisieren den Arbeitsmarkt gar nicht in diesem Zusammenhang. Währenddessen sehen die Grünen und Sozialdemokraten den Arbeitsmarkt als größten Auslöser und Treiber für eine soziale Ungerechtigkeit, suchen die Lösungen dafür jedoch im Bildungssektor.

Bei den acht ausgewählten Studien nennen nur vier davon eine konkrete Definition sozialer Gerechtigkeit, während jedoch bei allen die Verteilung als zentraler Bestandteil der Gerechtigkeit vorkommt. Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt bezeichnen nur die HANS-BÖCKLER- und BERTELSMANN-STIFTUNG diesen als festen Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, indem sie Dimensionen aufstellen. Allerdings kommen in allen Studien Themen wie Einkommensungleichheit oder Arbeitslosigkeit als Teil des Problems sozialer Ungerechtigkeit vor, was laut den Studien zu fehlender sozialer Teilhabe in vielen weiteren Lebensbereichen führen kann. Als Lösungen für solche Probleme werden jedoch, wie bei dem Tagungsbericht der STIFTUNG MARKTWIRTSCHAFT, verbesserte Bildungschancen oder eine Absicherung der Grundbedürfnisse angeboten. Nur die Stiftung der Linken sieht die soziale Benachteiligung arbeitsmarktpolitisch steuerbar und fordert einen direkten Eingriff des Staates in den Arbeitsmarkt.

Aktuelle Positionen in der Bevölkerung

In der aktuellen Situation unter Covid-19 hat sich nicht nur das Leben und der Alltag der Menschen verändert, sondern auch die Situation in der Arbeit und der Zugang zum Arbeitsmarkt. Durch die Maßnahmen der Bundesregierung gibt es viele Änderungen in der Arbeitswelt wie z. B. Kurzarbeit, mehr Homeoffice, aber auch eine höhere Arbeitslosigkeit und ein erschwerter Einstieg in das Berufsleben. Die Bevölkerung in Deutschland bewertet den bisherigen Umgang der Politik mit Covid-19 sehr unterschiedlich.

Laut einer von Schulte durchgeführten Umfrage im Jahr 2021, unter Berücksichtigung parteipolitischer Präferenzen, zur Zufriedenheit mit der bisherigen Arbeit der Bundesregierung im Kampf gegen Corona bewerten 73% der CDU-Anhänger die Arbeit „positiv“ und „eher positiv“. Hingegen finden nur 44% der SPD-Anhänger die Arbeit der Bundesregierung „eher positiv“ bis „positiv“, obwohl die SPD gemeinsam

mit der CDU die Regierung stellt. Die größte Ablehnung findet sich unter den AfD-Anhängern mit 83% „eher negativ“ bis „negativ“ (Schulte 2021).

Bei einer genaueren Betrachtung zu den Maßnahmen beim Thema Arbeit zeigt eine Umfrage von Diekmann aus 2021 eine breite Zustimmung für eine Homeoffice-Pflicht aufgrund der aktuellen hohen Corona-Infektionslage. Es sprachen sich 56% der Befragten für ein grundsätzliches Verbot der Arbeit im Büro aus, sofern Homeoffice möglich sei. Allerdings unterscheidet sich diese Ansicht ebenfalls nach parteipolitischer Anhängerschaft, z. B. lehnten 58% der FDP-Anhänger die Homeoffice-Pflicht ab, während 73% der Grünen-Wähler dafür stimmten. Wenn es jedoch einen gesetzlichen Mindestanspruch für Arbeitnehmer*innen für Homeoffice über Corona hinaus geben sollte, sprechen sich nur 37% dafür aus und 50% sind der Meinung, die Entscheidung solle vom Arbeitgeber*innen getroffen werden. In diesem Fall ist eine Mehrheit der SPD-, Linken- und Grünen-Wähler*innen dafür und die Wähler*innen von CDU, FDP und AfD dagegen (Diekmann 2021).

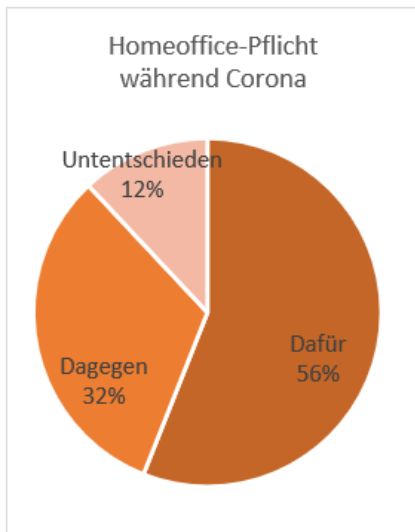


Abb. 1: Umfrage zur Homeoffice-Pflicht während Corona
(Eigene Darstellung nach Diekmann 2021)

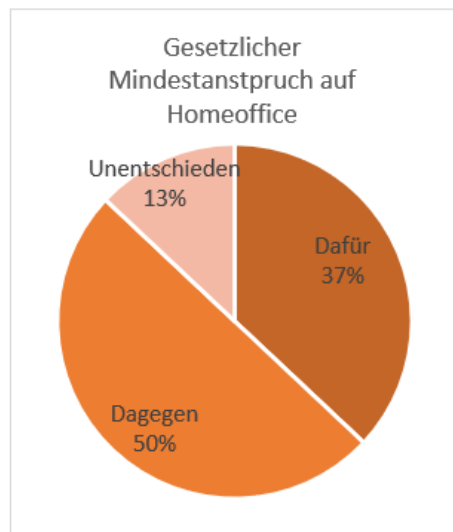


Abb. 2: Umfrage zum dauerhaften Mindestanspruch auf Homeoffice
(Eigene Darstellung nach Diekmann 2021)

Diese Umfragen können zwar kein allgemeines Bild der Bevölkerung gegenüber Änderungen am Arbeitsplatz und Arbeitsmarkt darstellen, allerdings verdeutlichen sie, wie auch die Stiftungen, dass unterschiedliche Positionen zu diesem Themenfeld auch mit Präferenzen von Parteien zusammenhängen bzw. Personen mit gleicher

Parteizugehörigkeit auch ähnliche Ansichten besitzen. Daher ist es sehr schwer, allgemeine Aussagen oder Festlegungen zu gerechter Stadt, sozialer Gerechtigkeit oder sogar zum Zugang zum Arbeitsmarkt zu treffen. Die Umfragen deuten aber in jedem Fall daraufhin, dass sich auch die Arbeit in Zeiten der Corona-Krise verändert hat und weiter verändern wird und diese Veränderungen darüber hinaus auch dauerhafte Auswirkungen auf die Art zu Arbeiten haben werden. In welchem Maß das sein wird, lässt sich jedoch nicht vorhersagen, da es hier auch regional und von Unternehmen zu Unternehmen Unterschiede geben kann.

Eine gerechte Stadt mit Zugang zum Arbeitsmarkt?

Der Vergleich zwischen LEIPZIG CHARTA 2007 und 2020 hat gezeigt, dass der Einfluss des Arbeitsmarktes in der früheren Version ausführlich dargestellt wurde, allerdings ohne einen Bezug zur gerechten Stadt. Es wird explizit genannt, dass die EU und deren Mitgliedsstaaten für einen verbesserten Zugang zur Arbeit und die Förderung dessen verantwortlich sind. Auffällig ist, wie das Thema in der Charta 2020 von der Agenda vollständig verschwunden ist. Eine mögliche Erklärung dafür könnte sein, dass in der Vergangenheit festgestellt wurde, dass die Charta bzw. die EU keinen Einfluss darauf nehmen kann.

Auch in der Literatur und den Studien der Stiftungen zeigen sich große Unterschiede im Verständnis der gerechten Stadt bzw. sozialer Gerechtigkeit und der Einbeziehung des Arbeitsmarktes auf diese Themen. Während DIKEC gerechte Stadt eher auf demokratische Prozesse und politische Beteiligung bezieht, sieht FAINSTEIN im Kriterium der Fairness auch den Einfluss des Arbeitsmarktes auf eine gerechte Stadt. Die Studien lassen einige Unterschiede in der Definition von sozialer Gerechtigkeit erkennen, während fast alle Texte negative Auswirkungen des Arbeitsmarktes auf die Gerechtigkeit sehen. Jedoch nennen nur zwei Studien den Zugang dazu als konkreten Bestandteil von sozialer Gerechtigkeit und oft werden Lösungen für Probleme des Arbeitsmarktes in anderen Bereichen, wie dem Bildungssektor, gesucht.

Die Analyse dieser vielen verschiedenen Texte macht deutlich, dass es keine einheitliche Definition von gerechter Stadt oder sozialer Gerechtigkeit gibt und daher auch der Einfluss des Arbeitsmarktes darauf schwer zu bewerten ist. Auch die Bevölkerung ist sehr gespalten darüber, wenn es um eine Einflussnahme des Staates auf die Arbeit geht. Viele wünschen sich zwar Ausnahmen in Krisenzuständen, wie der Corona-Pandemie, aber darüber hinaus sieht die Mehrheit die Verantwortung bei den Unternehmen.

Bei einem Blick zurück an den Anfang des Artikels gab es eine Definition der NLC zu gerechter Stadt: „Alle gesellschaftlichen Gruppen, einschließlich der besonders benachteiligten, sollten einen gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen der Daseinsvorsorge haben: zu Bildung, sozialen Dienstleistungen, Gesundheitsversorgung und zu Kultur.“ (BMI 2020: 5). Nach der Analyse der anderen Texte wird erkennbar, dass die Begriffe Arbeit oder Arbeitsmarkt möglicherweise nicht enthalten sind, weil sie zu den genannten Dienstleistungen nur bedingt in den europäischen Wirtschafts- und Sozialsystemen staatlich steuerbar sind und von politischen Ansichten abhängig sein können. Allerdings plädiert die Autorin dieses Artikels trotzdem für das Hinzufügen folgenden Satzes in die nächste Leipzig Charta:

„Es sollte ein fairer und für jede Person angemessener Zugang zum Arbeitsmarkt durch die genannten Dienstleistungen der Daseinsvorsorge erreicht und Aufstiegschancen ermöglicht werden.“

Damit wird der engen Verbindung der Arbeit mit den anderen Bereichen Rechnung getragen und es wird gleichzeitig kein direktes Eingreifen seitens der Politik auf den Arbeitsmarkt gefordert. Dadurch könnte jedoch die Verantwortung der Mitgliedsstaaten der EU auch bei diesem Thema ins Gedächtnis gerufen und der wirtschaftliche Einfluss auf die gerechte Stadt in die Charta aufgenommen werden. Die politischen Reaktionen auf den hinzugefügten Satz würden aller Wahrscheinlichkeit nach, jedoch sehr unterschiedliche ausfallen. Insbesondere der wirtschaftsliberale und konservative Flügel würden die Ergänzung kritisieren, obwohl sie selbst die Auswirkungen des Arbeitsmarktes auf andere Bereiche sozialer Gerechtigkeit in ihren Studien nennen. Die konkrete Aufnahme dieses Begriffes dürfte bei ihnen jedoch die Sorge wecken, dass es von staatlicher Seite mehr Eingriffe in den Arbeitsmarkt gäben soll. Die Linken bzw. der soziale Flügel, die Grünen, sowie neutrale Akteure würden den Zusatz möglicherweise begrüßen. In jedem Fall würde eine politische Debatte um den Anteil des Arbeitsmarktes in einer gerechten Stadt entfacht werden, welche zu einer größeren Aufmerksamkeit führen würde. Das wäre eine sehr positive Auswirkung der Leipzig Chartas.

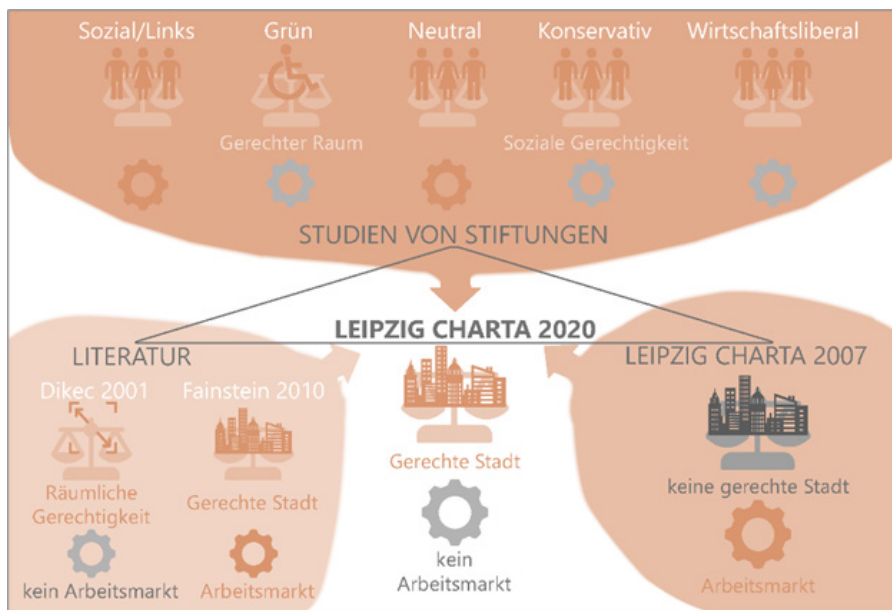


Abb. 3: Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse (Eigene Darstellung)

Literaturverzeichnis:

Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) (Hg.) (2020) *NEUE LEIPZIG CHARTA. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl*. https://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSPWeb/SharedDocs/Downloads/DE/die_neue_leipzig_charta.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [Zugriff am: 25.01.2021].

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hg.) (2007) *LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt*. https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nationale_Stadtentwicklung/leipzig_charta_de_bf.pdf [Zugriff am: 25.01.2021].

Diekmann, Florian (2021) *Mehrheit der Deutschen ist für Homeoffice-Pflicht*. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/corona-mehrheit-der-deutschen-ist-fuer-homeoffice-pflicht-in-pandemie-a-e5eb-f9a2-1e70-45dc-8c00-27a97cc6dfb6> [Zugriff am: 25.01.2021].

Dikec, Mustafa (2001) Justice and the spatial Imagination. In: *Environment and Planning* 33, 1785-1805.

Fainstein, Susan (2010) *The Just City*. New York: Cornell University Press.

Foss, Günter (o. J.): *Studie zur sozialen Spaltung*. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/GK_Arbeitsgesetzbuch/10_g%C3%BCnter_foss_Studie_soziale_Spaltung.pdf [Zugriff am: 08.01.2021].

Hans-Böckler-Stiftung (Hg.) (2009) *Dimensionen sozialer Gerechtigkeit*. Düsseldorf: WAHLE & WOLF.

Hellmann, Thorsten; Schmidt, Pia; Heller, Sascha Matthias (2019) *Soziale Gerechtigkeit in der EU und OECD. Index Report 2019*. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/SJI_Das_Wichtigste_in_Kuerze_DE.pdf. [Zugriff am: 11.12.2021].

Kemper, Jan (2018) *Ungleichheit in den Städten. Stadtentwicklung und soziale Ungleichheit*. <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216890/stadtentwicklung-und-soziale-ungleichheit?p=all> [Zugriff am: 07.01.2021].

Konrad-Adenauer-Stiftung (o. J.) *Soziale Gerechtigkeit (Sozialer Ausgleich)*. <https://www.kas.de/de/web/soziale-marktwirtschaft/soziale-gerechtigkeit> [Zugriff am: 07.01.2021].

Schmid, Frieder; Posthofen, Martha (2019) *Gerechter. Sozialer. Weniger ungleich. Was die Deutschen von Europa erwarten*. <http://library.fes.de/pdf-files/fes/14913-20190402.pdf> [Zugriff am: 08.01.2021].

Schulte, Jan (2021) *Knappe Mehrheit befürwortet neue Beschränkungen*. <https://www.cicero.de/innenpolitik/corona-umfrage-beschaenken-lockdown-bewegungsradius> [Zugriff am: 25.01.2021].

Sidorová, Milota; Lammelová, Zdeňka; Bainakova, Alevitina; Fajmonová, Veronika; Mazzini, Miha; Stará, Kristýna (2016): *How to design a fair shared city? 8 stories based on equitable urban planning in everyday life*. Prag: Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Siebenhaar, Hans-Peter (2007) *Autoren greifen Bertelsmann Stiftung an*. <http://mediawatcher.blogg.de/eintrag.php?id=77> [Zugriff am: 01.10.2016].

Stiftung Marktwirtschaft (2017) *Inclusive Growth – bringt Wachstum Wohlstand für alle?* https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/fileadmin/user_upload/Tagungsberichte/Tagungsbericht_InclusiveGrowth_14_02_2017.pdf [Zugriff am: 07.01.2021].

Die neue Produktivität der Städte.

Was kennzeichnet die produktive Stadt in der NEUEN LEIPZIG-CHARTA?

Alexandra Carolin Heßmann

Eine resiliente Stadt nach dem Vorbild der NEUEN LEIPZIG-CHARTA bedarf der Berücksichtigung der *urbanen Produktion*, um sich ständig wechselnden Herausforderungen zu stellen. Jedoch bleibt die Definition der *produktiven Stadt* in dem Dokument aus.

Die Analyse beider LEIPZIG-CHARTAS in Verbindung mit der Auseinandersetzung mit Fachliteratur stellt heraus, dass eine produktive Stadt die vier traditionellen Wirtschaftssektoren vereint, deren Weiterentwicklung eine Stadtverträglichkeit erlaubt.

Da gesellschaftliche und politische Trends das Wirtschaftsgeschehen direkt beeinflussen, nehmen die Dimensionen *Konsum*, *Flächenpotentiale*, *Mobilität* und *Lebensqualität* einen unmittelbaren Einfluss darauf. So haben die Folgen der Covid-19-Pandemie Auswirkungen auf die Bewertung der Zukunftsfähigkeit des Konzeptes. Die abschließende Beurteilung dieser Problematik bedarf jedoch der weiteren Forschung.

Wirtschaft, Produktivität, Nachhaltigkeit

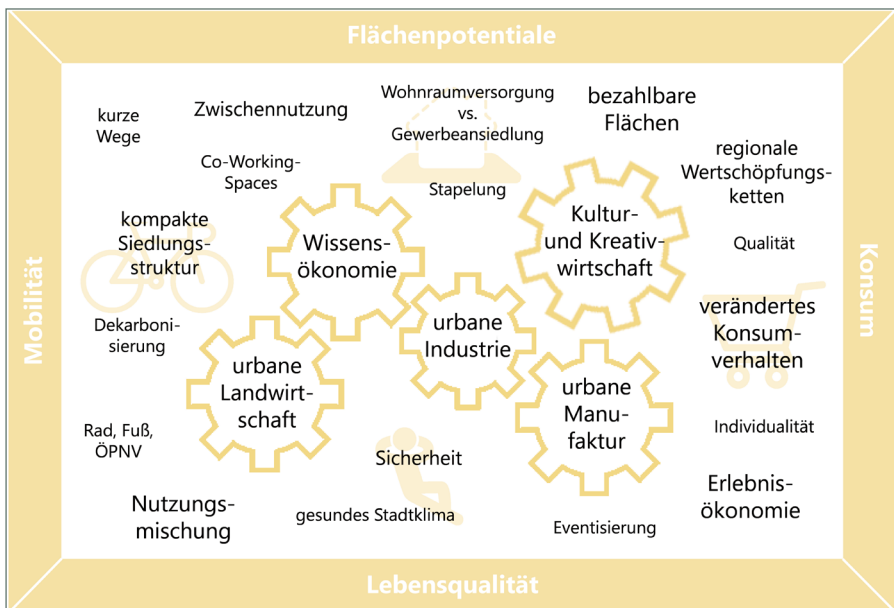


Abb. 1: Charakteristik der urbanen Produktion (Eigene Darstellung)

Die Zukunft der europäischen Stadt

„Keine der Herausforderungen unserer Zeit – sei es Migration, Klimawandel oder Pandemien – kann bewältigt werden, wenn man den Lebensraum der Stadt nicht mitdenkt. Mit der NEUEN LEIPZIG-CHARTA legen wir deshalb die Weichen für die Stadtentwicklung von morgen: Nachhaltig, resilient und krisensicher.“ – Anne Katrin Bohle (Steinmann 2020)

So äußerte sich die Staatssekretärin des BUNDESMINISTERIUMS DES INNERN, FÜR BAU UND HEIMAT (BMI) Anne Katrin Bohle anlässlich der Weiterentwicklung der LEIPZIG-CHARTA von 2007. Aufgrund globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel, dem Verlust der Biodiversität, der Ressourcenknappheit, dem demografischen Wandel oder pandemischer Entwicklungen wird eine Resilienz der Städte immer erforderlicher. Auch die Verstärkung gesellschaftlicher und räumlicher Disparitäten sowie die stetige Digitalisierung sind weitere Einflussfaktoren, welche eine Anpassung der LEIPZIG-CHARTA von 2007 erforderten. Das Ziel des strategischen Dokumentes ist es, eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung voranzubringen. Hierzu soll das Konzept der *produktiven Stadt* einen zentralen Beitrag leisten (BMI 2020: 1).

Jedoch ist der Begriff der *produktiven Stadt* in der NEUEN LEIPZIG-CHARTA aus dem Jahr 2020 nicht hinreichend definiert worden (Vgl. BMI 2020). Mittels einer Analyse des strategischen Dokumentes von 2020 in Verbindung mit der Analyse der LEIPZIG-CHARTA von 2007 und der bestehenden Fachliteratur soll dieser Beitrag folgende Frage beantworten: *Was kennzeichnet die produktive Stadt in der NEUEN LEIPZIG-CHARTA?*

Nach der Einordnung des Konzeptes der *produktiven Stadt* in das Leitbild der nachhaltigen europäischen Stadt in der NEUEN LEIPZIG-CHARTA, werden die einzelnen Bestandteile, welche die *urbane Produktion* kennzeichnen, dargestellt. Da diese dem dynamischen Geschehen der Gesellschaft unterliegen, werden die Einflussfaktoren in vier Dimensionen zusammengefasst und erläutert. Die NEUE LEIPZIG-CHARTA entstand während der pandemischen Lage, ausgelöst durch das Coronavirus SARS-CoV-2, dessen Auswirkungen vermutlich auch die künftige Stadtgesellschaft prägen wird. Aus diesem Grund wird danach auf dessen Effekte auf die (post-)pandemische Gesellschaft Bezug genommen. Ein abschließendes Fazit fasst die vorherigen Erkenntnisse zusammen, beantwortet die Forschungsfrage und gibt einen Ausblick für weitere Forschungsaktivitäten.

Die europäische Stadt = die nachhaltige Stadt

Die NEUE LEIPZIG-CHARTA strebt, ebenso wie die LEIPZIG-CHARTA von 2007, einen nachhaltigen Transformationsprozess europäischer Städte an (BMI 2020: 4). Die Ausdifferenzierung des Begriffes *Nachhaltigkeit* unterscheidet sich jedoch in beiden Dokumenten (Vgl. BMUB 2007: 1; BMI 2020: 5–6). Während das strategische Dokument aus dem Jahr 2007 die Aspekte der *gesunden Umwelt* (Ökologie), des *sozialen Ausgleichs* (Soziales) und der *wirtschaftlichen Prosperität* (Ökonomie) durch die Förderung von Existenzgründungen betrachtet (vgl. Abbildung 2), wird kein konkreter Bezug auf das wirtschaftliche Geschehen der Städte genommen. Diese Sichtweise wurde in der NEUEN LEIPZIG-CHARTA ausdifferenziert. Hier symbolisiert die soziale Dimension das Leitbild der *gerechten Stadt*, die ökologische Dimension das Leitbild der *grünen Stadt* und die ökonomische Dimension das Konzept der *produktiven Stadt* (Vgl. BMI 2020: 5–6). Solch ausgewogene Verhältnisse sollen den urbanen Raum resilient machen, sowohl infolge von wirtschaftlich als auch pandemisch bedingten Schocks (BMI 2020: 3; Brandt et al. 2017: 3; Roshani; Geyer 2020b: 5). Hierzu können eine ausgeprägte Nutzungsmischung, die Förderung der Kreislaufwirtschaft und die Vorzüge der Digitalisierung einen bedeutenden Beitrag leisten (BMI 2020: 6–7; Roshani; Geyer 2020b: 6).

Die Stadt stellt einen Ort dar, in dem Innovationen und neue Konzepte Umsetzung finden, weshalb sie als Experimentierfeld betrachtet wird (Vgl. BMI 2020: 3). Dabei gilt es in Form politischer Entscheidungen die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen (Altrock 2012: 183; BMI 2020: 10; Geipel 2016: 21), weshalb staatliche Institutionen, neben der Zivilgesellschaft, die Schlüsselakteure darstellen (BMI 2020: 2).

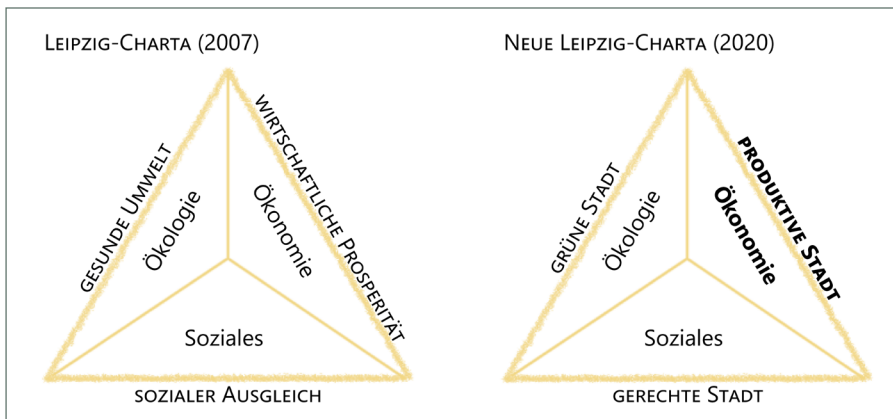


Abb. 2: Das Nachhaltigkeitsverständnis der LEIPZIG CHARTA (2007) und der NEUEN LEIPZIG CHARTA (2020) (Eigene Darstellung)

Das neue Verständnis der städtischen Produktion

Bereits vor der Entwicklung der NEUEN LEIPZIG-CHARTA steht das Konzept der *produktiven Stadt* im wissenschaftlichen Diskurs. Im Zuge von Globalisierungs- und Digitalisierungsprozessen in Verbindung mit einem Strukturwandel, der den Bedeutungsverlust der industriellen Produktion hervorbrachte, verloren die Städte ihre Position als industrielle Zentren (Läpple 2018: 151). Auch die Abkehr einer reinen dienstleistungsorientierten städtischen Wirtschaft beschleunigte die Notwendigkeit innovativer Konzepte, um die Stadt als Wirtschaftszentrum zu sichern (Brandt et al. 2017: 2). Dieser Strukturwandel konnte nicht allein von wissensbasierten Dienstleistungen kompensiert werden (Brandt et al. 2017: 2). Ferner führten kulturelle Veränderungen in der kosmopolitischen Stadtgesellschaft dazu, dass die traditionelle materielle Produktion als nicht mehr zeitgemäß betrachtet wird (Läpple 2016: 24; Läpple 2018: 153). Vielmehr besteht ein gesteigertes Interesse nach qualitativollen, individuell gefertigten, umweltbewusst und fair gehandelten Produkten aus lokal eingebetteten Wertschöpfungsketten (Brandt et al. 2017: 1, 3; Erbstößer 2016: 5; Läpple 2018: 151, 158).

Dennoch wird der Industrie eine zentrale Rolle im Wirtschaftsgeschehen zugesprochen, da sie das ökonomische Wachstum befördere (Läpple 2016: 25). Die Stadt wird weiterhin als Ort des Handelns und Produzierens verstanden, jedoch müssen Konzepte geschaffen werden, die eine Stadtverträglichkeit der Produktion erlauben (Brandt et al. 2017: 2). Auch die NEUE LEIPZIG-CHARTA erkennt die Chancen, welche die urbane Produktion für eine stabile und widerstandsfähige Stadt bietet (Vgl. BMI 2020: 3). Das strategische Dokument benennt die *Wissensökonomie*, die *Kultur- und Kreativwirtschaft*, die *urbane Manufaktur* und die *urbane Landwirtschaft* als zentrale Komponenten der produktiven Stadt (BMI 2020: 6). BRANDT ET AL. ergänzen diese Inhalte noch über die *urbane Industrie*, da diese ein hohes Potential zur Sicherung der Beschäftigung der Mittelschicht aufweist (Brandt et al. 2017: 3). Folglich kann einer Polarisierung der Einkommensklassen entgegengewirkt werden (Läpple 2018: 155), welche dem Leitbild der gerechten Stadt der NEUEN LEIPZIG-CHARTA entspricht (Vgl. BMI 2020: 5). Somit wird die urbane Industrie als fünfter Bestandteil der städtischen Produktion in die weiteren Ausführungen mit einbezogen, welche in Abbildung 3 dargestellt sind. Auch wenn die NEUE LEIPZIG-CHARTA keine weitere Differenzierung der Begrifflichkeiten vornimmt, wurde sich in der Fachliteratur bereits mit der Thematik auseinandergesetzt.

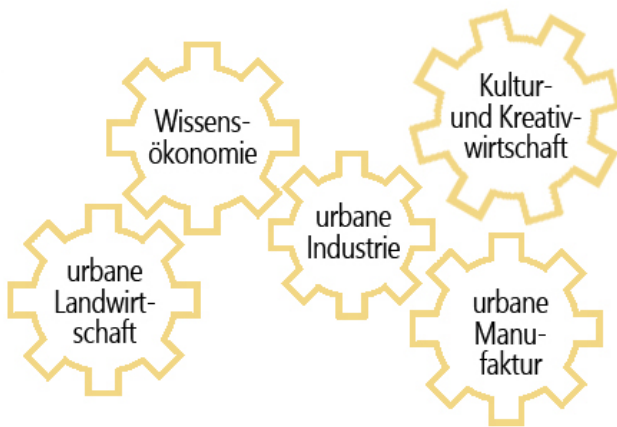


Abb. 3: Wirtschaftsbereiche der urbanen Produktion (Eigene Darstellung)

Die *Wissensökonomie* stellt eine zentrale Dienstleistung in der städtischen Arbeitswelt dar (Läpple 2018: 153). Das Wissen bildet hierbei ein immaterielles wirtschaftliches Gut, welches als Produktionsmittel für physische Güter verstanden wird (Kujath; Schmidt 2007: 3). Diese Kompetenzen sind infolge einer wissenschaftlichen Qualifizierung anzueignen und resultieren weniger aus klassischen Berufsbildungen (Kujath; Schmidt 2007: 5). Die LEIPZIG-CHARTA von 2007 stellt das Wissen als Quelle für Wachstum und Innovation der Städte heraus, weshalb diese Ökonomie von besonderer Bedeutung ist (Vgl. BMUB 2007: 2).

Ferner ist die *Kultur- und Kreativwirtschaft* eng mit der urbanen Produktion verbunden (Brandt et al. 2017: 4). Sie bildet ein sehr heterogenes Marktsegment aus, weshalb die Begrifflichkeiten Kulturwirtschaft und Kreativwirtschaft gemäß LANGE ET AL. (2016: 1) getrennt betrachtet werden sollten. Unter *Kulturwirtschaft* wird die unmittelbare Produktion von Gütern und Dienstleistungen verstanden, die ein direkter Ausdruck von Kultur sind, bspw. die Musik, die darstellenden und bildenden Künste oder die Literatur (Lange et al. 2016: 2). In Abgrenzung dazu werden unter der *Kreativwirtschaft* jene Wirtschaftsbereiche verstanden, die auf kulturelle Inputs zurückgreifen, um einen Output mit funktionalen Wert zu erzeugen (Lange et al. 2016: 3). Beispielhaft kann hier die Architektur oder das Grafik- und Modedesign angeführt werden (Lange et al. 2016: 3).

Die Kultur- und Kreativwirtschaft bildet entsprechend der NEUEN LEIPZIG-CHARTA einen wesentlichen Bestandteil zur Widerstandsfähigkeit von Städten in Krisenzeiten (BMI 2020: 4–5). Jedoch wurde beobachtet, dass infolge der Covid-19-Pandemie diese Branchen mit am stärksten in ihrer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit

eingeschränkt wurden und mit Beginn des ersten Lockdowns im März 2020 nahezu durchgängig ihrer Tätigkeit nicht nachgehen konnten. Daher gilt es zu diskutieren, ob und wie dieser Wirtschaftsbereich zur Resilienz der Städte beitragen kann, wenn dieser doch in (pandemischen) Krisenzeiten nicht wirtschaften darf. Diese Diskussion offenbart weiteres Forschungspotential, welches dem Rahmen dieses Beitrages nicht gerecht werden kann.

Im Zuge der Diskussion zum Konzept der produktiven Stadt erfährt das Handwerk eine Renaissance und entwickelt sich weiter, hin zur *urbanen Manufaktur* (Läpple 2016: 27). Dies umfasst nach BRANDT ET AL., die Herstellung, Verarbeitung oder Reparatur materieller Güter im städtischen Kontext (Brandt et al. 2017: 7). Ein besonderes Merkmal ist die Abkehr von der Massenproduktion und hin zum Fokus auf die Fertigung individueller, auf die Kundenwünsche abgestimmter Produkte (Brandt et al. 2017: 7). Ferner sollen die Produkte so konstruiert sein, dass sie bei Bedarf repariert werden können (Brandt et al. 2017: 7). Diese Verlängerung des Lebenszyklus entspricht den nachhaltigen Gedanken der NEUEN LEIPZIG-CHARTA. Reparaturen, Recycling oder auch Upcycling ermöglichen eine Rückführung der Produkte in eine Kreislaufwirtschaft, sodass die Stadt mehr als nur einen Ort des Konsums darstellt (BMI 2020: 6; Läpple 2018: 159). Dennoch stellt sich die Frage, ob die Erzeugnisse aus der urbanen Manufaktur weiten Teilen der Gesellschaft zugänglich gemacht werden können oder die Ansprüche und die ggf. höheren Endpreise aufgrund individueller Fertigung nur einem elitären Teil der Bevölkerung vorbehalten sind. Dies widerspräche dem Leitbild der *gerechten Stadt* aus der NEUEN LEIPZIG-CHARTA (Vgl. BMI 2020: 4) und muss weiter diskutiert werden.

Während die urbane Manufaktur eine Nutzungsmischung innerhalb eines Gebäudes in Form der horizontalen Teilung ermöglicht, schafft die *urbane Industrie* einen Mix der Funktionen im größeren Kontext (Brandt et al. 2017: 9). Die Produktion ist vertikal von den umliegenden Nutzungen getrennt, jedoch aufgrund der technischen Weiterentwicklung und eines modernen Umgangs mit Lärm, Abgasen und Abwasser stadtverträglich (Brandt et al. 2017: 9; Läpple 2016: 26). So wird die urbane Industrie häufig mit dem Begriff *Stadtfabrik* in Verbindung gebracht (Brandt et al. 2017: 9).

Neben den Branchen des sekundären, tertiären und quartären Sektors der Wirtschaft, wird eine Ansiedlung von Unternehmen des primären Sektors in Städten oder im städtischen Umfeld angestrebt (Brandt et al. 2017: 9). So sieht die NEUE LEIPZIG-CHARTA deutliche Potentiale in der *urbanen Landwirtschaft*, um die Regionalität der Produkte und deren Wertschöpfungsketten zu betonen (BMI 2020: 6).

Die vier rahmengebenden Dimensionen

Die Wirtschaft, und damit auch die urbane Produktion, unterliegt sich ständig wandelnden gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen (Vgl. Läßle 2018). Diese Einflussfaktoren werden hier als *Dimensionen* verstanden: der *Konsum*, die *Flächenpotentiale*, die *Mobilität* und die *Lebensqualität* (Abbildung 4). Ihre Inhalte bedingen einander teilweise, sodass eine strikte Trennung nicht möglich ist (vgl. Abbildung 1) und auch von einem Zusammenspiel der Dimensionen gesprochen werden kann. Die Veränderungen innerhalb dieser Dimensionen ermöglichen und beschleunigen die Transformationsprozesse des urbanen Raumes und werden nachfolgend in Bezug auf die produktive Stadt erläutert.

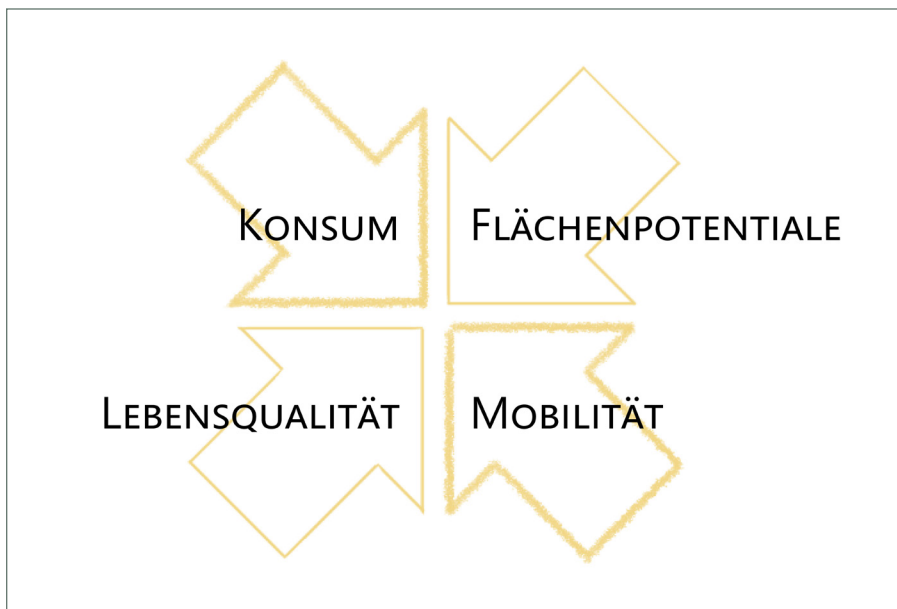


Abb. 4: Die vier einflussnehmenden Dimensionen (Eigene Darstellung)

1. Dimension *Konsum*

Das Konsumverhalten der Gesellschaft bildet einen zentralen Einflussfaktor für die *urbane Produktion* (Vgl. Brandt et al. 2017). Zur Etablierung des Konzeptes der produktiven Stadt appelliert die NEUE LEIPZIG-CHARTA an eine Änderung im Konsumverhalten (Vgl. BMI 2020: 6). LÄPPLE differenziert diese Forderung aus und erläutert, dass vor allem die Qualität und Individualität der Produkte für die Konsumenten von immer größerer Bedeutung seien (Läpple 2018: 158). Darüber hinaus motivieren die Einbettung in regionale Wertschöpfungsketten und fair gehandelte Produkte zum Kauf (Brandt et al. 2017: 2; Läpple 2018: 158). Doch nicht nur die Art der Produkte unterliegt einem Wandel; auch die Möglichkeiten, diese zu erwerben, verändert sich. Infolge der Digitalisierung des Einzelhandels (BMI 2020: 7) gewinnen die Erlebnisökonomie und die Eventisierung des Handels und des Gewerbes an Bedeutung (Brandt et al. 2017: 7; Folkens 2020: 11:07), worauf es zu reagieren gilt.

2. Dimension *Flächenpotential*

Die Ansiedlung des produzierenden Gewerbes ist nur möglich, wenn innerstädtische Flächenpotentiale vorhanden sind (Läpple 2018: 165). Aktuell fehlen in vielen Gemeinden jedoch bezahlbare Gewerberäume und Flächen für Neubauten (BMI 2020: 6; Erbstößer 2016: 20). Zudem stehen Kommunen vor der Entscheidung, vorhandenen Flächen der Wohnraumversorgung oder der Gewerbeansiedlung zu widmen (Läpple 2016: 23). Erschwert wird die Ansiedlung des produzierenden Gewerbes durch die Problematik, dass viele Flächen nicht im kommunalen Eigentum sind und daher zu Spekulationszwecken freigehalten werden, sodass eine Fragmentierung befördert wird (Geipel 2016: 20). Daher werden sowohl neue architektonische bzw. stadtplanerische Lösungen erfordert (BMI 2020: 3; Läpple 2018: 160) als auch Konzepte entwickelt, um vorhandene Flächen, wie bspw. ehemalige Infrastruktur-, Industrie- oder Militärflächen, umzunutzen (BMI 2020: 3, 11; Altröck 2012: 190). Darüber hinaus hat die urbane Produktion geringe Anforderungen an den Raum, sodass die eigene Wohnung, Garagen, Co-Working-Spaces oder Gewerbehöfe als Produktionsstätten fungieren können, um einer Monofunktionalisierung von Gebäuden und Quartieren entgegenzuwirken (Brandt et al. 2017: 10; Geipel 2016: 20). Starke Potentiale werden auch in der Stapelung der Funktionen und im Ausbau von Dachgeschosszonen gesehen, da diese effektiv zur Flächenreduzierung beitragen können (BMI 2020: 11; Erbstößer 2016: 20; Geipel 2016: 21; Läpple 2018: 160).

3. Dimension *Mobilität*

Während die anderen Dimensionen erstmals in der NEUEN LEIPZIG-CHARTA thematisiert wurden, stand die Mobilität bereits im strategischen Dokument von 2007 im Vordergrund (Vgl. BMUB 2007; BMI 2020). Die Rückführung des (produzierenden) Gewerbes in die Stadt ermöglicht eine kompakte Siedlungsstruktur und entspricht damit dem Leitbild der *Stadt der kurzen Wege* (BMUB 2007: 4; BMI 2020: 3, 6). Die LEIPZIG-CHARTA von 2007 fordert eine nachhaltige, gut zugängliche und preisgünstige Gestaltung der Verkehrssysteme (BMUB 2007: 4) und appelliert, ebenso wie die NEUE LEIPZIG-CHARTA, daran, die Strecken zwischen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Erholen zu Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV zurückzulegen (BMUB 2007: 7; BMI 2020: 6). Die geforderte Nutzungsmischung in den Quartieren verringert folglich nicht nur den Mobilitätsbedarf sondern auch das Verkehrsaufkommen (BMI 2020: 6) und kann die CO₂-Belastung der Städte minimieren. Neben der Reduzierung der Wegstrecken für Privatpersonen, können infolge der Rückverlagerung der Industrie in die Städte die Transporte in der Produktionskette verkürzt werden, welches einen entscheidenden Beitrag zur Dekarbonisierung der Wirtschaft (Läpple 2018: 158) und für nachhaltigere Städte leistet.

4. Dimension *Lebensqualität*

Das zentrale Ziel der NEUEN LEIPZIG-CHARTA ist die Vermeidung sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und räumlicher Ungleichheit, welches zur Steigerung der Lebensqualität in der europäischen Stadt beitragen soll (Vgl. BMI 2020: 1). Eine kompakte Siedlungsstruktur und die wirtschaftliche und soziale Mischung stellen dabei zentrale Einflussfaktoren auf ein gesundes Stadtklima und die Steigerung der Lebensqualität dar (Vgl. BMI 2020: 3). Hierbei kann die urbane Produktion einen wichtigen Beitrag leisten, um monofunktionalen Quartieren einer zusätzlichen Nutzung zuzuführen. Entsprechend der Idealvorstellung einer Stadt nach JANE JACOBS kann diese Funktionsmischung zur Sicherheit in den öffentlichen Räumen beitragen (Vgl. Jacobs 1963), was auch in der NEUEN LEIPZIG-CHARTA festgehalten ist (BMI 2020: 12).

Aktuelle Bedeutung in der (pandemischen) Gesellschaft

Die soeben beschriebenen Dimensionen unterliegen stets dynamischen gesellschaftlichen Trends und politischen Veränderungen. Demnach lässt sich vermuten, dass sich infolge der Restriktionen durch die Covid-19-Pandemie, auch die Rahmenbedingungen der produktiven Stadt verändern werden. Es konnte bisher beobachtet werden, dass die Dimensionen keine grundsätzlichen Veränderungen hervorgerufen haben, sondern vielmehr bisherige Entwicklungen beschleunigten. Es bleibt abzuwarten, ob die Transformationen von kurz- oder gar langfristiger Natur sein können und welche weiteren Veränderungen künftig hervorgerufen werden.

Seit Beginn der Pandemie bis zum Beginn des Jahres 2021 unterlag die Bundesrepublik zwei Lockdown-Phasen mit unterschiedlich einschränkenden Regelungen. Aufgrund von Schließungen waren besonders Gewerbetreibende stark davon betroffen. Infolgedessen florierte der Online-Handel zunehmend (Folkens 2020) und das lokale Gewerbe wurde weiter geschwächt. Es gilt abzuwarten, welche Entwicklung der Online-Konsum in der post-pandemischen Stadt haben wird. Jedoch lässt sich vermuten, dass die Kundschaft weiterhin den Komfort und die Vorteile des Online-Shoppings genießen wird. Diese Entwicklung verläuft damit gegenteilig zum fairen und nachhaltigen Konsum einer produktiven Stadt(-gesellschaft).

Bereits in der Literatur- und Dokumentenanalyse wurde deutlich, dass die Ansiedlungen von urbanem Gewerbe aufgrund der begrenzten Flächenverfügbarkeit erschwert wird (BMI 2020: 6; Läßle 2018: 165). Dennoch konnte in der pandemischen Zeit festgestellt werden, dass viele Dienstleistungsunternehmen ihre Arbeitsplätze ins Homeoffice verlegten, auch aufgrund der Vorschriften des § 2 Abs. 4 SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung (Corona-ArbschV) vom 21.01.2021, welche mobiles Arbeiten vorschreibt, sofern keine betrieblichen Belange dem entgegenstehen. Eine Weiterführung der Möglichkeiten des Homeoffice nach der Pandemie wird in einem Gesetzesentwurf des *Bundesministeriums für Arbeit und Soziales* vorgesehen (BMAS 2020). Folglich reduziert sich der Flächenbedarf im Bürosektor (Denk et al. 2020: 5), weshalb innerstädtische Flächen frei werden, die für die Ansiedlung der urbanen Produktion freigehalten werden können. Ebenso erwarten DENK ET AL. aufgrund der verstärkten Arbeit im Homeoffice eine erneute Flucht der Stadtgesellschaft ins angrenzende Umland (Denk et al. 2020: 5), wodurch ebenso Flächen der gewerblichen Nutzung zugeführt werden können. Ferner wurde der stationäre Einzelhandel, sowohl durch die Covid-19-Pandemie als auch durch die steigende Attraktivität des Online-Marktes, geschwächt (Folkens 2020). Demzufolge droht vielen Geschäften die Insolvenz (Folkens 2020: 08:00). Dennoch hat dieser

Umstand Potentiale für das produzierende Gewerbe, um sich in vormals einzelhandelsdominierten Ortskernen anzusiedeln und die von Leerstand bedrohten Innenstädte zu beleben. Ein solches Konzept wird bereits in dem ehemaligen *Appelrath Cüpper-Kaufhaus* in Solingen diskutiert (Vgl. Tews 2020). Jedoch vermuten ROSHANI UND GEYER, dass die (post-)pandemische Gesellschaft veränderte Anforderungen an die Flächennutzung und -gestaltung im Gewerbe haben wird, um bspw. Abstände untereinander weiter zu wahren (Roshani; Geyer 2020a: 9).

Es wird vermutet, dass infolge der Covid-19-Pandemie innerstädtische Flächen frei werden, die für die Ansiedlung der urbanen Produktion genutzt werden können. Jedoch gilt es an dieser Stelle festzuhalten, dass dies zulasten anderer Funktionen geschieht, in diesem Fall speziell der Wohnnutzung oder des Einzelhandels. Um die Flächenpotentiale für alle Nutzungen gerecht auszuschöpfen, bedarf es einer integrierten und interdisziplinär ausgerichteten Stadtentwicklung, die diesen Forschungsbedarf erkennt und ihm nachgeht.

Während der Lockdown-Phasen sank das Mobilitätsverhalten in der Bevölkerung drastisch im Vergleich zu den Daten des Vorjahres, welches aufgrund von Schließungen des Einzelhandels, von Schulen und Kindergärten und der vermehrten Homeoffice-Aktivität zu erwarten war (Vgl. Janson 2021). Dennoch zeigte sich auch in den Phasen zwischen den Lockdowns, dass das Mobilitätsverhalten dennoch nicht auf dem Niveau war, wie vor der Pandemie (Vgl. Janson 2021). So lässt sich vermuten, dass sich auch das Mobilitätsverhalten der post-pandemischen Stadtgesellschaft verändert. Die Förderung des Homeoffice wird langfristig Pendelverkehre reduzieren (Denk et al. 2020: 5). Darüber hinaus ergab eine Umfrage des ALLGEMEINEN DEUTSCHEN AUTOMOBIL-CLUBS (ADAC), dass auch nach der Pandemie mehr Wege zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden könnten (Meyer 2020). Dies erfordert kürzere Wege und eine ohnehin angestrebte kompakte Siedlungsstruktur und Nutzungsmischung, weshalb die Pandemie die Rückkehr der Produktion in die Städte fördern könnte. Hierzu hat die Raumplanung bereits mit der Novellierung der Baunutzungsverordnung (BauNVO) im Jahr 2017 die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen. Durch die Ergänzung um den § 6a *Urbanes Gebiet* wird die Ansiedlung des stadtverträglichen Gewerbes in Wohnnähe ermöglicht, sodass eine Nutzungsmischung und kurze Wege befördert werden, die einen entscheidenden Beitrag für die Aufrechterhaltung oder Steigerung der Lebensqualität der urbanen Gesellschaft leisten können.

Abschlussbetrachtung

„Die Stadt von morgen braucht die Produktion – doch ohne die Fertigungsformen von gestern. Innovative Konzepte erlauben heute eine Verträglichkeit produktiver Wirtschaftszweige und schaffen nicht nur Arbeitsplätze und eine neue, urbane Lebensweise, sondern machen die Stadt resilient gegenüber externen Schocks.“

– Botschaft für die Winterschule der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Nachdem das Konzept der *produktiven Stadt* bereits in der Forschungsliteratur diskutiert wird, greift auch die NEUE LEIPZIG-CHARTA die urbane Produktivität als Schlüssel für eine nachhaltige europäische Stadt auf. Obwohl die LEIPZIG-CHARTA von 2007 keine Aussagen zur urbanen Produktivität trifft, leistet sie doch ihren Beitrag dazu, ein Verständnis für dieses Konzept zu schaffen.

So stellte die Analyse der Dokumente heraus, dass eine nachhaltige und resiliente Stadt und deren Wirtschaft nicht monofunktional ausgerichtet sein kann, sondern einem Zusammenspiel der vier Wirtschaftssektoren bedarf. Diese sind jedoch nicht im traditionellen Sinne in die Stadt zurück zu verlagern, sondern erfordern eine Anpassung an urbane Anforderungen. So wird der primäre Wirtschaftssektor über die *urbane Landwirtschaft* und der sekundäre Sektor über die *urbane Manufaktur* und *urbane Industrie* bedient. Im tertiären Sektor sind, neben den bereits bestehenden Dienstleistungen, die *Kultur- und Kreativwirtschaft* verortet, während der quartäre Sektor über die *Wissensökonomie* zu definieren ist. Diese Ökonomien können einen entscheidenden Beitrag für die städtische Wirtschaft in künftigen pandemischen Zeiten leisten, da sie weniger stark von den Restriktionen der Covid-19-Pandemie betroffen sind. Eine Ausnahme bildet hierbei die Kultur- und Kreativwirtschaft.

Die Einflussnahme der Politik und Gesellschaft auf diese Teilmärkte der Wirtschaft wird über vier Dimensionen beschrieben: *Konsum, Flächenpotentiale, Mobilität* und *Lebensqualität*. Deren Entwicklungen in der Covid-19-Pandemie beschleunigten Transformationsprozesse und erlauben die Vermutung, dass sich das Konzept der produktiven Stadt als zukunftsfähig einstufen lässt. Zur Validierung dieser These bedarf es jedoch der weiteren Forschung.

Auch wenn die produktive Stadt einen Beitrag zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung leisten soll, eröffnete dieser Artikel einige Diskussionen. So stellte sich heraus, dass infolge der Covid-19-Pandemie innerstädtische Flächen frei werden können, die der urbanen Produktion zugeführt werden können. Jedoch ist dies nur zulasten anderer Funktionen möglich.

Darüber hinaus wurde erkannt, dass das geforderte Konsumverhalten nicht von der breiten Masse der Bevölkerung getragen werden kann, sondern sich die Zugänglichkeit auf einen elitären Teil der Gesellschaft beschränkt. Dies könnte eine Hürde für die Umsetzung der produktiven Stadt darstellen. Jedoch bedarf es auch hier der weiteren Forschung. Auch wenn infolge der Rückführung der Produktion Arbeitsplätze für gering qualifizierte Beschäftigte und die Mittelschicht geschaffen werden, muss darauf Rücksicht genommen werden, dass diese nicht nur in der Produktion, sondern auch im Konsum der Güter und Dienstleistungen von der Reurbanisierung der Wirtschaft profitieren. Die Stadt muss ein Ort für alle Bevölkerungsschichten zum Leben, Arbeiten, Konsumieren und Erholen bleiben und darf nicht auf bestimmte Gruppen und spezifische Nutzungen limitiert werden.

Literaturverzeichnis:

Altrock, Uwe (2012) Reurbanisierung und Stadtentwicklungspolitik – städtebauliche Programme und Instrumente. In: Brake, Klaus; Herfert, Günter (Hg.): *Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 180–197.

Brandt, Martina; Gärtner, Stefan; Meyer, Kerstin (2017) Urbane Produktion - ein Versuch einer Begriffsdefinition. *Forschung aktuell* 08.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hg.) (2020) *NEUE LEIPZIG CHARTA. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl*. Berlin.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.) (2020) *Homeoffice. Gesetzesinitiative für eine gesetzliche Regelung zur mobilen Arbeit*. <https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Arbeitsrecht/Teilzeit-flexible-Arbeitszeit/homeoffice.html> [Zugriff am: 02.02.2021].

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hg.) (2007) *LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt*. Berlin.

Denk, Felix; Geyer, Oliver; Modersohn, August; Reckers, Katharina; Roshani, Natascha (2020) Stadt und Krise. Corona hat eine neue Debatte über das urbane Leben befeuert. *stadt:pilot. Magazin zu den Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik* 17, 4–5.

Erbstößer, Anne-Caroline (2016) *Produktion in der Stadt. Berliner Mischung 2.0*. Technologiestiftung Berlin. Berlin: LM Druck und Medien GmbH.

Folkens, Sören (2020) Amazon gegen Einzelhandel. Billiger, bequemer - besser? [Film]. ZDFzeit.

Geipel, Kaye (2016) Stadt = Wohnen + Gewerbe. Stimmt die Formel? *Bauwelt* 35, 16–21.

Jacobs, Jane (1963) *Tod und Leben großer amerikanischer Städte*. Basel: Birkhäuser.

Janson, Matthias (2021) *So entwickelt sich die Mobilität der Deutschen*. <https://de.statista.com/infografik/21610/mobilitaet-in-deutschland-im-vergleich-zum-maerz-2019-auf-basis-von-mobilfunkdaten/> [Zugriff am: 02.02.2021].

- Kujath, Hans Joachim; Schmidt, Suntte (2007) *Wissensökonomie und die Entwicklung von Städtesystemen*. Erkner.
- Lange, Bastian; Knetsch, Florian; Riesenberger, Daniel (2016) *Kollaborationen zwischen Kreativwirtschaft und Mittelstand. Erfolgsfaktoren, Methoden und Instrumente*. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Läpple, Dieter (2016) Produktion zurück in die Stadt. Ein Plädoyer. *Bauwelt* 35, 22–29.
- Läpple, Dieter (2018) Perspektiven einer produktiven Stadt. In: Schäfer, Klaus (Hg.) *Aufbruch aus der Zwischenstadt. Urbanisierung durch Migration und Nutzungsmischung*. Bielefeld: Transcript Verlag, 151–176.
- Meyer, Helmuth (2020) *Corona und Mobilität: Mehr Homeoffice, weniger Berufsverkehr*. <https://www.adac.de/verkehr/standpunkte-studien/mobilitaets-trends/corona-mobilitaet/> [Zugriff am: 02.02.2021].
- Roshani, Natascha; Geyer, Oliver (2020a) Gute Fehlerkultur. Interview mit Staatssekretärin Anne Katrin Bohle. *stadt:pilot. Magazin zu den Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik* 17, 8–10.
- Roshani, Natascha; Geyer, Oliver (2020b) Transformative Kraft. Leipzig-Charta alt und neu – Ein Interview mit zwei Männern, die dabei federführend waren. *stadt:pilot. Magazin zu den Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik* 18, 4–7.
- Steinmann, Vanessa (2020) *Neue Leipzig-Charta beschlossen*. <https://polis-magazin.com/2020/12/neue-leipzig-charta-beschlossen/> [Zugriff am: 04.02.2021].
- Tews, Andreas (2020) *Gläserne Werkstatt nimmt Formen an*. <https://www.solinger-tageblatt.de/solingen/info/solingen-glaeserne-werkstatt-nimmt-formen-13941282.html> [Zugriff am: 02.02.2021].

Abfallwirtschaft als Ausgangspunkt für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft

Janina Alexandra Jungblut

Die Nutzung und Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft ist nicht nur ein Fortschritt für eine ökologischere Zielsetzung und ihre Umweltbelange. Sie ist viel mehr auch Impulsgeber für eine zukunftsweisende und wirtschaftliche Erneuerung. Doch in beiden äußerst wichtigen Punkten für eine nachhaltige Stadtentwicklung, bildet das Wissen über eine nachhaltige Abfallwirtschaft, die Grundlage und Voraussetzung für ihre wirtschaftlichen Erfolge. Hierzu müssen Funktionsstrukturen von Entsorgungs- und Recyclingunternehmen, wie die ALBA Group, als Forschungsgegenstand untersucht und analysiert werden, um zu verstehen welche Abhängigkeiten, Forschungsansätze und Zukunftsaussichten sie für eine Kreislaufwirtschaft in einer nachhaltigen Stadtentwicklung bilden und welche Entwicklungstendenzen durch die Pandemie für die Abfallwirtschaft hervortreten.

Durch die anhaltende Covid-19-Pandemie ändert sich vieles in unser aller Leben, auch der Lebensstil vieler Menschen, bedingt durch Lockdown, Homeoffice und anderen Einschränkungen. Durch eigene alltägliche Beobachtungen in meinem Wohnblock in Cottbus fällt mir auf, dass die momentane Situation auch die örtliche Abfallwirtschaft unter Druck setzt. Während der Pandemie wurden die Mülltonnen immer schneller immer voller, aber die Häufigkeit der Abholung und die Zeiten blieben gleich. Gerade in einem Wohnblock wie meinem, in dem 80 Parteien, oder woanders auch mehr wohnen, kann dies schnell zu einem Problem werden, insbesondere in Metropolregionen. Die Folge sind, wie bei uns, unschöne Müllberge und Müllsäcke im Straßenraum und die Angst vor unhygienischen Zuständen. Ich bin mir bewusst, dass ich, beziehungsweise wir und schließe damit die Gesellschaft ein, durch die Pandemie mehr Müll als früher zu "normalen Zeiten" produzieren. Wir tätigen mehr Einkäufe da wir häufiger Zuhause sind und kochen, lassen uns häufiger Essen liefern da die Gastronomie schließen musste und durch die Schließungen der Läden, bedingt durch den Lockdown um die Infektionsraten zu minimieren, bestellen wir nun auch noch mehr online als ohne hin schon, produzieren so mehr Verpackungsmüll und begünstigen damit die erneute Zunahme von Einwegprodukten. Die Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft rechnet damit, dass durch die explosionsartige Zunahme der Menge an Kunststoffmüll durch die Pandemie 2020 die Menge des Hausmülls um 2,26 Millionen Tonnen zunehmen wird (Sesotec 2020) und auch das Recyclingunternehmen *Grüner Punkt* gibt an, dass die gelben Tonnen in den letzten Monaten um 10% zugenommen haben (Sesotec 2020). Wie auch meine Vermutung, ist ihre Begründung einfach und klar: mehr Menschen arbeiten von Zuhause, weniger Menschen gehen raus und kaufen in Läden ein. Stattdessen wird mehr online bestellt und hinzu kommt außerdem, dass Restaurants zur Lieferung und Imbissstände kein Geschirr mehr

nutzen sondern aus hygienischen Gründen Einweggeschirr verwenden und nicht zuletzt, die häufige Nutzung der Einwegmasken (Sesotec 2020). Es ist eben nicht nur eine Herausforderung für die Umwelt, sondern auch für die Recyclingbranchen und den Kunststoffkreislauf, denn seit der Pandemie ist auch die Nachfrage nach recycelten Rohstoffen und Produkten zurückgegangen nicht zuletzt bedingt durch die weltweite Wirtschaftslage durch die Pandemie, wodurch der Ölpreis gefallen ist und daher mehr neue Produkte günstiger produziert werden können (Sesotec 2020).

Ich möchte mit diesem Text eine grundlegende Thematik und Auseinandersetzung mit der Abfallwirtschaft in der Stadt anstoßen, als Basis für die Entwicklung einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft in einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Daher gehe ich hier der Frage nach, was eigentlich mit unserem Müll passiert und welche Auswirkungen die Pandemie für die Abfallwirtschaft und ihre Recyclingunternehmen hat? Hierzu beschränke ich mich auf Cottbus als Forschungsgebiet und die hier als Abfallunternehmen tätige ALBA Group als Forschungsgegenstand, unterstützt durch die Befragung von Mitarbeiter*innen des Unternehmens, sowie Medienberichten zum untersuchten Thema.

Warum ist Abfall eine Wirtschaft?

„7,6 Milliarden Menschen produzieren gemeinsam jährlich rund zwei Milliarden Tonnen Haushaltsabfälle“ (Börse Online 2020). Um dieses Pensum an dadurch aufkommender Arbeit und Entsorgung innerhalb einer Stadt Herr werden zu können, bedarf es einer Abfallwirtschaft, die es versteht, nicht nur besagten Abfall abzutransportieren und auf Deponien zu lagern und zu verbrennen, sondern diesen als einen Rohstoff zu betrachten mit dem sich darüber hinaus Geld verdienen lässt - in Form einer Kreislaufwirtschaft.

Aber was bedeutet Kreislaufwirtschaft eigentlich? Warum ist ein Paradigmenwechsel nötig und welche Vorteile ergeben sich daraus? Bisher herrscht das Wirtschaftsmodell des „Linearen Systems“ vor, einer „Wegwerfwirtschaft“ innerhalb unserer Gesellschaft (EUParlament 2015). Kreislaufwirtschaft ist ein regeneratives System, das heißt ein Wirtschaftsmodell das sich durch Produktion und Verbrauch selbst „wiederherstellt“. Hier werden bestehende Materialien und Produkte solange wie möglich wiederverwendet, repariert oder aufgearbeitet und dem „Kreislauf“ der Wirtschaft hinzugefügt, wodurch sich der Lebenszyklus von Materialien verlängert und Abfall reduziert wird. So werden bestehende Materialien immer wieder produktiv weiterverwendet, um eine Wertschöpfung mit einem ökonomischen und ökologischen Mehrwert zu generieren. Die Weltbevölkerung wächst, die

Ressourcen werden knapp und wichtige Rohstoffe sind nur begrenzt verfügbar. Dies hat zur Folge, dass die Nachfrage nach Rohstoffen in der Welt steigt. Daher ist eine nachhaltige Abfallwirtschaft essenziell für eine erfolgreich funktionierende Kreislaufwirtschaft.

Die Abfallwirtschaft umfasst die Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Abfälle von ihrer Entstehung bis zur endgültigen Entsorgung zu verwalten und sind somit zuständig für die möglichst wirtschaftliche und gefahrlose Entsorgung von Produktionsrückständen, Abfällen und nicht mehr nutzbaren Gütern (Wirtschaftslexikon). Doch im Gegensatz zu früher besteht ihr Auftrag nicht mehr nur darin Abfälle zu beseitigen, sondern vielmehr ist Abfall zu einer Wirtschaft selbst geworden. Abfälle werden von privaten Unternehmen sortiert und als wertvolle Rohstoffe erkannt und so aufbereitet, dass diese verkauft und wieder effektiv genutzt werden können (BMU 2017). Somit kann eine nachhaltige Abfallwirtschaft als Ausgangspunkt für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft betrachtet werden.

Durch Abfallvermeidung, richtige Trennung und Wiederverwendung kann ein Land oder eine Stadt viel Geld sparen und so nicht nur ökologische, sondern auch ihr und dem jeweiligen Unternehmen ökonomische Vorteile bringen. Eine vernünftige kreislaufgeführte Abfallwirtschaft in den Städten kann den Druck auf die Umwelt minimieren, die Rohstoffversorgung sichern, die Wettbewerbsfähigkeit steigern und allgemein das Wachstum fördern, durch die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts und einer höheren Beschäftigung durch neue Arbeitsplätze und kann so auch zu einer höheren Lebensqualität in den Städten führen (EU Parlament 2015). Im Jahr 2019 konnten so durch die Kreislaufführung der ALBA Group 32,3 Millionen Tonnen Primärrohstoffe eingespart und von 6 Mio. Tonnen Wertstoffen mehr als 4,2 Mio. Tonnen klimaschädliche Treibhausgase vermieden werden (ALBA Group November 2020a).

„Die Welt verändert sich in rasantem Tempo. Zunehmende Ressourcenknappheit, die Belastung von Umwelt und Klima und der demografische Wandel haben tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Lebensgrundlagen. Nur eine nachhaltige Wirtschaftsweise, die neben den wirtschaftlichen Erfordernissen auch die ökologischen und gesellschaftlichen Belange berücksichtigt, hat langfristig eine Zukunft. Unser Ziel ist es, Deutschland zu einem Rohstoffland zu machen, das wertvolle Ressourcen konsequent im Kreislauf führt und bestenfalls nicht nur die heimische Industrie, sondern auch andere Nationen mit Recyclingrohstoffen versorgen kann.“ (ALBA Group November 2020a)

Was sagt die Neue Leipzig-Charta?

Die Neue Leipzig-Charta von 2020, welche die Fortschreibung der Leipzig-Charta aus dem Jahr 2007 ist, priorisiert die Bedeutsamkeit des Gemeinwohls und soll einen einheitlichen, europäischen Rahmen bieten, um eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklungspolitik voranzubringen. Da Städte und Kommunen immer häufiger vor globalen Herausforderungen stehen, wie neuen Klimazielen, Ressourcenknappheit und der Veränderung der Wirtschaftsverhältnisse, ist ein nachhaltiger Paradigmenwechsel in ihren Belangen notwendig (Leipzig Charta 2020 : 1). Städte mit einer gut ausgebauten Infrastruktur und einem gesunden Stadtklima entstehen durch eine nachhaltige Stadtentwicklung zu der eine nachhaltige, städtische Abfallentsorgung maßgeblich beitragen kann. Daher ist es unabdinglich sich mit dem Thema und ihrer Auswirkungen und Funktion zu beschäftigen um eine Stadt nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch voranbringen zu können. Die für eine nachhaltige, zukünftige Stadtentwicklung so wichtige Etablierung einer Kreislaufwirtschaft, so wie auch die voneinander so abhängige Abfallwirtschaft, spielen in der Neuen Leipzig-Charta nur eine untergeordnete, aber dennoch von ihnen erwähnenswerte Rolle, welche allerdings nicht genauer untersucht wird.

Im Abschnitt „Die grüne Stadt“ wird beispielsweise von einer klimaneutralen Energieversorgung, der Nutzung von erneuerbaren Ressourcen, und CO₂-neutralen Gebäuden gesprochen, welche zu einer Senkung der Treibhausgasemissionen beitragen (Leipzig Charta 2020: 5). Doch all dies sind auch Punkte im Hinblick auf Abfallverbrennung, Recycling und Baustellenschutz von Gebäuden, welche die Abfallwirtschaft in der Stadt betreffen und zur Dringlichkeit einer nachhaltigen Abfallwirtschaft in Form einer Kreislaufwirtschaft aufrufen, um eine Kommune nach ihren Zielen zu einer klimaneutralen Stadt zu machen. Daher betonen sie auch: *„Für einen solchen Wandel sind Investitionen in innovative und effiziente Technologien notwendig, ebenso wie eine grundlegende Änderung der Produktion und des Konsumverhaltens.“* und weiter schließen sie daraus, *„So kann eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft geschaffen werden, die nachhaltige Nutzung von Ressourcen neu definiert und sicherstellt“.* (Leipzig Charta 2020: 5-6)

Während die Neue Leipzig-Charta die Abfall- bzw. Kreislaufwirtschaft in der „produktiven Stadt“ vernachlässigt, möchte ich dies hier nicht unerwähnt lassen. Eine breit aufgestellte Wirtschaft, Arbeitsplätze und eine solide finanzielle Grundlage für eine nachhaltige Stadtentwicklung (Leipzig Charta 2020: 6) kann auch eine gut funktionierende, nachhaltige und lokale Abfallwirtschaft in einer Stadt erreichen und sie so attraktiver und zu einem innovativen und wettbewerbsfähigen Wirt-

schaftsstandortmachen, sei es durch einen eigenen kommunalen Abfallentsorger, wie ihn immer mehr Kleinstädte finanzieren wollen, oder durch ein nachhaltiges Unternehmen (Leipzig Charta 2020: 6). Voraussetzung ist es, dass die Stadtplanung die Möglichkeiten zu einer solchen Regionalität schafft. So kann auch die Abfallwirtschaft, im Sinne einer lokalen und regionalen Produktion, durch eine nachhaltige Verwertung dieser ungenutzten Rohstoffe in einer eigenen Sortieranlage, Teil einer produktiven Stadt sein. Gerade die Abfallwirtschaft setzt zunehmend auf eine dienstleistungsorientierte und CO₂-arme Ökonomie, wie man anhand meines Beispiels der ALBA Group im folgenden Kapitel erkennt und kann damit Anreize für Kleinbetriebe und emissionsarme handwerkliche Produktionen (Leipzig Charta 2020: 6), durch die Nutzung von recyceltem Material schaffen.

Die gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungspolitik steht in der Neuen Leipzig-Charta auf der Agenda. Eine Abfallentsorgung ist für eine Stadt essenziell, dennoch sollte bei der Zusammenarbeit mit einem entsprechenden Unternehmen oder dem eigenen kommunalen Entsorgungsträgern nicht nur auf die Wirtschaftlichkeit geachtet werden. Da Kommunen im Interesse der Allgemeinheit handeln, sollten sie gemeinwohlorientierte Dienstleistungen und Infrastrukturen in der Stadt zur Verfügung stellen und auch die Abfallwirtschaft ist in diesem Sinne eine Dienstleistung die von der Kommune zur Verfügung gestellt werden muss und darf dabei nicht eigennützig oder gewinnorientiert für die Stadt oder einzelne Unternehmen handeln (Leipzig Charta 2020: 8). *„Eine gute Stadtentwicklungspolitik ist in der Lage, öffentliche, wirtschaftliche und private Interessen in Einklang zu bringen.“* (Leipzig Charta 2020: 8)

Welche Funktion haben Abfallunternehmen?

Das Unternehmen ALBA Group dient mir im folgenden Text als Forschungsgegenstand um zunächst die Funktion der Abfallwirtschaft in einer Stadt nachvollziehen zu können. Dazu muss in erster Linie verstanden werden, wer die ALBA Group ist und wie das System der Abfallwirtschaft beispielhaft in solch einem Unternehmen funktioniert.

Die ALBA Group ist ein, zum Teil durch die ALBA SE, börsennotiertes Unternehmen (ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen, dessen Unternehmensanteile börsennotiert sind) der Entsorgungs- und Recyclingbranche mit Sitz in Berlin. ALBA wurde 1968 von Franz Josef Schweitzer gegründet und wird in zweiter Generation durch seine Nachfahren Dr. Axel Schweitzer und Dr. Eric Schweitzer fortgeführt. Das Unternehmen ALBA führte als erstes Recyclingunternehmen das „Berliner Modell“ ein und stellte haushaltsnah Wertstofftonnen für Glas oder Papier in den Straßen

auf, um diese getrennt zu sammeln und seit 1984 betreibt das Unternehmen zudem Kunststoffrecycling in einer eigenen Recyclinganlage (ALBA Group o.D. a). Durch die Einführung des *Dualen Systems Deutschlands* (DSD), des *Grünen Punkts*, 1990, wurde ALBA Vertragspartner dieses Systems und war nicht mehr nur in Berlin, sondern zunächst auch in Landkreisen und kreisfreien Städten als Abfallentsorger tätig. 2005 wurde schließlich aus ALBA und ihren vereinzelt Tochtergesellschaften die ALBA Group gegründet. 2009 fusionierten schließlich auch aus den beiden Marken bzw. Unternehmen ALBA Group und Interseroh (heute ALBA SE) zur gemeinsamen ALBA Group (ALBA Group o.J. a).

Heute ist die ALBA Group als Recyclingunternehmen in Deutschland und Europa sowie in Asien aktiv, mit zahlreichen Standorten in mehreren Ländern Europas, darunter Deutschland (Hauptsitz und Forschung), Polen, Italien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Österreich, Spanien, Slowenien sowie in Nicht-EU-Ländern wie China, Japan und Singapur (ALBA Group Dezember 2020: 3). Mit insgesamt ca.

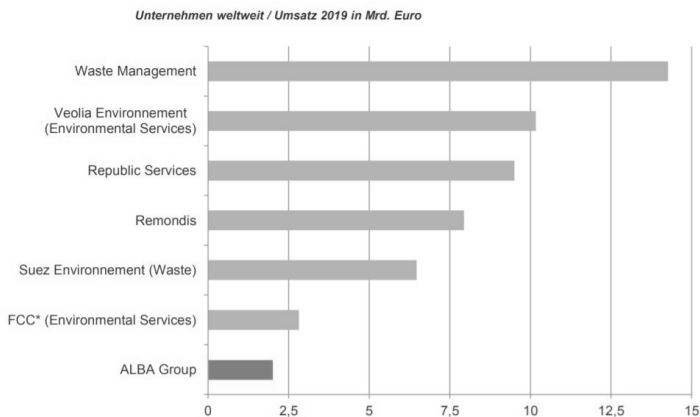


Abb. 1: Weltweites Ranking (ALBA Group Dezember 2020)

8800 Beschäftigten erwirtschaftet das Unternehmen jährlich ein Umsatzvolumen von 2 Milliarden Euro (Stand 2019) (ALBA Group Dezember 2020: 2). Durch ein geringeres Müllaufkommen, nicht zuletzt durch ein höheres Umweltbewusstsein der Menschen und neuen EU-Richtlinien zum Green Deal der Europäischen Kommission, um Europa dadurch „klimaneutral“ zu machen, ist die Tendenz des Umsatzes sinkend [vgl.: 2,45 Milliarden Euro (2014). 2,1 Milliarden Euro (2018)] (ALBA Group November 2020b), jedoch ist abzuwarten ob nicht die Pandemie und damit unser verändertes Konsumverhalten wieder eine negative Auswirkung auf den vorherigen Trend und die Ziele des Green Deals hat. Dennoch zählt die ALBA

Group zu einer der führenden Recycling- und Umweltdienstleister sowie Rohstoffversorger weltweit. Berechnet nach ihrem Umsatz in Milliarden belegen sie laut eigener Aussagen Platz zwei in Deutschland auf dem Entsorgungsmarkt und weltweit Platz sieben (Abb. 1), Spitzenreiter ist hier das US-amerikanische Unternehmen „Waste Management“ mit einem Umsatz von ca. 15 Milliarden Euro im Jahr 2019 (ALBA Group Dezember 2020: 4).

ALBA sieht sich als Umweltdienstleister, dem Umweltbelange wichtiger sind als wirtschaftlicher Umsatz was sich durch Nachhaltigkeit als Fokus der Unternehmensstrategie bzw. Unternehmensphilosophie widerspiegelt, in der sie für eine aktive Müllvermeidung, Umweltschutz und Wiederverwertung im Sinne einer Kreislaufwirtschaft stehen (ALBA Group o.J.b). Dieses Unternehmen ist daher in vielen unterschiedlichen Bereichen aktiv. Sie sind tätig in den Bereichen: Abfallvermeidung hinsichtlich Beratung und Mehrweg-Pooling-Systeme, in der Aufbereitung von Elektro-Schrott mit einem Marktanteil von 25% in Deutschland (ALBA Group November 2020a) und übernimmt Entsorgungen in Form von Abholung, Transport und Entsorgung von sämtlichen Abfällen sowie Sondermüllentsorgung und helfen bei der Planung eines Abfallmanagements. Zudem sind sie im Produkt-Recycling tätig durch Sammel- und Verwertungssysteme sowie im Sekundärrohstoffhandel und Schrotthandel, im Verpackungsmanagement wie die Lizenzierung von gebrauchten Verkaufsverpackungen und in der Verpackungsoptimierung. Auch mit einem Facility Services (Gebäudemanagement), hinsichtlich Technik, Objektbuchhaltung sowie Sanierungs- oder Instandhaltungsmaßnahmen, Hausmeisterservice und Freiflächenpflege wertet die ALBA Group auf (ALBA Group November 2020a). Kann so die Abfallentsorgung zukünftig ein Quartiersmanagement revolutionieren, neue städtebauliche Ideen durch die Nutzung von nachhaltigen Rohstoffen der Gebäude entwickeln, welche beim Abriss wiederverwendet werden können und die Lebensqualitäten in der Stadt verbessern? Ein weiterer Schritt zur Unterstützung einer nachhaltigen Stadtentwicklung kann damit auf jeden Fall gegangen werden.

Wie funktioniert das System?

Der Umsatz und Erfolg von Abfall- und Recyclingunternehmen sind abhängig von Produktion und Verbraucher*innen, kurz um vom Konsum der Gesellschaft. Im Jahr 2019 wurden insgesamt 38,0 Millionen Tonnen Abfälle von privaten Haushalten eingesammelt, das macht 457 Kilogramm Haushaltsabfälle pro Kopf im Jahr (Destatis Statistisches Bundesamt 2021). Eine positive Bilanz ist, rund 14 Prozent der in der deutschen Wirtschaft eingesetzten Rohstoffe werden aus Abfällen gewonnen (ALBA Group November 2020a). Tendenz steigend, doch ökonomisch betrachtet noch nicht genug. Doch zum Bewusstsein der Rolle der Abfallwirtschaft

in der Stadtentwicklung müssen wir erst einmal verstehen wie das funktioniert. Wie wird aus unserem Müll ein wieder nutzbarer Rohstoff an dem ein Unternehmen wie die ALBA Group von der Entsorgung bis zum Wiederverkauf profitiert und inwiefern ist die Stadt in diesen Prozess involviert?

In ihren Abfallkonzepten legen kommunale Entscheidungsträger strategische Leitlinien und konkrete Maßnahme zur Abfallentsorgung sowie ihre Weiterverarbeitung fest (Stadt Cottbus 2019: 22) und fungieren damit als formales Bindeglied zwischen kleinräumigen Stadtquartieren bis zu größeren funktional zusammenhängenden Räumen, wie die überregionale Zusammenarbeit in der Abfallentsorgung von der Stadt Cottbus mit dem Landkreis Spree-Neiße. Für die jeweiligen Unternehmen und die Bürger*innen spielt die Stadt damit eine wichtige Rolle in den Abhängigkeiten der Abfallwirtschaft und zum Netzwerk dieser funktionalen Abhängigkeiten und Partnerschaften. So arbeitet die Stadt Cottbus nicht nur mit dem Unternehmen der ALBA Cottbus GmbH und der im Umland zuständigen ALBA Lausitz GmbH zusammen, sondern auch mit weiteren Unternehmen, welche für die Weiterverarbeitung verantwortlich und mit der Stadt Verträge eingegangen sind.

Zum näheren Verständnis des Prozesses der Abfallentsorgung und ihren Abhängigkeiten werde ich dies in der Form einer Kreislaufwirtschaft weiter erläutern (Abb. 2). Da es in einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft optimalerweise kein Anfang oder Ende gibt, beginne ich mit uns Bürger*innen als Verbraucher*innen bzw. Konsument*innen, denn wir bestimmen durch unser Konsumverhalten Angebot und Nachfrage und sind so augenscheinlich im wesentlichen verantwortlich für die Produktion von Müll. Um unseren Abfall entsorgen zu können, beauftragt die Stadt hierzu ein oder mehrere Abfallunternehmen und geht mit diesen einen Vertrag ein, der diese verpflichtet die von der Stadt vertraglich angegeben Arten von Abfällen, wie zum Beispiel Haushaltsabfälle, Sperrmüll, Elektroschrott oder auch die Straßenreinigung zu übernehmen. Hierbei gibt die Stadt vor, welche Abfälle beseitigt werden müssen und auch nur die Stadt kann das Unternehmen von der Verpflichtung einzelner Abfälle oder Gebiete befreien (Stadt Cottbus 2019: 22). Im Fall Cottbus hat die Stadt das Unternehmen ALBA Cottbus GmbH zur Abfallentsorgung beauftragt. Um die entstehenden Kosten des Unternehmens zahlen zu können, erhebt die Stadt Gebühren bei ihren Bürger*innen bzw. bei den Immobilienträgern oder Gewerbe- und Gastronomieinhaber*innen (Stadt Cottbus 2019: 43-45). Diese Gebühren sind meist in den Betriebskosten der Mieter*innen enthalten und werden durch die Stadt an das Abfallunternehmen gezahlt, wobei sich Kosten und Gebühren meist aufwiegen und die Stadt keine Gewinne erzielt (Abb. 3). Das Unternehmen,



Abb. 2: Prozesses der Abfallentsorgung und ihre Abhängigkeiten (Eigene Darstellung)

Kategorie	Kategorie-/Kosten- und Gebührenart	2018	2019
Entsorgungsleistungen			
	Kosten für Einsammlung und Transport (ohne Bioabfall- und Schadstoffig.)	3.025.367 €	3.081.093 €
	Kosten für Vorbehandlung von Restabfällen	2.816.851 €	2.789.936 €
	Kosten für direkte Deponierung	228.200 €	248.843 €
	Kosten für Verwertung (alle außer für Biotonne)	1.789.975 €	2.061.072 €
	Kosten für getrennte Bioabfallsammlung/-verwertung (nur Biotonne)	0 €	0 €
	Kosten für –Wertstoff-/Recyclinghöfe (nur Betriebskosten)	0 €	0 €
	Kosten für Schadstoffsammlung und -entsorgung	379.658 €	389.512 €
	Kosten für Entsorgung herrenloser Abfälle (einschl. Autowracks)	452 €	226 €
	Kosten für Öffentlichkeitsarbeit/Abfallberatung	0 €	0 €
	Kosten für Rücklagen für Rekultivierung und Sanierung von Deponien	0 €	0 €
	Sonstige gebührenfinanzierte Kosten (Bitte erläutern!)	32.677 €	213.091 €
		8.273.181 €	8.783.773 €
ERLÄUTERUNG:			
	Personalkosten	256.036 €	284.911 €
	Sachkosten	41.105 €	61.211 €
	Kosten Querschnittsämter	117.013 €	119.240 €
	kalk. Abschreibungen und Zinsen AV	75 €	74 €
	Kosten aus Unterdeckung / Überdeckung	-381.551 €	-252.345 €
Gebühren			
	Gebühreneinnahmen aus Haushaltungen	5.894.270 €	6.350.231 €
	Gebühreneinnahmen aus Gewerbe	2.241.993 €	2.415.963 €
	Sonstige Gebühreneinnahmen	0 €	0 €
	Entgelte aus Haushaltungen	0 €	0 €
	Entgelte aus Gewerbe	0 €	0 €
	Erlöse aus Verwertung von Papier, Pappe, Kartonagen	0 €	0 €
	Erlöse aus Verwertung von Textilien	0 €	0 €
	Erlöse aus Verwertung von Metall	0 €	0 €
	Erlöse aus Verwertung von Holz	0 €	0 €
	Erlöse aus Verwertung von Kunststoffen	0 €	0 €
	Sonstige Einnahmen (Bitte erläutern!)	0 €	0 €
		8.136.263 €	8.766.194 €

Abb. 3: Kosten und Einnahmen der Stadt Cottbus (Stadtverwaltung Cottbus 2019)

in unserem Fall die ALBA Group, holt letztendlich den Müll von unseren Haushalten, Läden und Produktionen ab und transportiert diesen zu Deponien, Sammelstellen oder Sortieranlagen. Diese liegen meist außerhalb der Städte oder am Stadtrand und dürfen nur max. 50 km vom Stadtzentrum entfernt sein dies hat zur Folge, dass die ALBA Cottbus GmbH und die ALBA Lausitz GmbH im Umland zusammenarbeiten. Für Cottbus gibt es daher drei Deponien, auf denen der anfallende Abfall zunächst zwischengelagert wird, wovon zwei dieser Deponien außerhalb der Stadt liegen, in den Orten Lakoma und Lübben, sowie eine am Stadtrand im Ortsteil Sachsendorf. Zusätzlich zu den Deponieflächen, stellt die Stadt mit der ALBA Group auch an den Orten Lakoma und Sachsendorf Sortieranlagen und Wertstoffhöfe zur Verfügung, wo Bürger*innen eigenständig Abfälle, Schrott und Sperrmüll entsorgen können. Ein weiterer Wertstoffhof befindet sich zudem relativ zentral gelegen im Ortsteil Sandow, sowie auch ein außerhalb gelegenes Schadstofflager im Umland (Stadt Cottbus 2019: 32-33). Wie eingangs erwähnt ist ALBA in Cottbus lediglich für die Abholung und die Deponien als Umladestation und Sortieranlage für die darauffolgenden Unternehmen verantwortlich, da die Weiterverarbeitung durch die Stadt europaweit ausgeschrieben und verlost wird (Stadt Cottbus 2019: 27) um durch solch eine Wettbewerbspolitik Monopole zu verhindern und anderen potenziellen Anbietern den Zugang zum „Abfallmarkt“ zu erleichtern.

Restmüll, der nach der Sortierung übrig bleibt und nicht im herkömmlichen Sinne wie Verpackungs-, Plastik-, Papier und Glasmüll recycelt werden kann, geht von Cottbus aus beispielsweise zu einem Unternehmen in Großräschen, zu einer Anlage zur thermischen Verwertung von Abfällen in Verbrennungsanlagen, wodurch es allerdings zu einer hohen CO₂-Belastung der Umwelt kommt. Die durch die Verbrennung gewonnene Energie wird schließlich in das Stromnetz der Stadt zurückgeführt, oder als Energie für das eigene Unternehmen eingespeist. Ein weiterer Abnehmer des Restmülls ist ein Unternehmen aus Cottbus und Senftenberg, welches mit der LEAG zusammenarbeitet, um Alternativen zur Nutzung von Braunkohle für die Energiegewinnung zu entwickeln. Hier landet unser Restmüll in einer Abfallaufbereitungsanlage zur Herstellung von Ersatzbrennstoffen zur Sekundärrohstoffgewinnung (Stadtverwaltung Cottbus 2019: 13-14). Auch die ALBA Group forscht hier seit 2006 in Richtung Ersatzbrennstoffe und entwickelten ein eigenes Verfahren zur Herstellung von „Grüner Kohle“ aus Restabfällen (ALBA Group Dezember 2020: 22). Der Vorteil hierbei ist nicht nur auch den letzten Rest Abfall zu etwas sinnvollem zu verwerten und so CO₂-Emissionen zu minimieren, sondern vielmehr lässt sich so durch den Verkauf der Sekundärrohstoffe und der „Grünen Kohle“ ein ökonomischer Mehrwert für das Unternehmen erzielen und zur Energiesicherung der Stadt. Durch die Produktion von „Grüner Kohle“ und die

Minimierung der CO₂-Emissionen in der Produktion können zudem zusätzliche Kosten der Unternehmen, durch den Kauf von CO₂-Rechten, eingespart oder gesenkt werden. Die Einführung dieses Emissionshandels durch den Ankauf der CO₂-Rechte soll Wirtschaftsunternehmen Anreize bieten, klimafreundlicher zu produzieren und bieten diesen infolgedessen einen ökonomischen Mehrwert (Hagenau Oktober 2020).

Die restlichen Abfälle, welche vorher sortiert und wiederverwertet werden, können wie bestimmte Plastikarten, Metalle, Glas und Papier, werden an Sortieranlagen weitergeführt und transportiert bzw. weiterverkauft, wo diese zerkleinert und gewaschen werden und letztendlich zu Granulaten eingeschmolzen werden. Dieses gewonnene Granulat kann das Abfall- bzw. Recyclingunternehmen nun als Rezyklat, also als recyceltes Material für Produktionsunternehmen an diese weiterverkaufen, von denen wir Konsument*innen die Produkte kaufen. Während durch die ALBA Group nach eigenen Aussagen darauf geachtet wird, dass keine Abfälle in andere Nicht-EU-Länder verschifft werden und unser eigener produzierter Müll auch hier verwertet wird (ALBA Group o.J.c), gelangt lediglich das entstehende Rezyklat zur Wiederverwendung durch europaweite Bündelung von Tonnagen (Bruttoregistertonnen, angegebener Rauminhalt eines Schiffes) auf Schiffe zur industriellen Verarbeitung in Europa und Asien, umso niedrige Logistikkosten und hohe Vermarktungspreise für das Unternehmen erzielen zu können (ALBA Group Dezember 2020: 12). Mit den Einnahmen des Verkaufs der Granulate als Rezyklat wird nicht nur das Unternehmen selbst in ihrer Entwicklung und Vermarktung gefördert, sondern auch in die Forschung, Optimierung und Effizienzsteigerung der Verwertungsprozesse und Abfallvermeidung investiert.

Welche Auswirkungen hat die Pandemie?

Die Bedeutung einer nachhaltigen Abfallwirtschaft und ihre Systemrelevanz wird gerade in der momentanen pandemischen Lage deutlich. Um die Entwicklungstendenzen und Auswirkungen der Pandemie auf die Abfallwirtschaft und ihre Unternehmen in einer Stadt zu erläutern, waren Befragungen und der Kontakt zu den Betroffenen als Studierenerhebung nötig. Dies stellte sich jedoch bedingt durch Homeoffice und Zeitmangel der Unternehmen und der Stadt, verursacht durch die Pandemie, als Herausforderung für mich dar. So beschloss ich meine Fragen zur aktuellen Lage an den betreffenden Orten direkt, wie den Werkstoffhöfen der ALBA Group und deren Mitarbeiter*innen, zu stellen.

Die Aussagen und Beobachtungen der Mitarbeiter*innen zu den Auswirkungen ihres Berufsfeldes habe ich aufgrund ihrer Tendenzen oder Bereiche kategorisieren

können, wodurch ich auf sechs übergeordnete Themen der Auswirkungen durch die Pandemie kam. Diese sechs am präsentesten vorkommenden und für die Mitarbeiter*innen wichtigsten Themen sind zum einen der Anstieg von einigen spezifischen Abfällen sowie die Verringerung von anderen Abfällen, die Auswirkungen auf den städtischen Raum, private Auswirkungen für die Mitarbeiter*innen selbst und Auswirkungen auf das Unternehmen.

Allgemein hat die Pandemie den Arbeitsaufwand in der Abfallwirtschaft erhöht, denn durch häufige volle Mülltonnen im Stadtbild von Privathaushalten und Wohnblöcken, wo viele Menschen wohnen und viele zu Hause blieben, waren die Mitarbeiter*innen zumindest zu Beginn der Pandemie häufiger im Einsatz. Die Mitarbeiter*innen konnten schnell einen deutlichen Anstieg von Verpackungsmüll durch Onlinebestellungen vermerken, auch ist ihnen aufgefallen, dass der Anstieg von Einwegprodukten aus Hygienegründen, sowie auch der Anteil von medizinischen Abfällen durch die Krankenhäuser deutlich zunahmen. Gerade in der Anfangsphase der Pandemie und dem ersten Lockdown im März 2020, machten die Angestellt*innen einen hohen Zuwachs von Sperrmüll aus privaten Haushalten aus, welchen sie auf die Ausgangssperren und der Auseinandersetzung der Menschen mit ihrem eigenen Wohnraum zurückführten. Durch die Schließungen der Gastronomie, mussten sie zudem leider einen deutlichen Anstieg von Lebensmittelabfällen in diesem Bereich verzeichnen, da diese ungenutzt blieben, verdorben und abliefen. Im Gegensatz dazu, wurden aber auch weniger Abfälle durch Lebensmittelüberschuss in Privathaushalten registriert. Auch die Abfallquote durch Industrie- und Produktionsmüll ging zurück, da zum Teil allgemein weniger produziert wurde und auch Abfälle durch Festivals, Konzerte, Sport- und Großveranstaltungen und dem Tourismus fehlten. Gerade Großveranstaltungen und der Tourismus sind in vielen Städten ein großer Müllproduzent, dies merkt auch der Straßenraum. Daher hat sich nach der Befragung herausgestellt, dass durch die Pandemie auch die Müllbeseitigung im Stadtraum sich verändert hat. Vor allem viel dies auf, durch weniger (Alkohol-)Flaschen, weniger Silvesterüberreste sowie häufiger Einwegmasken und Einweggeschirr im Straßenraum. Zudem zeigte sich allgemein für die Mitarbeiter*innen ein höherer Arbeits- und Zeitaufwand durch die Einhaltung der Infektionsschutzgesetze innerhalb des Unternehmens. Dies waren zum Beispiel zusätzliche Arbeiten wie das regelmäßige Desinfizieren von Geräten und Fahrzeugen nach jeder Schicht, mehr Arbeit durch private Entsorgungen auf Wertstoffhöfen sowie durch die Einteilung der Schichten bedingt durch Personalmangel bei den Kraftfahrer*innen, die den Müll abholen. Die Arbeitssituation wurde komplizierter und stellte die höheren Positionen vor Herausforderungen. So hatte es einen größeren verwaltungstechnischen Aufwand

zur Folge, da zum Teil Mitarbeiter*innen aus Infektionsschutzgründen in Teilzeit oder Homeoffice geschickt wurden, oder krankheitsbedingt fehlten. Dadurch herrschte zunehmend ein Personalmangel in den Büros, wie den Bereichen Vertrieb, Innendienst, Disposition und Logistik aber auch Kraftfahrer*innen fehlten. Die Ausbreitung der Pandemie hatte zudem die vorübergehende Schließung einiger Wertstoffhöfe zur Folge, zum einen um dort Ansammlungen von Bürger*innen zu vermeiden, zum anderen, weil weniger Personal in Sortieranlagen, Wertstoffhöfen und Kraftfahrer*innen eingesetzt werden müssen. Das Beklagen des Verlustes der sozialen Kontakte und der Austausch mit den Kolleg*innen sowie das Fehlen einer Kinderbetreuung und die Angst vor dem Verlust der Arbeit, sind daher angesichts der Situation verständliche private Auswirkungen auf die Mitarbeiter*innen. Auch der damit einhergehende geringere Gewinn des Unternehmens trotz höherem Aufwand in der Sortierung, mehr Arbeit und Anstieg der Haushaltsabfälle, aber dennoch dem größeren Verlust der Großveranstaltungen und dem Produktionsabfällen, ist eine deutlich negative Auswirkung.

„Die Weltbank prognostizierte in ihrem Bericht ‘What a Waste’, dass bis 2050 voraussichtlich 70 Prozent mehr Müll produziert wird, sollten bis dahin keine Gegenmaßnahmen unternommen werden.“ (Börse Online 2020). Diese drastische Prognose zieht somit auch die möglichen Entwicklungstendenzen sowie Hoffnungen der Abfall- und Kreislaufwirtschaft, ihrer Unternehmen und der Umweltbelange in den politischen und Wirtschaftlichen Vordergrund. Durch die fortlaufende Pandemie kann diese Einschätzung zudem zunehmend verschärft werden, da diese einen erheblichen Einfluss auf die Abfall- und Kreislaufwirtschaft aufwies.

Die „Corona-Krise“ und die damit gehemmte wirtschaftliche Lage, lösten eine rückläufige Industrie- und damit Abfallproduktion aus, welche die Umsätze und Gewinne der davon abhängigen Unternehmen schrumpfen ließen und ihre Aktien günstiger machten (Börse Online 2020). Durch den Rückgang der Produktion und somit weniger Müllaufkommen in den zu recycelten Teilbereichen, wie zum Beispiel Glas und Verpackungen, sind Einbußen durch den Rückgang der Nachfrage von Rezyklaten durch Produktionsunternehmen zu befürchten. Auch durch die weltweite Krise bedingte, anfängliche Senkung der Rohölpreise sowie der Rückgang kundenspezifischer Nachfragen von Recyclingprodukten, durch die häufigere Nutzung von Rohöl für die Produktion von „neuen“ Produkten, bilden eine momentane negative Tendenz und Bilanz hinsichtlich der Abfallwirtschaftsunternehmen, ihrem Kapital und der Ressourcenschonung, sowie ihrer Kreislaufführung (Sesotec 2020). Der Wiederanstieg von vorwiegend Rest- und Haushaltsmüll in der Abfallproduktion, welcher nicht oder nur bedingt recycelbar

ist und verbrannt oder zur Energiegewinnung genutzt wird, könnte zudem zusätzlich die Verzögerung der gesetzten Einhaltung der Klimaziele herbeiführen, wodurch die Sicherung der Kreislaufwirtschaft zusammen mit dem Green Deal der EU-Kommission, vor zukünftigen Problemen stehen könnte (Vku 2020). Auch der Rückgang des Umweltbewusstseins der Bevölkerung und der privaten Trennung von Abfällen schürfen Bedenken nach dem Aussitzen und Durchhalten der Pandemie. Jedoch wachsen auch die Hoffnungen der Abfallindustrie und Wirtschaft in dieser Zeit. So werden den Recycling- und Abfallunternehmen trotz allem hohe Wachstumschancen zugesprochen, auch hinsichtlich ihrer Aktien, Investore*innen und der Stärkung der Wirtschaft (Börse Online 2020). Man erhofft sich daher, mehr Unterstützung und Förderung seitens der Politik, aber auch der Unternehmen selbst, zur Forschung von neuen Entwicklungen und Techniken von Wiedergewinnungsprozessen wie das *BluehouseLab* der ALBA Group (ALBA Group Januar 2020). Ich denke auch die Schließungen von Klima- und Umweltschutzvereinbarungen, nicht nur auf EU-Ebene, sondern auch der Unternehmen mit Städten und damit die Anerkennung der Produktions-, Abfall- und Recyclingunternehmen ihrer Verpflichtung gegenüber der Zukunft um die CO₂-Emissionen noch weiter zu senken und den eigenen Ressourcenverbrauch kontinuierlich zu verringern, werden in der Zukunft politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Relevanz haben. Somit ist die Stärkung einer produktiven Ambition von Unternehmen und Gesellschaft für die Einhaltung der Klimaziele, durch die Festlegung von neuen Richtlinien wie Verbote von Einweggeschirr bei Restaurants, neue Verpackungsrichtlinien und Verwertungsquoten durch das bereits verabschiedete Kreislaufwirtschaftspaket der EU notwendig. Die ALBA Group, wie auch andere Recyclingunternehmen fordern zudem vom Staat eine Mindestquote für den Einsatz von Rezyklaten in Produktionsprozessen (ALBA Group September 2018), wodurch natürlich nicht nur die Klima- und Umweltziele unterstützt werden würden, sondern diese auch einen ökonomischen Vorteil für die besagten Unternehmen mit sich bringen würde.

Stellungnahme von Axel Schweitzer, Vorstandsvorsitzender der ALBA Group zum Kreislaufwirtschaftspaket der EU:

„Ich begrüße das Paket, denn es bringt uns einer `Welt ohne Abfall` ein kleines Stückchen näher. Insbesondere die beschlossenen hohen Recyclingquoten, die selbst für uns Deutsche als `Recyclingweltmeister` eine Herausforderung darstellen, sind ein bedeutender Schritt in Richtung mehr Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft. Einiges hätte man sicher noch besser machen können. Beispielsweise hätte ich mir Mindesteinsatzquoten für Recyclingmaterial in Neuprodukten gewünscht oder auch,

dass das Deponierungsverbot für unbehandelte Abfälle, das in Deutschland bereits seit 2005 gilt, für Europa nicht erst im Jahr 2030 in Kraft tritt.“ (ALBA Group September 2018)

Zudem denke ich, wäre die flächendeckende Einführung der Wertstofftonne für die Zukunft von Vorteil, welche zurzeit nur in vereinzelt Regionen bzw. Städten zu finden sind, da diese die Arbeit der Trennung im Unternehmen erleichtern und effizienter machen und zudem bei der Gesellschaft aktiv dafür sorgen könnte sich mit dem Thema des Recyclings auseinander zusetzen, trotz eigenem Mehraufwand bei der Trennung. Denn nach der Pandemie erhofft man sich, an das wachsende Umweltbewusstsein zuvor anknüpfen zu können, denn gerade „[...] der Umweltschutz sichert den Entsorgern weltweit steigenden Umsatz und Gewinne.“ (Börse Online 2020). Doch auch die Mitarbeiter*innen dieser Recyclingunternehmen erhoffen sich gerade nach der Pandemie, dass sich eine höhere Wertschätzung des Berufsfelds und Anerkennung als systemrelevante Branche etabliert, sowie mehr Öffentlichkeitsarbeit und Engagement von Produktions- und Abfallunternehmen hinsichtlich der Aufklärung der Gesellschaft.

Von all diesen Aussichten und Hoffnungen würde die Abfallwirtschaft und ihre Unternehmen profitieren, denn auch wenn es eines Tages keinen Restmüll und nicht zu recycelndes Material mehr gäbe, welchen sie abholen und verbrennen müssten, ihren größten Umsatz erzielen sie damit Müll zu sortieren, zu säubern und für andere Produktionsfirmen wieder aufzubereiten, daraus Granulat herzustellen und dieses an Firmen zu verkaufen. Denn Müll nur zu verbrennen ist nicht nur umweltschädlich, sondern bringt dem Unternehmen auch kaum Geld ein (Börse Online 2020).

Fazit

Was können wir nun daraus für unsere zukünftige, nachhaltige Stadtentwicklung lernen? Die Abfallwirtschaft ist ein Milliardengeschäft mit unserem Müll. Sie ist eine wirtschaftliche und politische Auseinandersetzung innerhalb unserer Städte und darüber hinaus. Sie hat auf viele Teilbereiche der Stadt Einfluss, sei es die Grüne Stadt als Impulsgeber für Nachhaltigkeit und Klima, als Teil einer produktiven Stadt durch lokale und regionale Produktionen, durch die in der Stadt kreislaufgeführten Verwertung und Nutzung der Rohstoffe, zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschaftsstandort, als System für eine neue Art des ökologischen Bauens und Quartiersmanagements oder zur alltäglichen gesellschaftlichen Auseinandersetzung. All dies kann nachhaltige, positive Auswirkungen für die Stadt haben wie die Nutzung von wiederverwertetem Bauschutt alter Gebäude oder direkt die Nutzung von recycelbaren Materialien wie Holz in der Bebauung.

Die häufigere Verwendung von Rezyklaten durch die Produktionsunternehmen können auch in einer Stadt mehr nachhaltige Recycling- und Second Hand Läden, oder Tausch- und Gebrauchtwarenbörsen generieren. Solche Läden gibt es zwar schon vereinzelt in Cottbus, jedoch werden diese leider meist nicht durch die Städte, Länder oder den Bund gefördert (Stadtverwaltung Cottbus 2019: 5), trotzdem sie eine lokale und nachhaltige Kreislaufwirtschaft stärken können. Ebenso verhält es sich mit gemeinnützigen Vereinen, wie Fab Labs oder Repair Cafés welche sich oftmals durch ihre Konzepte der Ressourcenschonung widmen. Durch mehr Investitionen und Forschung im Bereich der Abfallwirtschaft und ihrer Wiederverwertungstechniken, kann zudem die Wettbewerbsfähigkeit einer Stadt gestärkt werden und die mögliche zukünftige Abschaffung unattraktiver und flächenbeanspruchender Verbrennungsanlagen im Stadtbild bewirken. Jedoch nicht nur die städtischen Verbrennungsanlagen sind hier ausschlaggebend, auch die Schonung von Flächenressourcen durch weniger benötigte Deponien wären ein positives Resultat. Denn solche Deponien sind nach ihrer Schließung jahrzehntelang nicht mehr nutzbar, da diese erst renaturiert werden müssen (Stadt Cottbus 2019: 30), stattdessen sind mehr Sortieranlagen und eigene Wiederverwertungsanlagen der Städte in betrieb. Durch die Unterstützung der Städte, ihren ansässigen Unternehmen in ihrer Abfall- und Kreislaufwirtschaft, wird zudem ein stärkeres Umweltbewusstsein der Verbraucher*innen aber auch der Unternehmen und ein geringeres Müllvorkommen in der Stadt generiert. So kann durch eine zielgerichtete, abfallbezogene Quartiersentwicklungspolitik das Engagement in den Städten und damit ein gesellschaftlicher Zusammenhalt gefördert werden. Dies kann letztendlich nicht nur ökonomische Vorteile für die Kreislaufwirtschaft mit sich bringen, sondern auch bessere Luft- und Klimaverhältnisse, ein sauberes Stadtbild sowie eine höhere Lebensqualität der Stadt zufolge haben.

„[...] Wirtschaft und Politik müssen hier Hand in Hand arbeiten. Vermeidung und Wiederverwendung sollten an erster Stelle stehen. Wir brauchen ein konsequentes Umlenken in Richtung echter Kreislaufführung. Die ganzheitliche Verwertung von Abfällen, der Verzicht auf Müllverbrennungsanlagen und die Rückgewinnung von Ressourcen durch Recycling – das ist die richtige Richtung. Vor wenigen Wochen hat die EU-Kommission ein wichtiges Signal gesetzt: Bis 2030 soll es in Europa nur noch wiederverwertbare Kunststoffe geben. Aus meiner Sicht ist das ein wichtiger Schritt.“ (ALBA Group Mai 2018)

Axel Schweitzer, Vorstandsvorsitzender der ALBA Group

Doch die Umsetzung erfordert nach der Neuen Leipzig-Charta eine klare politische Führung, ein zuverlässiges Verwaltungshandeln, sowie ausreichende Ressourcen, nach denen Städte auf umfassende Unterstützung auf allen Regierungsebenen und aller Schlüsselakteur*innen sowie eine stärkere Zusammenarbeit zwischen und auf allen räumlichen Ebenen angewiesen sind (Leipzig Charta 2020: 1f). Die Stadtplanung, sowie auch die Politik sind dafür verantwortlich, Städte bei ihrer nachhaltigen Stadtentwicklung zu unterstützen und hierfür die Voraussetzungen zum Handeln zu schaffen. Zur Entwicklung nachhaltiger, robuster Strukturen in einer Stadt ist es daher nötig die Abfallwirtschaft dementsprechend unterstützend anpassen zu können und ihre Stadtsysteme flexibler und im Hinblick auf ihre Wirtschaft und ihre Ressourcen, sowie Umwelt widerstandsfähiger machen zu können (Leipzig Charta 2020: 3).

Daher lautet meine Botschaft: Eine moderne, städtische und nachhaltige Abfallwirtschaft muss als Ausgangspunkt für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft in der Stadtentwicklung thematisiert und mehr betrachtet werden, denn sie ist stadtkonomisch relevant und bildet das Bindeglied zwischen Konsum, Wirtschaft und Umweltbelange in der Stadt und der Gesellschaft.

Literaturverzeichnis:

ALBA Group (Mai 2018) *Nachgefragt - Sagen Sie mal, Herr Schweitzer, ...* . <https://inside.albagroup.de/sagen-sie-mal-herr-schweitzer-05-2018/> [Zugriff am: 20.02.2021].

ALBA Group (Oktober 2018) *Nachgefragt - Sagen Sie mal, Herr Schweitzer, ...* . <https://inside.albagroup.de/sagen-sie-mal-herr-schweitzer-10-2018/> [Zugriff am: 20.02.2021].

ALBA Group (September 2018) *Nachgefragt - Sagen Sie mal, Herr Schweitzer, ...* . <https://inside.albagroup.de/sagen-sie-mal-herr-schweitzer-09-2018/> [Zugriff am: 20.02.2021].

ALBA Group (2020) *Unternehmenspräsentation der ALBA Group*. <https://www.alba.info/newsroom/service-fuer-journalisten/pressemappen/detail/basis-pressemappe-der-alba-group/> [Zugriff am: 08.02.2021].

ALBA Group (2020) *Nachgefragt - Sagen Sie mal, Herr Schweitzer, ...* . <https://inside.albagroup.de/sagen-sie-mal-herr-schweitzer-01-2020/> [Zugriff am: 20.02.2021].

ALBA Group (2020a) *Onlineflyer*. <https://www.alba.info/newsroom/service-fuer-journalisten/pressemappen/detail/basis-pressemappe-der-alba-group/> [Zugriff am: 08.02.2021].

ALBA Group (2020b) *Daten und Fakten (Facts & Figures)*. <https://www.alba.info/newsroom/service-fuer-journalisten/pressemappen/detail/basis-pressemappe-der-alba-group/> [Zugriff am: 08.02.2021].

ALBA Group (o. J.a) *50 Jahre Recycling mit ALBA*. <https://www.alba.info/unternehmen/ueber-uns/50-jahre-alba/> [Zugriff am: 09.02.2021].

ALBA Group (o. J.b) *Was uns antreibt*. <https://www.alba.info/unternehmen/ueber-uns/vision/> [Zugriff am: 09.02.2021].

ALBA Group (o. J.) *Importstopp – was nun?*. <https://inside.albagroup.de/importstopp-was-nun/> [Zugriff am: 12.03.2021].

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hg.) (2020) *NEUE LEIPZIG CHARTA. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl*. Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) (2017) *Abfallwirtschaft – Worum geht es?*. <https://www.bmu.de/themen/wasser-abfall-boden/abfallwirtschaft/abfallwirtschaft-worum-geht-es/> [Zugriff am: 08.02.2021].

Börse Online (2020) *Branchenreport - Entsorger: Beste Wachstumschancen trotz Corona-Pandemie - das ist jetzt wichtig*. <https://www.boerse-online.de/nachrichten/aktien/entsorger-beste-wachstumschancen-trotz-corona-pandemie-das-ist-jetzt-wichtig-1029704644> [Zugriff am: 05.03.2021].

Destatis Statistisches Bundesamt (2021) *457 Kilogramm Haushaltsabfälle pro Kopf im Jahr 2019: 2 Kilo-gramm mehr als 2018*. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/12/PD20_511_321.html#:~:text=WIESBADEN%20%E2%80%93%20Im%20Jahr%202019%20wurden,%2C8%20%25%20mehr%20als%202018. [Zugriff am: 12.03.2021].

EU Parlament (2015) *Kreislaufwirtschaft: Definition und Vorteile*. <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/economy/20151201STO05603/kreislaufwirtschaft-definition-und-vorteile> [Zugriff am: 08.02.2021].

Hagenau, Melanie (2020) *Emissionshandel: So funktioniert der Handel mit den CO₂-Zertifikaten*. <https://utopia.de/ratgeber/emissionshandel-so-funktioniert-der-handel-mit-den-co2-zertifikaten/> [Zugriff am: 12.03.2021].

Sensoneo (2019) *Die größten Müllproduzenten: Welt-Abfall-Index 2019*. <https://sensoneo.com/de/sensoneo-welt-abfall-index-2019/> [Zugriff am: 08.02.2021].

Sesotec (2020) *Die Kreislaufwirtschaft nicht vergessen*. <https://www.sesotec.com/emea/de/resources/blog/trotz-corona-die-kreislaufwirtschaft-nicht-vergessen> [Zugriff am: 08.02.2021].

Stadt Cottbus (2019) *3. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes der Stadt Cottbus/Chóšebuz 2019 – 2023*. <https://www.cottbus.de/.files/storage/file/05144829-34ae-470c-bd22-e3450e8d5066/Abfallwirtschaftskonzept.pdf> [Zugriff am: 15.02.2021].

Stadtverwaltung Cottbus (2019) *KOMMABIL - Kommunale Abfallbilanz 2019 der Stadt Cottbus/Chóšebuz*. <https://www.cottbus.de/.files/storage/file/ce75c950-2460-4826-beaa-f68b8c8bb14c/KOMMABIL.pdf> [Zugriff am: 15.02.2021].

VkU Verband kommunaler Unternehmen e.V. (2020) *Kreislaufwirtschaft in und nach der Coronakrise*. <https://www.vku.de/themen/europa/kreislaufwirtschaft-in-und-nach-der-coronakrise/> [Zugriff am: 10.02.2021].

Wirtschaftslexikon (o. J.) *Definition: Was ist „Abfallwirtschaft“?* <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/abfallwirtschaft-29079> [Zugriff am: 08.02.2021].

Der öffentliche Raum aus sozialer und räumlicher Konstruktion

Josephine Kühnel

Der öffentliche Raum erfährt in der Corona-Pandemie einen starken sozial-räumlichen Wandel. So stellt sich die Frage „Wie verändert sich die sozial-räumliche Funktion des öffentlichen Raums in der pandemischen Stadt?“. Anhand der Leipzig-Charta-Fassungen aus den Jahren 2007 und 2020, dem öffentlichen Diskurs und subjektiven Wahrnehmungen aus meinem Alltag werden zum einen die Funktionen, die dem öffentlichen Raum in der Neuen Leipzig-Charta zugeschrieben werden, analysiert und zum anderen die soziale und räumliche Momentaufnahme des öffentlichen Raums während der Pandemie aufgezeigt, um daraus eine post-pandemische Zukunftsprognose abzuleiten. Somit kann eine erweiternde Verbindung des öffentlichen Raums zu anderen Thematiken aufgezeigt und zu einer Weiterentwicklung in zukünftigen Dokumenten beigetragen werden.

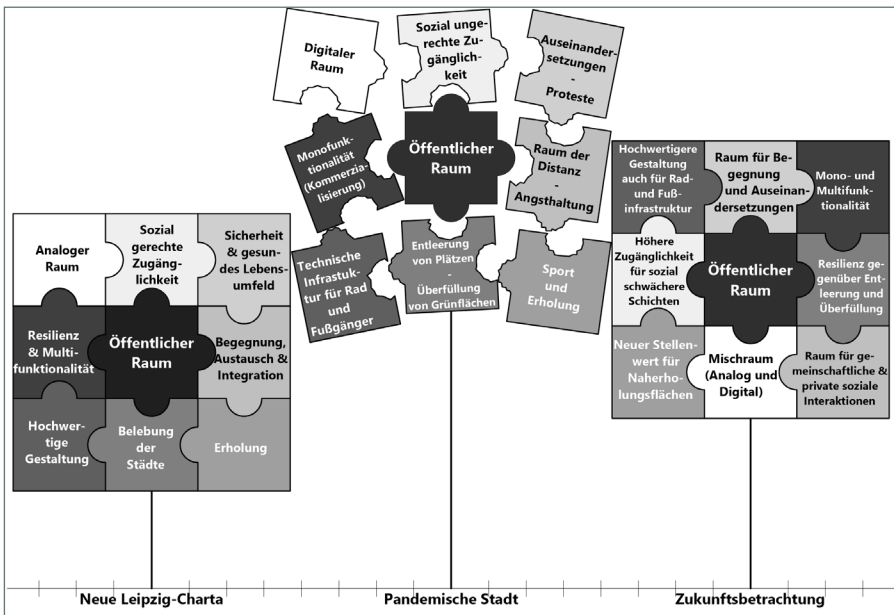


Abb. 1: Entwicklung des öffentlichen Raumes (Eigene Darstellung)

Pandemie – (Neue) Leipzig-Charta – Öffentlicher Raum

Die Pandemie und die (Neue) Leipzig-Charta

Mit der 2020 beginnenden Corona-Pandemie wurde in der überarbeiteten Fassung der Neuen Leipzig-Charta aus dem Jahr 2020 die Pandemie als neue globale Herausforderung aufgenommen (BMI 2020). Diese Herausforderung betrifft überwiegend jeden Handlungsschwerpunkt, weswegen diese bis zum 30. November 2020 überarbeitet und fortgeschrieben wurde, um das Gemeinwohl in europäischen Städten für die Zukunft sicherzustellen.

Die (Neue) Leipzig-Charta und der öffentliche Raum

In der älteren Fassung der Leipzig-Charta aus dem Jahr 2007 fand der öffentliche Raum Einzug unter den Punkten „I. die Ansätze einer integrierten Stadtentwicklungspolitik stärker zu nutzen“ (BMUB 2007: 2), „Herstellung und Sicherung qualitätvoller öffentlicher Räume“ (BMUB 2007: 3), „Modernisierung der Infrastrukturnetze und Steigerung der Energieeffizienz“ (BMUB 2007: 4), „II. besondere Aufmerksamkeit den benachteiligten Stadtquartieren im gesamtstädtischen Kontext zu widmen“ (BMUB 2007: 5) und „Städtebauliche Aufwertungsstrategien verstetigen“ (BMUB 2007: 6).

13 Jahre später wurde er unter den Themenfeldern „Die Transformative Kraft der europäischen Städte“ (BMI 2020: 2), „Drei Räumliche Ebenen der europäischen Stadt“ (BMI 2020: 3), „Die Grüne Stadt“ (BMI 2020: 5), Die Produktive Stadt“ (BMI 2020: 6), „Beteiligung und Koproduktion“ (BMI 2020: 8), „Stärkung einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklungspolitik“ (BMI 2020: 10) und „Eine aktive und strategische Bodenpolitik sowie Flächennutzungsplanung“ (BMI 2020: 11) thematisiert. Inwieweit sich auch seine sozialen und räumlichen Ansprüche gewandelt haben, wird in den Kapiteln „Die soziale Konstruktion“ und „Die räumliche Konstruktion“ beschrieben und verglichen.

Der öffentliche Raum und die Pandemie

Das Jahr 2020 bedeutete für viele nicht nur eine starke Veränderung in ihrem Leben oder eine drastische Umstellung ihres Alltags, sondern auch einen strukturellen Wandel vieler Lebensräume. Während öffentliche Einrichtungen, wie Schulen, Museen oder Konzerthallen, aber auch Einzelhandels- und Dienstleistungsflächen schließen mussten, blieb nur noch der öffentliche Raum mit „Öffentlich zugänglichen Innenräumen, öffentlich zugängliche[n] (Frei-) Räume[n] von Gebäuden, Parks, Gartenanlagen, Spiel- und Sportflächen, Straßenräumen, öffentlich zugängliche[n] Freiräume[n], [sowie] Plätze[n]“ (Bundesstiftung Baukultur (BSBK) 2020: 32f.) übrig, die es den Bewohner*innen möglich macht, weiterhin, wenn auch eingeschränkt,

am öffentlichen Leben teilzuhaben.

Nun stellt sich die Frage, ob diese Nutzungsbeschränkungen der öffentlichen Räume einen Einfluss auf die soziale und auch räumliche Funktion in der Stadt haben. Wie verändert sich die sozial-räumliche Funktion des öffentlichen Raums in der pandemischen Stadt? Dieser Frage wird nachfolgend anhand sozialer und räumlicher Faktoren nachgegangen. Dabei wird fortlaufend der Vergleich zwischen der Funktion in der Neuen Leipzig-Charta und während der Corona-Pandemie gezogen, um anschließend eine Zukunftsprognose aufstellen zu können.

Methodik

Um zu einem Untersuchungsergebnis für die aufgestellte Frage in diesem Artikel zu kommen, werden Informationen aus drei unterschiedlichen Quellenarten herangezogen. Zuerst werden die Informationen aus den Leipzig-Charta-Fassungen verglichen, um einen ersten Eindruck zu erhalten, wie sich die sozial-räumlichen Ansprüche zwischen 2007 und 2020 verändert haben. Die geforderten Nutzungsansprüche aus der Neuen Leipzig-Charta werden durch die zweite Informationsquelle, der Literatur- und Medienanalyse, ergänzt. Die dritte Informationsquelle umfasst meine subjektiven Alltagswahrnehmungen, die herangezogen werden, um mögliche Gemeinsamkeiten oder Unterschiede festzustellen, aber auch mögliche thematische Lücken in der Neuen Leipzig-Charta zu erkennen.

Die soziale Konstruktion

Die soziale Funktion des öffentlichen Raums in der Leipzig-Charta 2007 und der Neuen Leipzig-Charta 2020

In der Leipzig-Charta aus dem Jahr 2007 wird dem öffentlichen Raum die soziale Funktion mit „[...] konkreten Lebensbedingungen der Stadtbewohner [...]“ (BMUB 2007: 3) zugeschrieben. Da „Städte [...] große Unterschiede innerhalb ihrer Gebietsgrenzen auf[weisen], [...] auch im Hinblick auf Umweltqualitäten“ (BMUB 2007: 5), werden gleichzeitig auch sozial-räumliche Disparitäten des öffentlichen Raums thematisiert. In der letzten Erwähnung des städtischen Raums wird er als unabdingbarer Bestandteil von europäischen Städten erwähnt, der eine tragende Funktion erfüllt. Diese gering betrachtete soziale Perspektive erhielt in der Neuen Leipzig-Charta 2020 eine detailliertere Betrachtung und Fortschreibung. Seine tragende Rolle wird ihm weiterhin zugesprochen, obwohl dem öffentlichen Raum in der europäischen Stadt weitaus differenziertere soziale Ansprüche zugeteilt werden als noch vor 13 Jahren. So wird nun gefordert, dass alle Bewohner*innen einer Stadt ein Angebot an einem

gesunden Lebensumfeld erhalten, die Erholung mehr im Fokus stehen soll, aber auch öffentliche Räume für alle Bewohner*innen zugänglich und sicher sein sollen. Des Weiteren appelliert sie, dass Räume in der Stadt essentiell wichtig für die Begegnung, den Austausch und die Integration sind und auch öffentliche Beteiligungsprozesse unterstützend eingesetzt werden sollen, um lebendige öffentliche Räume zu schaffen. Um diese auch langfristig zu erhalten und eine konstante Qualität gewährleisten zu können, wird zusätzlich das Management von diesen Flächen gefordert (BMI 2020).

Soziale Funktion (LC 2007)	Soziale Funktion (NLC 2020)
• Tragende Funktion für Lebensbedingungen • Unterschiede in den sozialen Schichten spiegeln sich in den öffentlichen Räumen wider	• Für alle Stadtbewohner*innen zugänglich • Sichere Räume • Begegnung, Austausch und Integration • Bieten den Stadtbewohner*innen ein gesundes Lebensumfeld • Integrierung von öffentlichen Beteiligungsprozessen bei der Planung für öffentliche Räume → Menschen gestalten „selbst“ ihre Umgebung • Management von öffentlichen Räumen, um die Qualität zu erhalten

Tab. 1: Vergleich soziale Funktionen in den Leipzig-Chartas (Eigene Darstellung)

Die soziale Funktion in der pandemischen Stadt

Die in der Neuen Leipzig-Charta benannten sozialen Funktionen werden momentan auch im öffentlichen Diskurs der pandemischen Stadt thematisiert und diskutiert. Daraus bilden sich nun vier Oberthemen, die in einem starken Kontrast, zu den in der Neuen Leipzig-Charta geforderten Funktionen, stehen.

Sozial ungerechte Zugänglichkeit

Hingegen der Forderungen der Neuen Leipzig-Charta ist in der pandemischen Stadt keine überwiegende soziale gerechte Zugänglichkeit gewährleistet. Zum einen wird ersichtlich, dass viele sozial schwache Viertel wenige bis keine qualitativen Freiflächen in Wohnnähe aufweisen und das Erreichen von diesen mit einem langen Anfahrtsweg verbunden ist. Ergänzend hierzu werden Pilot-Projekte erwähnt, die sich durch die temporäre Schließung von Straßen für Autos auszeichnen, um sie in den Nachmittags- und Abendstunden als Spielstraße für die ansässigen Kinder nutzbar zu machen (Auswärtiges Amt 2020). In diesem Zusammenhang ist auch noch kurz zu nennen, dass viele Kinder aus einkommensschwachen und sozial instabilen Familien keine Möglichkeit haben am Online-Home-

Schoolingteilzunehmen, welches ihnen die Zugänglichkeit zu Bildungseinrichtungen erschwert.

Auseinandersetzungen und Proteste

Im Gegensatz zu den Forderungen der Neuen Leipzig-Charta, dass der öffentliche Raum für die Begegnung und den Austausch essentiell und dabei die Sicherheit gewährleistet ist, entwickelt sich in der pandemischen Stadt eine andere soziale Funktion. Die Baukultur Bundesstiftung spricht hier von einer Entzivilisierung der Kommunikation und einem Verfall vom zivilen Umgang, die aus dem öffentlichen Raum einen Konfliktraum erzeugen, der von Auseinandersetzungen geprägt ist (Baukultur Bundesstiftung 2020). Diese Entwicklung zeigt sich auch in dem Nutzungsanstieg an Demonstrationen und Protesten im öffentlichen Raum. Zweifelsohne gab es auch schon vor der pandemischen Stadt die Nutzung des öffentlichen Raums für Demonstrationen und Protesten. Durch den Wegfall oder das Verbot anderer öffentlicher Nutzungen tritt diese Nutzung nun verstärkt in den Fokus. Kurz zu erwähnen wären hierbei, zum Beispiel die auf rassistische Polizeigewalt beruhende Black Lives Matter Bewegung, die andauernden Klimastreiks, aber auch die 2020 aufkommenden Anti-Corona-Demos (Auswärtiges Amt 2020).

Raum der Distanz und Angsthaltung

Wie bereits erwähnt, entwickelt sich in der pandemischen Stadt aus dem öffentlichen Raum für Kommunikation, einem Ort des Treffens und Austausches, ein Distanzraum, der von Abstand zwischen den Menschen und einer eingeschränkten Kommunikation durch das Tragen einer Maske dominiert wird. Der öffentliche Raum bringt somit die Menschen nicht mehr zusammen, sondern verstärkt die soziale Trennung, die durch die Angsthaltung gegenüber einer möglichen Ansteckungsgefahr, noch mehr intensiviert wird (Allert; Vogelsang 2020). Bekräftigt wird diese Funktion unter anderem, dass Treffen und Versammlungen auf öffentlichen Plätzen verboten wurden (Tagesschau 2020). Dadurch verlieren die öffentlichen Räume die soziale Funktion der Teilhabe, des Austausches und einer Diskussion für die Stadtbewohner*innen.

Sport und Erholung

Dem gegenüber steht der ansteigende Anspruch an Erholungs- und Sportflächen im öffentlichen Raum. Als Ausgleich zum Home-Office-Alltag am Schreibtisch dient der öffentliche Raum in der pandemischen Stadt als Erholungs- und Bewegungsausgleich. Auch hier ist besonders in den Lockdown-Zeiträumen deutlich geworden, dass es nicht ausreichend Erholungsflächen für Sport und Freizeit gibt, diese ebenfalls nicht für die erhöhten Anforderungen ausgestattet sind und ebenso

wenig die Zugänglichkeit für sozial schwächere Quartiere gewährleistet ist. So zeigt sich nun in der pandemischen Stadt, dass sich die sozialen Unterschiede in einer Stadt in den öffentlichen Räumen widerspiegeln und in Zukunft viel konsequenter, auch im Hinblick auf das Gemeinwohl, angegangen werden müssen (IG-Architektur 2020).

Persönliche soziale Funktion - Soziale Aneignung des Raums

Ich konnte weiterhin am urbanen öffentlichen Leben teilhaben, da ich mich nach wie vor im öffentlichen Raum frei und unabhängig aufhalten konnte. Allerdings betraf mich ebenfalls die Kommunikationseinschränkung. Vorlesungen, Seminare und Konsultationen für die Universität fanden und finden immer noch in digitalen Kommunikationsräumen statt. Aber auch private Treffen mit Freund*innen und Kommiliton*innen sind zum einen weniger geworden und finden ebenfalls nur noch über den digitalen Weg statt. Somit schreibe ich dem analogen öffentlichen Raum in der pandemischen Stadt, neben der Teilhabe am öffentlichen Leben, für mich persönlich keine eindeutige soziale Funktion zu.

Dennoch habe ich über den Wahrnehmungszeitraum gemerkt, dass ich mein privates Wohnumfeld in Funktionsräume unterteilt habe, die ich ansonsten den einzelnen öffentlichen Räumen zugeschrieben habe. Außerdem ist der öffentliche Raum für mich in der pandemischen Stadt nicht mehr der Raum gewesen, durch den ich mich bewege, wenn ich zum Supermarkt oder einem anderen Einkaufsladen gehe, sondern halte mich ganz bewusst in ihm auf, zum Beispiel in Form eines Spazierganges in der Natur.

Außerdem nehme ich mein soziales Nachbarschaftsumfeld viel deutlicher und intensiver wahr und habe auch über den Wahrnehmungszeitraum einen deutlichen Anstieg meines Zugehörigkeitsgefühls zu meinem Wohnumfeld erlebt, da ich mich die meiste Zeit meines Tages zu Hause aufhalte.

Die räumliche Konstruktion

Die räumliche Funktion des öffentlichen Raums in der Leipzig-Charta 2007 und der Neuen Leipzig-Charta 2020

In der Leipzig-Charta-Fassung aus dem Jahr 2007 wird eine Verbindung zwischen dem Thema der technischen Infrastruktur und dem städtischen Raum durch die Forderung ersichtlich, dass der „Stadtverkehr [...] in Einklang mit [...] öffentlichen Räumen stehen [muss]“ (BMUB 2007: 4). Außerdem kommt ihm eine Bedeutung „[...] für Unternehmen [...] [.] qualifizierte und kreative Arbeitskräfte und für den Tourismus“ (BMUB 2007: 3) sowie eine nutzerorientierte Attraktivität (BMUB 2007) zu. Zusätzlich sind die Funktionsfähigkeit und eine anspruchsvolle Gestaltung

(BMUB 2007) räumliche Funktionen, die dem öffentlichen Raum zugeschrieben wurden. In der Neuen Leipzig-Charta 2020 werden diese Ansprüche durch die Themen der Zugänglichkeit, Sicherheit und Multifunktionalität ergänzt. Außerdem kommen nun die Funktionen der Einbettung und Vernetzung im städtischen Kontext, der Erweiterung auf Grünflächen und Gewässer, die tragende Rolle beim Klima- und Artenschutz und der Resilienz hinzu. So fordert die Neue Leipzig-Charta, dass „[g]ut gestaltete und unterhaltene sowie gut vernetzte grüne und blaue Infrastrukturen [...] die Grundlage für ein gesundes Lebensumfeld [bilden]“ (BMI 2020: 6) und somit „[...] die Anpassungsfähigkeit von Städten an den Klimawandel [erhöhen]“ (BMI 2020: 6).

Räumliche Funktion (LC 2007)	Räumliche Funktion (NLC 2020)
• Müssen räumlichen Anforderungen von Ökonomie und Tourismus gerecht werden • Sollen für verschiedene Nutzungsansprüche attraktiv sein • Sollen funktionsfähig sein und eine anspruchsvolle Gestaltung haben • Stehen in Wechselwirkung mit der technischen Infrastruktur • Muss räumlich mit der Wirtschaft, dem Städtebau und der technischen Infrastruktur im Einklang sein	• Beleben die Stadt • Sollen qualitativ hochwertig gestaltet sein • Integrierung von Grün- und Wasserflächen zu den öffentlichen Räumen • Gute öffentliche Räume erhöhen die Resilienz von Städten ➔ Klimawandel und Pandemien • Sollen multifunktional sein • Erholung

Tab. 2: Vergleich räumlicher Funktionen in den Leipzig-Chartas (*Eigene Darstellung*)

Die räumliche Funktion in der pandemischen Stadt

Wie bereits bei den sozialen Funktionen werden auch die räumlichen Funktionen des öffentlichen Raums in der pandemischen Stadt stark diskutiert. Hier wurden ebenfalls die vier prägnantesten Funktionen ausgewählt, um diese genauer mit den in der Neuen Leipzig-Charta geforderten räumlichen Anforderungen zu vergleichen.

Digitaler Raum

Der öffentliche Kommunikationsraum verschiebt sich in der pandemischen Stadt nun in den digitalen Raum. Dies führt zu einem dazu, dass sich die sozialen Funktionen nicht mehr auf viele verschiedene unterteilen, sondern der öffentliche Raum sozial monofunktionalistisch wird und er sich somit in einzelne soziale

Räume separiert. Jedem einzelnen ist dann eine eigenständige soziale Funktion zugeschrieben (Auswärtiges Amt 2020). Zum anderen wurde bereits im Kapitel „Die soziale Konstruktion“ beschrieben, welche anderen sozialen Auswirkungen die Verschiebung des analogen Raums in den Digitalen mit sich zieht. Allerdings betrifft es nicht nur die sozialen Aspekte. Aufgrund der Schließungen von öffentlichen Einrichtungen wurden viele Veranstaltungen abgesagt oder auf unbestimmte Zeit verschoben. Alternativen bietet hier ebenfalls der digitale Raum, indem während der Corona-Pandemie zunehmend Veranstaltungen, wie Konzerte, aber auch kulturelle und sportliche Aktivitäten weitestgehend dort angeboten werden. Eine wahrzunehmende Verschiebung von analog zu digital hat somit in der pandemischen Stadt bereits stattgefunden. In diesem Zusammenhang wird gegenwärtig viel über Aufwertungsmaßnahmen von digitalen Medien und dem digitalen Raum allgemein diskutiert und findet einen neuen Stellenwert in der Planung von öffentlichen Räumen (Evangelische Akademie im Rheinland; Goethe Universität Frankfurt 2020).

Entleerung von Plätzen und Überfüllung von Grünflächen

Durch die Verschiebung von Aktivitäten vom analogen Raum in den Digitalen und das teilweise verordnete Versammlungsverbot auf Plätzen, entstehen zwei Extrema in der pandemischen Stadt. Zum einen die Entleerung von städtischen Plätzen und zum anderen die gleichzeitige Überfüllung von Grünflächen. Das wird auch dadurch deutlich, dass die vorhandenen öffentlichen Räume, vor allem Parks und Grünanlagen nach den Schließungen von öffentlichen Einrichtungen eine erhöhte Nachfrage seitens der Stadtbewohner*innen erleben und eine erhöhte Nutzung zu verzeichnen ist (Tagesschau 2020). Dabei wird auch ersichtlich, dass eine bisher nicht wahrgenommene Knappheit an öffentlichen Grünflächen in Wohnnähe deutlich wird (Auswärtiges Amt 2020).

Technische Infrastruktur für Rad- und Fußgänger*innen

In der pandemischen Stadt wird stark diskutiert, dass die bisherige technische Infrastruktur ungleich, zugunsten des motorisierten Individualverkehrs, verteilt ist. Dies wird stark verdeutlicht, da sich die Fahrten mit dem Auto minimiert haben und sich die Fortbewegung auf das Fahrradfahren oder Zu Fußgehen verlagert hat, weil die zurückzulegenden Strecken kürzer geworden sind. Somit wird offensichtlich, wie viel Fläche vom öffentlichen Raum dem motorisierten Individualverkehr zugeschrieben wurde. Es bietet die Grundlage für einen weiteren Schritt in der Mobilitätswende. Denn nun werden in immer mehr Städten Fahrstreifen in sogenannte Pop-Up-Radwege umgenutzt, die den Fahrradfahrer*innen eine völlig neue Daseinsberechtigung ermöglichen. Aber auch Parkplätze werden zum Beispiel für Gruppen-Gebete genutzt oder vereinzelte Straßenabschnitte erhalten

in bestimmten Zeiträumen die Funktion einer Spielstraße, um eine Alternative zu den geschlossenen Spielplätzen zu bieten, wie es bereits im Kapitel „Die soziale Konstruktion“ erwähnt wurde (Auswärtiges Amt 2020). Somit ist in der pandemischen Stadt hinsichtlich der Mobilitätswende ein beginnender Wandel vom Autoverkehr zum Fußgänger- und Radfahrerverkehr zu erkennen.

Monofunktionalität und Kommerzialisierung

Entgegen der in der Neuen Leipzig-Charta geforderten Multifunktionalität der öffentlichen Räume, eröffnet sich in der pandemischen Stadt eine räumliche Funktion der Monofunktionalität, die sich aufgrund der zuvor weit verbreiteten Kommerzialisierung heraus entwickelt. Der Grund hierfür ist unter anderem eine starke Etablierung von Konsumzonen für den privaten Zweck (IG-Architektur 2020). Durch die Monostrukturen wird nun während der Lockdown-Zeit ersichtlich, was für schwerwiegende Folgen dies für den öffentlichen Raum hat. Die Konsumflächen mussten schließen und die damit stark belebende Funktion für den öffentlichen Raum fiel weg. Damit ergeben sich dennoch neue Perspektiven. Diese Konsumzonen werden in der pandemischen Stadt nun konsumfrei genutzt. Außerdem werden in den zukünftigen Planungen schon ergänzende Nachnutzungen für diese Konsumeinrichtungen diskutiert, um die Erdgeschosszonen, die in unmittelbarer Wechselwirkung zum öffentlichen Raum stehen, multifunktional zu entwickeln. Das Bewusstsein stärkt sich auch zunehmend beim Wandel, dass sich der kommerzielle Raum nun langsam in einen sozialen Raum wandelt (IG-Architektur 2020).

Persönliche räumliche Funktion - Minimalistischer Raum

Durch die Reduzierung des öffentlichen Raums auf mein privates Wohnumfeld ist zum einen zwar die vielfältige Auswahl an öffentlichen Räumen weniger geworden, aber ich habe auch während meines Wahrnehmungszeitraums gelernt die öffentlichen Räume in meiner unmittelbaren Umgebung neu kennenzulernen und wertzuschätzen.

Jahreszeit-Resilienz

Da ich meine Wahrnehmungen im Winter dokumentiert habe, fiel mir zusätzlich auf, dass ein überwiegender Großteil von öffentlichen Räumen, Plätzen und Freiflächen sehr stark für Sommermonate ausgelegt ist. Da ich mich, und nach meinen Wahrnehmungen zu urteilen, vermutlich viele andere Stadtbewohner*innen auch, im Winter deutlich weniger und kürzer draußen aufhalten, verstärken öffentliche Räume diesen Effekt, wenn sie nur überwiegend zu warmen Jahreszeiten genutzt werden können.

Durchgang statt Aufenthalt

Meine sonstigen Aufenthalte im öffentlichen Raum beschränken sich seit mehreren Monaten nur auf den Weg zum Einkaufen. Das tue ich ausschließlich zu Fuß und ich versuche regelmäßig spazieren zu gehen, um einen Ausgleich zu meinem sehr innen geprägten Lebensalltag zu bekommen. Aus diesem Grund hat der öffentliche Raum für mich keine Aufenthaltsfunktion mehr, sondern vielmehr nur noch eine Durchgangsfunktion.

Der öffentliche Raum nach der Pandemie

Nachdem nun die soziale und räumliche Konstruktion aus der Neuen Leipzig-Charta und die sozial-räumlichen Konstruktionen aus der öffentlichen Debatte und meinen Alltagswahrnehmungen gegenübergestellt wurden, wird daraus nun eine mögliche Zukunftsprognose aufgestellt, die neue mögliche Sichtweisen auf die sozialen und räumlichen Funktionen des öffentlichen Raums in zukünftigen strategischen Dokumenten erzeugen soll. Dafür werden jeweils die vier Oberthemen zu der sozialen und räumlichen Konstruktion zu einer möglichen Zukunftsfunktion abgeleitet.

Die soziale Konstruktion

Höhere Zugänglichkeit für sozial schwächere Schichten

Die in der Neuen Leipzig-Charta geforderte Zugänglichkeit für alle Stadtbewohner*innen hat in der pandemischen Stadt nachweislich noch Defizite aufgewiesen, die fortwährend mit der geeigneten Planung verbessert werden müssen. Somit empfiehlt es sich, nicht nur eine Zugänglichkeit für alle Stadtbewohner*innen zu fordern, sondern auch in einem zukünftigen Dokument, ähnlich der Neuen Leipzig-Charta, geeignete Maßnahmen und Lösungsansätze aufzuzeigen, die von eingeschränkter Zugänglichkeit betroffene Stadtviertel eine bessere Zugänglichkeit ermöglichen können.

Raum für Begegnung und Auseinandersetzungen

In der Neuen Leipzig-Charta 2020 wurde dem öffentlichen Raum die Funktion der Begegnung, des Austausches und der Integration zugesprochen um ein Miteinander von Stadtbewohner*innen zu erzeugen. Eine gegenteilige Entwicklung konnte nun in der pandemischen Stadt beobachtet werden. Die Menschen wahren ihre Distanz zu anderen, Konflikte und Proteste wirken durch den Wegfall anderer sozialer Nutzungen im öffentlichen Raum präsenter und die soziale Funktion im öffentlichen Raum ist geprägt von Auseinandersetzungen. Solche Entwicklungen werden auch weiterhin in der Zukunft stattfinden. Hierfür bedarf es in einem zukünftigen Dokument einer gemeinsamen Betrachtung, dass der öffentliche Raum nicht nur für ein Zusammenbringen und harmonisches Miteinander der

Stadtbewohner*innen ein wichtiger Baustein ist, sondern auch als vielfältiger Raum unterschiedliche Meinungen widerspiegelt, um sich als wichtiger Bestandteil in einer demokratischen europäischen Stadt zu etablieren.

Raum für gemeinschaftliche und private soziale Interaktionen

Durch die zuvor beschriebene soziale Funktion der Begegnung in der Neuen Leipzig-Charta 2020 wurden dementsprechend auch Aktivitäten im öffentlichen Raum mit gemeinschaftlichen Interaktionen verbunden. Aufgrund der Abstandsregelung und einem Versammlungsverbot sind diese gemeinschaftlichen Begegnungen in der pandemischen Stadt weitaus reduziert worden oder sogar komplett weggefallen. Somit trat die private soziale Interaktion in den Vordergrund für den öffentlichen Raum. Präsent sind nur noch überwiegend Einzelpersonen oder Paare und somit auch ihre sozialen Anforderungen an den urbanen öffentlichen Raum.

So wird empfohlen diese Entwicklung in einem zukünftigen Dokument anzuerkennen, indem nicht nur öffentliche Räume für die Gemeinschaft von europäischen Städten, sondern auch kleinere und private Räume, die für weniger Personen ausgelegt sind, zu fordern, um bei einer zukünftigen globalen Herausforderung eine Grundlage für das Gemeinwohl bieten zu können.

Neuer Stellenwert für Naherholungsflächen

In der Neuen Leipzig-Charta 2020 wurden den Naherholungsflächen, als Teil des öffentlichen Raums, bereits ein wichtiger Stellenwert zugeschrieben. Allerdings haben diese in der pandemischen Stadt eine erhöhte Nachfrage und neue Anforderungen seitens der Stadtbewohner*innen erfahren. Dies resultiert darin, dass mehr Menschen urbane Naherholungsflächen nutzen und dies zusätzlich auch noch öfter und regelmäßiger tun. Für diesen drastischen Nutzungsanstieg waren die bisherigen Freiflächen nicht ausgelegt. Dennoch konnte somit erkannt werden, welchen Stellenwert sie für die Stadtbewohner*innen während einer globalen Herausforderung einnehmen.

Diese erweiternde soziale Funktion des öffentlichen Raums wird in einem zukünftigen Dokument eine weitere Forderung darstellen. Der öffentliche Raum und besonders die Naherholungsflächen stehen in einer engen Verbindung zu der Lebensqualität der Menschen und bedarf somit eines höheren Stellenwerts dieser Thematik, da diese ebenfalls einen großen Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

Die räumliche Konstruktion

Mischraum (analoger und digitaler öffentlicher Raum)

Der öffentliche Raum in der Neuen Leipzig-Charta 2020 wurde ausschließlich aus der analogen Sicht betrachtet und somit auch seine räumlichen Funktionen. Dies

hat sich in der pandemischen Stadt stark in den digitalen Raum verschoben. Hier mussten in kürzester Zeit temporäre Lösungen gefunden werden, um digitale Alternativen anzubieten, die sonst in analoger Form stattfanden.

Dieser starke Kontrast zeigt deutlich, dass auch das Thema der Digitalisierung den öffentlichen Raum betrifft. Hier bedarf es einer komplett neuen Betrachtung dieser beiden Komponenten in einem zukünftigen Dokument, um in zukünftigen globalen Herausforderungen nicht nur temporäre, sondern langfristige Lösungen aufzuzeigen, wie der öffentliche analoge Raum mit dem digitalen öffentlichen Raum in Wechselwirkung zueinander existieren kann.

Resilienz gegenüber Entleerung und Überfüllung

In der Neuen Leipzig-Charta 2020 wurde keine konkrete Aussage gegenüber einer Entleerung oder Überfüllung vom öffentlichen Raum getätigt (vgl. BMI 2020). Somit entsteht der Eindruck, dass die Neue Leipzig-Charta eine gleiche Verteilung der Stadtbevölkerung im öffentlichen Raum vorsieht. Diese Voraussetzung wird in der pandemischen Stadt nicht erfüllt. Aufgrund der Versammlungsverbote auf städtischen Plätzen sind diese mit der Zeit immer leerer und unbelebt geworden, während die Grün- und Erholungsflächen überfrequentiert und überfüllt sind. Dieses Ungleichgewicht bietet einen neuen Ansatz für eine räumliche Funktion des zukünftigen öffentlichen Raums. Diese räumliche Funktion bedarf in zukünftigen Dokumenten eine Berücksichtigung und entsprechend formulierte Ansätze, die diese Ungleichverteilung zum einen nachhaltig vorbeugen und zum anderen die Resilienz öffentlicher Räume gegenüber einem Eintreten dieses Falls erhöhen.

Hochwertigere Gestaltung auch für Rad- und Fußgängerinfrastruktur

Die technische Infrastruktur hat in der Neuen Leipzig-Charta 2020 eine räumliche Verbindung zum öffentlichen Raum erhalten. Allerdings wurde hier keine Unterteilung in den MIV und Fahrrad- und Fußverkehr vorgenommen. So wird in der pandemischen Stadt aufgezeigt, dass dem MIV wesentlich mehr technische Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird, als dem Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen. Maßnahmen, die eine gleichmäßige Verteilung für alle Verkehrsteilnehmer*innen erreichen sollen, wurden bereits angegangen und werden auch in der post-pandemischen Stadt im Fokus bleiben.

Unterstützend hierfür kann eine Bearbeitung dieser Thematik in einem Zukunftsdokument sein. Somit empfiehlt sich eine Unterteilung der technischen Infrastruktur in seine Verkehrsteilnehmer*innen und eine Forderung nach einer Neuordnung der bestehenden Hierarchisierung, die dem Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen mehr Verkehrsfläche zuspricht. Zum anderen bedarf es einer

Einbeziehung von Sanierungs- und Ausbauforderungen für bereits bestehende Fahrrad- und Fußgängerinfrastrukturen.

Mono- und Multifunktionalität

In der Neuen Leipzig-Charta 2020 wurden für die europäische Stadt multifunktionale Räume präferiert, die damit auch resilienter gegenüber globalen Herausforderungen sein sollen. In der pandemischen Stadt wird allerdings vor allem durch die Entleerung vieler öffentlicher Räume ersichtlich, dass diese überwiegend nur eine Funktion haben. In diesem Kontext wurde bereits die Kommerzialisierung erwähnt, die in vielen Bereichen des öffentlichen Raums vertreten ist und auch die überwiegenden Erdgeschosszonen dominiert, die den öffentlichen Raum erst beleben. Diese ersichtlich gewordene Monofunktionalität dominiert nun in der pandemischen Stadt eine räumliche Funktion des öffentlichen Raums.

Dieses Defizit hat zwar die Neue Leipzig-Charta bereits erfasst und die Umwandlung in multifunktionale Räume gefordert. Allerdings sind dies hier zwei Extrema, die im Konflikt zueinanderstehen. Somit empfiehlt sich in einem zukünftigen Dokument sowohl das Bestehen von multifunktionalen Räumen als auch die Etablierung monofunktionaler Räume, die in Wechselwirkung zueinander in der europäischen Stadt bestehen, um somit eine langsame, aber stetige Umwandlung von monofunktionalen hinzu multifunktionalen Räumen zu gewährleisten.

Der öffentliche Raum im sozial-räumlichen Wandel

Fazit

Schon zwischen der Leipzig-Charta 2007 und der Neuen Leipzig-Charta 2020 wurde ein sozial-räumlicher Wandel des öffentlichen Raums in europäischen Städten aufgezeigt. Während er 2007 nur die soziale Funktion für die Lebensbedingungen in der Stadt trug und das Abbild sozialer Unterschiede war, wurden ihm 13 Jahre später sowohl die Zugänglichkeit und Sicherheit als auch die Begegnung, der Austausch, die Integration, der Stellenwert für ein gesundes Lebensumfeld und eine aktive Beteiligung für Bewohner*innen zugeschrieben. Die räumliche Funktion wandelte sich in den Leipzig-Charta-Fassungen von einem stark ökonomisch geprägten öffentlichen Raum mit technischer Infrastruktur, Städtebau und einer hohen Funktionsfähigkeit und Gestaltung hinzu einem Raum für Natur und Mensch mit einer Belebungs- und Erholungsfunktion, aber auch Ansprüchen an die Multifunktionalität und der Resilienz. Einen weiteren sozial-räumlichen Wandel durchläuft er nun zwischen dem konstruierten Raum der Neuen Leipzig-Charta 2020 und dem öffentlichen Raum in der pandemischen Stadt und er wird es auch in Zukunft weiterhin tun.

So charakterisiert sich in der pandemischen Stadt auf sozialer Ebene die sozial gerechte Zugänglichkeit als sozial ungerechte Zugänglichkeit oder aber die Begegnung, der Austausch und die Integration durch den öffentlichen Raum ist mitunter nicht mehr gewährleistet. Auf räumlicher Ebene wird ersichtlich, dass die theoretisch geforderte Multifunktionalität in der Praxis noch weitestgehend monofunktionalistisch ist oder die noch nicht genügend ausgeprägte Resilienz von öffentlichen Räumen nun in der pandemischen Stadt ersichtlich wird.

Der öffentliche Raum ist nicht starr, denn er verändert sich mit den Menschen, die ihn nutzen und ihren Anforderungen, die sie ihm zusprechen. Diese transformative Kraft hat auch schon die Neue Leipzig-Charta im Jahr 2020 den europäischen Städten zugesprochen und somit auch dem öffentlichen Raum, der in Zukunft weiterhin unabdingbar für das soziale und räumliche Miteinander von Stadtbewohner*innen ist.

Um diese transformative Kraft auch positiv für zukünftige globale Herausforderungen nutzen zu können, bedarf es nachfolgenden Leitdokumenten, die die Grundlagen der Neuen Leipzig-Charta für den öffentlichen Raum nutzen und diese an die gegenwärtigen Entwicklungen anpassen, um nachhaltig das Gemeinwohl für die europäischen Stadtbewohner*innen zu bewahren.

Literaturverzeichnis:

Allert, Tilman; Vogelsang, Frank (2020) *Unser Alltag in der Corona Pandemie – eine soziologische Perspektive*. <https://www.youtube.com/watch?v=EunRhicE2sY&t=2s> [Zugriff am: 04.01.2021].

Auswärtiges Amt (2020) *Der öffentliche Raum in Krisenzeiten*. https://www.youtube.com/watch?v=rXWkV_6dzWg [Zugriff am: 04.01.2021].

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hg.) (2020) *NEUE LEIPZIG CHARTA. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl*. Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hg.) (2007) *LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt*. Berlin.

Bundesstiftung Baukultur (BSBK) (2020) *Baukultur Bericht. Öffentliche Räume 2020/21*. Berlin.

IG-Architektur (2020) *Architektur und Corona – IG Architektur #5- Leben in der dichten Stadt +++ Urbane Freiräume*. <https://www.youtube.com/watch?v=Nf7kW7p6Seg> [Zugriff am: 04.01.2021].

Tagesschau (2020) *Wie Corona die Stadt der Zukunft verändern könnte*. <https://www.youtube.com/watch?v=kVIJTe375U8> [Zugriff am: 03.01.2021].

Die vielfältigen Dimensionen der Zugänglichkeit

Merle Sophie Lack

Die Zugänglichkeit ist in der Corona-Pandemie stark eingeschränkt. Dabei offenbart sich die Vielfalt der Dimensionen dieses Begriffs. Anhand von wöchentlichen E-Mail-Newslettern für den Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg wird die Zugänglichkeit mit Beginn der pandemiebedingten Restriktionen von März bis Dezember 2020 untersucht. Die Auswertung ergibt ein diverses Bild von Akteurinnen und Akteuren, Orten, Diensten und Zuständen im Sinne der Zugänglichkeit. Gleichzeitig bilden die Ergebnisse ein Stimmungsbild des Pandemieverlaufs ab. Im Abgleich mit der Neuen Leipzig-Charta lässt sich ein ähnlich breites Spektrum des Begriffs ausmachen, der zwar nicht direkt thematisiert, aber in vielen Abschnitten sinnstiftend erwähnt wird.

Im Alltag begegnen einem häufig Redewendungen wie „Zugang über die Treppe“ oder „fehlender Zugang zum Internet“. Zuletzt ging es in den Nachrichten häufig um „Zugangsbeschränkungen im öffentlichen Raum“. Vor dem Supermarkt hängt ein Schild: „Zugang nur mit Mund-Nasen-Schutz“. Diese neuen Phrasen sind zumeist Produkte der pandemischen Lage, in der Deutschland sich seit März 2020 befindet und sie alle stellen eine für uns elementare Funktion heraus: die Zugänglichkeit. Auch vor der Pandemie war der Zugang schon immer von entscheidender Rolle: zu Bildung, Spielplätzen, dem ÖPNV, Dienstleistungen oder Arbeitsplätzen. Die Zugänglichkeit ist Basis und Fixpunkt des gesellschaftlichen Lebens in jeder erdenklichen Dimension. Die Pandemie hat das auf verschiedenen Ebenen gezeigt, indem der Zugang im Verlauf mehrfach eingeschränkt wurde oder sich in andere Räume verschoben hat.

Auf den folgenden Seiten soll dieser Umstand näher untersucht und herausgefunden werden, wie sich die Zugänglichkeit in der (pandemischen) Stadt gestaltet. Hierfür wird zunächst die Neue Leipzig-Charta von 2020 als wegweisendes Dokument der europäischen Stadtentwicklung herangezogen. Eine daraus extrahierte Definition der Zugänglichkeit soll mit den Erkenntnissen aus einer Auswertung von Newslettern verglichen werden. Der Bezugsraum wird hierbei der Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg sein, dem wöchentlich ein Newsletter des *Tagesspiegel* gewidmet ist, in dem über aktuelle Themen auf lokaler Ebene berichtet wird. Hierzu werden zunächst das Vorgehen und die Ergebnisse der Kategorisierung und Quantifizierung der Newsletterbeiträge dargestellt. Anschließend werden die Zugänglichkeit und der Einfluss der Covid-19-Pandemie (im Folgenden: Corona-Pandemie) im zeitlichen Verlauf näher beleuchtet. Eine thematische Auswertung wird vor der Ergebniszusammenfassung und Reflexion der Untersuchung vorgenommen. Schlussendlich erfolgt ein Rückbezug auf die Neue Leipzig-Charta zur Beantwortung der Frage: *Wie unterscheidet sich die Zugänglichkeit während der Corona-Pandemie von der Zugänglichkeit, wie sie in der Neuen Leipzig-Charta beschrieben ist?*

Definition der Zugänglichkeit gemäß der Neuen Leipzig-Charta:

In der englischen Fassung der Neuen Leipzig-Charta tauchen die Begriffe „access“ und „accessible“ häufiger auf als die deutschen Äquivalente „Zugang“ und „zugänglich“ in der deutschen Fassung. Stellenweise wurden sie durch „verfügbar“ oder „gegeben“ ersetzt, einmal mit „Zugriff auf“. Für die Ableitung einer Definition der Zugänglichkeit aus der Neuen Leipzig-Charta wird auf die in der englischen Version identifizierten Textstellen auf Deutsch zurückgegriffen (vgl. BMI 2020a; BMI 2020b).

Im Sinne der *gerechten* Stadt steht die Zugänglichkeit zu Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wie Bildung, sozialen Dienstleistungen, Gesundheitsversorgung und Kultur im Mittelpunkt. Besonders der Zugang zu angemessenen Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen und -angeboten wird betont. Dieser soll für alle gesellschaftlichen Gruppen wie ältere und junge Menschen, solche mit Behinderungen oder Familien gleichberechtigt gewährleistet werden. Dies gilt auch für den Zugang zu einer angemessenen, auf die Bedürfnisse abgestimmten, sicheren und bezahlbaren Versorgung mit Wohnraum und Energie (BMI 2020b: 4f.).

Im Kontext der *grünen* Stadt, der ökologischen Ebene der Nachhaltigkeit, wird der Zugang der Einwohner*innen zu Grün- und Freizeitflächen als Qualitätsmerkmal des städtischen Umfelds betont. Weiterhin soll ein allgemeiner Zugang zu einem bezahlbaren, sauberen, sicheren und attraktiven ÖPNV die emissionsarme Fortbewegung fördern (BMI 2020b: 5).

Die Zugänglichkeit zu bezahlbaren Flächen wird als eine Voraussetzung der Etablierung von Städten als Wirtschaftsstandort im Sinne der *produktiven Stadt* angesehen. Auch der Zugang zu Nahversorgungsangeboten zur Sicherung der Lebensqualität und zum Ausgleich negativer Effekte des demographischen Wandels soll trotz der zunehmenden Digitalisierung im Handel gesichert werden (BMI 2020b: 6).

Zu den Empfehlungen für die Kommunalpolitik zählt die Gewährleistung des freien Zugangs zu sicheren öffentlichen Räumen als gesundes Lebensumfeld. Im Kontext der voranschreitenden Digitalisierung wird die Notwendigkeit des Zugangs zu Daten, die für die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben für Städte relevant sind, betont. Außerdem wird ein gemeinwohlorientierter Einsatz von Daten angemahnt, die nach ethischen Grundsätzen sowie sozial *verantwortungsvoll* zugänglich sein und nach Datenschutzaspekten abgewägt verwendet, geteilt und verwaltet werden sollen (BMI 2020b: 10f.).

Aus diesen unterschiedlich fokussierten Verwendungen des Wortes *Zugänglichkeit* lassen sich folgende Dimensionen des Wortes aus der Neuen Leipzig-Charta ableiten:

Soziale Dimension	Akteursdimension	Physische Dimension
• gleichberechtigter Zugang für Alle • auf Bedürfnisse zugeschnittener Zugang • nach ethischen Grundsätzen gewährleisteter Zugang	• Einwohner*innen • Familien • Bevölkerungsgruppen mit verschiedenen Merkmalen: ○ junge oder alte Menschen ○ Menschen mit Behinderung ○ Sozial Benachteiligte • Städte	• Räume in der Stadt: ○ Grün- und Freizeitflächen ○ Sichere öffentliche Räume ○ Wohnraum ○ Bezahlbare Flächen für Wirtschaftsstandorte • Dienstleistungen und Daseinsvorsorge: ○ Bildungseinrichtungen ○ Betreuungseinrichtungen ○ Gesundheitsversorgung ○ Kultur ○ ÖPNV ○ Nahversorgungsangebote ○ Energieversorgung • Für städtische Aufgaben relevante Daten

Tab. 1: Dimensionen der Zugänglichkeit in der Neuen Leipzig-Charta (Eigene Darstellung nach BMI 2020b)

Die einzelnen Unterpunkte der sozialen, physischen und der Akteursdimension sind unterschiedlich miteinander verknüpft. Oft steht der Begriff der *Zugänglichkeit* im Zusammenhang mit weiteren Attributen wie der Bezahlbarkeit, Sicherheit, Angemessenheit, Attraktivität oder Sauberkeit von Dingen, Orten oder Räumen. Diese werden im Kontext dieses Artikels jedoch marginal behandelt.

Zusammenfassend lässt sich aus der Neuen Leipzig-Charta eine Vielfalt von Dimensionen der Zugänglichkeit ableiten. Verschiedene Akteure und Akteurinnen haben in einer unterschiedlichen Ausprägung Zugang zu diversen Räumen und Einrichtungen. Die Skala der Beteiligten reicht hierbei vom Individuum über Gruppen gleicher Merkmale bis zur Stadt als Ganzes. Der Zugang kann gleichberechtigt oder abhängig erfolgen. Die Zugänglichkeit im physischen Raum ist für Flächen, Wohnraum, Dienstleistungen, Einrichtungen, Nah- und Energieversorgung sowie Daten definiert. Insgesamt spielt die Zugänglichkeit jedoch nur eine untergeordnete Rolle als abstrakter Begriff (vgl. BMI 2020b).

Untersuchung von Bezirksnewslettern aus Tempelhof-Schöneberg

Während der Corona-Pandemie hat sich der Alltag in allen Bereichen stark verändert, sodass der Begriff der *Zugänglichkeit* vermehrt in den Fokus gerückt ist. Dieser Artikel untersucht diesen Umstand mittels einer eigenen Auswertung.

Die Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“ ermöglicht das Abonnement wöchentlicher E-Mail-Newsletter zu verschiedenen Themen und allen Bezirken, die dienstags erscheinen. Darin werden zielgruppenorientiert aktuelle und lokale Nachrichten thematisiert. Zu der Untersuchung der Zugänglichkeit in der Corona-Pandemie wurden die 42 Bezirksnewsletter von Tempelhof-Schöneberg im Zeitraum der Kalenderwochen (KW) 11 bis 52 im Jahr 2020 ausgewertet. So beginnt die Untersuchung der Newsletter mit dem ersten Lockdown im März 2020 und endet im zweiten Lockdown im Dezember 2020. Im Untersuchungszeitraum haben sechs verschiedene Autorinnen die Newsletter verfasst, wobei die überwiegende Mehrzahl von Sigrid Kneist stammt. Die weiteren Verfasserinnen sind Valerie Barsig, Lotte Buschenhagen, Judith Langowski, Joana Nietfeld und Sophie Rosenfeld. Sie alle haben einen persönlichen Bezug zu Tempelhof-Schöneberg.

Kategorisierung der Beiträge

Jeder Newsletter ist in 16 Rubriken gegliedert, zu denen es jeweils verschiedene Berichte gibt. Jedoch sind nicht alle Berichte relevant, sondern nur mit dem Thema der Zugänglichkeit verknüpfte. Die Auswahl der Berichte wird zunächst danach getroffen, ob und in welchem Zusammenhang die Zugänglichkeit eine Rolle spielt. Dabei wurden alltägliche temporäre Einschränkungen des Straßenverkehrs, wiederkehrende Veranstaltungshinweise oder auch Rezeptvorschläge nicht berücksichtigt, da diese durch ihre Häufigkeit oder Kleinräumigkeit nicht zur Beantwortung der Problemfrage beitragen. Die als relevant ermittelten Berichte wurden tabellarisch zusammengefasst und mit Stichworten kategorisiert (siehe Tabelle 2). Zudem wurde der Bezug zur Zugänglichkeit und ggf. zu Corona vermerkt. Insgesamt wurden 279 Berichte als relevant eingestuft. Für die Auswertung wurden zunächst für die Stichworte der Zugänglichkeit Oberbegriffe gefunden und diese den einzelnen Berichten zugeordnet. So verteilen sich die Berichte über zwölf Hauptkategorien. Beiträge, die mehreren Kategorien zugeordnet werden könnten, wurden zur Vermeidung einer Verzerrung in der Gewichtung der Ergebnisse ausschließlich für die als am passendsten befundene Kategorie eingeordnet.

Die meisten der relevanten Berichte finden sich also in den Bereichen Freizeit, Alltag und Nahversorgung wieder. Der Anteil, der mit Corona zusammenhängenden

Kategorie	Kurzbeschreibung / zugeordnete Themen	Zugänglichkeit	Corona	Anteil Corona
Freizeit	Sport, Hobbys, Schwimmbad, Freizeitaktivitäten, Garten, Spielplatz	37	28	76%
Alltag	Sicherheit, Religion, Barrierefreiheit, Hilfsangebote, gesellschaftliches Leben, Trauer, Digitalisierung, Studium, Demonstrationen	36	22	61%
Nahversorgung	Gastronomie, Einzelhandel, Geschäfte, Bars, Grünflächen, Müll	32	18	56%
Mobilität	Radwege, Parken, Fußgänger, Bahnhöfe, marode Straßen	29	5	17%
Wirtschaft	Netzwerk, Arbeitsplätze, Bürobauten	23	4	17%
Corona	Verordnung, Kontrollen, Tests, Folgen	21	21	100%
Kultur	Veranstaltungen, Digitalisierung, Ausstellungen, Institutionen	20	16	80%
Amt	jegliche öffentlichen Ämter, Digitalisierung, Personalmangel	19	17	89%
Politik	BVV, Sprechstunden, Bürger*innenbeirat, Frauen	17	14	82%
Gesundheit	Krankenhaus-Umzug, Impfstoff, Hygiene	15	10	67%
bestimmte Akteur*innen	Jugendzentrum, Obdachlose, Queere, Bedürftige	15	4	27%
Wohnen	Wohnungsbau, Immobilienankauf, Abwendungsvereinbarung, Milieuschutz	15	0	0%
Summe		279	159	57%

Tab. 2: Anzahl der Beiträge nach Themen und der Einfluss von Corona (Eigene Darstellung)

Berichte liegt hierbei im oder über dem Durchschnitt von 57%. Am geringsten fällt dieser Anteil in den Kategorien Mobilität und Wirtschaft mit jeweils 17% aus, auf das Thema Wohnen hat Corona mit 0% scheinbar keinen Einfluss.

In der Tabelle 3 werden die Themen nach KW und der Autorin abgebildet. Da aufgrund des Grades der Zusammenfassung der Beiträge keine Zitation vorgenommen wird, ist diese Übersicht hilfreich für die Zuordnung.

KW	Alltag	Amt	best. Akteure	Corona	Freizeit	Gesundheit	Kultur	Mobilität	Nahversorgung	Politik	Wirtschaft	Wohnen	Autorin
11													Kneist
12													Kneist
13													Kneist
14													Kneist
15													Kneist
16													Kneist
17													Kneist
18													Kneist
19													Kneist
20													Kneist
21													Kneist
22													Kneist
23													Langowski
24													Kneist
25													Kneist
26													Kneist
27													Kneist
28													Kneist
29													Kneist
30													Kneist
31													Kneist
32													Kneist
33													Barsig
34													Kneist
35													Kneist
36													Kneist
37													Kneist
38													Barsig
39													Buschenhagen
40													Rosenfeld
41													Buschenhagen
42													Kneist
43													Kneist
44													Kneist
45													Kneist
46													Langowski
47													Nietfeld
48													Kneist
49													Kneist
50													Kneist
51													Rosenfeld
52													Kneist

Tab. 3: Übersicht über die Themen nach KW und Autorin (Eigene Darstellung)

Quantitative Bewertung der Beiträge

Um die Zugänglichkeit quantitativ erfassen und abbilden zu können, wurde eine Bewertung der einzelnen Beiträge gemäß Tabelle 4 vorgenommen. Die Verbesserung oder Verschlechterung der Zugänglichkeit wurde hierbei immer vom Standpunkt der Ausgangssituation bewertet. Eine Verbesserung stellt hierbei beispielsweise eine Wiederöffnung von gastronomischen Einrichtungen, die Einrichtung von Homeofficeplätzen für Beamt*innen oder der beginnende Bau von Wohnungen dar. Der Status quo wird z. B. gehalten durch eine zeitlich begrenzte Abwendungsvereinbarung (zur Verhinderung der Umwandlung von Wohnungen in Eigentum) und das wiederholte Tagen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in der Sporthalle am Sachsenendamm zur Wahrung des Abstands zwischen den Beteiligten. Als Verschlechterung wurden beispielsweise ein defekter Aufzug am Bahnhof, Besuchsverbote im Altenheim oder die Absage von Veranstaltungen bewertet.

Die Zugänglichkeit hat sich...	...verbessert.	+1
	...nicht verändert.	0
	...verschlechtert.	-1

Tab. 4: Quantitative Bewertungsskala der Faktoren (*Eigene Darstellung*)

Zeitliche Entwicklung der Zugänglichkeit

Auf der Basis der Kategorisierung und Quantifizierung der Berichte ist auch eine zeitliche Auswertung möglich (vgl. Abbildung 1). Die Zahl der relevanten Newsletterberichte schwankt stark. Ebenso ihr Anteil mit Bezug zur Corona-Pandemie, wobei dieser in allen Kalenderwochen mit Ausnahme der 32. identifiziert werden konnte. Die Kurve stellt die kumulierte Bewertung der Zugänglichkeit dar. Hierbei ist zunächst bis Mitte April 2020 ein Rückgang erkennbar. In diesen Zeitabschnitt fiel der erste Lockdown mit weitreichenden Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens. Anschließend nimmt, einhergehend mit umfassenden Lockerungen, die Zugänglichkeit bis Ende August wieder zu. Eine Ausnahme bildet der Rückgang in der Kalenderwoche 27. Dieser ist auf die gebündelte Thematisierung von bereits länger bestehenden Vorschriften, wie dem Spielhallengesetz oder Einschränkungen aufgrund von Corona, zurückzuführen. Den Höhepunkt erfährt die Zugänglichkeit Anfang Oktober, bevor es, aufgrund zunehmender Erkrankungen in der sogenannten zweiten Welle, wieder zu Einschränkungen und Schließungen kommt. In den folgenden Wochen gestaltet sich das Niveau der Zugänglichkeit unruhig, da es zum Jahresende mit Blick auf die Weihnachtsfeiertage und Silvester zu immer neuen

Ideen für Einschränkungen und Lockerungen kam. Schließlich endet der Zeitstrahl so wie er begann: im Lockdown. Dies allerdings einige Punkte höher als anfangs, was dafür spricht, dass die Wahrnehmung der Zugänglichkeit sich in den Beiträgen während der Pandemie zusehends verbessert hat. Wäre die Untersuchung jedoch nicht im Lockdown, sondern davor gestartet, wäre der Einbruch bis zum Sommer sicherlich tiefer ausgefallen.

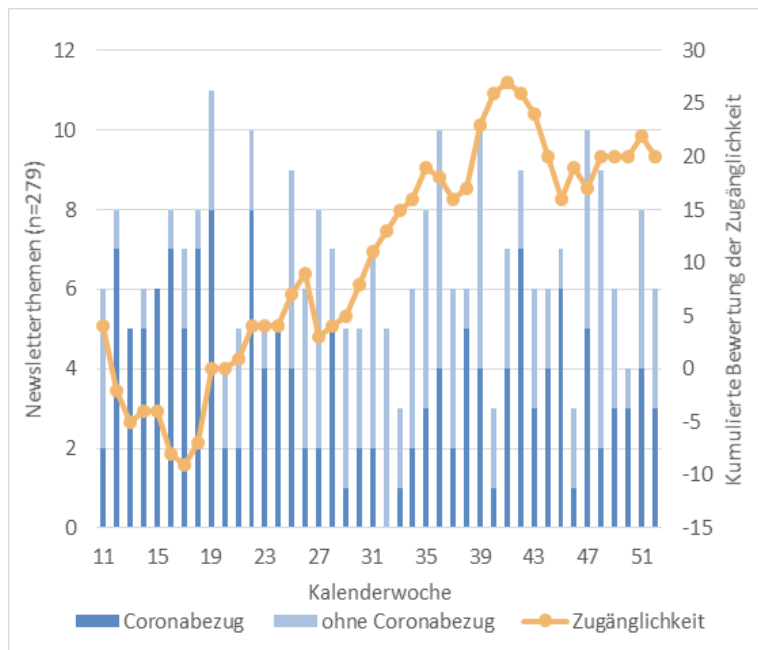


Abb. 1: Entwicklung der Zugänglichkeit im Zeitverlauf (Eigene Darstellung)

Einfluss von Corona auf die Zugänglichkeit

Der Einfluss der Corona-Pandemie auf die Zugänglichkeit ist nicht leicht zu erfassen. Ein Versuch wurde hier unternommen, durch die Abbildung der Anteile der Beiträge mit Coronabezug nach Monaten in Abbildung 2. Dabei zeigt sich, dass die Auswirkungen der Pandemie vor allem am Anfang des ersten Lockdowns stark thematisiert wurden, zum Sommer hin dann abnahmen und während des Sommers mit niedrigen Fallzahlen und vielen Lockerungen weit unterdurchschnittlich waren. Mit der zweiten Welle ab Oktober nahm die Thematisierung wieder zu, allerdings nicht so stark wie anfangs. Mit Beginn des zweiten Lockdowns bis zum Jahresende war der Pandemiebezug in den Beiträgen erneut präsent.

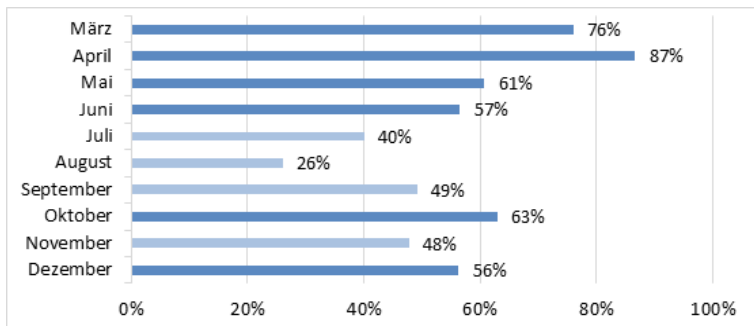
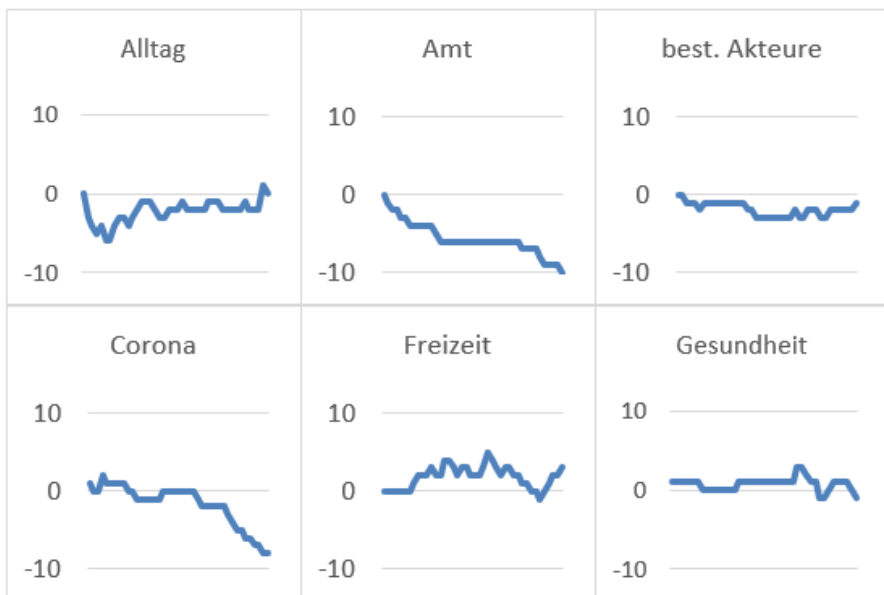


Abb. 2: Anteil der Beiträge mit Coronabezug über und unter dem Durchschnitt von 56 % (Eigene Darstellung)

Thematische Betrachtung der Zugänglichkeit

Bei der Betrachtung der Zugänglichkeit auf Basis der Themenkategorien ergibt sich ein sehr diverses Bild. Die folgende Abbildung 3 gibt einen Überblick über die errechneten Kurven.

Zu den einzelnen Kategorien soll im Folgenden knapp die Entwicklung der Zugänglichkeit anhand der Hauptthemen der Beiträge erklärt werden.



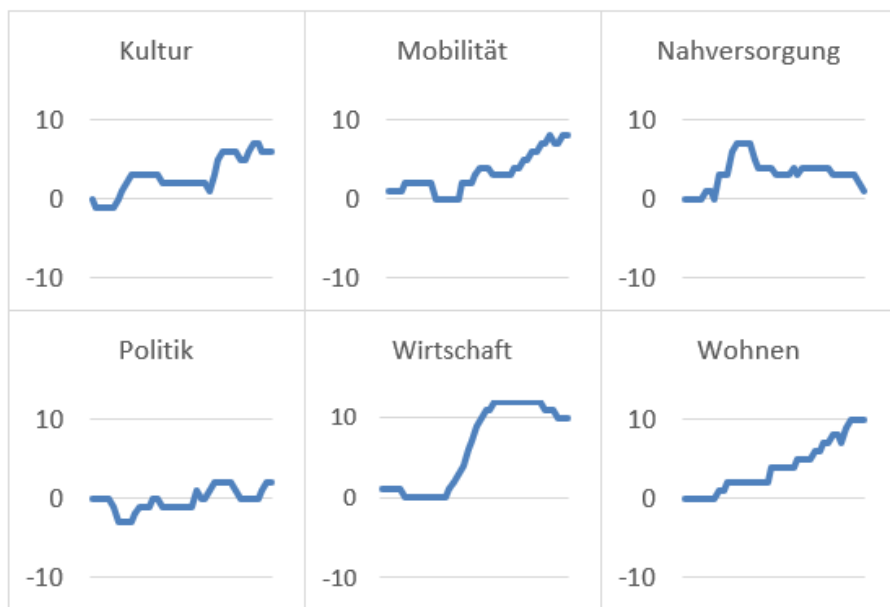


Abb. 3: Entwicklung der Zugänglichkeit nach Themen (Eigene Darstellung)

Alltag. Seit März 2020 wurden starke Einschränkungen des Alltags wahrgenommen. Die Restriktionen reichten hier von Besuchsverböten, von denen auch Gottesdienste und Trauerfeiern betroffen waren, bis zum Homeschooling, das sich aufgrund fehlender technischer Geräte schwierig gestaltete. Auch wurde ein Anstieg häuslicher Gewalt befürchtet. Seit Anfang Mai verbesserte sich die Zugänglichkeit wieder. Neben verschiedenen Hilfsangeboten, wie Gabenzäunen für Obdachlose, wurden zunehmend Online-Angebote, wie z.B. YouTube Tutorials auf Arabisch, vorgestellt, mit denen Eltern ihren Kindern besser beim Lernen helfen können. Seit Anfang Juli pendelt sich die Kurve auf ein Niveau von minus zwei ein, mit einigen Abweichungen. Themen waren hier u.a. ausgefallene Kinderschwimmkurse, Großelternpatenschaften zur Kinderbetreuung, Online-Gottesdienste oder ein immer wieder defekter Aufzug am Innsbrucker Platz. Zum Jahresende fiel das Fazit des für die Schulen zuständigen Stadtrats aufgrund der Bereitstellung von Luftreinigern und der Erweiterung der Gemeinschaftsschule Friedenau um die Oberstufe positiv aus. Die Pandemie bringt demnach starke und teils problematische Einschnitte in den Alltag mit sich, mit denen oftmals kreativ umgegangen wurde.

Amt. In dieser Kategorie geht es um die Verwaltung des Bezirks. Diese hat im Laufe des Jahres 2020 immer weiter an Zugänglichkeit verloren. Im März arbeitete die Verwaltung im Notbetrieb mit maximal 20% Präsenz. Die Arbeit im Homeoffice konnten aufgrund der unzureichenden IT-Infrastruktur jedoch nur wenige Mitarbeiter*innen verrichten. Im Standesamt fanden nur noch Eheschließungen ohne Gäste statt. Viele Mitarbeiter*innen anderer Abteilungen wurden, teils freiwillig, ins Gesundheitsamt versetzt, um bei der Kontaktnachverfolgung zu helfen. In den folgenden Monaten verschlechterte sich die Situation. Es gab lange Wartezeiten bei der Erreichbarkeit der Ämter und einen langen Rückstau an Anträgen. Verstärkt wurde dies durch einen ohnehin herrschenden Personalmangel im Bezirksamt. Die Verbesserung der IT-Infrastruktur ging nur schleppend voran. Bundeswehrsoldatinnen und Soldaten halfen ab Oktober bei der Kontaktnachverfolgung im Gesundheitsamt aus. Aufgrund der dennoch hohen pandemiebedingten Auslastung des Gesundheitsamts, fanden dort andere Angebote, wie der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, der sozialpsychiatrische Dienst und die Beratungsstelle für Behinderte, Krebskranke und Aids nur im Notbetrieb statt. Bürger*innenbeteiligungen wurden vermehrt in digitale Formate verlagert.

Die Pandemie hat die Starrheit der Verwaltung offenbart. Nur langsam geht die Etablierung neuer alternativer Arbeitsweisen zur Rückkehr zu einer annähernden Normalität voran.

Bestimmte Akteur*innen. Das Jugendzentrum *Potse* ist seit dem Auslaufen des Mietvertrags 2018 von Autonomen besetzt. Im Verlauf des Jahres 2020 wurde in einem Rechtsstreit über die Räumung des Gebäudes in der Potsdamer Straße verhandelt, der im Dezember nach einem Berufungsverfahren erneut stattgegeben wurde, zu der es jedoch im Untersuchungszeitraum nicht kam. Zugleich war das Bezirksamt auf der Suche nach passenden Räumlichkeiten, die es im Dezember auch finden konnte. Es ist jedoch nicht bekannt, ob das Angebot angenommen wurde. Darüber hinaus werden marginale Gruppen in dieser Kategorie thematisiert. Vereinzelt gab es Berichte über kürzere Sprechstunden im Sozialamt zulasten der Obdachlosen, die Einsetzung eines Queerbeauftragten im Bezirk, homophobe Bibelverse in einem koreanischen Restaurant im Regenbogenkiez und die verstärkte Not für drogenkonsumierende Frauen, Transfrauen und Sexarbeiter*innen in der Pandemie, was zur Ausweitung von Hilfsangeboten führte.

Diese Entwicklungen zeigen die erschwerte Zugänglichkeit für einige Akteurinnen und Akteure, auf die Corona allerdings nur einen geringen Einfluss hat.

Corona. In dieser Kategorie sind die direkten Auswirkungen der Pandemie beschrieben. Die Zugänglichkeit sinkt im Jahresverlauf immer weiter. Während anfangs noch

vor allem gezielte Coronahilfen für Geschäfte, die Kultur, und Dienstleitungen oder auch die Nachbarschaftshilfen thematisiert werden, kommt es in den folgenden Monaten zu eher negativen Nachrichten: bei Kontrollen werden immer wieder Verstöße gegen die Corona-Auflagen festgestellt; es kommt in vielen Bereichen zu weiteren Restriktionen. Positiv zu erwähnen ist aber die Entwicklung und Bereitstellung von Corona-Tests.

Diese Kategorie vereinigt eher negative Meldungen zur Pandemie in sich, da die positiven häufiger mit anderen Kategorien in Zusammenhang stehen und somit diesen zugeordnet wurden. Dennoch ist zu sagen, dass Corona derzeit einen Hauptfaktor für eine reduzierte Zugänglichkeit darstellt.

Freizeit. Zu Beginn der Untersuchung gab es bereits die Restriktionen, dass kein Vereinssport mehr betrieben werden durfte, Spielplätze gesperrt wurden und die Zahl der Teilnehmenden auch für jegliche andere Freizeitaktivitäten begrenzt oder diese ganz verboten wurden. Erst ab Anfang Mai durften die Spielplätze wieder öffnen. Zudem wurde eine stark erhöhte Nachfrage nach Kleingartenanlagen (KGA) beobachtet, jedoch plant der Bezirk den Rückbau zweier KGA zugunsten von Schulneubauten. Im Juni gab es viele Lockerungen, die vor allem Aktivitäten im Freien ermöglichten. So fanden Yogakurse im Volkspark Schöneberg statt und auch Chorproben waren draußen zu vernehmen. Als letzter Bezirk öffnete Tempelhof-Schöneberg die Sporthallen in den Sommerferien wieder für den Vereinssport unter verschiedenen Hygiene-Schutz-Auflagen. Einige Freibäder boten eine Terminvergabe für bestimmte Zeitfenster an. Viele illegale Partys in Grünanlagen wurden im Sommer von der Polizei aufgelöst. Die Restriktionen ab Oktober trafen vor allem den Freizeitsport: die Hallen wurden erneut geschlossen, der inzwischen angelaufene Ligabetrieb pausiert. Auch die Sportinfrastruktur soll eine Coronaförderung erhalten. Im Dezember konnte nur noch Online-Schach als Sportart annähernd normal betrieben werden.

Die Restriktionen der Pandemie schlagen sich neben dem Alltag vor allem auch im eng verwandten Bereich der Freizeit nieder. Auch hier wurde diesen mit Kreativität begegnet, die Möglichkeiten sind jedoch limitiert.

Gesundheit. In dieser Kategorie sind lediglich 15 Beiträge vorhanden. Bis zum Oktober ging es dabei vor allem um den Beschluss, die Schulen häufiger zu reinigen, den Umgang mit Besuchsverboten in Pflegeheimen und die Bereitstellung kostenloser Menstruationsprodukte im Rathaus. Das Hauptthema ist allerdings der Umzug des Wenckebach-Klinikums in das Auguste-Victoria-Klinikum, der im Oktober aufgrund finanzieller Einbußen und des Sanierungsbedarfs vom Klinikkonzern Vivantes verkündet wurde. Obwohl eine Initiative sehr, und der Bezirk eher, gegen eine Ver-

legung waren, zog die erste Station bereits im November um. Kritisiert wurde vor allem, dass der Süden Tempelhof-Schönebergs dadurch schlechter versorgt werden würde und die Bewohner*innen weitere Wege zurücklegen müssten. Zudem sei ein Abbau von Betten gerade in der Corona-Krise ungünstig. Positive Nachrichten waren die erfolgreiche Impfstoffentwicklung und die Einrichtung eines Impfzentrums im Flughafengebäude Tempelhof. Ein lokaler Hersteller von Faltanlagen für die Textil- und Autoindustrie rüstete kurzerhand seine Produktion um auf FFP2-Masken, von denen er nun eine Million pro Monat herstellen kann.

Trotz der Pandemie wurde die Zugänglichkeit zu Gesundheitsdienstleistungen teils weiter eingeschränkt. Insgesamt stieg das Bewusstsein für Hygiene und die Wichtigkeit der Entwicklung medizinischer Hilfsmittel.

Kultur. Im ersten Lockdown wurde der Besuch von Kulturstätten und Veranstaltungen untersagt, was die Veranstalter*innen, nicht zuletzt aufgrund von Ticketrückgaben, finanziell stark belastete. Ab Mitte Mai kam es jedoch wieder zu Öffnungen unter Auflagen. Größere Veranstaltungen wie die Fête de la Musique oder der Christopher Street Day wurden jedoch abgesagt oder in anderer Form als Onlineformat umgesetzt. Wenige kleinere Veranstaltungen, wie das Kürbisfest im Akazienkiez oder diverse Ausstellungen konnten wiederum stattfinden.

Insofern hat sich die Kurve der Kultur trotz der vielen Restriktionen positiv entwickelt, da gelernt wurde, mit der neuen Situation umzugehen und die Angebote in andere Formate übersetzt wurden.

Mobilität. Die Mobilität ist ein sehr präsent Thema in aktuellen Debatten. Der Bezug zur Corona-Pandemie ist hier gering und besteht zumeist nur im Hauptthema der Pop-Up-Radwege. Drei Vorschläge für solche wurden im April von der zuständigen Stadträtin eingebracht, jedoch kam es nicht zu einer Umsetzung. Auch die Anlage normaler Radwege kam 2020 kaum voran, die Planungen für den vielfach geforderten Radweg am Tempelhofer Damm sollen erst 2021 im Zuge seiner Umgestaltung umgesetzt werden. Auch weitere Straßen sollen fahrradgerecht ausgebaut und mehr Stellplätze sowohl für Fahrräder als auch Autos an Bahnhöfen bereitgestellt werden. Das Parken spielt auch für Initiativen eine Rolle, die mit Kampagnen für das Umsteigen auf alternative Fortbewegungsmittel und die Umwandlung öffentlicher Straßenräume in Spielstraßen befördern möchten. Auch der barrierefreie Ausbau von Gehwegen und Bahnhöfen sowie die Sanierung maroder Plätze und Straßen wurden, nicht immer positiv, thematisiert.

Da die Mobilität ein sehr komplexes und dynamisches Feld ist, kann die Kurve eher als Ausschnitt verstanden werden und nicht als sich fortsetzender Trend. Die Umsetzung der Verkehrsprojekte im Bezirk geht nicht nur aufgrund der Pandemie sto-

ckend voran. Aus den Beiträgen lässt sich insgesamt ein erstaunlich geringer Einfluss der Pandemie auf die Mobilität ablesen. Das kann darauf zurückgeführt werden, dass das Mobilitätsverhalten an sich nicht thematisiert, sondern eher die planerische Ebene der Mobilität betrachtet wurde. Dass das Mobilitätsverhalten sich stark reduziert hat, lässt sich allerdings aus den insgesamt beschriebenen Umständen in der Pandemie, wie Homeoffice oder Schließungen schlussfolgern.

Nahversorgung. Nachdem im März 2020 alle Geschäfte schließen mussten, durften sowohl der Einzelhandel als auch die Gastronomie zum Sommer hin unter Hygiene-Schutz-Auflagen wieder öffnen. Negativ wird die Kurve der Nahversorgung jedoch von der Schließung der Karstadt-Filiale am Tempelhofer Damm beeinflusst, die im Juni bekannt gegeben wurde. Erst im August wurde bekannt, dass Karstadt noch für mindestens fünf Jahre am Tempelhofer Damm bleiben wird. Ferner gibt es Meldungen von Einzelhandelsgeschäften, die aufgrund von Umsatzeinbußen durch Corona schließen mussten. Allerdings gehen einige Geschäfte auch neue Wege durch den Aufbau einen eigenen Online-Shops oder das selbstständige Ausliefern von Waren. Bereits im Mai hatte beispielsweise ein Lieferdienst für Bio-Lebensmittel aufgrund der schlagartig hohen Nachfrage keine Neukunden mehr angenommen. Mit der zweiten Welle kommt es erneut zu vielen Schließungen der Geschäfte. Grünflächen haben eine Funktion der Naherholung, die jedoch immer wieder durch mangelnde Sauberkeit oder ihre Sperrung beeinträchtigt wird.

Auch die Nahversorgung trifft die Pandemie sehr. Einige Geschäfte konnten sich aufgrund von Umsatzeinbußen infolge der Schließungen nicht halten, diese Liste wird immer länger. Zugleich wurden neue Geschäftsmodelle erschlossen oder bewährten sich, von denen möglicherweise langfristig profitiert wird.

Politik. Hauptsächlich wurde diese Kategorie von Meldungen über die BVV gespeist. Diese entfiel im April 2020, worauf in verschiedenen Newslettern eingegangen wurde, schließlich ist die BVV elementar für die Bezirkspolitik. Ab Mai fand sie in verkürzter Form in der Sporthalle am Sachsenplatz statt, da dort der nötige Abstand zwischen den Teilnehmenden weitgehend gewährleistet werden konnte. Im November mussten infolge der Corona-Infektion eines Anwesenden mehrere Sitzungen der BVV abgesagt werden. Im Dezember kam die Meldung, dass die BVV ab 2021 digital tagen würde, dies musste erst durch eine Gesetzesänderung möglich gemacht werden. Darüber hinaus wurde der sinkende Frauenanteil in der Politik (Juni) als negativ bewertet wohingegen die digitalen oder telefonischen Sprechstunden von Politiker*innen (August) als positiv und die Einrichtung eines Beteiligungsbeirats zur Begleitung von Bürger*innenbeteiligungen (September) ebenfalls als positiv bewertet wurden.

Die unflexiblen Richtlinien, nach denen politische Prozesse und Organe abzulaufen und zu handeln haben, erschweren schnelle Lösungen in Ausnahmesituationen. Dennoch konnten gute Alternativen zu den gewohnten Abläufen gefunden werden, die sich in Zukunft diverser ausgestalten.

Wirtschaft. Im März wurde ein Netzwerk von Verbraucherschützer*innen vorgestellt und im April auf die schwierige Lage der Taxifahrer*innen aufmerksam gemacht, da die Nachfrage stark eingebrochen ist. Von Juni bis August folgte eine Wochenserie, in der die lokalen Unternehmensnetzwerke vorgestellt wurden. Dies wurde als positiv bewertet, da das Wissen um diese Netzwerke einen Zugang dazu anstoßen kann. Somit impliziert die Kurve ein starkes Wachstum der Zugänglichkeit, dass allerdings ausschließlich auf der Thematisierung in den Newslettern beruht. Einige Unternehmensnetzwerke konnten aufgrund der Pandemie jedoch schon länger keine Versammlungen ihrer Mitglieder*innen abhalten oder nur Online. Der Vorteil der Netzwerke ist der direkte Draht zur Wirtschaftsförderung. Ein weiteres Hauptthema ist der geplante Ausbau des Gasometers in Schöneberg. Perspektivisch sollen dort 2.000 Arbeitsplätze für Mitarbeiter*innen der Deutschen Bahn entstehen - über die Höhe des Baus wird allerdings gestritten. Zudem baut Daimler sein Werk in Marienfelde von Verbrennern um auf Elektromobilität, wobei 2.000 Arbeitsplätze entfallen, weswegen im Dezember Proteste der IG Metall angekündigt wurden.

Ohne die Verzerrung durch die Wochenserie wäre die Kurve der Wirtschaft unauffällig und überraschend unbeeinflusst durch die Restriktionen der Pandemie. Diese Verzerrung kann auch mit der Zuordnung von Einzelhandelsgeschäften in die Kategorie der Nahversorgung begründet werden. Auf diese hat die Pandemie erwiesenermaßen einen negativen Einfluss. Große Konzerne planen jedoch auch zu pandemischen Zeiten langfristig.

Wohnen. In dieser Kategorie geht es vor allem um die Bereitstellung von Wohnraum. Große Wohnbauprojekte befinden sich auf der Friedenauer Höhe und der Schöneberger Linse. Aufgrund von Vermarktungsproblemen wegen des Mietendeckels in Berlin verzögert sich der Bau von 1.200 Wohneinheiten durch einen privaten Investor im erstgenannten Baugebiet immer wieder. Die verschiedenen Bauprojekte auf der Linse hingegen wurden zunehmend fertiggestellt und bezogen. Einige weitere Wohnbauprojekte wie die Marienhöfe, der Wohnpark Mariendorf und die Alboingärten befinden sich in Planung oder im Bau. Hervorzuheben ist hier der Lebensort Vielfalt auf der Schöneberger Linse, wo 70 Appartements für Schwule sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge entstehen sollen. Zum Jahresende wurde zudem vermehrt von Abschlüssen von Anwendungsvereinbarungen zur Verhinde-

rung der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum durch den neuen Eigentümer verkaufter Wohnungsbestände berichtet. Auch Milieuschutzgebiete sind in Planung.

Auf die Kurve des Wohnens hat Corona scheinbar keinen Einfluss in Tempelhof-Schöneberg. Hier gilt es nach wie vor, den hohen Bedarf an Wohnraum in allen Segmenten zu decken.

Zusammenfassende Ergebnisse: Zugänglichkeit – Restriktionen – Novellierung

Die Auswertung zeigt, dass von Beobachtungen auf der Mikroebene des Bezirks Rückschlüsse auf die Entwicklungen auf der Makroebene gezogen werden können. Die kumulierte Bewertung der Zugänglichkeit gibt also oft ein realistisches Stimmungsbild wieder. Im Zeitverlauf war dort generell, nach einem kurzen Einbruch bis zur 17. KW, eine positive Tendenz der Zugänglichkeit auszumachen. Interessant ist auch, dass die Corona-Pandemie nicht alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens gleichermaßen beeinflusst. Das zeigt sich auch in einzelnen Themenkategorien: hier gestaltet sich die Entwicklung der Zugänglichkeit diverser. Die Restriktionen der Pandemie hatten vor allem am Anfang einen sehr negativen Einfluss auf die Zugänglichkeit. Im Verlauf der Pandemie und auch während der zweiten Welle lagen die Kurven in den Kategorien Alltag, Kultur und Nahversorgung stets über dem zuvor tiefsten Niveau. Diese Entwicklung bildet die Adaption an die Situation ab. Alternative Lebens- und Geschäftsmodelle entstehen und bieten neue Perspektiven. Die Novellierungen umfassen neue Online-Shops oder Lieferdienste, die vorschreitende Digitalisierung in allen Bereichen, die Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe (besonders im ersten Lockdown), Outdoor-Formate, Pop-Up-Radwege und eine Vielzahl weiterer Errungenschaften, die teils langfristig funktionieren können. Besonders von dem wissenschaftlichen Fortschritt bei der Impfstoffentwicklung und der gezwungenermaßen schnell fortschreitenden Digitalisierung kann auch postpandemisch profitiert werden. Langfristiges Denken, das von der Pandemie unbeeinflusst war, fand sich vor allem in den Bereichen der Wirtschaft, der Mobilität und des Wohnens.

Reflektion der Untersuchung

Bei der Untersuchung gibt es verschiedene Faktoren, die Einfluss auf das Ergebnis nehmen. Das ist in erster Linie die Subjektivität. Denn von der Auswahl über die Kategorisierung bis hin zur quantitativen Bewertung der Beiträge wurde sich zwar ein Schema erarbeitet, das auf bestimmten Faktoren beruht, allerdings sind auch diese subjektiv bestimmt. Des Weiteren spielen die Newsletterinhalte eine Rolle. Die

Auswahl der Themen erfolgt teils durch aktuelle Entwicklungen, aber auch durch Leser*innenzuschriften oder eigene Präferenzen bzw. Beobachtungen der Verfasserin, wobei stets ein breites Spektrum abgedeckt wird. Durch Themenserien können Verzerrungen entstehen, ebenso durch nicht direkt thematisierte Lockerungen oder Restriktionen aufgrund von Corona.

Rückbezug auf die Neue Leipzig-Charta

Nun soll der Bogen zurück gespannt werden zur Neuen Leipzig-Charta und der Frage, wie sich die darin beschriebene Zugänglichkeit, von der in Tempelhof-Schöneberg identifizierten, unterscheidet. In beiden Dokumenttypen fand sich keine direkte bewusste Thematisierung der Zugänglichkeit. Ausgehend von den in der Tabelle 1 dargestellten Dimensionen ist festzustellen, dass sich diese nahezu mit den Ergebnissen decken. Lediglich der Zugang zur Energieversorgung ließ sich aus den Newslettern nicht ableiten. Aus der Auswertung ergibt sich, wie aus der Neuen Leipzig-Charta, ein diverses Bild von Akteurinnen und Akteuren, Orten, Diensten und Zuständen im Sinne der Zugänglichkeit. Insofern ist eine gute Basis für einen Vergleich beider Definitionen gelegt.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse im Sinne der *gerechten Stadt* fällt auf, dass gerade der Zugang zu Betreuungs- und Bildungseinrichtungen in der pandemischen Stadt nicht gleichberechtigt gewährleistet werden kann. Das Beispiel des umziehenden Weckebach-Krankenhauses stellt auch den gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung infrage. Der Zugang zu Wohnraum erfolgt im Falle des Wohnbauprojekts ‚Lebensort Vielfalt‘ nicht gleichberechtigt. Die Abwendungsvereinbarungen hingegen haben eine Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum zum Ziel. Trotz der Restriktionen in der Pandemie sind Kulturschaffende bemüht, ihr Publikum zu erreichen und somit eine weitreichende Zugänglichkeit zu gewährleisten.

Der Zugang zu Grün- und Freizeitflächen wurde im Verlauf der Pandemie mehrfach stark eingeschränkt. Auch die Sauberkeit der Flächen litt, da sie bei geschlossenen Geschäften als Ausweichmöglichkeit dienten. Die Förderung der emissionsarmen Fortbewegung geht in Tempelhof-Schöneberg nur sehr schleppend voran. Andere Bezirke sind da, zum Beispiel mit der Einrichtung von Pop-Up-Radwegen, deutlich effizienter. Insgesamt fällt das Fazit zur *grünen Stadt* also negativ aus.

Im Modell der *produktiven Stadt* wird der Fokus auf die Wirtschaft gelegt. Mit zahlreichen Gewerbeparks, der Daimler-Produktionsstätte und dem häufig thematisierten Gasometer ist Tempelhof-Schöneberg gut versorgt. Der Zugang zu Nahversorgungsangeboten war jedoch stark eingeschränkt. Folgt man der Neuen Leipzig-Charta, so hängt davon aber die Sicherung der Lebensqualität und der Ausgleich

negativer Effekte des demographischen Wandels ab. Ob diese Effekte eintreten, lässt sich aus der Untersuchung nicht schließen.

Der Zugang zu sicheren öffentlichen Räumen konnte teils nur durch Kontrollen der Polizei gewährleistet werden, wobei hier als sicher gilt, dass alle Maßnahmen der Corona-Verordnung eingehalten werden. In diesem Sinne kann zugleich aber nicht von einem freien Zugang gesprochen werden. Der Zugang zu relevanten Daten wurde vor allem dem Gesundheitsamt eingeräumt. Zudem ist zu sagen, dass die Politik und die Verwaltung eine Digitalisierung erfahren haben, in deren Zuge einige Prozesse und Ordnungen novelliert wurden.

War das Fazit zur Auswertung noch so hoffnungsvoll, so zeigte dieser Vergleich die noch vorhandenen Schwächen der Zugänglichkeit. Natürlich handelt es sich bei den in der Neuen Leipzig-Charta beschriebenen Bedingungen um Idealvorstellungen, von denen Tempelhof-Schöneberg in der Corona-Pandemie jedoch noch ein großes Stück entfernt zu sein scheint. Die postpandemische Stadt wird sicherlich wieder anders aussehen, mit mehr Akteurinnen und Akteuren, Orten, Diensten und Zuständen im Sinne der Zugänglichkeit.

Literaturverzeichnis

Barsig, Valerie; Buschenhagen, Lotte; Kneist, Sigrid; Langowski, Judith; Nietfeld, Joana; Rosenfeld, Sophie (2020) TAGESSPIEGEL LEUTE TEMPELHOF-SCHÖNEBERG. *Tagesspiegel Newsletter*, 10.03.2020 bis einschließlich 22.12.2020.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hg.) (2020) *NEUE LEIPZIG CHARTA. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl*. Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hg.) (2007) *LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt*. Berlin.

Zukunft der Innenstadt aus Akteur*innensicht

Alina Odörfer

Die Arbeit beschäftigt sich mit dem Leitbild der nutzungsdurchmischten Innenstadt in der Neuen Leipzig-Charta und beleuchtet dieses aus der Perspektive unterschiedlicher Akteur*innen. Dafür sind Positionspapiere zur Zukunft der Innenstadt von einschlägigen Verbänden ausgewertet worden. Die Untersuchung hat ergeben, dass die Mehrzahl der Akteur*innen die Idee der nutzungsdurchmischten Innenstadt grundsätzlich befürwortet. Die Innenstadt von morgen wird jedoch nicht nur als mischgenutzter Raum gesehen, sondern es spielen auch andere Aspekte eine Rolle.

Innenstädte nach Corona neu denken - als nutzungsdurchmischte Räume?

Es herrscht Leere in den Innenstädten. Die Corona-Pandemie hat den Strukturwandel des Einzelhandels beschleunigt und damit auch die schon bestehende Krise der Stadtzentren (Erb 2020). Schneller als erwartet stehen unsere Stadtmitten vor Herausforderungen, die neue Konzepte fordern. Eine Antwort darauf, wie die Innenstadt der Zukunft aussehen kann, bietet die Neue Leipzig-Charta (NLC). Diese ist Ende 2020 als neues europäisches Leitdokument für die Stadtentwicklung verabschiedet worden (Urbact 2017). Die Konzepte der Charta sollen den Kommunen als Leitfaden für eine integrierte, gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung dienen. In Bezug auf die Innenstädte empfiehlt die NLC, diese in nutzungsdurchmischte Orte zu transformieren:

„Die Umwandlung von Innenstadtbereichen in attraktive multifunktionale Räume bietet neue Möglichkeiten für die Stadtentwicklung: Es entstehen verschiedene Nutzungen für die Bereiche Wohnen, Arbeiten und Erholung. Produzierendes Gewerbe, Einzelhandel und Dienstleistungen finden sich dort gleichermaßen wie Wohnungen, Gastgewerbe und Freizeitangebote.“ (BMI 2020: 7)

Das Konzept, wie es in der NLC definiert ist, beschreibt somit die wesentlichen Nutzungen und lässt sich unter dem Begriff *nutzungsdurchmischte Innenstadt* zusammenfassen. Zu der Frage, wie eine Umwandlung von Innenstädten in nutzungsdurchmischte Orte gelingen kann, sind in der Fachwelt bereits konkrete Handlungsempfehlungen, Instrumente und Strategien veröffentlicht worden (ARL 2020; Mensing 2019). Bislang ist dieses Konzept jedoch nicht aus der Perspektive verschiedener Akteur*innen betrachtet worden, obwohl die Transformation der Innenstädte u.a. von deren Kooperations- und Handlungsbereitschaft abhängt (vgl. Mensing 2019: 197). Auch wenn sich bereits ein Umdenken abgezeichnet hat, halten in der Praxis ein Teil der Kommunen wie auch einzelne Akteur*innen weiterhin an der Schlüsselfunktion des Einzelhandels fest (ebd.: 193) - zumindest vor der Corona-Pandemie.

Ziel dieser Arbeit ist es, einzuschätzen, inwieweit das Konzept der Nutzungsdurchmischung aus Sicht der Akteur*innen geeignet ist, die negativen Folgen von Covid-19 für die Innenstadt zu meistern. Auf Grundlage von Akteur*innenpositionen soll das Leitbild der Nutzungsdurchmischten Innenstadt weiterentwickelt werden. Dazu untersuche ich in einem ersten Schritt, welche Art von Innenstadt sich die Akteur*innen aus verschiedenen Bereichen für die Zukunft wünschen. Im zweiten Schritt vergleiche ich die Neue Leipzig-Charta mit den Positionen der Akteur*innen, um Nutzen und Grenzen hinsichtlich normativer Konzepte aus Sicht verschiedener Akteur*innen abzuleiten. Dies führt zu folgenden Forschungsfragen:

1. Welche Positionen zur Zukunft der Innenstadt lassen sich in der Akteur*innenlandschaft identifizieren?
2. Wie funktioniert das normative Konzept der Nutzungsdurchmischten Innenstadt in der NLC als Leitbild für die zukünftigen Stadtzentren im Vergleich zu den Positionen unterschiedlicher Akteur*innen?

Verwendetes Material und Methode

Um die oben aufgeführten Forschungsfragen zu beantworten, habe ich dreizehn Positionspapiere zur Zukunft der Innenstadt verschiedener Verbände in einer qualitativen Untersuchung analysiert. Bei der Materialsammlung habe ich sowohl eine offene Suche im Internet als auch eine direkte Suche nach Positionspapieren auf den Webseiten relevanter Verbände durchgeführt. Es fehlen allerdings Positionspapiere aus den Bereichen Kultur, Gastronomie und Werbung.

Im Vorfeld der Analyse habe ich zwei Aspekte herausgefunden, die in der Auswertung der Positionspapiere bearbeitet werden sollten. In einem ersten Schritt habe ich bezüglich des Aspekts „Vision Innenstadt“ untersucht, welches Zukunftsbild die Akteur*innen in ihrem Positionspapier in den Mittelpunkt stellen. Die Titel und Überschriften in den Dokumenten haben dafür oft erste Anhaltspunkte geliefert. Aus den Positionspapieren habe ich dann Kategorien abgeleitet, in die die einzelnen Stellungnahmen eingeordnet worden sind. In einem zweiten Schritt habe ich Schlagworte zum Thema „Merkmale Innenstadt“ erfasst, die die Akteur*innen in ihren Positionspapieren nennen und die die Innenstadt von morgen näher beschreiben.

Die Tabelle auf der nächsten Seite listet die Akteur*innen auf, deren Positionspapiere ich ausgewertet habe (siehe Tab. 1). Dabei ist zu beachten, dass einige der Positionspapiere nicht einzeln, sondern in Kooperation mehrerer Verbände verfasst worden sind (siehe Abb. 1). Die ausgewerteten Positionspapiere geben daher sowohl die Sichtweisen einzelner Verbände als auch von Zusammenschlüssen wieder.

Betrachtete Akteur*innen

Belange der Baukultur: Bundesstiftung Baukultur	Einzelhandelsbranche: Handelsverband Deutschland (HDE)
E-Commerce-Branche: Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (bevh)	Berufsstand der Architekten und Stadtplaner Hamburg: Hamburgische Architektenkammer
Digitalbranche: Bitkom e.V.	Regionaler Gewerbeverband 1: IHK für München und Oberbayern
Stadtmarketingorganisation: Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland e.V. (bcsd)	Regionaler Gewerbeverband 2: SIHK zu Hagen
Stadtentwicklung: Bundesvereinigung der Landes- und Stadtentwicklungsgesellschaften e.V.	Innenstadtentwicklung: Deutscher Verein für Stadtentwicklung und Handel e.V. (urbanicom)
Kommunen und Gemeinden: Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)	Handwerksbranche: Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. (ZHD)
Immobilienbranche: Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA)	Stadt- und Raumplanung: Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (DV)
Handelsimmobilienwirtschaft: German Council of Shopping Places e.V. (GCSP)	Express- und Kurierdienstbranche: Bundesverband Paket und Expresslogistik e.V. (BIEK)

Tabe. 1: Auflistung der betrachteten Akteur*innen (Eigene Darstellung)

Zeitstrahl

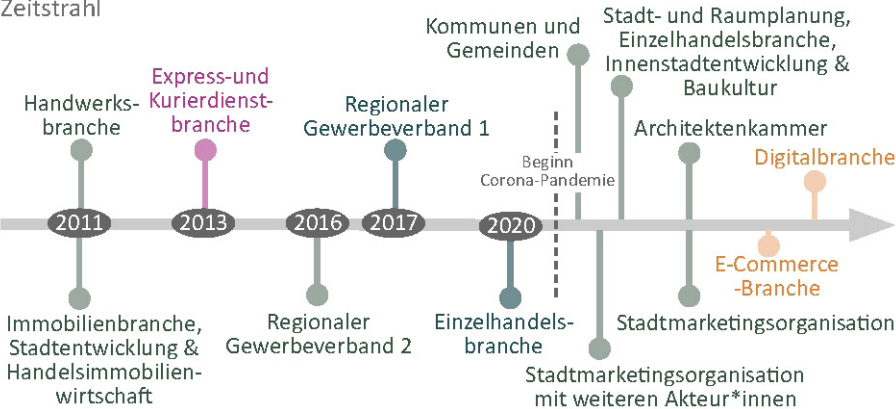


Abb. 1: Veröffentlichungen der Positionspapiere in Einzel- oder Zusammenarbeit (Eigene Darstellung)

Blick in die Positionspapiere

Die folgende Tabelle zeigt die vier zum Aspekt „Vision Innenstadt“ gebildeten Kategorien, die sich aus den Positionspapieren ergeben haben (siehe Tab. 2). Außerdem enthält sie die Anzahl der Positionspapiere pro Kategorie. In der letzten Spalte werden die Akteur*innen aufgelistet, die aufgrund ihres Zukunftsbildes in den Positionspapieren den jeweiligen Kategorien zuzuordnen sind.

Aspekt „Vision Innenstadt“: Kategorisierung der Positionspapiere

ABGELEITETE KATEGORIE	ANZAHL POSITIONSPAPIERE	VERÖFFENTLICHUNG WÄHREND CORONA	AKTEUR*INNENGRUPPEN (BEREICHE/BRANCHEN)
Kategorie 1: Nutzungsdurchmischte Innenstadt	8	5	Baukultur, Stadt- und Raumplanung, Stadtmarketing, Kommunen und Gemeinden, Architektenkammer Hamburg, Einzelhandelsbranche, Handelsimmobilienwirtschaft, Handwerksbranche, Immobilienbranche, Regionaler Gewerbeverband 1
Kategorie 2: Digitale Innenstadt	2	2	E-Commerce-Branche Digitalbranche
Kategorie 3: Handelsrechte Innenstadt	2	0	Einzelhandelsbranche Regionaler Gewerbeverband 2
Kategorie 4: Wirtschaftlich starke Innenstadt	1	0	Express- und Kurierdienstbranche

Tab. 2: Kategorisierung der ausgewerteten Positionspapiere (Eigene Darstellung)

Kategorie 1 „Nutzungsdurchmischte Innenstadt“: Die Mehrheit der Akteur*innen sieht das Konzept der nutzungsdurchmischten Innenstadt als zukunftsweisend. Dabei fällt auf, dass die Mehrzahl der Positionspapiere während der Corona-Pandemie entstanden sind. Eine gesunde Nutzungsdurchmischung steigert aus Sicht der Akteur*innen die Attraktivität und Bedeutung der Innenstädte. Aus Perspektive der Hamburgischen Architektenkammer bleibt die multifunktionale Innenstadt sowohl am Abend als auch am Wochenende belebt (Hamburgische Architektenkammer: 6). Aus Sicht der Handwerksbranche bringt die mischgenutzte Innenstadt zudem Standortvorteile durch eine bessere Kundenreichbarkeit (ZDH e.V.: 4). In Bezug auf die hauptsächlichen Nutzer*innengruppen vertreten zwei Akteur*innen unterschiedliche Sichtweisen. Die Hamburgische Architektenkammer betont, dass vor allem das Wohnen wieder in die Innenstadt zurückgeholt und die Innenstadt daher

insbesondere auf die Bedürfnisse der Bewohner*innenschaft ausgerichtet werden müsse (Hamburgische Architektenkammer: 5). Der Stadtmarketingverband plädiert dagegen für eine multifunktionale Innenstadt, die nicht nur für die lokale Stadtbevölkerung sondern auch für Urlaubsgäste attraktiv ist (Bcsd e.V.b: 1).

Kategorie 2 Digitale Innenstadt: Die beiden Akteur*innen aus der Digital- und E-Commerce-Branche stellen in ihren Positionspapieren die digitale Innenstadt in den Mittelpunkt. Beide Positionspapiere sind während der Pandemie entstanden und reagieren auf die öffentliche Kritik, dass der Online-Handel maßgeblich zur Krise in den Innenstädten beiträgt. Die Akteur*innen plädieren dafür, Online und Offline für ein besseres Innenstadterlebnis zu verzahnen, digitale Infrastrukturen zu schaffen und Innenstadt-Akteur*innen sowie Benutzende digital zu vernetzen. Für Bitkom e.V. bleibt die Innenstadt trotz E-Commerce ein attraktiver Standort für Händler*innen - auch in Zukunft für den ursprünglich reinen Online-Handel (Bitkom e.V.: 1). Der bevh führt aus, dass Online-Shops künftig das physische „Erlebnis Innenstadt“ als ein Teil ihrer digitalen Customer Journey entwickeln und vermarkten werden (Bevh e.V: 4).

Kategorie 3 Handelsgerechte Innenstadt: Sowohl der HDE als auch die IHK Bayern - beides gewerbliche Verbände - halten in ihren Positionspapieren an der Leitfunktion des Einzelhandels fest und sehen die einzelhandelsorientierte Innenstadt weiterhin als Zukunftsmodell (HDE: 1; IHK für München und Oberbayern: 3). Sie fordern insbesondere Maßnahmen, die dem Handel dienen, um die Kund*innenfrequenz wieder zu erhöhen wie bspw. Sonntagsöffnungen. Beide Positionspapiere sind vor der Corona-Pandemie verfasst worden, wobei der HDE seinen Standpunkt im Laufe der Corona-Pandemie geändert hat. Der Verband befürwortet aktuell die nutzungsdurchmischte Innenstadt in einem gemeinsamen Positionspapier mit anderen Akteur*innen (vgl. Bundesstiftung Baukultur et al.).

Kategorie 4 Wirtschaftlich starke Innenstadt: Die Express- und Kurierdienstbranche will eine wirtschaftlich starke Innenstadt. Die Branche soll in Zukunft auch Teil der Innenstadtlogistik werden. Zum einen können innerstädtische Geschäfte ihre Warenangebote direkt vom Paketdienst statt von traditionellen Logistikunternehmen liefern lassen, zum anderen kann der Paketdienst bei digitaler Bestellung die Auslieferung der stationären Ware an die Kundschaft übernehmen (BIEK e. V.: 2f.).

Um einen besseren Einblick in die Positionspapiere zu erhalten, zeigt die folgende Abbildung nun Schlagworte, die die Akteur*innen genannt haben (siehe Abb. 2). Durch die Auswertung der Schlagworte entsteht ein genaueres Bild, wie sich die

Akteur*innen die Zukunft der Innenstadt vorstellen. Je größer die Schriftgröße, desto häufiger wurde das Merkmal in der jeweiligen Kategorie genannt.

Aspekt „Merkmale Innenstadt“:
Cluster der Schlagwörter

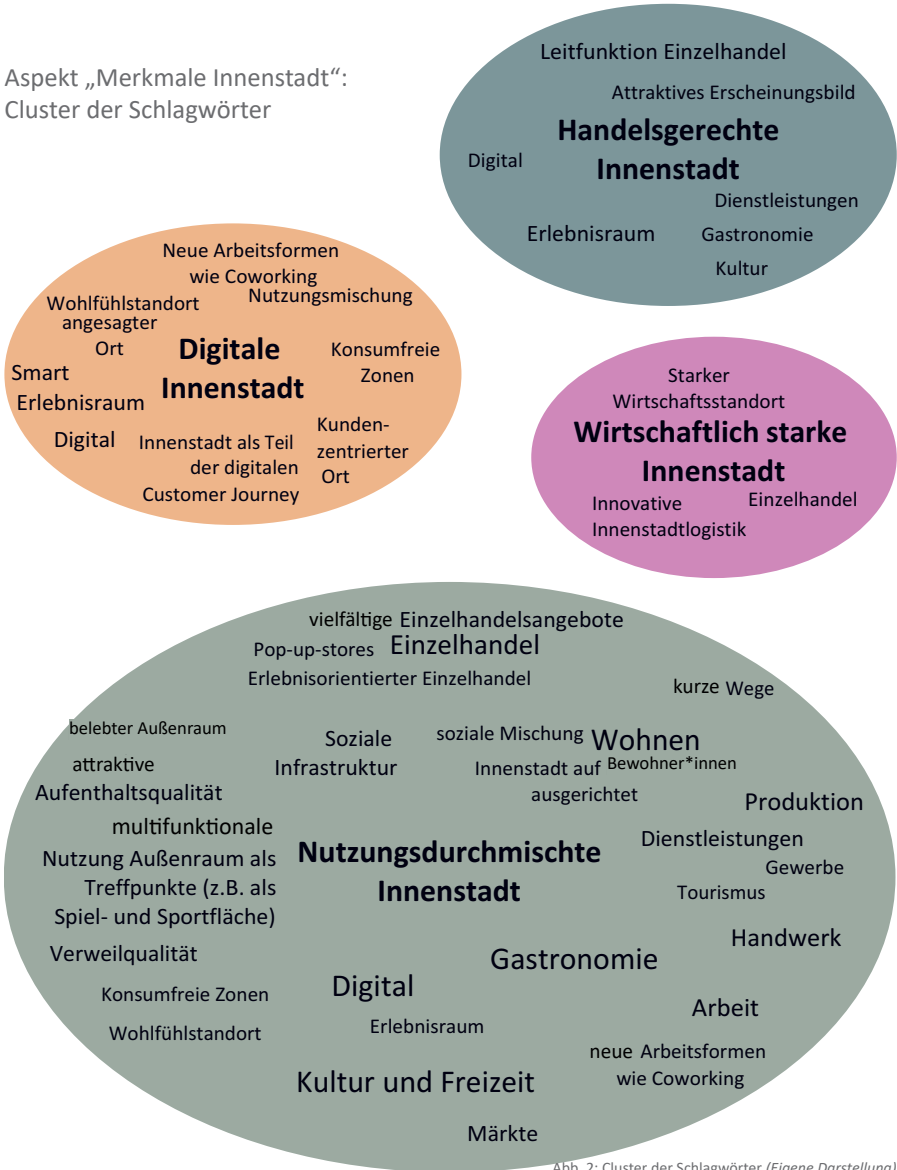


Abb. 2: Cluster der Schlagwörter (Eigene Darstellung)

Aussagekraft der Forschungsergebnisse

Obwohl die gefundenen Positionspapiere nicht alle Akteure*innen repräsentieren, gibt die Analyse dennoch einen Einblick in die Debatte um die Zukunft der Innenstädte aus Akteur*innensicht. Das Auswertungsmaterial deckt nur einen Teil der Akteur*innen ab, da ich bei meiner Internetrecherche vor allem nach Positionspapieren von Akteur*innen gesucht habe, die aus meiner Sicht mit der Innenstadt in Zusammenhang stehen. Es haben sich auch noch nicht alle Akteur*innen zur Zukunft der Innenstadt in Form von Positionspapieren geäußert. Außerdem spiegeln die verwendeten Positionspapiere die Ansichten größerer Akteur*innengruppen wider, da die Verbände die Interessen ihrer Mitglieder auf regionaler oder überregionaler Ebene bündeln und vertreten. Inwieweit sich die Positionen der Verbände mit den Positionen einzelner Akteur*innen auf lokaler Ebene wie bspw. Geschäftsinhabende decken, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht beurteilt werden. Da die Zukunft der Innenstadt in jeder Kommune individuell ausgehandelt wird - abhängig von den einzelnen lokalen Akteur*innen sowie Rahmenbedingungen wie Gebäudebestand oder Finanzierung-, bietet die Arbeit auch keine endgültige Antwort auf die Frage nach der Innenstadt von morgen.

Die Forschungsergebnisse liefern jedoch eine erste Einschätzung, welches Potenzial das Konzept der nutzungsdurchmischten Innenstadt aus Perspektive verschiedener Akteur*innen hat und mit welchen Inhalten das Konzept ergänzt werden kann.

Zukunft Innenstadt aus Akteur*innensicht:

Nutzungsdurchmisch, digital, erlebnisreich

Wie die Ergebnisse der Kategorisierung zeigen (siehe Tab. 1), unterstützt die Mehrheit der untersuchten Akteur*innen in ihren Positionspapieren das Konzept einer nutzungsdurchmischten Innenstadt. Bei genauerer Betrachtung der Schlagworte (siehe Abb. 2) werden jedoch Themen deutlich, die die Akteur*innen nicht nur innerhalb ihres Zukunftsbildes, sondern auch teilweise kategorieübergreifend mehrfach nennen:

- Nutzungsdurchmischung
- Digitalisierung der Innenstadt
- Innenstadt als Erlebnis
- hohe Aufenthaltsqualität

Abwendung der Akteur*innen von der Leitfunktion des Einzelhandels

Den Forschungsergebnissen zufolge ist die handelsgerechte Innenstadt aus Sicht der meisten Akteur*innen nicht mehr zeitgemäß. Darauf deutet auch der Positionswechsel der Einzelhandelsbranche (HDE) hin. Im Januar 2020, kurz

vor Corona, hat er sich noch für eine handelsgerechte Innenstadt ausgesprochen. Im Zuge der Corona-Pandemie plädiert der Verband nun aber für eine nutzungsdurchmischte Innenstadt. Dies mag daran liegen, dass die Corona-Pandemie das veränderte Konsumverhalten der Menschen stärker sichtbar gemacht hat. So hat der starke Zuwachs des Online-Handels während der Pandemie verdeutlicht, dass der reine Warenerwerb aus Konsument*innensicht auch einfach und bequem im Internet erledigt werden kann. Wenn die Innenstadt also langfristig attraktiv bleiben soll, können die an der Innenstadtentwicklung Beteiligten die digitalen Trends im Einkaufsverhalten nicht ignorieren.

Hier setzt das Zukunftsbild der digitalen Innenstadt an. Wenn im stationären Handel Online und Offline stärker miteinander verzahnt sind, können Produkte aus den Geschäften der Innenstadt künftig auch online bestellt werden, die die Kurier- und Paketdienstbranche mit ihrer innovativen Innenstadtlogistik den Kund*innen zustellt. Die Akteur*innen aus der Digitalbranche sehen den physischen Raum der Innenstadt außerdem als Teil einer Marketingstrategie im ansonsten digitalen Kaufprozess. Das bedeutet, dass der stationäre Einzelhandel weiterhin in der Innenstadt präsent sein wird, wenn auch in anderer Form. Im stationären Einzelhandel der Zukunft geht es weniger um den reinen Verkauf als vielmehr um das Erlebnis sowie die Präsentation der Produkte oder Marken.

Nutzen und Grenzen des Zukunftsbilds zur Innenstadt in der NLC

Wie die Forschungsergebnisse zeigen, bildet das Leitbild der nutzungsdurchmischten Innenstadt eine geeignete, aber ausbaufähige Grundlage für die Diskussion um die Zukunft der Innenstädte. So erweist sich das Konzept aus Sicht der Akteure*innen als grundsätzlich nützlich, hat aber auch Grenzen. Auffällig ist, dass sich sowohl die Positionen der Akteur*innen als auch das Konzept der NLC auf die historisch gewachsenen Stadtzentren beziehen. Quartiersbezogene Stadtteilzentren, wie man sie vor allem in größeren Städten findet, sind in diesem Zusammenhang nicht gemeint.

Das Leitbild der NLC drückt auf allgemeiner Ebene aus, was für eine Innenstadt aus Sicht der meisten Akteur*innen wünschenswert ist. Die Auflistung der Nutzungen schafft eine grobe Vorstellung von einer mischgenutzten Innenstadt, ist jedoch im Detail noch offen. Daher erreicht das Konzept die Zustimmung unterschiedlicher Akteur*innen, wie die Vielfalt der Akteur*innen in der Kategorie „nutzungsdurchmischte Innenstadt“ zeigt. Allerdings zeichnen sich bei den Fragen, wie einzelne Nutzungen konkret aussehen können und für wen die Innenstadt in Zukunft hauptsächlich gestaltet werden soll, bereits Unterschiede in den Positionspapieren einzelner

Akteur*innen ab. Dies ist durch den normativen Charakter des Leitbilds begründet. Es zeigt die Richtung auf, in die sich Innenstädte entwickeln sollen. Die Konkretisierung muss jedoch individuell durch jede Stadt erfolgen. Normative Konzepte wie die NLC sind langfristig orientierte Strategien. Aus Sicht der meisten Akteur*innen scheint der Erhalt der bestehenden Innenstädte durch einzelhandelsorientierte Maßnahmen keine nachhaltig wirksame Strategie mehr zu sein, da diese nicht den Kern des Problems treffen. Das bereits vor der Corona-Pandemie in Ansätzen erkennbare Umdenken der Akteur*innen in Bezug auf die Innenstädte scheint sich also durch die Corona-Pandemie verfestigt zu haben. So hat die Corona-Pandemie die digitalen Trends verstärkt und damit den Blick für laufende Prozesse geschärft, die u.a. auch unsere Innenstädte betreffen. Es hat sich gezeigt, dass die Verlagerung von Aktivitäten in die virtuelle Welt Auswirkungen auf physische Räume wie Stadtzentren hat und diese dann überflüssig werden können, wenn sie ihre Rolle in unserer zunehmend hybriden Welt aus Online und Offline nicht neu definieren.

In Reflexion der Positionspapiere ist festzustellen, dass das Leitbild der NLC schon dadurch richtungsweisend ist, dass es die Leitfunktion des Einzelhandels in Frage stellt und neue Nutzungen in den Fokus rückt. Die weiteren von den Akteur*innen genannten Zukunftsthemen wie *Digitalisierung*, *Innenstadt als Erlebnisort* und *hohe Aufenthaltsqualität* fehlen jedoch im Leitbild der nutzungsdurchmischten Innenstadt. Zwar findet sich ein Teil der Themen wie *Digitalisierung* und *hohe Aufenthaltsqualität* an anderer Stelle der NLC wieder - so wird die *Digitalisierung* bspw. als Querschnittsthema definiert - , sie werden aber nicht ausdrücklich in das Zukunftsbild der Innenstadt integriert.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Konzept der nutzungsdurchmischten Innenstadt in der NLC nach Ansicht vieler Akteur*innen einen Konsens darüber schafft, wie die Innenstadt von morgen aussehen kann. Die breite Übereinstimmung erleichtert die Zusammenarbeit und Kommunikation im Transformationsprozess, da die Mehrheit der Akteur*innen bereits ein annähernd gleiches Bild von der Zukunft der Innenstadt hat. Dennoch bietet dieses Konzept nur eine erste Orientierung. Die Akteur*innen sehen die Innenstadt von morgen in ihren Positionspapieren nämlich nicht nur als mischgenutzten Raum, sondern es spielen auch andere Aspekte für sie eine wichtige Rolle. Um die Positionen der Mehrheit der Akteur*innen angemessen abzubilden, muss die nutzungsdurchmischte Innenstadt daher um die anderen Aspekte erweitert werden.

Neuer Ansatz: von der Nutzungsdurchmischten zur hybriden Innenstadt

Um die für die meisten Akteur*innen wichtigen Komponenten *Nutzungsdurchmischung*, *Digitalisierung*, *Innenstadt als Erlebnis* und *hohe Aufenthaltsqualität* konzeptionell zu vereinen, sollte das Leitbild der Nutzungsdurchmischten Innenstadt der NLC begrifflich weiterentwickelt werden. So kann das Prinzip der Durchmischung meines Erachtens nicht nur auf Nutzungen, sondern auch auf die anderen identifizierten Zukunftsthemen angewendet werden. Das Stadtzentrum ist dann sozusagen ein „Hybrid“ (siehe Abb. 3).

Innenstadt von morgen als Hybrid

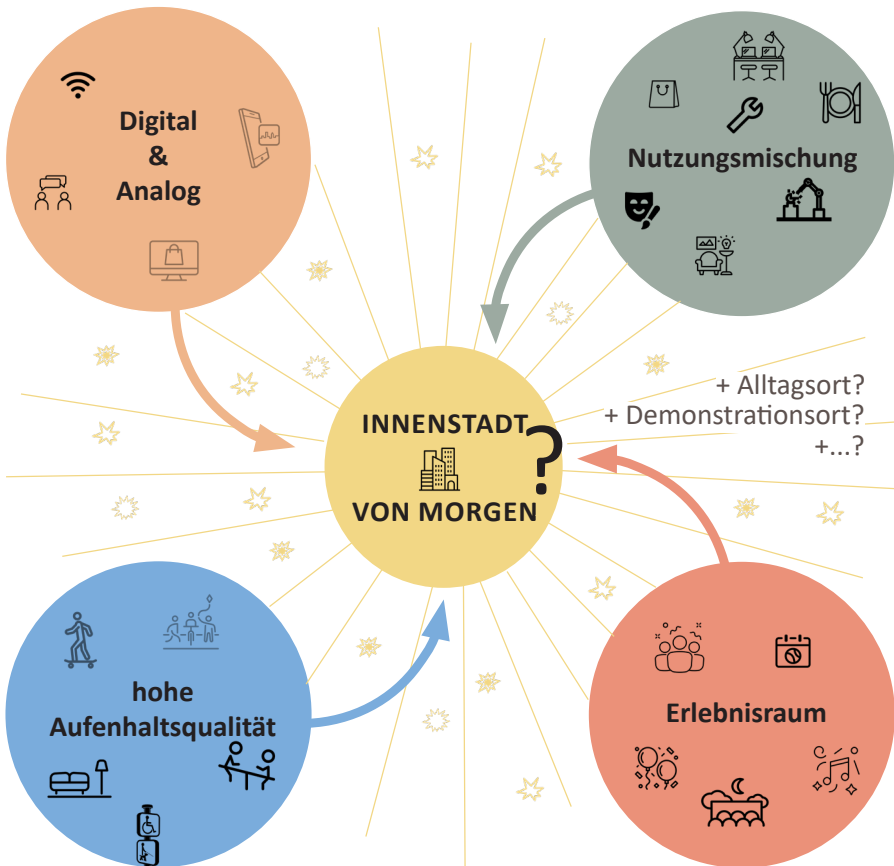


Abb. 3: Hybride Innenstadt (Eigene Darstellung)

Die Komponenten der hybriden Innenstadt

Zur besseren Übersicht werden im Folgenden die vier Komponenten der hybriden Innenstadt, die sich aus den Akteur*innenpositionen ergeben haben, zusammengefasst und mit meinen eigenen Gedanken ergänzt.

1. Komponente Digital & Analog: Unsere Innenstädte müssen sich auf unsere zunehmend hybride Welt aus Online und Offline einstellen. Dementsprechend müssen Akteur*innen wie der Einzelhandel, aber auch die gesamte Innenstadt ihre physisch-analoge Vorteile nutzen und den Erlebniswert in den Vordergrund stellen. Gleichzeitig müssen aber auch digitale Angebote und Infrastrukturen geschaffen werden, um das Nutzer*innenerlebnis zu verbessern und die bisherige Reichweite, insbesondere im stationären Handel, zu erhöhen.

2. Komponente hohe Aufenthaltsqualität: Die öffentlichen Räume unserer Innenstädte sollten multifunktional ausgerichtet sein, um die gesamte Stadtbevölkerung anzusprechen. Dadurch werden die Innenstädte auch außerhalb der Öffnungszeiten belebt. Die öffentlichen Räume müssen zukünftig so gestaltet sein, dass sie mehr zum Verweilen und Wohlfühlen einladen und damit niederschwellig soziale Begegnungen fördern. Dafür ist es wichtig, einen Teil der öffentlichen Räume auch als konsumfreie Zonen zu entwickeln.

3. Komponente Nutzungsdurchmischung: Mit Blick auf die Corona-Pandemie halte ich Nutzungen für besonders wichtig, die nicht durch die virtuelle Welt ersetzt werden können, wie bspw. Wohnen, Handwerk aber auch urbane Produktion. Dabei übernehmen in diesem Zusammenhang sogenannte „urbane[] Offline-Perlen“ eine wichtige Rolle (Mensing 2019: 194). Das sind Nutzungen, die vom persönlichen Kontakt leben und nicht in die virtuelle Welt verlagert werden können (ebd.: 194). In Abgrenzung zur digitalen Welt sollte daher ein Fokus auf innerstädtische Nutzungen gelegt werden, die persönliche Kontakte und Begegnungen ermöglichen und in unseren Alltag integriert sind, wie bspw. Kindergärten, Schulen oder Coworking-Spaces.

4. Komponente Erlebnisort: Um für die Menschen als Erlebnisort attraktiv zu sein, muss sich vor allem der Einzelhandel neu erfinden und innovative Attraktionen wie bspw. Virtual Reality in die Ladenkonzepte einbinden. Auch urbane, gläserne Manufakturen steigern den Erlebniswert, da wir beobachten können, wie Handwerk ausgeübt wird. Aus meiner Sicht eignet sich allerdings nicht jedes Stadtzentrum als Erlebnisort, da erlebnisorientierte Angebote wie bspw. Kultur oder attraktiver Einzelhandel eine kritische Masse an Nutzenden brauchen, die vor allem in kleine-

ren Städten aufgrund des geringeren Einzugsgebiets nicht erreicht wird. Das heißt, nicht jede Innenstadt kann sich in Zukunft gleichermaßen zu einem Erlebnisort entwickeln. Deshalb sollte diese Komponente zusätzlich das Thema Alltagsort beinhalten. So soll die Innenstadt von morgen für uns auch im Alltag eine wichtige Rolle spielen, indem wir dort Nutzungen vorfinden, die wir täglich aufsuchen wie bspw. Kindertagesstätten oder Schulen. Die Innenstadt von morgen sollte daher eher als eine Mischung aus Alltags- und Erlebnisort verstanden werden, in der je nach Lage und Einzugsgebiet die eine oder andere Funktion überwiegt.

Es ist deutlich geworden, dass die vier identifizierten Komponenten nur eine Grundlage dafür darstellen, wie eine hybride Innenstadt aussehen kann. Das heißt, die hybride Innenstadt sollte noch um weitere Komponenten ergänzt werden, die die betrachteten Akteur*innen bisher nicht angesprochen haben. Erste Ergänzungen meinerseits sind die urbanen Offline-Perlen von Mensing und die Innenstadt als Alltagsort. Darüber hinaus sind noch weitere Themen denkbar wie die politische Funktion der Innenstadt als Versammlungs-, Demonstrations- und Kundgebungs-ort, wie es z.B. während der Corona-Pandemie zu beobachten ist. Die in der Grafik dargestellten Komponenten sind daher als Anregungen zu verstehen, die weiterentwickelt werden sollen.

Fazit und Ausblick

Das Konzept der nutzungsdurchmischten Innenstadt in der Neuen Leipzig-Charta bietet aus Sicht der Akteur*innen eine tragfähige Basis zur Transformation der Innenstädte nach der Corona-Pandemie. Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung ist aber ein aktives Handeln, das von den Akteur*innen vor Ort maßgeblich unterstützt werden muss. Außerdem sollten die Akteur*innen nicht nur ihre Einzelinteressen verfolgen, sondern sie müssen sich untereinander abstimmen und gemeinsam an einem Strang ziehen. Eine von allen getragene Vision ist dabei von großem Vorteil. Wie die Forschungsergebnisse gezeigt haben, ist das Konzept der nutzungsdurchmischten Innenstadt in der NLC dafür aber nur begrenzt ausreichend. Die Akteur*innen setzen zwar überwiegend auf die *Nutzungsdurchmischung*, viele halten aber auch die Themen der *Digitalisierung*, *Innenstadt als Erlebnis* und *hohe Aufenthaltsqualität* für wichtig. Nach der Corona-Pandemie sollten die Akteur*innen der Innenstadtentwicklung daher nicht nur einseitig auf eine Nutzungsdurchmischung hinarbeiten, sondern auch versuchen, die anderen Aspekte umzusetzen. In Reflexion der Akteur*innenpositionen müsste das Leitbild der nutzungsdurchmischten Innenstadt daher zur *hybriden Innenstadt* weiterentwickelt werden. Das Bild einer solchen *hybriden Innenstadt* zu konkretisieren und zusätzliche Komponenten zu identifizieren, die für weitere Akteur*innen wichtig

sind, kann Gegenstand zukünftiger Arbeiten werden.

Literaturverzeichnis:

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (Hrsg.) (2020) *Zukunft der (Stadt-) Zentren ohne Handel? Neue Impulse und Nutzungen für Zentren mit Zukunft*. Hannover: Verlag der ARL.

Bcsd e.V.(2020a) *Innenstadt der Zukunft – urbanes Leben gemeinsam gestalten*. https://www.bcsd.de/su/chargeergebnisse/?datei=positionspapier_innenstadt_bcsd_1.pdf [Zugriff am: 02.02.2021].

Bcsd e.V. (2020b) *Zeit für Stadtoptimisten – das Abschluss-Kommuniqué*. https://www.stadtoptimisten.de/media/abschluss-kommunique_stadtoptimisten.pdf [Zugriff am: 02.02.2021].

Bitkom e.V. (2020) *Positionspapier. Maßnahmen zur Digitalisierung der Innenstädte*. https://www.bitkom.org/sites/default/files/2020-12/20201218_positionspapier-digitale-innenstadte.pdf [Zugriff am: 02.02.2021].

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hg.) (2020) *NEUE LEIPZIG CHARTA. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl*. Berlin.

Bundesstiftung Baukultur, DV, HDE und urbanicom (2020) *Stoppt den Niedergang unserer Innenstädte*. https://urbanicom.de/wp-content/uploads/2020/09/StatementInnenstadt_BSBK_DV_HDE_urbanicom.pdf [Zugriff am: 02.02.2021].

Bevh e.V (2020) *Die Innenstadt der Zukunft braucht ein digitales Fundament – 6 Punkte-Plan des bevh*. https://www.bitkom.org/sites/default/files/2020-12/20201218_positionspapier-digitale-innenstadte.pdf [Zugriff am: 02.02.2021].

BIEK e. V. (2013) *Positionspapier Innenstadtlogistik*. <https://www.biek.de/publikationen/positionspapier-re.html?page=4> [Zugriff am: 02.02.2021].

Deutscher Städte- und Gemeindebund (2020) *Rettet unsere Innenstädte. Nutzungsvielfalt stärken – Neue Konzepte entwickeln*. <https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Aktuelles/2020/Rettet%20unsere%20Innenstädte/PP%20Allianz%20für%20Innenstädte%20020920.pdf> [Zugriff am: 02.02.2021].

Erb, Andreas (2020) *Viele Städte sind alarmiert: Die Coronakrise beschleunigt die Transformation der Innenstädte*. <https://www.obm-zeitung.de/staedtebau/viele-staedte-sind-alarmiert-die-coronakrise-beschleunigt-die-transformation-der-innenstaedte-3940/> [Zugriff am: 02.02.2021].

Hamburgische Architektenkammer (2020) *Hamburg 2021. Chancen für die Nach-Corona-Stadt*. https://www.akhh.de/fileadmin/user_upload/PM_Chancen_für_die_Nach-Corona-Stadt.pdf [Zugriff am: 02.02.2021].

HDE (2020) *Gute Politik für attraktive Innenstädte. 11-Punkte-Plan des HDE*. https://einzelhandel.de/index.php?option=com_attachments&task=download&id=10374 [Zugriff am: 02.02.2021].

IHK für München und Oberbayern (2017) *Positionspapier zum Handel*. https://www.ihk-muenchen.de/ihk/documents/Branchen/Handel/Positionspapier-Handel/Positionspapier_Handel.pdf [Zugriff am: 02.02.2021].

LEG, GCSP und ZIA (2011) *Weißbuch Innenstadt - Plädoyer für mehr Vielfalt in den Innenstädten*. https://www.zia-deutschland.de/fileadmin/Redaktion/Positionen/PDF/Weibuch_Innenstadt_Stellungnahme.pdf [Zugriff am: 02.02.2021].

Mensing, K. (2019) Was kommt, wenn der Handel geht? Neue Nutzungen für Zentren mit Zukunft. *Stand-ort* 43 (3), 192-197.

Südwestfälische IHK zu Hagen (2016) *Standort Innenstadt stärken*. <https://www.sihk.de/blueprint/servlet/resource/blob/808748/c9be096a45528d921cdf393b5a6f9dfe/flyer-komplett-fuer-internet-data.pdf> [Zugriff am: 02.02.2021].

Urbact (2017) *Leitdokument für die Stadtentwicklung in Europa: Die Neue Leipzig-Charta*. <https://urbact.eu/leitdokument-für-die-stadtentwicklung-europa-die-neue-leipzig-charta> [Zugriff am: 02.02.2021].

ZDH e.V. (2011) *Weißbuch Innenstadt - Stellungnahme des Zentralverbandes des Deutschen Handwerk*. https://www.zdh.de/fileadmin/user_upload/themen/wirtschaft/bauwesen/15-4-1_I_20110401_Weissbuch_Innenstadt_Stellungnahme_ZDH_2011.pdf [Zugriff am: 02.02.2021].

Dimensionen der Digitalisierung in der Neuen Leipzig-Charta

Vanessa Pohl

Das Ziel dieser Arbeit ist es, einen Überblick zu verschaffen, wie die Neue Leipzig-Charta Digitalisierung definiert und welche verschiedenen Bereiche zusätzlich berührt werden. Zudem wird mithilfe weiterer Texte genauer auf Themen wie dem Datenschutz und die Gefahr der digitalen Spaltung eingegangen. Zur Beurteilung der Auswirkungen von Digitalisierung auf die Gesellschaft wurde eine qualitative Umfrage mit 29 Teilnehmer*innen durchgeführt. Ergebnis der Arbeit ist die Erkenntnis, dass die Digitalisierung einen umfangreichen Einfluss auf stadtplanerische sowie gesellschaftliche Prozesse hat. Neben neuen Herausforderungen und Problemen entstehen jedoch auch Chancen durch die fortschreitende Digitalisierung.

Digitalisierung: ein Wort, welches allgegenwärtig ist. Aber was bedeutet das eigentlich? Für Digitalisierung gibt es viele unterschiedliche Definitionen. Im folgenden Text wird näher darauf eingegangen, wie die Neue Leipzig-Charta Digitalisierung definiert, welche Bereiche berührt werden und welche neuen Herausforderungen entstehen. Der folgende Text geht aus diesem Grund folgender Frage nach:

Welche Dimensionen der Digitalisierung werden in der Neuen Leipzig-Charta aufgezeigt und inwiefern entstehen dadurch neue Herausforderungen?

Des Weiteren werden verschiedene Thesen untersucht, welche sich mit der Digitalisierung befassen. Diese Thesen wurden auf der Grundlage von Aussagen in der Neuen Leipzig-Charta und einem Interview von Adam Greenfield mit der österreichischen Zeitung „Der Standard“ aufgestellt, um die darin dargelegten Fakten kritisch zu betrachten. Aus diesem Grund sind die Thesen bewusst provokant formuliert.

1. Die Kommunen handeln bei der Bereitstellung von digitalen Infrastrukturen überwiegend nach wirtschaftlichen Interessen.
2. Datenschutz ist in Zeiten von sozialen Medien jedem egal.
3. Die Digitalisierung mindert soziale und räumliche Unterschiede.
4. Die Digitalisierung verringert die zwischenmenschliche Kommunikation.

Um nicht nur die Neue Leipzig-Charta und weitere Positionspapiere sowie meine eigene Position wiedergeben zu können, habe ich eine Umfrage zu dem Thema und seinen einzelnen Unterpunkten durchgeführt. Die Ergebnisse werden ebenfalls im Folgenden dargestellt und ausgewertet. Teilgenommen an der Umfrage haben 29 Personen mit einem Durchschnittsalter von 23,1 Jahren. Die Altersspanne lag dabei zwischen 18 und 35 Jahren. Der Überwiegende Teil der Befragten waren Studie-

rende, aber auch eine Schülerin und fünf Berufstätige haben daran teilgenommen. Diese Umfrage dient als Meinungsbild zu bestimmten Themen der Digitalisierung und ist nicht repräsentativ für diese Bevölkerungsgruppe.

Als erstes werde ich dabei auf die Neue Leipzig-Charta eingehen, im Anschluss werden verschiedene Texte, die sich mit dem Thema beschäftigen und dieses auch teilweise kritisch beleuchten, untersucht. Zudem wird ein kurzer Ausblick in die Zukunft gegeben - in Bezug auf die postpandemische Stadt. Bei allen Punkten wird Bezug genommen auf die Ergebnisse der Umfrage.

Die Digitalisierung in der Neuen Leipzig-Charta

Die Digitalisierung ist eines der Themen, mit denen sich die Neue Leipzig-Charta beschäftigt und zugleich viele Bereiche des alltäglichen Lebens berührt. Dabei wird Digitalisierung oftmals sehr unterschiedlich definiert. Als Digitalisierung kann sowohl die Umwandlung analoger in digitale Daten angesehen werden als auch die Veränderung und Weiterentwicklung von Geschäftsmodellen. Zudem wird oft der raum- und zeitunabhängige Zugang zu Daten als wichtiges Merkmal der Digitalisierung genannt. Eine einheitliche Definition für den Begriff Digitalisierung gibt es nicht (Fachhochschule des Mittelstandes 2020: 6f.).

In der Neuen Leipzig-Charta wird die Digitalisierung als Chance für die Transformation der Städte und als wichtiger Bereich für eine nachhaltige Stadtentwicklung bezeichnet. Zudem wird darauf hingewiesen, dass mithilfe der Digitalisierung innovative und anspruchsvolle Dienstleistungen für die Bevölkerung und Firmen geschaffen werden können. Dazu zählen beispielsweise eine „smarte“ städtische Mobilität, Energieeffizienz, Möglichkeiten für nachhaltiges Wohnen, öffentliche Dienstleistungen, der Einzelhandel und die Nahversorgung sowie die digitale Verwaltung und Beteiligung. Des Weiteren wird thematisiert, dass digitale Lösungen vor allem in Krisenzeiten die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen stärken können (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020: 6). Diese Aussage gewinnt besonders in der jetzigen Covid-19-Pandemie an Bedeutung, da viele Kommunen jetzt auf digitale Lösungen angewiesen sind. Aber auch die an der Umfrage teilnehmenden Personen haben sich dazu geäußert was für sie Digitalisierung ist.

Für die meisten beschreibt es die Umwandlung analoger Daten in digitale Daten und die damit verbundene einfache Möglichkeit der Bearbeitung, Vervielfältigung, Speicherung und des teilen von Daten und Informationen, aber auch der raum- und zeitunabhängige Zugang zu Daten ist für sie ein wichtiges Merkmal der Digitalisie-

rung. Ein weiterer Aspekt ist die Veränderung von Geschäftsmodellen, dies wurde auch schon in der Neuen Leipzig-Charta angesprochen. Aber auch die verschiedenen Möglichkeiten, mit anderen Personen Kontakt zu halten, wurde bei der Frage nach einer Definition für den Begriff Digitalisierung, genannt.

Aber die Neue Leipzig-Charta definiert den Begriff nicht nur, sondern zeigt auch auf, wie beispielsweise die Kommunen mit dem digitalen Wandel umgehen sollen und welche Hindernisse und Schwierigkeiten zu überwinden sind, beziehungsweise, worauf dabei zu achten ist.

Der wichtigste Aspekt ist dabei die Vermeidung „[...] neue[r] Formen der Benachteiligung auf sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und räumlicher Ebene“ (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020: 1). Daher ist es wichtig, dass die Kommunen gemeinwohlorientiert arbeiten und entsprechende Dienstleistungen und Infrastrukturen bereitstellen, welche inklusiv, bezahlbar, sicher und für alle zugänglich sind (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020: 7). Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, ist eine wichtige Aufgaben der Kommune die Vermittlung unterschiedlicher Interessen und Stadtpunkte untereinander. Dabei müssen die Kommunen einerseits die wirtschaftlichen Interessen von Firmen berücksichtigen, andererseits aber auch das öffentliche Interesse. Vor allem die Vertretung des öffentlichen Interesses ist eine der Hauptaufgaben der Kommune, da diese am nächsten an den Bürger*innen und deren Bedürfnissen dran ist. Damit die Kommunen diese Aufgabe auch erfüllen können, haben Städte und Kommunen verschiedenen Instrumente, mit denen sie zu einer gemeinwohlorientierten

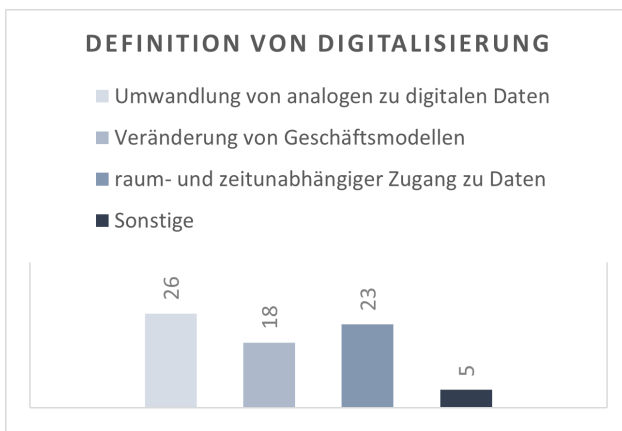


Abb. 1: Definition von Digitalisierung (Eigene Darstellung)

Stadtentwicklungspolitik beitragen können. Eines dieser Instrumente ist die in der Neuen Leipzig-Charta beschriebene Lenkungs- und Gestaltungshoheit, welche vor allem bei der Wahrung des öffentlichen Interesses in Bezug auf die Digitalisierung eine wichtige Rolle spielt (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020: 9). Darin heißt es: „Städte brauchen: Lenkungs- und Gestaltungshoheit bei Infrastrukturen, öffentlichen Dienstleistungen und bei der Sicherung des Gemeinwohls. Dazu zählen [...] weiterhin vernetzte Informations- und Kommunikationssysteme [...]“ (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020: 9). Damit wird den Kommunen ein Instrument zur Verfügung gestellt, mit dem sie auch entgegen wirtschaftlicher Interessen handeln können und dem öffentlichen Interesse nachzukommen, um zum Beispiel der Problematik der „letzten Meile“ entgegen zu wirken. Dieses Thema wird im Folgenden näher behandelt.

Ein weiteres wichtiges Thema, welches in der Neuen Leipzig-Charta angesprochen wird, sind die mit der Digitalisierung einhergehenden Gefahren und Risiken. Insbesondere die Gefahr der digitalen Spaltung der Gesellschaft ist hierbei zu nennen (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020: 1). Zu dieser Spaltung der Gesellschaft kann es aus mehreren Gründen kommen. Einerseits durch unterschiedliche finanzielle Ressourcen, die der Bevölkerung zur Verfügung stehen, andererseits werden so auch Personen ausgeschlossen, welche auf Grund des Alters, körperlicher oder geistiger Beeinträchtigungen nicht in der Lage sind, digitale Endgeräte zu nutzen oder dies auch nicht möchten. Dass dies ein wichtiges Thema ist, hat sich auch in der Umfrage gezeigt. 12 der 29 Teilnehmenden haben angegeben, dass eine mögliche soziale Spaltung der Gesellschaft einer der größten Nachteile der Digitalisierung ist, somit sollte auch in Zukunft besonders stark darauf geachtet werden, dem entgegenzuwirken. Auch die Neue Leipzig-Charta greift die Problematik des Ausschlusses von Bevölkerungsgruppen durch den digitalen Wandel auf und schlägt vor, dass Kommunen lösungsorientierte Technologien voranbringen, zur Vermeidung dieses Ausschlusses. Zudem soll die Transparenz von Prozessen sichergestellt werden, was zur deren Nachvollziehbarkeit beitragen würde. Weiterhin soll der digitale Wandel auf gemeinsamen Wertvorstellungen basieren und im Einklang mit dem Völkerrecht und den Menschenrechten stehen (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020: 11).

Neben der Gefahr der digitalen Spaltung der Gesellschaft wird auch das Problem des Datenschutzes und der Datensicherheit in der Neuen Leipzig-Charta angesprochen (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020: 1), welches mit fortschreitender Digitalisierung immer wichtiger wird, um die persönlichen Daten der Bevölkerung zu schützen. Auch in der Umfrage wurde deutlich, dass sich die

meisten Teilnehmer*innen im Zusammenhang mit der Digitalisierung Sorgen um die Sicherheit ihrer Daten machen. Einer der Gründe dafür könnten die im Zuge des digitalen Wandels aufkommenden neuen Formen der Kriminalität sein. Anstelle von Wohnungseinbrüchen mit dem damit verbundenen Diebstahl von persönlichen Gegenständen birgt die Cyberkriminalität ein neuartiges Risiko des Datenklaus.

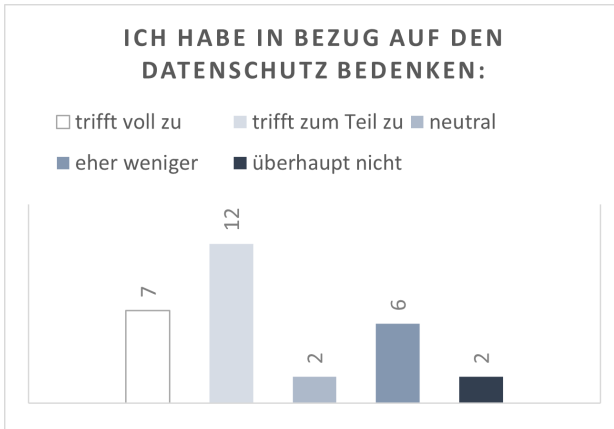


Abb. 2: Datenschutz (Eigene Darstellung)

Um der im vorangegangenen Abschnitt angesprochene Problematik der digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegen zu wirken, empfiehlt die Neue Leipzig-Charta, dass alle Bürger*innen im Rahmen der gerechten Stadt die Möglichkeit haben sollten, sich lebenslang weiterbilden zu können. Dabei verweist sie insbesondere auf den Bereich der Digitalisierung und Technik (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020: 5). Die Erforderlichkeit der Bildung im Umgang mit den digitalen Medien wurde auch in der Umfrage als wichtiger Punkt im Zusammenhang mit der fortschreitenden Digitalisierung angesprochen.

Da die Neue Leipzig-Charta die Digitalisierung und deren Auswirkungen zwar auch auf sozialer Ebene beleuchtet, aber diese vor allem aus einer technokratischen Sichtweise betrachtet, wird im Folgenden auch auf Positionen anderer Autor*innen eingegangen, welche die sozialen Auswirkungen der Digitalisierung betrachten. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass die sozialen Herausforderungen meist mit technischen und wirtschaftlichen Problemen einhergehen.

Digitalisierung im fachlichen Diskurs

Diese Autor*innen setzten sich in ihren Texten und Interviews vor allem kritisch mit der Digitalisierung und den daraus resultierenden Herausforderungen auseinander.

Aber auch positive Veränderungen, die mit der Digitalisierung einhergehen, werden thematisiert. Dabei wird der Fokus insbesondere auf die sozialen Aspekte der Digitalisierung gelegt.

Im Text *„Das Internet und die Stadt – Visualisierung oder Revitalisierung städtischer Arbeits- und Lebensverhältnisse“* werden Themen, wie beispielsweise die Überwindung von Raum und Zeit durch Informations- und Kommunikationstechnologien behandelt. Dies wurde auch in der Umfrage als ein wichtiger Aspekt der Digitalisierung beschrieben. Durch die Überwindung von Raum und Zeit werden geografische Unterschiede im Cyberspace scheinbar aufgehoben was zu einem vermeintlichen Ende der Geografie führt. Jedoch werden bei dieser Theorie wesentliche Probleme, wie zum Beispiel die Cyber-Segmentierung, nicht beachtet. Das heißt, privilegierte Orte mit einer guten Anbindung an die digitale Infrastruktur haben bessere ökonomische Chancen als Orte, an denen es unzureichende, bis keine Investitionen in informationstechnische Infrastrukturen gibt. Dies hat zur Folge, dass elektronische „Hypergettos“ entstehen, zum Teil auch in unmittelbarer Nähe zu Orten mit einer guten Anbindung an die nötigen Infrastrukturen. Dieses Phänomen wird auch das Problem der „letzten Meile“ genannt. Dazu kommt es, da der Ausbau von Hochleistungsglasfasernetzen beispielsweise in Städten nicht in der Fläche, sondern entlang von Achsen und strategischen Knoten erfolgt. Als Folge besteht die Gefahr, dass sich beim weiteren Ausbau die räumliche Selektivität in Bezug auf die informationstechnischen Infrastrukturen verstärkt (Läpple 2004: 406-410).

Auch hier wird in diesem Zusammenhang wieder auf die Gefahr der digitalen Spaltung durch den selektiven Ausbau von digitalen Infrastrukturen verwiesen (Läpple 2004: 407). Somit wird deutlich, dass die technischen und wirtschaftlichen Entscheidungen direkte soziale Auswirkungen haben können. Dies wurde in der Neuen Leipzig-Charta ebenfalls als Herausforderung genannt, welche durch die fortschreitende Digitalisierung entstehen kann und vermieden werden sollte.

Aber nicht nur die digitale Spaltung ist eine mögliche neue Gefahr oder Herausforderung, die mit der Digitalisierung einhergeht. Durch die Digitalisierung entstehen noch weitere Problematiken auf die eingegangen werden muss. Ein Punkt ist zum Beispiel die menschliche Kommunikation. Adam Greenfield spricht diese Thematik in seinem Interview mit „Der Standard“ an. Dort stellt er die These auf, dass sich die Menschen durch die Digitalisierung immer weniger miteinander unterhalten und sich stattdessen die Kommunikation weg vom Menschen und hin zu technischen Geräten verschiebt. Hierbei weist er vor allem auf Sprachassistenten wie Alexa von Amazon, Cortana von Microsoft und Siri von Apple hin. Diesen Trend sieht Adam

Greenfield kritisch, da die wenigsten sich bei der Nutzung solcher Sprachassistenten die Frage stellen, wie der Datenschutz gesichert ist und ob es diesen überhaupt gibt. Zudem weist er darauf hin, dass diese digitalen Sprachassistenten bewusst auf Frauennamen getauft wurden und mit angenehmen weiblichen Stimmen ausgestattet wurden, damit sich Personen gerne mit ihnen unterhalten und somit immer mehr Daten von sich preisgeben (Greenfield 2017: 12).

Diese Aussagen von Adam Greenfield sind durchaus nachvollziehbar und verständlich, jedoch muss man auch die Vorteile der Digitalisierung für die menschliche Kommunikation beachten. In der Umfrage wurde die bessere Vernetzung mit anderen Personen wie den Freund*innen oder der Familie, aber auch mit unterschiedlichen Institutionen wie beispielsweise der Universität, von zehn Personen als ein Vorteil der Digitalisierung genannt. Zwei weitere Teilnehmende haben die steigenden Kommunikationsmöglichkeiten als einen weiteren Gewinn durch die Digitalisierung genannt. Im Zusammenhang damit wurden auch Themen wie Nachhaltigkeit und Zeiteinsparungen genannt, welche mit der besseren Vernetzung einhergehen, da zum Beispiel durch Videokonferenzen Fahrten eingespart werden können. Diese Punkte wurden zusammen 17-mal in der Umfrage in Bezug auf die Vorteile der Digitalisierung genannt. Dass die zwischenmenschliche Kommunikation weiterhin von Bedeutung ist, wird auch im Text von Dieter Läpple deutlich. Dort heißt es: *„In der hochgradig verkabelten und mobilen Gemeinschaft der Neuen Medien mit ihren unbegrenzten, Raum-Zeit-Spannen übergreifenden, virtuellen Aktivitäten sind konkrete Standorte sowie personale Interaktionen – insbesondere persönliche (>Face-to-Face<) Kontakte und Kommunikationen – nach wie vor von zentraler Bedeutung.“* (Läpple 2004: 407)

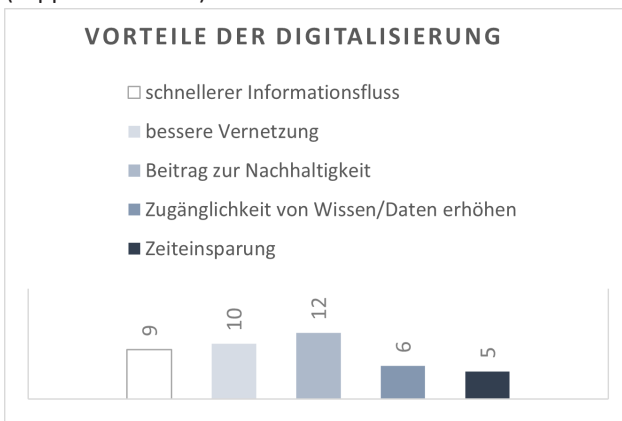


Abb. 3: Vorteile der Digitalisierung (Eigene Darstellung)

Fragen im Kontext der Digitalisierung

Im Folgenden werden die zuvor genannten Punkte nochmals genauer beleuchtet und diskutiert. Es soll in erster Linie auf die Hauptthemen Datenschutz, Kommunikation und die Gefahr der digitalen Spaltung eingegangen werden.

Ein wichtiges Thema in der Neuen Leipzig-Charta, im Interview mit Adam Greenfield und auch in der Umfrage war der Datenschutz. Dies ist zweifelsohne ein wichtiges Thema im Zusammenhang mit der fortschreitenden Digitalisierung. Dabei stellt sich vor allem die Frage, welche Gründe es gibt, dass sich viele Menschen Gedanken um den Datenschutz machen, im Gegensatz dazu aber auch viele Personen ihre Daten zur Verfügung stellen. Der Grund für diesen scheinbar sorglosen Umgang mit dem Datenschutz rührt meist daher, dass die Prozesse hinter der Technik für die meisten Personen nicht verständlich und nachvollziehbar sind. Dies hat zur Folge, dass Personen oftmals aus mangelndem Wissen private Daten von sich preisgeben. Des Weiteren hat man oft keine andere Wahl als mögliche, in Bezug auf den Datenschutz zweifelhafte Programme zu nutzen, da es entweder keine gute Alternativen gibt oder man aufgrund äußerer Umstände (z.B. Arbeitgeber*in/Universität) dazu gezwungen ist, diese zu benutzen. Jedoch muss man auch bedenken, dass es Personen gibt, die sich um den Datenschutz nicht so viele bis keine Gedanken machen, auch dafür kann es verschiedene Gründe geben. Zum einen könnte ein Grund sein, dass diese Personen der Ansicht sind, dass sie sich dem ohnehin nicht entziehen können. Zum anderen wäre es denkbar, dass diese Personen die Technik weiter voranbringen wollen, indem sie ihre Daten zur Verfügung stellen und beispielsweise gerne personalisierte Werbung bekommen. Ein anderer Grund könnte sein, dass ihnen der Schritt leichter fällt, da sie ohnehin schon viele, zum Beispiel soziale Medien nutzen und private Daten preisgeben und es somit für sie nicht mehr relevant ist, ob weitere Daten von ihnen gesammelt werden.

Auch beim Thema Kommunikation wird deutlich, dass die Ansichten sehr unterschiedlich sind in Bezug auf die Veränderungen durch die Digitalisierung. Einerseits wird davon ausgegangen, dass sich die zwischenmenschliche Kommunikation durch die Digitalisierung verringert, andererseits entstehen durch die Digitalisierung neue Möglichkeiten zur Kommunikation. Adam Greenfield sieht, wie zuvor schon beschrieben, die Veränderungen der Kommunikation durch die Digitalisierung kritisch. Er ist der Ansicht, dass die zwischenmenschliche Kommunikation darunter leidet und sich die Menschen darum vermehrt Sprachassistenten anschaffen, um „jemanden“ zum Reden zu haben. Auch in der Umfrage wurde in Bezug auf die Nachteile der Digitalisierung die mögliche Vernachlässigung von Kontakten ge-

nannt. Dies zeigt, dass die Digitalisierung durchaus Auswirkungen auf die Kommunikation hat. Jedoch sind diese nicht nur negativ. Zwei Teilnehmende gaben an, dass es durch die Digitalisierung steigende Kommunikationsmöglichkeiten gibt und zehn Teilnehmer*innen gaben als Vorteil der Digitalisierung eine bessere Vernetzung mit der Universität und Arbeit, aber auch mit Freund*innen und der Familie an. Somit wird deutlich, dass sich die Kommunikation durch die Digitalisierung zwar verändert, aber auch neue Möglichkeiten geschaffen werden, um mit verschiedenen Personen in Kontakt zu treten oder zu bleiben.

Das letzte wichtige Thema, welches in diesem Text im Zusammenhang mit der Digitalisierung besprochen wird, ist die Gefahr der digitalen Spaltung. Dieser Punkt wurde sowohl in der Neuen Leipzig-Charta, im Text von Dieter Läßle und in der Umfrage oft thematisiert und auf verschiedenen Ebenen betrachtet. Dabei war besonders auffällig, dass sich die verschiedenen Autor*innen und Befragten einig waren, dass diese Gefahr ernst zu nehmen und ihr entgegenzuwirken ist. Dabei muss diese Problematik auf verschiedenen Ebenen angegangen werden. Zum einen geht es dabei um das Thema der Cyber-Segmentierung und der Selektiven Verlegung der Hochleistungsglasfasernetze. Zum anderen müssen die finanziellen und sozialen Aspekte untersucht werden. Um diesem Problem vor allem auf sozialer Ebene entgegenzuwirken, ist es meiner Ansicht nach am wichtigsten, dass alle Personen, die es möchten, lernen mit der Technik umzugehen. Im Zusammenhang mit der gerechten Stadt wurde dies auch in der Neuen Leipzig-Charta angesprochen, da ein sicherer Umgang mit verschiedenen technischen Geräten und Programmen ein elementarer Punkt bei der Vermeidung einer digitalen Spaltung der Gesellschaft ist. Dennoch sind auch die anderen Punkte von Bedeutung. So sollte es einen besseren Ausbau von guten Internetanschlüssen geben und auch der finanzielle Aspekt sollte nicht vernachlässigt und unterschätzt werden.

Fazit

Die Digitalisierung bringt sowohl Vorteile als auch Nachteile mit sich und stellt Privatpersonen, staatliche Akteur*innen und Unternehmen vor neue Herausforderungen, welche ernst genommen werden sollten. Zudem sollte die Digitalisierung nicht nur aus einer wirtschaftlichen und einer technischen Sicht betrachtet werden, wie es meiner Ansicht nach die Neue Leipzig-Charta überwiegend macht, sondern vor allem aus sozialer Sicht, da die Digitalisierung zahlreiche soziale Folgen mit sich bringt.

Meine am Anfang bewusst provokant aufgestellten Thesen sollen nun überprüft werden, ob sich diese bestätigen oder sie anhand der im Verlauf der Arbeit gewonnenen Erkenntnisse widerlegt werden können.

Die erste These kann nur teilweise widerlegt werden. Zurzeit läuft die Bereitstellung und Verteilung von digitalen Infrastrukturen noch weitgehend nach wirtschaftlichen Interessen und gewinnbringenden Faktoren ab. In der Neuen Leipzig-Charta wird dies jedoch thematisiert und so sollen neue Formen der Benachteiligung auch auf räumlicher Ebene vermieden werden. Somit legt die Neue Leipzig-Charta den Grundstein dafür, dass diese These in Zukunft nicht mehr zutreffend ist.

Die zweite These kann auch nicht zweifelsfrei widerlegt werden, jedoch wurde deutlich, dass sich viele Menschen um den Datenschutz Gedanken machen und ihnen die Sicherheit ihrer privaten Daten wichtig ist. Und auch in der Neuen Leipzig-Charta ist der Datenschutz ein wichtiges Thema in Bezug auf die Digitalisierung von Prozessen. Es gibt natürlich auch Personen, wie in der Umfrage deutlich wurde, die sich eher weniger bis gar keine Sorgen um den Datenschutz machen, die sind aber nach den darin gewonnen Erkenntnissen in der Minderheit. Abschließend lässt sich also dazu sagen, dass der Datenschutz nicht jedem egal ist.

In der dritten These werden die sozialen und räumlichen Unterschiede angesprochen und ob diese durch die Digitalisierung gemindert werden. Auch dazu gibt es keine klare Antwort. Einerseits ist es durch die Digitalisierung möglich, zeit- und raumunabhängig auf Daten zuzugreifen oder zu kommunizieren. Jedoch ist dies nur möglich, wenn man sich an einem Ort befindet, der über eine gute digitale Infrastruktur verfügt und an diese angeschlossen ist. Zudem benötigt man ein digitales Endgerät, mit dem man an den Prozessen teilnehmen kann. Im Folgenden wird somit auf die sozialen Faktoren eingegangen. Ein solches digitales Endgerät ist nur von Nutzen, wenn man das nötige Wissen besitzt, dieses zu bedienen und auch die nötigen finanziellen Mittel besitzt, sich ein solches leisten zu können. Aber auch hier stellt die Neue Leipzig-Charta die Forderung auf, den flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur voranzutreiben. Auch die Möglichkeit der lebenslangen Weiterbildung, vor allem im Kontext der technischen Weiterentwicklungen, ist in der Neuen Leipzig-Charta im Zusammenhang mit der gerechten Stadt ein wichtiges Thema. Auch der finanzielle Aspekt muss beachtet werden und so wird in der Neuen Leipzig-Charta darauf hingewiesen, dass auch eine wirtschaftliche Benachteiligung von Personen vermieden werden sollte.

In der letzten These wird das Thema der zwischenmenschlichen Kommunikation aufgegriffen. Auch diese These kann nicht mit einem klaren ja oder nein beantwortet werden, da es zu dem Thema verschiedene Ansichten gibt. Im Allgemeinen ist jedoch festzustellen, dass durch die Digitalisierung neue Kommunikationsmöglichkeiten entstanden sind und eine bessere Vernetzung mit verschiedenen Personen länderübergreifend möglich ist. Dies wurde auch von den Teilnehmenden der Umfrage so wahrgenommen. Es gab aber auch Hinweise, dass die Digitalisierung die Gefahr birgt, soziale Kontakte zu vernachlässigen. Auch Adam Greenfield spricht dies in seinem Interview mit dem *Standard* an. Er ist der Meinung, dass sich die Kommunikation weg vom Menschen hin zu technischen Geräten verschiebt. Daher ist es auch bei dieser Diskussion erneut von Bedeutung, darauf hinzuweisen, dass es sowohl positive als auch negative Aspekte gibt, denen man sich bewusst sein sollte.

Abschließend lässt sich zu den Thesen sagen, dass keine von ihnen vollkommen richtig war, aber auch keine gänzlich widerlegt werden konnte im Umfang dieser Ausarbeitung. Der Umgang mit den durch die Digitalisierung entstehenden Herausforderungen obliegt letztendlich jedem selbst.

Die Rolle der Digitalisierung in der postpandemischen Stadt

Zum Schluss soll noch ein Ausblick zur Digitalisierung in der postpandemischen Stadt gegeben werden. Dabei wird vor allem darauf eingegangen, ob sich die neuen Entwicklungen durchsetzen können oder ob man zu einem Zustand, wie vor der Pandemie, zurückkehren wird. Diese Frage kann zurzeit nur spekulativ beantwortet werden. Daher werden die folgenden Vermutungen dem Meinungsbild der Umfrage entnommen und durch meine persönliche Ansicht ergänzt.

Die Teilnehmenden gehen weitestgehend davon aus, dass sich einige technische Möglichkeiten durchsetzen werden, jedoch nicht in allem Bereichen, da viele Personen auch ihr „altes Leben“ zurück möchten. Es wird jedoch von 11 Teilnehmenden davon ausgegangen, dass sich Videokonferenzen und die Möglichkeit von Homeoffice vermehrt durchsetzen werden. Weitere 13 Teilnehmende sind der Ansicht, dass durch die Pandemie der Handlungsbedarf in Bezug auf die Digitalisierung deutlich geworden ist und auch in der postpandemischen Stadt die neuen technischen Möglichkeiten weiterentwickelt und verbessert werden.

Im Allgemeinen sind fünf der Befragten der Ansicht, dass die digitalen Angebote in der postpandemischen Stadt mehr werden, beziehungsweise weiterentwickelt

werden, vor allem bei Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen. Im Gegensatz dazu sind auch vier Personen der Meinung, dass man zu einem Zustand wie vor der Pandemie zurückkehren wird und die neuen technischen Möglichkeiten sich nicht durchsetzen werden. Auch hier sind die Teilnehmenden auf die digitale Infrastruktur eingegangen. Es müsse in der postpandemischen Stadt in die digitale Infrastruktur investiert und deren weiterer Ausbau vorangetrieben werden, um überhaupt die Möglichkeit zu haben, die digitalen Angebote auszubauen und flächendeckend anzubieten.

Meiner Ansicht nach werden wir in technischer Hinsicht nicht zu einem Zustand wie vor der Pandemie zurückkehren. Auch Homeoffice und Videokonferenzen werden vermehrt erhalten bleiben, da sie sowohl finanzielle als auch umwelttechnische Vorteile mit sich bringen. Durch ein vermehrtes Arbeiten im Homeoffice müssen Unternehmen beispielsweise weniger Büroflächen anmieten. Außerdem werden durch Videokonferenzen Wege eingespart, was zu Zeiteinsparungen führt und gut für die Umwelt ist. Jedoch wird und kann sich dies nicht in allen Bereichen durchsetzen. Insbesondere bei der Bildung von Schüler*innen wird man meiner Ansicht nach weitestgehend wieder zum Präsenzunterricht zurückkommen. Hingegen ist es durchaus denkbar, dass sich an Hochschulen Hybridmodelle zwischen der Präsenzlehre und der Onlinelehre durchsetzen. Um jedoch die neuen technischen Möglichkeiten vollkommen nutzen zu können und auch weiterentwickeln zu können, bin ich der gleichen Ansicht wie die Teilnehmenden der Umfrage. Es ist von großer Bedeutung für die postpandemische Stadt, dass in den Ausbau der digitalen Infrastruktur investiert wird.

Literaturverzeichnis:

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hg.) (2020) *NEUE LEIPZIG CHARTA. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl*. Berlin.

Czaja, Wojciech (2017) Die Smart City ist eine technokratische Vision. *Der Standard*, Ausgabe 06.09.2017, 12.

Fachhochschule des Mittelstandes (2020) *Studie Digitalisierungsindex bei KMU in NRW Ergebnisse des Digitalisierungsstands in den Branchen Industrie, Handwerk und industriennahe Leistungen*. https://www.fh-mittelstand.de/fileadmin/pdf/Projekte/FHM_Digitalisierungsindex_NRW_Digital.pdf [Zugriff am: 02.01.2021].

Läpple, Dieter (2004) Das Internet und die Stadt - Visualisierung oder Revitalisierung städtischer Arbeits- und Lebensverhältnisse? In: Siebel, Walter (Hg.) *Die europäische Stadt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 408-410.

Polyzentralität durch Umwandlung der Industrieflächen in der Lausitz

Thanh Hai Tran

Die grafische Arbeit zum Modul „Prozess und Steuerung“ befasst sich mit den Qualitäten der Polyzentralität in Bezug auf den suburbanen Räumen unter Berücksichtigung der ortspezifischen Gegebenheiten. Der räumliche Fokus bezieht sich hier auf die Lausitz, welche sich in Brandenburg befindet und infolge des Braunkohleausstieges einen bedeutenden Strukturwandel erlebt. Darüber hinaus werden Aspekte aus den Grundsätzen der Neuen Leipzig-Charta hierbei eine maßstabsgebende Rolle spielen und sollen zur Konzepterstellung primär einbezogen werden. Untersucht wurde die Region mit einem besonderen Augenmerk auf die Tagebaue und ihre Nachnutzung, der Bestand an wissensbasierten Einrichtungen und das Aufkommen vom Pendler*innenverkehr und Gewerbeflächen der jeweiligen Landkreise.



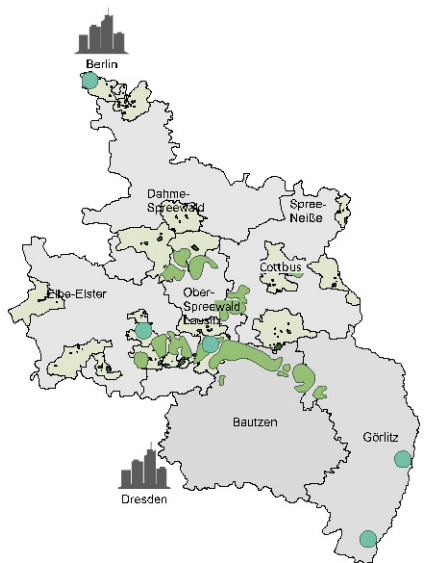
Abb. 1: Lage der Lausitz in Deutschland (*Eigene Darstellung*)

Meine grafische Arbeit befasst sich mit den Qualitäten der Polyzentralität in Bezug auf die suburbanen Räume, zumal die Neue Leipzig-Charta das Thema für eine ausgewogene Entwicklung von unterschiedlichen Regionen klar mit einbezieht. Gründe für die Relevanz einer der Polyzentralen Struktur sind laut der Neuen Leipzig-Charta wie folgt:

- Hervorhebung der ausgewogenen Entwicklung (durch Förderung neuer Formen der Zusammenarbeit von Städten mit Regionen)
- Hervorhebung kleiner und mittlerer Städte im regionalen Umfeld zur Prävention von Regionalen Disparitäten
- ZIEL: territorial polarisierte Wirtschaftsleistung zwischen stärkeren und schwächeren Regionen auszugleichen und Wachstumshemmnisse abzubauen für eine nachhaltige Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstands

Um das Thema der Polyzentralität und ihre Relevanz für eine nachhaltige Entwicklung einer Region zu verdeutlichen, bezieht sich der räumliche Fokus dieser Arbeit hierbei auf die Lausitz, welche infolge des Braunkohleausstiegs einen bedeutenden Strukturwandel ausgesetzt ist.

Untersucht wurde dabei die Region mit einem besonderen Augenmerk auf die Tagebaue und ihre Nachnutzungen, den Lausitzer Kraftwerken, vorhandene Gewerbe- und Industrieflächen, dem Bestand an wissensbasierten Einrichtungen sowie das Aufkommen vom Pendler*innenverkehr und Gewerbeflächen der jeweiligen Landkreise. Bei der Analyse wurde einerseits deutlich, dass die Lausitz stark abhängig von den zwei angrenzenden Metropolregionen und den angrenzenden Ländern Tschechien und Polen ist. Zum einen kommen aus dem Ausland viele Menschen, die in der Lausitzer Regionen arbeiten und auch die Auswahl an Bildungseinrichtungen nutzen und zum anderen gibt es einen Großteil an Menschen aus der Lausitz, die beispielsweise täglich nach Berlin oder Dresden fahren, für ähnliche Motive. Ein weiteres Problem ist der Auszug von Lausitzer*innen sowie Absolvent*innen aus Lausitzer Hochschulen, aufgrund von mangelnder Popularität der Region. Ein Grund dafür sind die Tagebaue, die in der Vergangenheit viele Einwohner*innen zur Umsiedlung gezwungen haben, darüber hinaus schwinden viele Arbeitsplätze in näherer Zukunft in Bezug auf den Braunkohleausstieg, wodurch es nur logisch erscheint aus der Region zu „flüchten“. Jedoch hat die Lausitz viele Qualitäten zu bieten die nur weiter ausgebaut werden müssen. Dabei spielen die Energieerzeugung, die Stahlindustrie, der Fahrzeugbau sowie die Industrieforschung eine besondere Rolle.



-  Gewerbelastige Landkreise
-  stillgelegte Tagebaue
-  angrenzende Metropolregionen
-  wissensbasierte Einrichtungen

Abb. 2: Lausitz Potenziale (Eigene Darstellung)



-  aktive Tagebaue
-  grenzüberschreitende Barrieren
-  aktive Kraftwerke

Abb. 3: Lausitz Defizite (Eigene Darstellung)

Bezüglich der Industriestandorte zählen die Größten zu den Energielieferanten, die mit den Tagebauen, Kraftwerken und dem Braunkohleausstieg zusammenhängen. Darüber hinaus wird die Lausitz auch von produzierenden Unternehmen dominiert, die sich im Bezug mit der Bahnindustrie wie der Deutschen Bahn dort angesiedelt haben und in naher Zukunft mehr nachhaltige Arbeitsplätze schaffen wollen. Beispielsweise mithilfe von neuen Vorhaben wie dem „Testzentrum für Eisenbahntechnik in Sachsen – TETIS“. Unternehmen ziehen hier auch mit ihrer Ansiedlung einen Vorteil durch Nähe zu Hochschulen und den Forschungseinrichtungen als direkte Quelle vom Elitenachwuchs. Neben den aktiven Kraftwerken sowie Tagebauen, die der nachhaltigen Entwicklung der Region schaden, sorgt auch die Landesgrenze zwischen den Bundesländern Brandenburg und Sachsen als Barriere für ein starkes Hemmnis in der Lausitz, da die Planungsmacht in zwei verschiedene Landesregierungen geteilt ist und für unregelmäßige Entwicklung sorgt. Dabei sollte die grenz-

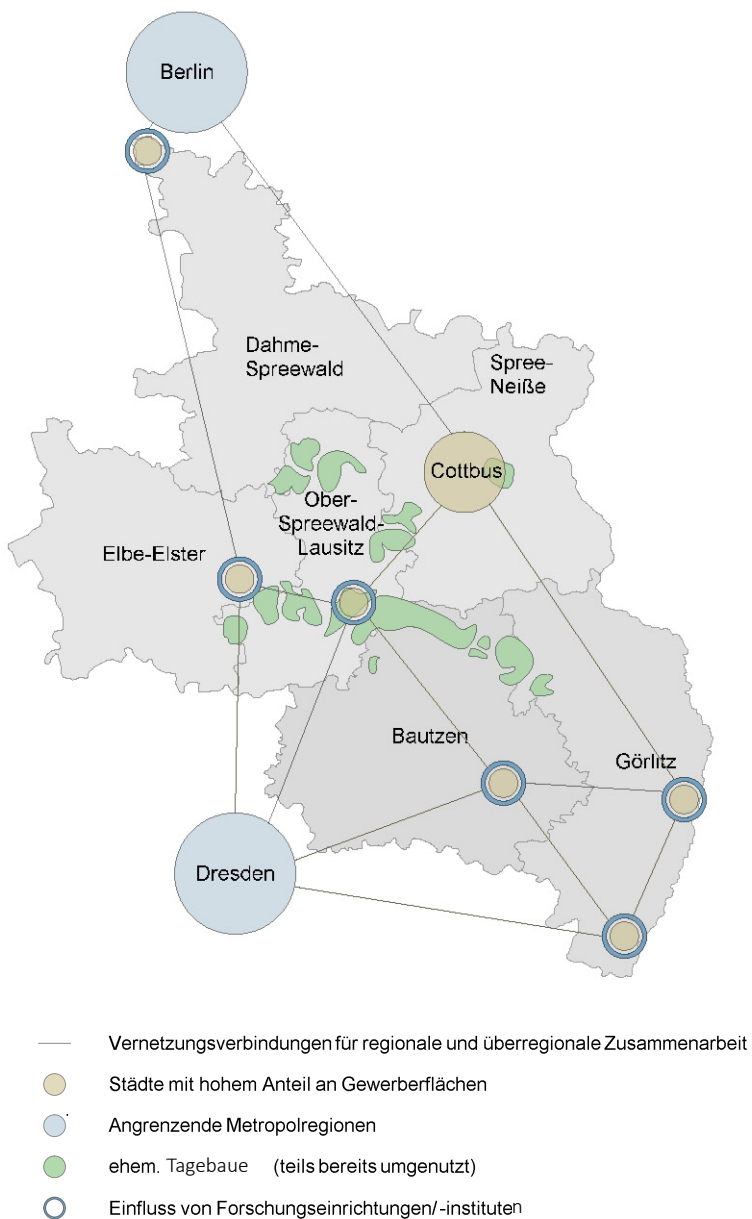


Abb. 4: Lausitz Kozept (Eigene Darstellung)

überschreitende Zusammenarbeit, für eine gleichmäßige Entfaltung der Region förderlich sein und sollte mit Vernetzungen verschiedener Akteur*innen ausgebaut werden.

Interessant für den gegenwärtigen Strukturwandel in der Region sind die großflächig markierten Tagebaue, die sich größtenteils in den mittleren Regionen der Lausitz befinden. Zum einen werden die ehemaligen Tagebauflächen für Landschaftsparks genutzt. Ein Beispiel hierfür wäre der Naturpark *Niederlausitzer Landrücken*. Das ist eine Bergbaufolgelandschaft, die mithilfe von den Hinterlassenschaften des Kohleabbaus und der Flutung von Seen eine 30 Quadratkilometergroße Landschaft entwickelt hat. Zum anderen bieten viele der Flächen auch großes Potenzial, um neuen Wohnraum mit einem ländlichen Bezug und der Nähe zu den Großstädten zu schaffen. Benachbarte Regionen könnten von der Entwicklung sowohl wirtschaftlich als auch kulturell profitieren und im eigenen Interesse nachverdichten und mit ganz neuen Faktoren die Planung gestalten.

Da können dann wissensbasierte Einrichtungen ihren Beitrag leisten, indem der Bestand an Hochschulen mit der Kooperation von angesiedelten Unternehmen mit Bezug zur Forschung den Absolvent*innen einen einfacheren Übergang zum Berufsleben ermöglicht. Die Lausitz ist in diesem Bezug nicht schlecht ausgebaut, dort sind Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen/Institute zu sehen, die sich meist an den Grenzregionen zum Ausland oder den Großstädten angesiedelt haben wiederzufinden. Ein weiterer Großteil befindet sich jedoch wie die Tagebauregionen auf mittlerer Höhe der Lausitz mit einer gewissen Nähe zur BTU (Senftenberger Campus), was nur die Relevanz der Nähe der Unternehmen zu den Forschungseinrichtungen unterstreicht und das Potenzial aufzeigt ein besseres Forschungsnetzwerk auszubauen, um den zukünftigen Strukturwandel so nachhaltig und erfolgreich wie nur möglich zu gestalten. Auch die grenzüberschreitende Kooperation der Länder Sachsen und Brandenburg ist für den nachhaltigen Strukturwandel von großer Bedeutung und soll mit einem besser ausgebautem Netzwerk und den Forschungsnetzwerken zu neuen Erkenntnissen sowie Innovationen verhelfen. Der Ausbau von suburbanen Strukturen zu einer gezielten Polyzentralität, sorgt für eine nachhaltige Entwicklung und verhilft zu effizienteren Nutzungen der Infrastruktur. Die unterschiedlichen Stärken verschiedener Regionen bündeln vorhandene Ressourcen und verringern regionale Polarisierungen und Disparitäten.

Literaturverzeichnis:

- energiezukunft (2017) *Die Zukunft der Kohleförderung in der Lausitz*. <https://www.energiezukunft.eu/wirtschaft/die-zukunft-der-kohlefoerderung-in-der-lausitz/> [Zugriff am: 22.01.2021].
- Fraunhofer-IAO (o. J.) *Innovation durch Tradition*. <https://www.cerri.iao.fraunhofer.de/de/projekte/AktuelleProjekte/innovation-durch-tradition.html> [Zugriff am: 03.01.2021].
- Frese, A. (2018) *Die Zukunft der Lausitz Ausgekohlt*. <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/die-zukunft-der-lausitz-ausgekohlt/22880772.html>.
- Growe, A.; Heider, K.; Lamker, C.; Paßlick, S.; Terfrüchte, T. (2011) *Polyzentrale Stadtregionen – Die Region als planerischer Handlungsraum*. https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/ab/ab_003/ab_003_gesamt.pdf.
- Grueneliga-Thuringen (2018) *Braunkohleausstieg in der Lausitz*. <http://www.grueneliga-thuringen.de/portfolio-items/braunkohleausstieg-in-der-lausitz-bis-2040/> [Zugriff am: 22.01.2021].
- KEM (o. J.) *Potenzialstudie für ein Schienenfahrzeugtestzentrum in der Lausitz*. <https://www.kemitteldeutschland.de/mobile/Potenzialstudie-fuer-ein-Schienenfahrzeugtestzentrum-in-der-Lausitz-052020.247.html> [Zugriff am: 16.01.2021].
- Land-Brandenburg (2019a) *Gewerbeflächen in der Planungsregion Lausitz-Spreewald*. <https://lbv.brandenburg.de/2521.html> [Zugriff am: 03.01.2021].
- Schenkel, K.; Grossmann, K. (2020) *Kleinstädte als Wohnstandorte. Stadtentwicklung Kleinstädte als Wohnstandorte*. https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2020/5_2020/FWS_5_20_Schenkel_Grossmann.pdf.
- Wirtschaftsregion-Lausitz (o. J.) *Sieben starke Partner für die eine Region*. <https://wirtschaftsregion-lausitz.de/de/wirtschaft/landkreise-und-stadt-cottbus.html> [Zugriff am: 02.01.2021].
- Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (Hg.) (2020) *ENTWICKLUNGSSTRATEGIE LAUSITZ 2050*. https://zw-lausitz.de/fileadmin/user_upload/entwicklungsstrategie-lausitz-2050.pdf.
- Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (o. J.) *Wirtschaftsregion Lausitz*. <https://wirtschaftsregion-lausitz.de/de/wirtschaft/lage-der-region.html> [Zugriff am: 16.01.2021].
- Zukunftswerkstatt Lausitz GmbH (Hg.) (2019) *Standortpotentiale Lausitz - Studie im Auftrag der Zukunftswerkstatt Lausitz*. https://zw-lausitz.de/fileadmin/user_upload/01-content/03-zukunftswerkstatt/02-downloads/studie-standortpotentiale-lausitz.pdf.

Die Interpretation des Begriffes der Lebensqualität in den LEIPZIG CHARTAS

Mareike Timpe

Die LEIPZIG CHARTAS betrachten die *Lebensqualität* auf unterschiedliche Weise. Eine vergleichende Inhaltsanalyse ergab, dass der Fokus der LEIPZIG CHARTA von 2007 auf wirtschaftlichen Aspekten lag. Durch den Einfluss der Weltfinanzkrise und gesellschaftlichen Veränderungen entstanden neue strategische Dokumente, die erneut Einfluss auf die NEUE LEIPZIG CHARTA nahmen. Das Resultat daraus ist ein neuer Schwerpunkt, der nun auf dem Gemeinwohl liegt.

Dieser Artikel hebt die Priorität von flexiblen strategischen Dokumenten hervor, wobei der Begriff der *Lebensqualität*, auf Grund der Auswirkungen durch die Corona-Krise, in der Weiterentwicklung der NEUEN LEIPZIG CHARTA nochmals angepasst werden muss.

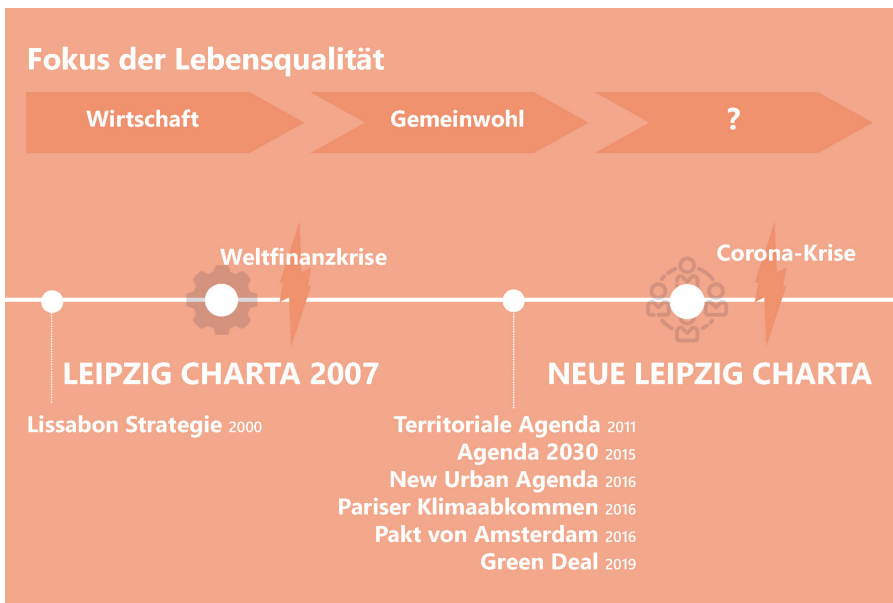


Abb. 1: Zusammenfassende Aussagen des Textes (Eigene Darstellung)

Lebensqualität als Faktor, der alle städtisch beeinflussbaren Dimensionen vereint

Die Städte sind die Motoren unserer heutigen Gesellschaft. Sie wachsen immer mehr und die Bevölkerung des ländlichen Raums wird zunehmend weniger. Die Vereinten Nationen prognostizierten, dass 2050 fast 70 Prozent der Weltbevölkerung in den Städten leben werden, wodurch Städte der Lebensraum der Zukunft sein werden (Zukunftsinstitut GmbH 2021). Wie können Stadtplaner*innen dabei alle beeinflussenden Faktoren - die Gesellschaft, die Gesundheit oder das Klima - berücksichtigen?

Einen Anhaltspunkt dafür bietet die *Lebensqualität*. Diese wird als Faktor für die politische, ökonomische und soziale Stabilität künftiger Städte angegeben (Zukunftsinstitut GmbH 2021). Anhand verschiedener Rankings, beispielsweise nach dem „Quality of Life Index“, messen sich verschiedene Städte hinsichtlich der *Lebensqualität*, um gegenüber anderen urbanen Räumen im Wettbewerb vergleichbar zu sein. Innerhalb einer Stadt kann sich die *Lebensqualität* jedoch sehr differenzieren und je nach Stadtteil oder Bewohner*in unterscheiden (Fachgebiet Stadtmanagement 2019).

Auch in den LEIPZIG CHARTAS bildet der Begriff der *Lebensqualität* eine essenzielle Größe. Zwischen den beiden LEIPZIG CHARTAS liegen dreizehn Jahre in denen sowohl politische als auch gesellschaftliche Veränderungen stattfanden. Es stellt sich die Frage:

**Wie unterschiedlich betrachten die Dokumente der LEIPZIG CHARTAS,
von 2007 und 2020, den Begriff der *Lebensqualität* und
wie kann diese Entwicklung erklärt werden?**

Dieser Fragestellung widmet sich der vorliegende Text. Er vergleicht die beiden LEIPZIG CHARTAS unter dem Aspekt der *Lebensqualität*. Beginnend mit einer Begriffsdefinition, bezogen auf die Stadt, und der Einteilung nach den *acht plus eins* Dimensionen des Statistischen Amtes der Europäischen Union (EUROSTAT), werden anschließend beide LEIPZIG CHARTAS verglichen. Dabei werden gegenwärtige und vergangene Entwicklungen und Krisen anhand ausgewählter strategischer Dokumente miteinbezogen. Die Beantwortung der Forschungsfrage ermöglicht zum Schluss eine Botschaft für die Entwicklung der *Lebensqualität* im städtischen Raum.

***Lebensqualität* und ihre Bedeutung für die Stadtplanung**

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird der Begriff *Lebensqualität* fast täglich verwendet. Gemeint sind dabei unterschiedlichste Bereiche oder Ebenen. Zudem schätzt jede Person seine *Lebensqualität* anders. Es gibt keine einheitliche Definition des Begriffs, da sie auf vielen Faktoren aufbaut.

Für Stadtplaner*innen ist es sehr wichtig, sich mit dem Raum, der einen umgibt, auseinanderzusetzen und so zu diesem ein Beziehungssystem aufzubauen, um damit einen besseren Lebensraum zu schaffen. Das Ziel dabei ist es, die Städte *lebensfähig*, *widerstandsfähig* und *anpassungsfähig* zu planen. Durch die Flexibilität von Stadträumen kann besser auf äußere Einflüsse, beispielsweise aus der Umwelt, der

Wirtschaft oder der Gesellschaft reagiert werden (Sim 2019: 205-209). Dies entspricht dem Motto von David Sim: „*soft is hard to break*“ (Sim 2019: 209).

Qualitativ bewertet werden diese Maßnahmen anhand von neun Kriterien, die ebenfalls David Sim aufgestellt hat, welche die Lebens- und Nachhaltigkeitspotenziale der gebauten Umwelt beschreiben: „[...] *diversity of built form and of outdoor spaces, flexibility, a human scale, walkability, a sense of control and identity, a pleasant microclimate, a smaller carbon footprint, and greater biodiversity.*“ (Sim 2019: 212).

Neben dem gebauten Raum darf die öffentliche Sphäre nicht außer Acht gelassen werden. Diese hat ebenfalls einen großen Einfluss auf die *Lebensqualität*. Dafür müssen Stadtplaner*innen Räume bauen, in denen öffentliches sowie privates Leben stattfinden kann (Herlyn 2004: 123). Die öffentlichen und privaten Sphären müssen ebenfalls auf äußere Einflüsse flexibel reagieren können. Die städtische Öffentlichkeit stellt keine Konstante dar, sie wandelt sich mit den dominanten gesellschaftlichen Entwicklungen und den mit ihnen verbundenen konkreten Veränderungen in den Städten (Herlyn 2004: 124).

Die genannten Kriterien für lebenswerte Städte bilden jedoch keine qualifizierten Daten ab und grenzen den breiten Begriff der *Lebensqualität* nicht ausreichend ein. Um eine Begriffsbestimmung zu ermöglichen, wird sich nachfolgend auf die Einteilung in die *acht plus eins* Dimensionen vom EUROSTAT bezogen.

Acht plus eins Dimensionen der Lebensqualität

Auf Basis von wissenschaftlichen Untersuchungen und vergleichbaren Daten vom EUROSTAT und Vertreter*innen der EU-Mitgliedstaaten wurden diese Indikatoren entwickelt, um einen Soll-Ist-Vergleich bezüglich der Zielsetzung von Projekten und Programmen zu gewährleisten. Ausgearbeitet wurden dabei acht Dimensionen, die sowohl objektive als auch subjektive Indikatoren umfassen. Hinzu kommt, als *plus eins*, das allgemeine Lebensgefühl (Fachgebiet Stadtmanagement 2019). In Tabelle 1 sind die jeweiligen Dimensionen mit ihren Untergruppen und Indikatoren tabellarisch zusammengefasst.

Um genauere Aussagen zur *Lebensqualität* treffen zu können, müssen neben den *acht plus eins* Dimensionen weitere Indikatoren berücksichtigt werden. Hierbei wird vom EUROSTAT vor allem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der Bevölkerung als essenzielle Größe benannt (Eurostat Presseabteilung 2014: 2).

Dimensionen	Indikatoren
1 Materielle Lebensbedingungen	
• Einkommen • Verbrauch • Materielle Bedingungen (Benachteiligung und Wohnen)	• Nationales Nettoeinkommen • Verfügbares Einkommen der Haushalte • Konsum • Wohlstand
2 Erwerbstätigkeit	
• Beschäftigungsmenge • Beschäftigungsqualität • andere Hauptaktivität	• Arbeitszeit • Vereinbarkeit von Beruf und Leben • unbezahlte Arbeit • Gleichstellung der Geschlechter
3 Gesundheit	
• Lebenserwartung • Anzahl der gesunden Lebensjahre & subjektive Einschätzung der eigenen Gesundheit • chronische Erkrankungen & Zugang zu Gesundheitsversorgung	• Sterbetafeln • subjektive Einschätzung der eigenen Gesundheit
4 Bildung	
• Bildungsstand der Bevölkerung • selbstbewertete und bewertete Fähigkeiten und Teilnahme am lebenslangen Lernen • Bildungschancen	• Anzahl der Schulabbrecher*innen • Einschulungsquote von Schüler*innen im Vorschulbereich
5 Freizeit und soziale Interaktion	
• Freizeitaktivität • soziale Beziehungen	• wie oft Bürger*innen mit ihren sozialen Kontakten Zeit verbringen • Zufriedenheit der Zeitznutzung • Freiwilligenarbeit

Dimensionen	Indikatoren
6 Wirtschaftliche und psychische Sicherheit	
• wirtschaftliche Sicherheit • körperliche Unversehrtheit	• Vermögen • Anzahl Tötungsdelikte, Verbrechen, Gewalt, Vandalismus
7 Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte	
• Vertrauen in Institutionen und öffentliche Dienstleistungen • Diskriminierung & Chancengleichheit • aktive Bürgerbeteiligung	• Lohngefälle • geschlechtsspezifisches Beschäftigungsgefälle • Demonstrationen • aktive Bürgerinitiativen • Petitionen • Bereitstellung gesetzlicher Garantien
8 Natürliche Umgebung und Wohnumfeld	
• Wahrnehmung des Lärmpegels • Umweltverschmutzung und Schmutz in der Umgebung • Grünflächen in der Region	• Umweltbezogene Indikatoren • eigene Wahrnehmung des Lärmpegels • Schadstoffe in der Luft
+1 Allgemeines Lebensgefühl	
• Emotionen • Lebenszufriedenheit • Sinn- und Zweckhaftigkeit	• subjektive Selbsteinschätzungen

Tab. 1: Acht plus eins Dimensionen der Lebensqualität (Eigene Darstellung nach Fachgebiet Stadtmanagement 2019)

Weitere Indikatoren sind das Bevölkerungswachstum oder der Klimawandel. Dieser wirkt sich auf die biologische Vielfalt und auf den Zugang zu natürlichen Ressourcen aus. Der Klimawandel beeinflusst damit direkt die Gesundheit, die Ernährung, den Lebensunterhalt, die Arbeitslast und das gesellschaftliche Zusammenwirken der Stadtbevölkerung (Fachgebiet Stadtmanagement 2019).

Vergleich *Lebensqualität* in den beiden LEIPZIG CHARTAS

Sowohl die Begriffsbestimmung, bezogen auf die Stadt, als auch die *acht plus eins* Dimensionen lassen sich in den LEIPZIG CHARTAS wiederfinden. Eine vergleichende Inhaltsanalyse ergab, dass die beiden LEIPZIG CHARTAS mit dem Begriff *Lebensqualität* unterschiedlich umgehen.

Beide LEIPZIG CHARTAS haben das Ziel, eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklungspolitik voran zu bringen (BMI 2020a: 2). Die Nachhaltigkeit, unterteilt in die ökonomische, ökologische und soziale Dimension, wird in der LEIPZIG CHARTA 2007 als gleichzeitig und gleichgewichtig zu berücksichtigendem Begriff angegeben. Dazu zählt die wirtschaftliche Prosperität, der soziale Ausgleich und eine gesunde Umwelt (BUMB 2007: 2). In der NEUEN LEIPZIG CHARTA wird der Nachhaltigkeitsbegriff auf drei städtische Dimensionen angewendet: *gerecht*, *grün* und *produktiv*. Die Begriffe entstanden durch neue Herausforderungen, z. B. dem Klima-, dem demografischen Wandel oder Pandemien (BMI 2020a: 1). Ein weiteres Querschnittsthema ist die Digitalisierung (BMI 2020a: 7).

Die *Lebensqualität* trifft auf jede der genannten Dimensionen einer nachhaltigen Stadt zu und lässt sich mit fast allen *acht plus eins* Dimensionen verknüpfen. Der Begriff der *Lebensqualität* wird in den LEIPZIG CHARTAS immer wieder explizit oder indirekt angesprochen. Zusammengefasst stehen zwei Fragen in der LEIPZIG CHARTA 2007 im Vordergrund.

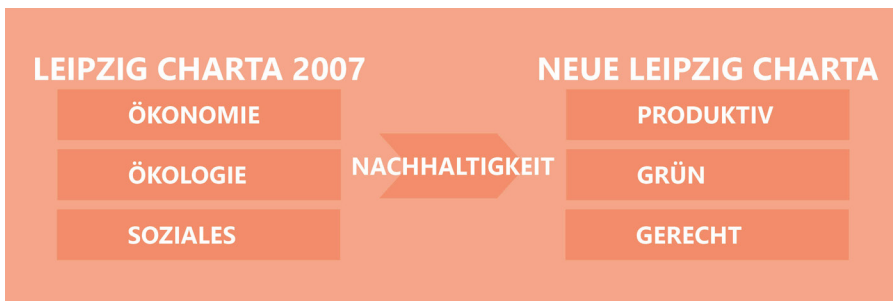


Abb. 2: Nachhaltigkeit in den LEIPZIG CHARTAS (Eigene Darstellung)

1. „Wie können lokales Wirtschaftswachstum, internationale und interregionale ökonomische Konkurrenzfähigkeit und – damit verbunden – die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten als ein Pfeiler der Zukunftsfähigkeit und -sicherung europäischer Städte erreicht werden?“ (BMVBS 2012: 11)

1. „Wie können dabei Bevölkerungsgruppen und städtische Teilräume, denen eine Abkopplung von lokaler Wirtschaftsentwicklung, vom städtischen Arbeitsmarkt und sozial-räumlichen Zusammenhängen droht, an den angestrebten Entwicklungen beteiligt werden, um Städte als gesellschaftliche und räumliche Einheiten zu erhalten?“ (BMVBS 2012: 11)

Aus dieser Betrachtung wird ersichtlich, dass in der LEIPZIG CHARTA von 2007 die *Lebensqualität* in den Städten vorrangig durch das wirtschaftliche Geschehen beeinflusst wurde (vgl. BMUB 2007). Diese Sichtweise hat sich in der NEUEN LEIPZIG CHARTA ändern können – hierbei wird der Fokus auf das Gemeinwohl gelegt (vgl. BMI 2020a).

„Zum Gemeinwohl gehören verlässliche öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sowie die Verringerung und Vermeidung von neuen Formen der Ungleichheit in sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und räumlicher Hinsicht. Unser gemeinsames Ziel sind der Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität in allen europäischen Städten und Gemeinden und ihren funktional zusammenhängenden Räumen.“ (BMI 2020a: 1).

Die NEUE LEIPZIG CHARTA rückt die Gemeinwohlorientierung in den Fokus und nutzt dafür die transformative Kraft der Stadt (BMI 2020a:1). Das Gemeinwohl hat eine direkte Verbindung zur *Lebensqualität*. Die Themen, beispielsweise die Wirtschaft, werden in der NEUEN LEIPZIG CHARTA somit mit sozialen und gesellschaftlichen Aspekten verknüpft. Die transformative Kraft trägt durch die *gerechte, grüne* und *produktive* Dimension zu robusteren Strukturen der Stadt bei (BMI 2020a: 3).

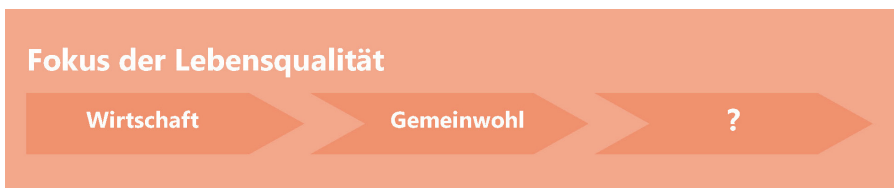


Abb. 3: Inhaltlicher Schwerpunkt der LEIPZIG CHARTAS (Eigene Darstellung)

Einflussfaktoren durch strategische Dokumente

Warum es zu dieser Entwicklung kommt, wird bei der Betrachtung der strategischen Dokumente, auf die sich die LEIPZIG CHARTAS beziehen, ersichtlich.

Die LEIPZIG CHARTA 2007 wurde vor allem durch das strategische Dokument der LISSABON STRATEGIE beeinflusst, wodurch der wirtschaftliche Fokus zu erklären ist.

Das Dokument wurde 2000 verabschiedet und ein Ziel war es, sich bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu etablieren. Beeinflusst wurde die LISSABON STRATEGIE von den günstigen Vorzeichen der Jahre vor 2000. Dazu gehörten unter anderem der Börsenboom, der Internethype und die neuen Medien (bpb 2020a). Die LISSABON STRATEGIE beinhaltet zwei inhaltliche Stränge: die Umwandlung der nationalen Ökonomien in wissensbasierte Wirtschaften und die Modernisierung des europäischen Sozialmodells mit dem Aufbau eines aktiven Sozialstaats. Erreicht werden sollte dies beispielsweise durch die Entwicklung einer Informationsgesellschaft für alle Bürger*innen in dem die (Aus-)Bildung gestärkt wird, mehr Fokus auf die Forschung gelegt wird und Arbeitsplätze geschaffen werden (bpb 2020a). Darauf geht die LEIPZIG CHARTA 2007 explizit ein:

„Die Städte müssen unter Einsatz modernster Informations- und Kommunikationstechnologien in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, soziale Dienste, Gesundheit, Sicherheit und eGovernment einen Beitrag dazu leisten, die Lebensqualität der Menschen und die Standortattraktivität der Unternehmen zu sichern und auszubauen.“ (BUMB 2007: 4).

2010 entstand ein Nachfolgeprogramm der LISSABON STRATEGIE namens *Europa 2020*. Dessen Ziel war es, ein wirtschaftliches Wachstum zu erreichen, welches intelligent, nachhaltig und integrativ ist (bpb 2020a). Der Fokus liegt somit nicht mehr auf dem reinen Wachstum der Wirtschaft, sondern verknüpft das Wachstum mit den anderen Faktoren. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 hatte erheblichen Einfluss auf die NEUE LEIPZIG CHARTA. Sie wirkte sich auch negativ auf die *Lebensqualität* aus, sichtbar u. a. am Bruttoinlandsprodukt (bpb 2017).



Abb. 4: Einfluss strategischer Dokumente und Krisen auf die LEIPZIG CHARTAS (Eigene Darstellung)

Bei der Betrachtung der strategischen Dokumente, die Einfluss auf die NEUE LEIPZIG CHARTA hatten, wird der Fokuswandel, weg von rein wirtschaftlicher Denkweise, ersichtlich. Der gesellschaftliche Wandel lässt sich an ihnen gut ablesen. Zu den strategischen Dokumenten die namentlich in der NEUEN LEIPZIG CHARTA erwähnt werden zählen: die TERRITORIALE AGENDA, der PAKT VON AMSTERDAM, das PARISER KLIMAABKOMMEN, die NEW URBAN AGENDA, die AGENDA 2030 und der GREEN DEAL (vgl. BMI 2020a).

Im Folgenden wird nicht auf alle der genannten strategischen Dokumente eingegangen. Ein Querschnitt durch drei exemplarische strategische Dokumente lässt den sich wandelnden inhaltlichen Fokus erkennen. Ebenfalls werden gesellschaftliche Entwicklungen beschrieben.

Der GREEN DEAL (2019) hat das Ziel, Europa als ersten Kontinent der Welt bis 2050 klimaneutral zu machen (BMI 2020a: 1, bpb 2020b). Eine nachhaltige EU-Wirtschaft, mit einer Wachstumsstrategie für eine modernere, ressourceneffizientere und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft ist die Voraussetzung dafür (Europäische Kommission 2020). Des Weiteren beinhaltet das Dokument 47 Einzelmaßnahmen, um das wirtschaftliche Wachstum mit dem Klimaschutz vereinen zu können. Der GREEN DEAL baut auf den Zielen des PARISER KLIMAABKOMMEN (2015) auf und beinhaltet auch dessen Ziele. Aktuelle Aktionen/ Debatten z. B. die *Friday for future*-Bewegung fließen in das Dokument mit ein (bpb 2020b). Der GREEN DEAL bildet zusammen mit den Nachhaltigkeitszielen, insbesondere dem Ziel 11 der AGENDA 2030 *FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu machen* (BMI 2020a: 1), die Grundlage für die Umsetzung der NEW URBAN AGENDA (BMI 2020a: 7-9).

Die NEW URBAN AGENDA (Habitat III, 2016) hat klare Forderungen an eine moderne Stadt. Städte sollen in Europa mehr Gehör bekommen und in Entscheidungsprozesse einbezogen werden (BMI 2020b). Die NEW URBAN AGENDA und der PAKT VON AMSTERDAM entstanden beide im Jahr 2016, wobei die NEW URBAN AGENDA durch den PAKT VON AMSTERDAM ins Leben gerufen wurde. Im Fokus steht der Mehr-Ebenen-Prozess und das Ziel, die Städte in der Gesetzgebung zu stärken. Europäische Institutionen, die Mitgliedsstaaten der EU, regionale und kommunale Behörden und funktional zusammenhängende Räume werden gestärkt (BMI 2020a: 14). Der PAKT VON AMSTERDAM beinhaltet zwölf Themen, die sich klar mit den Dimensionen der *Lebensqualität* überschneiden (BMI 2020b).

Themen PAKT VON AMSTERDAM

- Arbeit und Bildung in der lokalen Wirtschaft
- Digitaler Wandel
- Energiewende
- Innovative Beschaffung
- Integration von Migranten und Flüchtlingen
- Klimaanpassung
- Kreislaufwirtschaft
- Luftreinhaltung
- Nachhaltige Flächennutzung
- Städtische Armut
- Städtische Mobilität
- Wohnen

Tab. 2: Themen PAKT VON AMSTERDAM (Eigene Darstellung nach BMI 2020b)

Aktuelle Entwicklungen in Bezug zur veränderten *Lebensqualität*

Der Begriff des *Munizipalismus* beschreibt die Gesellschaft auf lokaler Ebene sowie aktuelle politische Veränderungen (Baid 2017). Beispiele dafür sind regelmäßige Stadtteilversammlungen mit horizontalen Entscheidungsprozessen, die Theorie der Gemeingüter oder eine Selbstverwaltung. Dafür schließen sich verschiedene Akteur*innen zusammen, beispielsweise Stadtteilbewohner*innen, Initiativen oder Parteien (Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin o. J.), aber auch Organisationen innerhalb und außerhalb von Regierungen, wodurch ein Netzwerk entsteht. Das politische Verhandeln, die Steuerung und die Mithilfe entstehen dadurch direkt vor Ort auf kommunaler Ebene. Die Bewegung ist gegen die Ausgrenzung bestimmter Personen oder Personengruppen und eröffnet neue Möglichkeiten der Partizipation, in der regelmäßige Abstimmungen unter Einbezug aller Beteiligten entstehen (Baid 2017). Der Begriff *Munizipalismus* fasst somit aktuelle Entwicklungen und Debatten zusammen.

Auch Krisen fördern oft ein Umdenken und neue Sichtweisen auf aktuelle Problematiken, da sie die Betroffenen vor neue Herausforderungen stellen und dadurch aktuelle Diskurse aufzeigen. Kurz nach der Veröffentlichung der LEIPZIG CHARTA 2007 befand sich die Welt in der Weltfinanzkrise; ein Punkt, warum sich der wirtschaftliche Fokus in der LEIPZIG CHARTA verändern musste. Seit 2020 befindet sich die Welt wieder in einer Krise, der Covid-19-Pandemie, welche wieder neue Herausforderungen aufzeigt.

Der Wiener Stadtplaner Thomas Madreiter äußerte sich in einem Interview mit dem Spiegel dazu, dass Corona als Beschleuniger wirkt, das System weiter zu entwickeln. Bezogen war dies auf die *smart city*. Interessanterweise wurde das Interview der Rubrik Wirtschaft zugeordnet und stellt somit wieder den Bezug zur vorherigen genannten Thematik her.

„Die aktuelle Krise zeigt sehr gut, dass Städte robuster werden müssen. Historisch mussten wir schon immer die Balance zwischen Effizienz und Resilienz finden.“
(Book 2020)

Thomas Madreiter fasst damit die aktuellen Problematiken zusammen. Die Städte müssen robuster, d. h. flexibler und transformierbarer werden. Die Veränderungen der Weltfinanzkrise nach der LEIPZIG CHARTA von 2007, haben gezeigt, worauf der Fokus von Wirtschaft und Stadtentwicklung gelegt werden muss, in dem sich die strategischen Dokumente, in Bezug zur Wirtschaft, angepasst haben. Die Wirtschaft hat nun eine bessere Balance zwischen Effizienz und Resilienz (vgl. Book 2020).

Der Glücksatlas der Deutschen Post gibt regelmäßig einen Überblick über die veränderte *Lebensqualität* und den Wandel in der Gesellschaft. Er offenbart aber nur einen kleinen Einblick in diesen Bereich und bietet nur einen groben Überblick, da nicht genügend Daten beschrieben werden. Ebenfalls wie bei den strategischen Dokumenten, wurde für die weitere Betrachtung ein Querschnitt durch drei Glücksatlas-Berichte (2011, 2014 und 2020) durchgeführt.

Der Glücksatlas stellt Erfahrungen der subjektiven Zufriedenheit von Bürger*innen zusammen. Durch die regelmäßigen Befragungen, mit einer entsprechend großen Anzahl an befragten Personen, lassen sich jedoch qualitative Aussagen über kausale Einflüsse objektiver Lebensbedingungen treffen (Forschungszentrum Generationenverträge 2012: 1).

Mit dem Glücksatlas-Bericht von 2011 kann der Wandel nach der Weltfinanzkrise, weg von der rein wirtschaftlichen Ausrichtung, belegt werden. Das ökonomische Wachstum, festgemacht am BIP, fand in den Jahren zuvor kaum statt und trug nur sehr begrenzt zum Glück der deutschen Bevölkerung bei (Forschungszentrum Generationenverträge 2012: 2). In dem Bericht von 2011 war der ökonomische Erfolg von geringer Relevanz. Wichtiger waren der deutschen Bevölkerung neben dem Gesundheitsaspekt, vor allem die sozialen Aspekte, wie Partnerschaft, Kontakt zu Freund*innen oder Bekannten (Forschungszentrum Generationenverträge 2012: 1). Auch hier lässt sich eine Verknüpfung zu den *acht plus eins* Dimensionen und weiteren Indikatoren der *Lebensqualität* herstellen.

Die subjektive Zufriedenheit ist im Glücksatlas von 2014 am stärksten gestiegen.

Zurückgeführt wird dies auf den allgemeinen Wohlstand und die gute Gesundheitsversorgung, sozialen Kontakten und eine gesunde Wohnumgebung. Menschen mit Behinderung waren jedoch deutlich unzufriedener als die Gesamtbevölkerung (Blecha 2015).

Der Glücksatlas 2020 gibt Aufschluss über den Einfluss der gegenwärtigen Covid-19-Pandemie auf die Lebenszufriedenheit der Bevölkerung. Im Vergleich zum Vorjahr ist die *Lebensqualität* um sechs Prozent gesunken. Große Unterschiede bestehen dabei zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen, v. a. zwischen Männern und Frauen, wobei die Zufriedenheit bei Männern höher ist. 80 Prozent der befragten Personen sind glücklich, während der Covid-19-Pandemie in Deutschland zu leben (Deutsche Post AG 2020: 1-2).

Die allgemeine Wahrnehmung, die sich auch in der NEUEN LEIPZIG CHARTA zeigt, spiegelt sich im Glücksatlas 2020 wider, auch hier wird deutlich, dass sich der Nachhaltigkeitsaspekt in der Bevölkerung gewandelt hat. 65 Prozent halten den Klimawandel für gefährlicher als Covid-19 und sogar 70 Prozent sind der Überzeugung, dass sich die Wirtschaft an die Veränderungen anpassen und sie nachhaltiger werden muss (Deutsche Post AG 2020: 3).

Der Vergleich mit den verschiedenen Glücksatlas-Berichten zeigt, wie flexibel die Städte für äußere Einflüsse sein müssen. Viele der genannten Punkte im Glücksatlas 2011 und 2014 wurden in die LEIPZIG CHARTA 2020 aufgenommen.

Schlussappell für eine bessere *Lebensqualität* durch flexible und anpassbare strategische Dokumente

Der Artikel hat verdeutlicht, dass Stadtplaner*innen eine gute *Lebensqualität* beeinflussen können, indem sie Einflussfaktoren eines urbanen Raumes berücksichtigen und ein flexibles Beziehungssystem aufbauen. Diese Flexibilität ist nötig, um auf externe Einflüsse und Schocks reagieren zu können, unter dessen stetigen Prozess der urbane Raum steht.

Die NEUE LEIPZIG CHARTA nimmt diesen Aspekt wie folgt auf:

„Städte und Städtesysteme sollen flexibel und in der Lage sein, auf externe disruptive Ereignisse sowie auf dauerhafte Belastungen reagieren zu können. Um die städtische Widerstandsfähigkeit zu stärken und somit besser auf sich verändernde Rahmenbedingungen reagieren zu können, sollten Städte voneinander und aus vergangenen Ereignissen lernen.“ (BMI 2020a: 4).

Die Entwicklungen in den dreizehn Jahren zwischen der LEIPZIG CHARTA 2007 und der NEUEN LEIPZIG CHARTA hat aufgezeigt, dass dieser Prozess durch politische sowie gesellschaftliche Veränderungen entsteht, bei denen Krisen die gegenwärtigen Herausforderungen und gesellschaftlichen Interessen noch einmal explizit hervorheben. Erklärt werden konnte dies unter der Betrachtung des Begriffes der *Lebensqualität* in den LEIPZIG CHARTAS sowie durch veränderte strategische Dokumente oder dem *Munizipalismus*.

Die Covid-19-Pandemie zeigt aktuelle Herausforderungen auf, unter denen sich das Verständnis der *Lebensqualität* weiterentwickeln muss und wird. Der Begriff der *Lebensqualität* bettet sich in den stetigen, fortlaufenden Prozess ein.

Gesellschaftliche Veränderungen und Krisen nehmen einen direkten Einfluss auf strategische Dokumente. Die ständige Weiterentwicklung und das Entstehen von verschiedenen Debatten in den vergangenen Jahren zeigen, dass die *Lebensqualität* mittlerweile veraltet ist und in der Weiterentwicklung der NEUEN LEIPZIG CHARTA angepasst werden muss.

Dies ist ein stetiger Prozess, der auch künftig fortlaufend wird und in dem, neue Diskussionen entstehen werden. Schwer ist es in strategischen Dokumenten alle aufgezeigten Punkte einzubeziehen, sie können nicht immer zu 100 Prozent aktuell sein. Wenn sie jedoch flexibel und anpassungsfähig genug sind, genauso wie die Stadt selbst, können sie einen Beitrag leisten die *Lebensqualität* zu steigern.

Literaturverzeichnis

Baid, Kate Shea (2017) *Eine neue internationale munizipalistische Bewegung ist im Entstehen*. <https://derive.at/texte/eine-neue-internationale-munizipalistische-bewegung-ist-im-entstehen/> [Zugriff am: 03.03.2021].

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin (o. J.) *Munizipalismus*. <https://www.berlin.de/lokalbau-fk/glossar/munizipalismus-1012747.php> [Zugriff am: 17.01.2021].

Blecha, Thomas (2015) *Glücksatlas. Geld allein macht nicht glücklich*. <https://www.goethe.de/de/kul/mol/20605615.html?forceDesktop=1> [Zugriff am: 20.01.2021].

Book, Simon (2020) *Die Bürger haben klar gesagt: Autos raus, öffentlicher Nahverkehr und Fußgänger rein*. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/wiener-stadtplaner-thomas-madreiter-autos-raus-nahverkehr-und-fussgaenger-rein-a-a16acf1-990d-4d67-bca4-39de94179a00> [Zugriff am: 22.01.2021].

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hg.) (2020) *NEUE LEIPZIG CHARTA. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl*. Berlin.

Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) (2020b) *Urban Agenda für die EU*. <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bauen-wohnen/stadt-wohnen/stadtentwicklung/urban-agenda/urbane-agenda-fuer-die-eu-node.html> [Zugriff am: 20.01.2021].

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2012) *5 Jahre LEIPZIG CHARTA – Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt*. https://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSPWeb/SharedDocs/Publikationen/DE/Publikationen/leipzigcharta_dt.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [Zugriff am: 04.02.2021].

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2017) *Lissabon-Strategie*. <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/309407/european-green-deal> [Zugriff am: 20.01.2021].

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2020a) *Globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009*. <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52584/finanz-und-wirtschaftskrise> [Zugriff am: 01.02.2021].

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2020b) *European Green Deal*. <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/309407/european-green-deal> [Zugriff am: 20.01.2021].

Deutsche Post AG (2020) *Deutsche Post Glücksatlas 2020: Die Deutschen schauen trotz Corona optimistisch in die Zukunft*. file:///C:/Users/marei/AppData/Local/Temp/dp-gluecksatlas-2020-zusammenfassung-1.pdf [Zugriff am: 20.01.2021].

Europäische Kommission (2020) *Ein europäischer Grüner Deal. Erster klimaneutraler Kontinent*. https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de [Zugriff am: 20.01.2021].

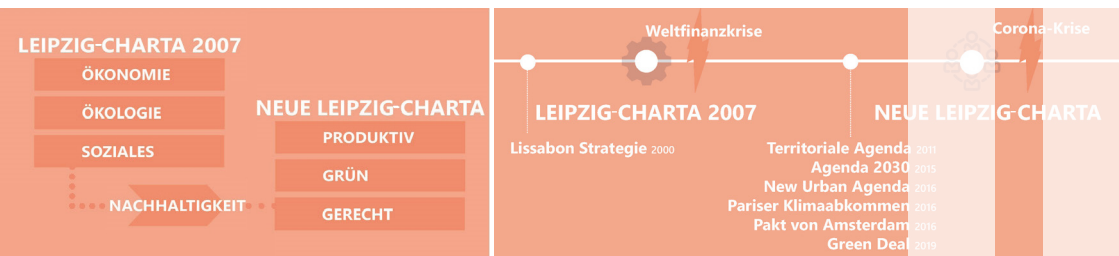
Eurostat Pressestelle (2014) *BIP und mehr. Messung der Lebensqualität in der EU*. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/5181314/3-19032014-CP-DE.PDF/> [Zugriff am: 14.01.2021].

Fachgebiet Stadtmanagement Wiki (2019) *Lebensqualität*. <https://www.b-tu.de/fg-stadtmanagement/wiki/index.php/Lebensqualit%C3%A4t> [Zugriff am: 08.01.2021].

Forschungszentrum Generationenverträge (2012) *Glücksatlas 2011: Wie zufrieden ist Deutschland? Subjektive Lebenszufriedenheit als Anker der Wohlfahrtsmessung*. <https://www.fwiwi1.uni-freiburg.de/downloads/fzg-aktuell/fzg-aktuell-12.pdf> [Zugriff am: 20.01.2021].

Herlyn, Ulfert (2004) Zum Bedeutungswandel der öffentlichen Sphäre – Anmerkungen zur Urbanitätstheorie von H.P. Bahrdt. In: Siebel, Walter (Hg.) *Die europäische Stadt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 121-130.

Sim, David (2019) *Soft City. Building Density for Everyday Life*. Washington D.C.: Island Press.



ISSN 2702-6892



Brandenburgische
Technische Universität
Cottbus - Senftenberg